

RotFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Leitartikel von Klaus Steiniger

1998–2007



Inhalt

Alarm!	2	Schröders Logik	39
Was brachte Hannover?	2	Nur ein russischer Marxist?	40
Castro in Grenada	3	Politische Heimat	41
Die Gretchenfrage	4	Wählen?	42
Ohne Maske	4	Die Europa-Lüge	43
Das Jubiläumsjahr	5	Politische Eiszeit?	43
Eklat in Weißensee	6	Am Brüsseler Tropf	44
Gedanken an Gerda, Gretel und Irmgard	7	Unsere Farbe	45
Qual der Wahl	7	Unsere Klassenposition	46
Niederlage der NATO	8	Rückwende	46
Zwei gleiche Schuhe?	9	Wut und Glut	47
Küsse für Madeleine	10	Trendwende	48
Die gespaltene Stadt	10	Vier gefährliche Jahre	49
Wandel durch Annäherung	11	Weißgardisten in Orange	50
Sieg über eine Provokation	12	Hunderttausend RotFüchse?	50
Bernsteinzimmer im KL-Haus?	12	Braune Äpfel	51
Gralshüter	13	Warum wir Internationalisten sind	52
Nazis in Hellersdorf	14	Sieger und Befreier	53
Neue 20-Prozent-Partei?	15	Glücklose Heuchler	53
Ein moralischer Riese	16	Schon gewählt?	54
Feindbilder?	16	Am Sozialismus festhalten!	55
Der Brand der Belgrader Moneda	17	Modefarbe links	56
Die gemeinsame Farbe	18	Starke Linke im Bundestag	57
Abgelehnt und angelehnt	19	Koalition des großen Bluffs	58
Der zweite Parteiputsch	20	Unser politischer Stil	58
Wollen wir in der BRD ankommen?	20	CDU und SPD in einem Bett	59
Dank Euch, Ihr Grenzsoldaten!	21	Herz und Kopf	60
Neuer Bau für den „RotFuchs“	22	„Vater Staat“?	61
Das KPD-Verbot muß fallen!	22	Vermächtnis der Arbeitereinheit	62
Die Stunde der Faschisierer	23	Einhundert RotFüchse	63
Die Riege der Erpresser	24	Nostalgie – gut oder schlecht?	63
Ins fünfte Jahr	24	Links von der SPD?	64
Antisemit Scharon	25	Der Staat, der die KPD verbot	65
Die Konter-Konterrevolution	26	Krötenschlucken?	66
Mitgegangen, mitgefangen, mitgegangen	26	In deutschen Stiefeln	67
Eine illustre Gesellschaft	27	Die Unbesiegbaren	68
Der Alptraum	28	Des Pudels Kern	68
Und wenn's nur einer wär' ...	28	Maske in Rot	69
Zimmer frei?	29	In den Schuhen der „Iskra“	70
Das Zweiparteiensystem	30	Castros Saat geht auf	71
Nürnberg läßt grüßen	31	Grund zur Euphorie?	72
Die ersten fünf Jahre	31	Was heißt Konterrevolution?	73
Topographie des Terrors	32	Über Riesen und Zwerge	74
Neue „Antihitlerkoalition“?	33	Die Schande von Heiligendamm	74
Bush nach Den Haag!	34	Wer faschisiert die BRD?	75
Pyrrhussieg	34	Das russische Wunder	76
„Fünfte Kolonne“?	35	Die Europa-Lüge	77
Rückmeldung	35	Lenin im Oktober	78
Niederlage oder Verrat?	36	Gift und Galle	79
Die große Koalition	37	<i>R. Lorenz (jW): Kleines linkes Lehrbuch</i>	80
Vereinsmeierei?	38	<i>Dem Chefredakteur des RF zum 75.</i>	81
Ohne Kompromisse?	39		

Alarm!

Die Lunte ist längst angezündet, die zu einem Weltbrand führen kann. Der Teufelskarren der Vernichtung ist angeschoben, der die Menschheit in furchtbare Abgründe eines neuen Gemetzels reißen wird, wenn man seine Bahn nicht unterbricht. Imperialistische Politiker und Militärs sprechen vom geplanten Massaker in Irak, als handle es sich um ein Golfspiel oder einen Immobilienhandel. In Washington zündeln Artgenossen der in Nürnberg gerichteten Aggressionsvorbereiter und treffen letzte Vorbereitungen für das zweite Inferno am Golf. Ein mörderisches Spiel, bei dem sich auch die Kohls und Blairs als skrupellose Komplizen andienen.

Die Lunte brennt. Schon morgen kann das große Feuer eines neuen Weltkrieges, von dessen Drohung selbst ein Jelzin spricht, die Menschheit mit glühendem Atem versengen.

Die Gefahr ist riesengroß. Aber sind sich die Erdbewohner ihrer auch nur annähernd bewußt? Wer kann da noch ruhig schlafen? Wen treibt die Furcht nicht um, die Sorge um ein Überleben der Kinder und Kindeskinde? Wer trommelt weltweit Alarm?

Nach dem Verschwinden der großen Friedensmacht Sowjetunion fehlt am UNO-Tisch jenes bitternötige „Njet!“ das den Besessenen so manches Mal Einhalt geboten hat. Jetzt läuft selbsternannte Weltgendarm fast ungehindert Amok. Das Washingtoner Kriegsspiel, aus dem blutiger Ernst zu werden droht, zielt nicht nur auf Iraker. Es zielt auch auf dich und mich. Auf jeden von uns. Nur die besonnenen Regierungen und die Völker können den Luntlenlegern und Staatsterroristen noch in den Arm fallen.

Nr. 1, Februar 1998

DKP-Parteitag bekräftigte Solidarität mit Kuba Was brachte Hannover?

Der 14. Parteitag der DKP in Hannover fand in einer realistisch-optimistischen Atmosphäre statt. Die etwa 220 Delegierten der jetzt 6 600 Mitglieder zählenden Partei, an deren dreitägigen Beratungen 27 Abordnungen von kommunistischen Bruderparteien und nationalrevolutionären Bewegungen teilnahmen, bekannten sich leidenschaftlich zur internationalistischen Solidarität mit allen Kämpfern gegen den Imperialismus. Von der Tribüne des Parteitags wurde den politischen Gefangenen und Verfolgten, die sich wegen ihres Eintretens für den Sozialismus in der DDR Repressionen ausgesetzt sehen, der Gruß entboten. Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als der Leiter der kubanischen Delegation, Politbüromitglied Juan Carlos Robinson Agramonte, das Wort erhielt, um die Grüße der Kommunisten und des Volkes seines Landes zu überbringen. Kuba setzt trotz des in anderen Teilen der Welt eingetretenen Rückschlags den Aufbau einer Gesellschaft des realen Sozialismus allen Widrigkeiten zum Trotz siegesgewiß fort und durchbricht dabei immer erfolgreicher den Embargoriegel der USA. Mit großer Begeisterung wurde von den Delegierten ein weiteres Projekt der Hilfe für das sozialistische Kuba beschlossen. Nach der Verwirklichung von zwei Solidaritätsvorhaben in der Provinz Matanzas – einer Familienarztpraxis und eines Rehabilitationszentrums – soll im Frühjahr 1999 ein weiteres Familienarzt-Konsultorium entstehen.

Der Parteitag faßte eine Reihe von Beschlüssen. Dazu gehörte die Verabschiedung des Sozialismus-Papiers als „Arbeits- und Diskussionsmaterial“ für die programmatische Tätigkeit der DKP. Von linken Kräften des In- und Auslands war im Vorfeld von Hannover gewürdigt worden, daß sich deutsche Kommunisten einem Zeitpunkt des kleinkarierten Werkelns und des Nichthinausblickens über den tagespolitischen Tellerrand kühn an die strategisch-programmatische Kernfrage der Zukunft – einen neuen Vorstoß zum

Sozialismus auch in unserer Region – herangewagt hatten. Im Verlauf der anderthalb Jahre währenden Diskussion wurden neben übereinstimmenden Auffassungen in vielen Fragen auch kontroverse Standpunkte unterbreitet, die auf dem Parteitag erwartungsgemäß ihre Widerspiegelung erfuhren. Das vorgelegte Dokument – von seinen Autoren ursprünglich als wichtiger Baustein für ein neues Parteiprogramm gedacht – fand nicht ungeteilte Zustimmung. Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost bezeichnete es in ihrem Verzicht auf Beschlußfassung empfehlenden Antrag als unausgereift, die reichen Erfahrungen der DDR nicht in Rechnung stellend und in einigen Fragen von Grundpositionen des Marxismus-Leninismus wegführend. Im Vorfeld des Kongresses wurde auch vom Parteivorstand selbst empfohlen, kein abgeschlossenes strategisch-programmatisches Papier, sondern bloß ein Material, das als Grundlage für die weitere Arbeit und Debatte dient, zu verabschieden. Das ist dann so geschehen. Man kann darin eine Bestätigung unserer Auffassung sehen, daß der durch die Programmkommission vorgelegte Entwurf noch unausgereift war. Auch eine Reihe von Veränderungen durch Anträge schuf da nur wenig Wandel. Leider wurde der Antrag der DKP Bonn, der den Sozialismus in der DDR als die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete, durch einen die Dinge arg verwässernden Vorschlag unterlaufen, der die DDR recht farbneutral als „Alternative“ zum deutschen Imperialismus darstellt – ein bißchen wenig für eine kommunistische Partei. Jetzt muß strikt darauf geachtet werden, daß der in Hannover gefaßte Gesamtbeschluß von niemandem so ausgelegt wird, als seien dort bereits alle Messen gesungen worden. Das ist nicht passiert. Die freimütige und kameradschaftliche Debatte geht weiter. Sie muß nun erst richtig beginnen, denn vieles ist noch gar nicht erarbeitet.

Zu den Beschlüssen des Parteitags – von der UZ in ihrer Schlagzeile sogar als die wichtigste Entscheidung der Delegierten herausgestellt – gehört die Wahloption für eine andere linke, demokratische und antifaschistische Partei, von der uns in ideologischen Fragen manches trennt: die PDS. Wir setzen uns für ihren Wiedereinzug in den Bundestag ein, rufen zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS auf und unterstützen in jenen Kreisen, in denen Direktbewerber der PDS eine reale Wahlchance besitzen, deren Kandidatur. Das ist ein faires, bündnispolitisch besonnenes, verantwortungsbewußtes Verhalten. Es wird nicht von Gefühlsaufwallungen, sondern von Realismus und Vernunft diktiert. Die PDS, der neben vielen neuen Genossinnen und Genossen auch noch etwa vier Prozent der früheren SED-Mitglieder angehören, ist nach ihrem Selbstverständnis keine kommunistische, marxistische oder revolutionäre Partei des Klassenkampfes der Werktätigen. Sie ist aber eine regional einflußreiche linke Kraft, deren Verbleiben im Bundestag möglich und wichtig ist.

In Hannover wurde ein neuer Parteivorstand gewählt. Besonders erfreulich: Mit der Aufnahme von vier weiteren Mitgliedern, die früher DDR-Bürger waren – Brigitte Müller (Brandenburg), Roland Wanitschka (Thüringen), Wilfried Gerbig (Sachsen-Anhalt) und Axel Kohlsmann (Mecklenburg-Vorpommern) – erfuhrt die Entwicklung der DKP zu einer gesamtdeutschen Partei einen starken Impuls. Es geht um eine echte Zusammenführung der sehr unterschiedlichen Erfahrungen west- und ostdeutscher Kommunisten, aus der zwangsläufig auch eine veränderte Partei entstehen muß.

Der Parteitag schloß mit einem mitreißenden Kulturprogramm „Salut an alle!“, an dem sich aus dem Bereich unserer Gruppe Genossin Prof. Ilse Eisen-Hagemann (Piano) aktiv beteiligte. Zum Abschluß des Konzerts stimmten alle Anwesenden die Internationale an.

Nr. 5, Juni 1998

Castro in Grenada

Am 25. Oktober 1983 gab USA-Präsident Ronald Reagan als Oberkommandierender der Streitkräfte der Vereinigten Staaten einen Angriffsbefehl von beispielloser Feigheit. Auf einem Golfplatz in Augusta (Südstaat Georgia) löste er in einer Spielpause die Operation „Urgent Fury“ (Drängende Wut) – den Überfall von 6 000 Fallschirmjägern, Rangern und Marineinfanteristen auf den nur 344 km² (ein Drittel von Rügen) messenden und knapp 100 000 Einwohner zählenden Inselstaat Grenada aus. Als Vorwand für die bald darauf von der 28.UNO-Vollversammlung mit den Stimmen selbst der NATO-Verbündeten Washingtons verurteilte Aggression diente die Erfindung, amerikanische Studenten einer von den USA in der Inselhauptstadt St. George's unterhaltenen Medizinischen Hochschule seien in Gefahr gewesen. Von diesem College aus, das nur von USA-Bürgern besucht wurde, hatte eine CIA-Operativgruppe im Rahmen des Geheimplans „Pyramide“ systematisch Zersetzungsarbeit geleistet. Der Plan war angelaufen, nachdem im März 1979 in Grenada eine linksgerichtete, mit der kubanischen Revolution sympathisierende und bald von rund 60 Staaten diplomatisch anerkannte Regierung unter dem dynamischen jungen Anwalt Maurice Bishop die Macht übernommen hatte. Zu dem die USA irritierenden Kurswechsel Grenadas gehörte die Verkündung einer vom Imperialismus unabhängigen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Sozialistische Staaten leisteten Aufbauhilfe. So übernahm Havanna die Errichtung des neuen Zivilflughafens Point Salines, der von Reagan sofort als „gefährlicher sowjetisch-kubanischer Brückenkopf auf den Kleinen Antillen“ attackiert wurde, dessen Fertigstellung unbedingt verhindert werden müsse. Auf Blockade, wirtschaftlichen Boykott, ideologische Diversion, Zersetzungsarbeit in der antiimperialistischen „New Jewel“-Bewegung Bishops und Ermordung des Regierungschefs durch angeblich linksdogmatische

Gegenspieler erfolgte der militärische Schlag gegen ein wehrloses und unbewaffnetes Land. Der erste Stoß richtete sich gegen Point Salines, wo mehr als vierzig der sich tapfer verteidigenden kubanischen Bauarbeiter im Kampf fielen. Kubas Einfluß in der Karibik sei mit dem „Sieg der USA“ für immer das Rückgrat gebrochen worden, prahlte die Presse der Aggressoren. Für immer?

„Fidel Castro befindet sich auf einer triumphalen Tournee durch die englisch-sprachige Karibik einschließlich dieser winzigen Insel, von wo U.S.-Truppen vor nahezu 15 Jahren die kubanischen Kräfte vertrieben“, berichtete die „New York Times“ am 3. August 1998 vom Wandel der Dinge. Wie schon in Jamaica und Barbados, wo der kubanische Revolutionsführer ebenfalls von Tausenden stürmisch begrüßt worden sei, habe ihm auch das Volk Grenadas am Ende seiner sechstägigen Karibikreise einen überaus herzlichen Empfang bereitet. „Die Blockade Kubas stellt eine Bedrohung der Souveränität anderer Staaten dar“, hatte ihm Jamaicas Premier P. J. Patterson, der Castro „unvergleichlich, da nicht zähmbar“ nannte, auf einem Meeting versichert. Eine Meinung, der sich Grenadas Regierungschef Keith Mitchell anschloß. So war es denn kein Zufall, daß Fidel seinen zweitägigen Aufenthalt in St. George's mit einem feierlichen Akt auf dem inzwischen von kapitalistischen Firmen fertiggestellten Flughafen Point Salines krönte. Er enthüllte dort eine Tafel zum Gedenken an die „kubanischen Internationalisten“, die im Oktober 1983 ihr Leben bei der Verteidigung der Baustelle gegen die USA-Invasoren geopfert hatten.

Kuba hat überlebt – Castro in Grenada! Salz in den Wunden der Imperialisten! Wer sagt da noch sauertöpfisch, die Niederlage des Sozialismus in Europa sei das Maß aller Dinge und unser Spiel für immer verloren?

Nr. 7, August 1998

Vor 49 Jahren wurde die DDR gegründet

Die Gretchenfrage

Wie hältst Du's mit der DDR? Das ist für Linke in Deutschland – und allemal im Osten – eine Frage, an der sich die Geister scheiden. Die einen denken klassenmäßig. Sie legen an die DDR dieselbe Elle an, mit der Marx die Pariser Commune gemessen hat: Bejahung des heroischen Wollens und Handelns der „Himmelsstürmer“ ohne Verzicht auf prinzipielle Kritik. Sie betrachten die DDR nicht nur als das weltweit anerkannte Deutschland des Antifaschismus und des Friedens, das den Imperialismus der BRD gesellschaftlich herausforderte und ihm soziale Fußfesseln anlegte, sondern vor allem auch als den Staat der Arbeiter und Bauern, der dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte Macht und Eigentum entzog. Noch wichtiger als das: Der mit dem planmäßigen Aufbau einer ausbeutungsfreien sozialistischen Gesellschaft begann.

Die Gretchenfrage nach der DDR positiv zu beantworten, heißt, sich an Erprobtes und Bewährtes zu erinnern. An unter harten Kämpfen und großen Opfern Geschaffenes. Wer auch in stürmischen und schweren Zeiten standhaft bleibt, hält sich an Brechts Maxime:

*Und was immer ich auch noch lerne,
das bleibt das Einmaleins:*

*Nichts habe ich jemals gemeinsam
mit der Sache des Klassenfeinds.*

Das gilt in jedem Falle – für Sieger und Besiegte. Ob im Mantel der Macht oder im Staub des Sturzes.

Die anderen haben ideologisch die Seiten gewechselt, soweit es dieses Wechsels überhaupt noch bedurfte. Sie sind von Marx, Engels und Lenin, von der wissenschaftlichen Weltanschauung, vom Klassenkampf, von der Orientierung auf die Arbeiterklasse und von dem Gedanken, daß ein Ausbruch aus der Ausbeuterordnung nur auf revolutionärem

Wege möglich ist, programmatisch abgerückt. Ihnen ist Tolerieren und Koalieren wichtiger. Ihr Maßstab für alles ist die SPD, die sich selbst „links von der CDU“ wähnt. „Links von der SPD“ nennen sie das. Um ihren neuen Nachbarn zu gefallen, tun sie Abbitte dafür, daß es die DDR überhaupt gegeben hat. Reumütig beklagen sie, den realen Sozialismus, der gar keiner gewesen sei, sondern nur eine „Kette von Irrtümern und Fehlleistungen“, nicht schon früher durchschaut und abgelehnt zu haben. Bedauernd verweisen sie darauf, daß es am 17. Juni und vor dem 13. August mit der „Wende“ noch nicht geklappt hat. Sie fühlen sich gleichsam als „Täter und Opfer in einer Person“. Die DDR sei verdienstermaßen zugrundegegangen, verkünden ihre Herolde. Und sie entschuldigen sich beim gnadenlos auf jede Schwäche lauerten Klassenfeind für ihr Zerrbild vom Sozialismus und für Entwicklungen oder Vorgänge, die nicht „im Dialog“ mit der Bourgeoisie, sondern nur innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ausdiskutiert und geklärt werden können.

Wie hältst Du's mit der DDR? Wir geben darauf keine schematischen, scherenschnitthaften und geschönten Antworten. Wir glorifizieren, vergolden und verklären nichts, verschleiern keine Defizite. Doch wir sind wie der russische Kommunist in Majakowskis Poem vom Sowjetpaß stolz darauf, Bürger der DDR gewesen zu sein. Des besten Deutschland, das es bisher gab.

Zum 49. Jahrestag unseres Staates – in dem von Daimler und der Deutschen Bank werden wir mit Sicherheit niemals ankommen – nennen wir die Dinge beim Namen: Die DDR war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung!

Nr. 8, September 1998

Nordatlantikpakt oder Mordatlantikpakt?

Ohne Maske

Vor dem Weißen Haus, in dessen Oval Office zur gleichen Zeit die noch nicht inthronisierten neuen Bonner Chefs Schröder und Fischer USA-Präsident Clinton ihr Festhalten an der Kortischen Außen- und Sicherheitspolitik beteuerten, forderten Aggressionsfanatiker: „NATO-Bomben auf Belgrad!“ Stuka-Bomben auf Guernica, Warschau, Rotterdam und Coventry hatte es hierzulande einst geheißt. Wer hinter das „Geheimnis“ kommen will, wie heutzutage imperialistische Kriege in Szene gesetzt und vom Zaun gebrochen werden, der erhält seit Monaten eine Elementarschulung in unverhüllter Aggressionsvorbereitung. Eines „Zwischenfalls im Golf von Tongking“, mit dem 1964 noch die Bombardierung Nordvietnams „begründet“ werden mußte, bedarf es schon längst nicht mehr.

Von außen angeheizte innere Vorgänge in einem souveränen Staat – Serbien – genügen, um das NATO-„Recht auf

Intervention“ einzufordern. Dabei hat der nun den Platz Saddam Husseins einnehmende derzeitige Lieblingsfeind, der jugoslawische „Postkommunist“ Slobodan Milosevic, nichts anderes getan, als einen von proimperialistischen Separatistenbanden mit offener Unterstützung des „Westens“ unternommenen Abtrennungsversuch in der mehrheitlich von Albanern besiedelten serbischen Provinz Kosovo zu vereiteln. Die Massenflucht von Dorfbewohnern war eine unmittelbare Folge der Kämpfe, die die UCK-Terroristen angezettelt hatten. Bei Demonstrationen in der Gebietshauptstadt Pristina, die den „Freischärler-Aktionen“ der bis an die Zähne bewaffneten Banden vorausgegangen waren, hatte deren politischer Anhang schon vor Monaten USA-Flaggen geschwenkt und die NATO zum Eingreifen aufgefordert. Seitdem haben Sender und Presse der BRD eine regelrechte Kriegspychose geschürt.

Dabei wurde das „Untermenschen“-Bild der serbischen „Soldateska“, die im Kosovo gegen die wackeren Männer der „Befreiungsarmee“ wüte und vor Massakern an Frauen und Kindern nicht zurückschreckte, von den Medien unablässig in hoher Dosierung, gleichgeschaltet und sprachgeregelt, verbreitet. Übrigens: Mit im Boot ist Papst Wojtyla. Nicht zufällig hat er gerade in diesen Tagen einen kroatischen Kriegsverbrecher-Kardinal, der einst die Ustascha-Henker Hunderttausender nicht „freiwillig“ zum römischen Glauben konvertierter Serben segnete, in Zagreb heiliggesprochen. Ein ungeheuerlicher Affront gegen das serbische Volk! Teil der Kriegsvorbereitungen ist die Demontage der UNO. Immer mehr wird die Weltorganisation, in der einst das sowjetische „Njet“ den imperialistischen Hasardeuren kraftvoll in die Parade führ, als lächerlicher Hampelmann hingestellt, der „überholten“ Völkerrechtsprinzipien nachlaufe. Sind Chinesen und Russen im UN-Sicherheitsrat zum „Einlenken“ gezwungen. Mit dem Revolver an der Schläfe mußte der serbische Präsident dem Einmarsch Tausender durch NATO-Truppen „geschützter“ Spione zustimmen, die sich als „Beobachter“ ausgeben. Doch kein erzwungenes Zugeständnis Belgrads ist den imperialistischen Erpressern groß genug. Erhalten sie einen Finger, fordern sie sofort die Hand, um dann den Arm und schließlich den ganzen Körper zu verlangen.

Die Lage ist nach wie vor äußerst kritisch. Werden morgen die Kinderkrippen von Belgrad, in denen sich Milosevics „rote Teufel“ versteckt halten, das Ziel der „sauberen“ NATO-Bomben sein? Clinton, selbst kein „Falke“,

steht das Wasser so am Hals, daß er zum Gefangenen der Scharfmacher seines eigenen Kabinetts, der Außenministerin Albright und des republikanischen Kriegsministers Cohen, geworden ist. Ihm bleibt nur noch das Abrücken und Verkünden der jeweils nächsten Aggressionsschritte. Das Fehlen der Sowjetunion, der Verlust des Warschauer Paktes machen sich schmerzlich bemerkbar. Den Friedensfaktor, der Europa vier Jahrzehnte vor Kriegsbrand bewahrte, gibt es seit der Aufhebung des strategischen Gleichgewichts zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht mehr.

Eine kleine Reminiszenz. Bekanntlich traten in DDR und SED ab Mitte der 80er Jahre im Verein mit der SPD plötzlich Leute auf den Plan, die dem Imperialismus etwas völlig Artfremdes – nämlich Friedensfähigkeit – bescheinigen wollten. Sie hielten offenbar die Tatsache, daß einem permanent Kriege hervorbringenden System durch die Macht des sozialistischen Gegensystems in härtestem Klassenkampf Fesseln angelegt worden waren, für dessen selbstgezeugte Eigenschaft. Nun, da es die Fesseln nicht mehr gibt, wird das aggressive Wesen des Imperialismus wieder vor aller Augen sichtbar.

Der Extremisten-Forderung „Bombt Belgrad!“, deren militärische Exekution die NATO schlagartig aus einem Nordatlantikpakt in einen Mordatlantikpakt verwandeln würde, setzen wir Kommunisten unser solidarisches „Hände weg von Serbien!“ entgegen.

Nr. 9, Oktober 1998

Zwei deutsche Gründungstage – wie damit umgehen? Das Jubiläumsjahr

Vor dem 1999 ist für die Deutschen ein Jahr der Jubiläen. Begangen werden – je nach Standort und Gesinnung – der 50. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland und der 50. Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik. Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz der BRD in Kraft, wurde mit der Ausrufung des westdeutschen Separatstaates die bereits währungspolitisch vorbereitete Spaltung Deutschlands vollendet. Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb, lautete Adenauers Devise. Ein folgenschwerer Schritt, stellte sich das Deutschland der Globkes, Heusingers, Speidels und Oberländers doch von Beginn an in die Tradition seines „Rechtsvorgängerstaates“, des 3. Deutschen Reiches. Zu ihr gehörte auch das schon im August 1956 verhängte Verbot der KPD. Gegen Hunderttausende Antifaschisten wurde ermittelt, gegen Zehntausende strafrechtlich vorgegangen, Tausende warf man in die Gefängnisse. Von der mit McCarthys Amerika synchronisierten Ära Adenauers spannt sich der Bogen über den Mord an Benno Ohnesorg, den Radikalerlaß, die Berufsverbote, die Notstandsgesetze, die Isolationsfolter und die Polizeieinsätze gegen Friedensbewegung, autonome Antifa- und Anti-Atom-Demonstranten bis hin zur rechtbeugenden und rechtbrechenden Strafverfolgung nach der Konterrevolution vor Gericht gestellter DDR-Bürger.

Natürlich muß man auch die andere Seite der Medaille sehen: Die BRD ist heute – in ihrem Westteil – ein hochentwickeltes Land und die wirtschaftlich stärkste Macht Europas. Ihre werktätigen Bewohner – darunter Millionen am Aufbau beteiligte ausländische Mitbürger – haben in fünf Jahrzehnten BRD-Geschichte persönlich Großes geleistet und so manches erkämpft. Doch es gibt keinen Grund, das durch die Annexion der DDR noch mehr aufgeblasene imperialistische Deutschland von Henkel und Hundt, Daimler und der Deutschen Bank, in dem neonazistische Parteien zum „Demokratie“-Spiel gehören, Ausländerhaß grassiert, der Große Lauschangriff praktiziert wird und sich Parlament wie Regierende zu weltweiten Militäreinsätzen der Bundeswehr bekennen, als Staat zu feiern. Soll man millionenfache Arbeits- und Wohnungslosigkeit, Kinderelend und Frauenbenachteiligung, will man das Fehlen der sozialen Menschenrechte auch noch würdigen? Das 1999 anstehende BRD-Jubiläum ist für unsereinen wohl kaum ein festlicher Anlaß. Nicht der Vergeßlichkeitsseuche und dem Entschuldigungsvirus Verfallene aber werden in diesem Jahr ein anderes Ereignis begehen: den 50. Gründungstag der DDR. Sie entstand nicht als Spaltungsakt, sondern als Antwort auf die Spaltung. Sie war der erste deutsche Friedensstaat. Sie wurde auf

den Trümmern des Faschismus geschaffen und blieb Zeit ihrer Existenz ein Hort des Antifaschismus. Sie war ein Staat der arbeitenden, nicht aber der ausbeutenden Klasse. Sie war kein bürgerlich-kapitalistischer Rechts-Staat, sondern ein sozialistischer Staat des Rechts auf Arbeit, auf Kinderbetreuung, auf Bildung, auf Wohnen, auf Gesundheit, auf Gleichstellung von Mann und Frau.

Die reale DDR glich keinem biblisch-traumgezeugten Paradies. Der Sozialismus, dessen Aufbau eine ganze historische Epoche umfaßt, trug auf manchen Gebieten erst embryonale Züge oder noch die Narben des Alten. Objektive Grenzen und subjektive Unzulänglichkeiten hinderten

oft am rascheren Voranschreiten. Und doch war die DDR besser, menschlicher und wohnlicher eingerichtet als jedes andere Deutschland davor und danach. Aber unser Staat kann seinen 50. Jahrestag nicht erleben. Sein Verschwinden – die Folge einer Verkettung innerer und äußerer Ursachen – ist ein schwerer Verlust für Deutschland, für Europa und für die Welt.

Eine Niederlage ist kein Grund zum Feiern, ein Grund zur Besinnung allemal. Zur Rückbesinnung auf Gewesenes und Verlorenes. Und zum Kampf. Für eine neue deutsche demokratische Republik.

Nr. 11, Dezember 1998

Der Mut des Kommunalpolitikers Dr. Martin Dressel Eklat in Weißensee

Auf der 35. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Weißensee am 9. Dezember 1998 kam es zu einem Schlagabtausch zwischen dem mit einer genormten Mauer-Stacheldraht-Schießbefehl-Rede aufwartenden CDU-Bezirksverordneten Kanitz, der zweier 1961 und 1962 beim Grenzdurchbruch ums Leben gekommener Weißenseer „gedachte“, und dem PDS-Fraktionsvorsitzenden Dr. Martin Dressel. Der CDU-Mann hatte die auf ein Strafverfolgungsbeendigungsgesetz abzielenden Interview-Gedanken der couragierten PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Evelyn Kenzler – ihr war die eigene Fraktions- und Parteispitze mit einer befremdlichen Erklärung sofort in den Rücken gefallen – zum Anlaß von Beschuldigungen und Unterstellungen genommen. Dr. Dressel wies die antikommunistischen Tiraden zurück und äußerte sich zu Gründen und Hintergründen der DDR-Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961. Dabei kam er insbesondere auf die Rolle der sogenannten Grenzgänger zu sprechen, die im Osten gewohnt und im Westen gearbeitet hatten. Da ihnen der spekulative Wechselkurs ein Vielfaches des Einkommens eines Normalbürgers sicherte, fügten sie der DDR bei offener Grenze jahrelang schwersten wirtschaftlichen Schaden zu. Dem einen Riegel vorzuschieben, habe zu den Zielen des „Mauerbaus“ gehört, betonte Dr. Dressel unter Hinweis darauf, daß einer der beiden getöteten Weißenseer Grenzgänger gewesen sei. Nachdrücklich stellte er fest, daß jeder Tote an der Mauer – und zwar diesseits wie jenseits – „einer zuviel gewesen“ sei.

Man müßte annehmen, daß sich die gesamte PDS-Fraktion nach dem Kanitz-Eklat sofort um ihren beherzten

Vorsitzenden geschart und den Angriff von rechts einmütig abgewehrt hätte. Doch das war leider nicht der Fall. Durch das in der PDS grassierende Virus des Abrückens von der DDR waren manche Bezirksverordnete verunsichert. Andere stellten sich de facto auf die Kanitz-Position. Während eine von gewissen Medien geschürte und hochgepeitschte Haßkampagne gegen Dr. Dressel losbrach, blieb dieser ohne jeden Schutz durch die Berliner Parteioberen. Das Gegenteil war sogar der Fall: Sein Rücktritt als PDS-Fraktionsführer wurde durch diese unumwunden eingefordert. Die gegen ihn angewandten Methoden waren „bewährten Vorbildern“, von denen sich die PDS sonst so gerne abgrenzt, entlehnt. Die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau, die es sich Jahr für Jahr nicht nehmen läßt, bei der „Ehrung“ des Dieppen-Senats am Kreuz für Peter Fechter – einen der beiden Weißenseer – trotz Abweisung durch die CDU-Ordner ein Blumengebilde niederzulegen, griff Martin Dressel ebenso heftig an wie der aufstiegsbewußte Weißenseer PDS-Bezirksvorsitzende Gernot Klemm. Damit wurde dem Kanitz-Eklat in der BW noch ein weiteres Kapitel hinzugefügt.

Zwischen zwei Fronten geraten und vom politischen Gegner wie von eigenen Leuten ins Kreuzfeuer genommen, hat Genosse Dr. Dressel, der beim sozialismustreuen Teil der Weißenseer PDS-Basis nach wie vor hohes Ansehen genießt, inzwischen die Konsequenzen gezogen, seine Funktionen abzugeben und schweren Herzens die Partei verlassen.

Nr. 12, Januar 1999

Zum Internationalen Frauentag 1999

Gedanken an Gerda, Gretel und Irmgard

Internationaler Frauentag 1999. Wir verzichten auf Kaffeetafeln mit beschürzten Männern und vom Dutzend geschnittene Glückwünsche, auf journalistischen Klimbim und agitatorische Pirouetten. Die Dinge sind zu ernst, um im seichten Gewässer zu plätschern oder Vordergründiges zu bedienen.

Wir berichten in dieser RF-Ausgabe von drei Frauen, deren Namen weltweit Synonyme menschlicher Würde und sozialer Befreiung sind: Nadeshda Krupskaja, Clara Zetkin und Alexandra Kollontai. Sie stehen in der ersten Reihe, wenn von proletarischer Emanzipation die Rede ist. Millionen haben ihnen nachgeeffert und ihre menschlichen, moralischen und politischen Qualitäten in sich aufgenommen. Man könnte unzählige Beispiele dafür nennen, daß die Saat der Großen auf fruchtbaren Boden gefallen ist: Soja Kosmodemjanskaja und Olga Benario, Raymonde Dien und Tamara Bunke, Catarina Eufemia und Gladys Marin, die Heldinnen Vietnams und des südafrikanischen Anti-Apartheid-Kampfes zeugen davon.

Hier wollen wir an drei kluge, starke und mutige Frauen unserer Tage und dieses Landes erinnern, die ihresgleichen suchen. Unsere Gedanken sind bei Gerda, Gretel und Irmgard. Das gefräßige große Deutschland, in dessen Magen wir „vereinigt“ wurden, hat sie – die Antifaschistinnen aus der DDR – seit der Einverleibung des sozialistischen deutschen Staates mit Haß und Verfolgung überzogen. Die drei Frauen, die sich mit Stolz zu ihren Biographien bekennen, gerieten nicht wegen irgendwelcher Verbrechen ins Visier der rechtsbeugenden Kriminalisierer. Die Klassenjustiz der Bourgeoisie zog sie beim großen antikommunistischen Fischzug der siegreichen Konterrevolution nur aus einem Grunde in ihre Netze: wegen „Diebstahls angestammter Rechte“. Sie verzieh den dreien nicht, daß sie beim Entzug ihrer Privilegien mitgetan hatten. Schließlich wurde das Kapital vom Sozialismus vierzig Jahre lang nach Strich und Faden bestohlen – um Macht und Eigentum.

Irmgard Jendretzky und Gretel Neumann haben 1950 in den Waldheim-Prozessen gegen Naziverbrecher, die der jungen DDR-Justiz durch die sowjetischen Militärbehörden zur Aburteilung übergeben wurden, als Richterin und Staatsanwältin teilgenommen. Gretel, die heute 82jährige Widerstandskämpferin, hatte unter den Faschisten selbst im Zuchthaus Waldheim gesessen. Einer von jenen, welche sie dann anklagte, war der einstige Nazi-Polizeichef von Paris, ein blutbesudelter Henker. Daß sie ihn nicht nach der damals in Bonner Gefilden geltenden Mode mit Glacéhandschuhen anfaßte, brachte ihr nach der Annexion der DDR durch den Staat der Filbingers und Globkes Ermittlungsverfahren und Anklage ein. Irmgard wurde im Alter von 79 Jahren zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Und Gerda, unsere RF-Korrespondentin in der Frauen-Vollzugsanstalt Reinickendorf, traf es von den dreien wohl am härtesten: Die heute 72jährige ist die einzige Frau aus der DDR, die sich zur Zeit in politischer Haft befindet. Sie wurde auf der Straße festgenommen, nachdem sie die Ladung zum Antritt ihrer 21monatigen Freiheitsstrafe durch Verschulden der Justiz nicht erreicht hatte. Seit dem 28. März 1998 befindet sich Gerda Klabuhn im Gefängnis; gegenwärtig ist sie im offenen Vollzug. Wir hoffen, daß sie bald auf freiem Fuß sein wird.

Frauenschicksale in diesen Tagen und in einem Land, dessen Tonangebende – leider sekundiert von manchen, denen ihre Komplizenschaft in Sachen DDR-Verleumdung nicht gut zu Gesicht steht – unablässig die Leier vom Rechtsstaat der Krupps und vom Unrechtsstaat der Krauses drehen. Schicksale von Frauen, denen unsere Gedanken und unsere Gefühle, unsere Bewunderung und unsere Solidarität gehören. Frauen, die auf ihre eigene und unverwechselbare Art in den Schuhen der Krupskaja, der Zetkin und der Kollontai stehen.

Nr. 13, Februar 1999

Qual der Wahl

Einige Tage vor der 2. Beratung des 6. Parteitags der Demokratischen Sozialisten in Suhl besuchte mich ein sehr angesehener und zu DDR-Zeiten bewährter Genosse. Heute ist er Basisgruppenvorsitzender der PDS. Ohne Umschweife machte mein Freund seinem Herzen Luft. Sollte in Suhl André Brie auf die Europa-Liste seiner Partei oder gar an deren Spitze gelangen, gehe er nicht zur Wahl, verkündete er kategorisch. Einen Kandidaten, der die DDR unter dem „Totalitarismus“-Aspekt mit dem Faschismus verglichen habe, wolle er sich nicht antun. Zu meiner Verblüffung stellte mein Besucher, der der DKP nicht sonderlich nahe steht und in seiner Partei zu bleiben gedenkt, die berechtigte Frage: „Warum kandidiert eigentlich die DKP

nicht? Diesmal wäre sie vonnöten. Ich würde sie wählen. Und mancher andere PDS-Genosse täte das sicher auch!“ Ich erklärte meinem Gast unsere Beschlußlage: Am vierten Tag des 14. DKP-Parteitags hätten in Gladbeck zwar rund 45 Prozent der Delegierten dafür gestimmt, die öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten eines eigenständigen Wahlkampfes zu nutzen und ungeachtet begrenzter Stimmgewinn-Aussichten als politisch unabhängige kommunistische Kraft für das Europa-Parlament anzutreten; eine recht knappe Mehrheit aber sei der Auffassung gefolgt, dem Münchener Siemens-Betriebsrat und DKP-Mitglied Leo Mayer im Interesse einer „Bündelung linker Stimmen“ die Bewerbung als Einzelperson zu gestatten und

auf Profilierung der eigenen Partei zu verzichten. „Auf einer Liste mit Brie?“, fragte mein Gast erstaunt zurück. Jetzt, nachdem sich in Suhl Personen und Inhalte sortiert haben, ist die Sache noch überschaubarer geworden. Eine Mehrheit der PDS-Delegierten erlag der demagogischen Forderung ihrer Parteizentrale, eine „ausgewogene Mannschaft“ mit dem bei 78,5 Prozent der Stimmen auf Platz 4 abgedrängten „Parteilinken“ Hans Modrow und dem als Vordenker (er denkt schon heute im Geist der SPD, seiner künftigen Partei!) angepriesenen PDS-Rechten André Brie (Rang 2 / 56 Prozent) zusammenzustellen. Gelangt die PDS in das Europa-Parlament, dann gilt Spitzenkandidat Brie schon jetzt als gewählt und kann fortan seine hehren Sprüche in Strasbourg klopfen. Mit der Nominierung dieses arroganten Zynikers, der seine eigenen Genossen menschlich verhöhnt und politisch diskreditiert, ist die PDS-Liste für meinen anfangs erwähnten Freund – und auch für andere – nicht mehr wählbar. Was aber wurde aus dem DKP-Sekretariatsmitglied und Einzelbewerber Leo Mayer, wie schnitt er in der Huld der PDS-Delegierten ab? Hat er sich auch auf einem vorderen und damit aussichtsreichen Listenplatz wiedergefunden? Ist er trotz des von der Parteitagsregie erneut ins Spiel gebrachten Schweriner Ausgrenzungsbeschlusses gegen die DKP gewählt worden? Bei dem Suhler Gerangel – schließlich gestattete man nach „anwältlicher Auskunft“ (Gysi?) dem Siemens-Ingenieur

die Kandidatur und erklärte damit die Schweriner Entscheidung in diesem Falle für de facto aufgehoben – fiel Leo Mayer durch das magische Sieb der ersten sechs, die bei einem anvisierten Stimmenanteil von sechs Prozent in das Europa-Parlament einzögen. Er kam nur auf den zwölften Rang, der erst bei einem nicht einmal von Phantasten für möglich gehaltenen PDS-Gewinn von 12 Prozent (!) einlösbar wäre.

Schon bei der Begegnung des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr mit dem stellvertretenden PDS-Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gehrcke (Ex-DKP) war die Chancenlosigkeit der Bewerbung Leo Mayers angesprochen worden. Gehrcke, der – obwohl eigentlich außenpolitischer Sprecher der Fraktion – jetzt aparterweise für Kontakte der PDS-Abgeordneten mit der DKP verantwortlich zeichnet, hatte in dem Gespräch keinen Zweifel daran gelassen, daß der DKP-Politiker „bei dem herrschenden Andrang“ nicht für einen vorderen Platz in Frage komme. Angesichts der Listenführung durch den Antikommunisten Brie stellen sich immer mehr Genossinnen und Genossen aus DKP und PDS, aber auch viele Linke, die sich bereits vom Wahlscheitern verdrossen abgewandt haben, die Frage, ob die DKP gut damit beraten war, die eigene Fahne einzuziehen und auf das Flaggezeigen zu verzichten

Nr. 14, März 1999

Die alte Geschichte von David und Goliath Niederlage der NATO

Die Bombenwerfer der NATO haben sich über Nacht in „Friedenstruppen“ verwandelt. Auf Kampfjets und Panzern prangen jetzt Taube und Ölweig. Glaubt man den professionellen Propaganda-Lügnern der imperialistischen Medien, dann hat Jugoslawien eine vernichtende Schlappe, der „Westen“ aber einen historischen Sieg errungen. Belgrad sei vor NATO und EU zu Kreuze gekrochen und habe sich am Ende doch den Bedingungen des Abkommens von Rambouillet gebeugt. Der Wille des jugoslawischen Volkes, dem Bombenhagel einer zuletzt aus über 1000 Kampfmaschinen bestehenden Luft-Armada der NATO zu trotzen, sei eine mit unzähligen Menschenopfern und schwersten Zerstörungen bezahlte Fehlrechnung des „Milosevic-Regimes“ gewesen. Dem finnischen Präsidenten Ahtisaari und Moskaus „Jugoslawien-Beauftragten“ Tschernomyrdin sei nach „zähen Verhandlungen“ mit der Belgrader Führung ein „Durchbruch“ gelungen. Der UN-Sicherheitsrat habe den „Friedensplan“ der G-8-Staaten – trotz des Widerstrebens von Chinesen und Russen – akzeptiert. So weit die Version der Lügner. Ihre Lesart stellt die Tatsachen auf den Kopf. Der an Nazi-Vorbildern strategisch orientierte „Blitzkrieg“, der ein tapferes Volk brechen und seinen nicht auf die proimperialistische Linie eingeschwenkten Staat zerschlagen sollte, ist gescheitert. Das Hauptziel der NATO – der Sturz des freigewählten Präsidenten Slobodan Milosevic – eines Patrioten, der durch erwiesene

Kriegsverbrecher zum „Kriegsverbrecher“ gestempelt wurde – blieb aus. Milosevic – der Führer der Sozialistischen Partei Serbiens und einstige Generalsekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens – sitzt auch nach westlicher Erkenntnis fest im Sattel. Militärisch wurden die Streitkräfte des angegriffenen Landes nicht zerschlagen. Die „technische Perfektion“ und materielle Überlegenheit des Aggressors haben nicht einmal die Luftverteidigung Jugoslawiens auszuschalten vermocht, obwohl das von NATO-Sprechern immer wieder behauptet worden war.

Auch das zweite Hauptziel des Überfalls – die Vereinten Nationen definitiv auszuhebeln und das völkerrechtliche Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates offiziell aufzuheben – wurde verfehlt. Die UNO ist zwar geschwächt und diskreditiert worden, mußte aber wieder ins Spiel gebracht werden. Schließlich: Das neue Münchener Diktat von Rambouillet, das ganz Jugoslawien in ein Protektorat der NATO verwandeln sollte, konnte Belgrad nicht aufgezwungen werden. Was ist aus Clintons großtönendem „Wir kämpfen bis zum Sieg!“ geworden? Wer hat in diesem Ringen zwischen David und Goliath – zumindest moralisch – den Gürtel gewonnen? Die USA? Die NATO? Sehen so Sieger aus? Die triumphalistischen Bilder aus dem okkupierten Kosovo täuschen es nur vor. Serbien ist schwer verwüstet, seine Infrastruktur weitgehend zerstört. Zahlreiche gefallene Militärs und Tausende

im Bombenhagel der Todesflieger und der politischen Schreibtischmörder hinter ihnen umgekommene Zivilisten stellen eine schreckliche Bilanz dar. Aber sein aus der heroischen Geschichte des Partisanenkampfes Kraft schöpfendes Volk, seine Staats- und Gesellschaftsordnung, die noch Reste des Sozialismus birgt, sind nicht zu Boden gegangen. In Belgrad regiert weiter Milosevic und nicht – wie von der NATO erhofft und vorausgesagt – irgendein Djindjic oder Draskovic von imperialistischen Gnaden. Sicher – Jugoslawien hat Federn lassen und Kompromisse eingehen müssen. Denn einen Bodenkrieg, den Clinton und das blutige Rudel der NATO-Stäbler noch immer als Variante im Ärmel haben, könnte das kleine Land wohl kaum durchstehen.

Andererseits ist in Amerika durch die von den Schröders, Fischers und Scharpings sekundierte Balkan-Aggression der USA nicht einmal eine Fensterscheibe zu Bruch gegangen. Nach Washingtoner Darstellung tendieren die eigenen Verluste im „modernen“, „sauberen“, „chirurgischen“ Krieg zur Errichtung der „neuen Weltordnung“ gegen Null. Und dennoch: Im Kampf gegen Jugoslawien – bei der ersten „militärischen Bewährungsprobe“ der imperialistischen Allianz – hat die NATO eine doppelte Niederlage erlitten. Die schlagartige Beseitigung der letzten „antiwestlichen“ Position in Südosteuropa blieb ein frommer Wunsch. Und: Jeder weiß jetzt, daß der Brüsseler Kriegspakt nichts mit Verteidigung und hehren Idealen, sondern allein mit Mord und Totschlag zu tun hat.

Nr. 17, Juni 1999

Zwei gleiche Schuhe?

Man stelle sich vor: Das Messer in der Hand des Chirurgen und das Messer in der Hand des Amokläufers. Zwei Messer, könnte man sagen. Und doch sind beide Gegenstände unvergleichbar. Sie dienen unterschiedlichen, ja diametral entgegengesetzten Zwecken und werden von Personen benutzt, die Gegensätzliches wollen.

Kann man zwei Staaten miteinander vergleichen, von denen der eine vier Jahrzehnte lang für den Frieden stand, während der andere – den ersten verschlingende – im 50. Jahr seines Bestehens ein kleines, schwächeres Land Europas mit Bomben und Raketen überfiel? Auch hier erscheint der Vergleich abwegig. Und doch wird in diesem Jahr des „Doppel-Jubiläums“ von Böswilligen, Verwirrten, Gutmeinenden und auch manchen, die es eigentlich besser wissen sollten, immer wieder der Versuch unternommen, die Gründungstage der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der imperialistischen Bundesrepublik Deutschland miteinander zu verknüpfen oder auf gleicher Ebene zu behandeln. Natürlich besteht zwischen beiden 1949 angesiedelten Ereignissen ein enger Zusammenhang. So erscheint eine ebenso gewissenhafte wie parteiiche Analyse von Politik und Geschichte beider Staaten dringend und zwingend geboten. Aber kann man deshalb aus DDR und BRD ein Doppelpack machen? Handelt es sich etwa um zwei gleiche Schuhe, wie die kürzlich in einem Entwurfsmaterial der DKP verwendete unmarxistische Formulierung glauben machen könnte, 1989 sei „die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme versäumt“ worden? Unter der obendrein auch noch sachlich falschen Überschrift „Deutsches Doppel. Rückblick auf 50 Jahre deutscher Zweistaatlichkeit“ bediente die linksbürgerliche Tageszeitung „Neues Deutschland“ das „deutsch-deutsche Jubiläum“ gewissermaßen in einem Aufwasch. Ohne Zweifel ist objektivistisches Herangehen an diese Thematik – nimmt man die Gesamtheit primitiver und vulgärer Verunglimpfungen der DDR – oftmals schon der Gipfel des überhaupt Erreichbaren. Und dabei ist doch gerade dieses Gemenge aus Wahrheit und Lüge besonders desorientierend.

Wir haben eine andere Sicht auf die Dinge „deutscher Zweistaatlichkeit“. Imperialismus und Sozialismus gehören für uns nicht in einen Sack. Es macht Mut, wenn ein kommunistischer Theoretiker vom Range Robert Steigerwalds in der UZ die Forderung erhebt, angesichts der Bonner Jubelgesänge die „wirkliche Rolle und Bedeutung der DDR herauszustellen“, die „einen enormen Beitrag zur Festigung des sozialistischen Weltsystems geleistet“ habe. In der DDR, einem der zehn führenden Industriestaaten der Welt, habe es „qualitativ bedeutsame Schritte der Frauenbefreiung, der Bildungs- und Kulturrevolution, der Erziehung im Geiste der Solidarität, des Internationalismus, der Friedensliebe“ gegeben. Wir würden dem unsererseits noch gerne die Feststellung hinzufügen: Die DDR war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes!

Für richtig halten wir übrigens auch die Bemerkung Robert Steigerwalds, daß der sozialistische deutsche Staat selbst dann untergegangen wäre, „wenn man die unbezweifelbaren Fehler und wichtigen Versäumnisse nicht begangen hätte – denn die zum Schluß in der UdSSR führenden Persönlichkeiten hatten die DDR schon Jahre vor ihrem Untergang preisgegeben und darüber mit dem Westen Geheimverhandlungen geführt.“

Wir begehen in diesem Jahr keine zwei Jubiläen. (Das Verb dazu heißt ja jubilieren!) Der 50. Jahrestag der BRD ist uns Anlaß zum Nachdenken über den neuerlich erfolgreichen Vormarsch des deutschen Imperialismus. Das postmortale Jubiläum der DDR bringt Schmerz und Freude zugleich – Trauer über den unwiederbringlichen Verlust und das Glücksgefühl, Bürger der DDR gewesen zu sein. Der 14. Parteitag der DKP hat im Mai 1998 in Hannover beschlossen, eine Kommission zur Auswertung der historischen Erfahrungen der DDR und zur Vorbereitung einer Arbeitskonferenz anläßlich ihres 50. Gründungstages zu bilden. Vom Wirken dieser Kommission hat man in der Presse der Partei seither leider nichts vernommen. Jetzt gehe es einer anderen Kommission um ein Dokument, das „unsere Positionen zu den 50. Jahrestagen von BRD und

DDR zusammenfassen“ solle, heißt es. Also auch hier Doppelpack durch die Hintertür? Übrigens – ausgerechnet für das Annexionswochenende 2./3. Oktober sei eine Konferenz zu BRD und DDR geplant, hört man. Wäre es nicht sinnvoll, über das Datum noch einmal nachzudenken? Wir bleiben in jedem Falle beim 7. Oktober: dem Tag, an dem

in Berlin unser Staat geboren wurde, der dem Kapital vierzig Jahre lang Macht und Eigentum entzog, der mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begann. Dafür haben wir den Saal bestellt. Das werden wir feiern. Darauf werden wir anstoßen. Trotz alledem!

Nr. 18, Juli 1999

Küsse für Madeleine

In der zeitgenössischen Diplomatie hat sich – gewissermaßen gewohnheitsrechtlich – eine neue Praxis eingeschlichen. Das diplomatische Protokoll wurde durch einen Zusatz reizvoll ergänzt: Die Außenministerin der amerikanischen Führungsmacht ist zu küssen!

Madeleines herber Charme scheint unwiderstehlich zu sein. Denn alles küßt die liebevolle Dame aus Übersee. Joe Fischer, der große humanitäre Angriffskrieger und Katastrophenabwender an der Spitze der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, versteht sich da auf alle Feinheiten. Und auch die anderen Außenminister der NATO-Staaten wollen nicht abseitsstehen, wenn Miß Albright ihre Wangen hinhält. Selbst Rußlands Iwanow macht keine Ausnahme! Unlängst bekam die Dame aus dem State Department allerdings einen Kuß besonderer Provenienz: Der elegante Chef der UCK-Terroristen, Hashim Thaqi, den die NATO gerne statt des Psychopathen Rugova an der Spitze einer „Übergangsverwaltung“ im Kosovo sehen möchte, drückte seine Lippen auf Madeleines verwelkte Cheeks. Ein ungeheuerlicher, aber durchaus logischer Vorgang: Kriegsverbrecher unter sich! Wie war doch unlängst der treffende Versprecher Klaus-Peter Sieglöchs in der „Heute“-Sendung des ZDF? „Die UCK will nicht auf ihr Kriegsgericht ... pardon ...

Kriegsgerät verzichten.“ Übrigens, der von der NATO erfundene Führer der „kosovarischen Untergrundarmee“ küßte nicht nur die USA-Außenministerin; er wurde auch demonstrativ von Schröder und Blair zu herzlichen Gesprächen empfangen, als beide Regierungschefs nacheinander ohne Genehmigung Belgrads in die von der KFOR okkupierte serbische Provinz einreisten. Das Zusammentreffen mit Schröder ermunterte die als einheimische Polizeitruppe für das Kosovo vorgesehenen Mordbanden Thaqis derart, daß sie am Tag nach der Begegnung mit dem Kanzler der BRD in Gracko 14 serbische Bauern massakrierten.

Schröders Frontvisite im unruhigen Protektorat paßte voll ins allgemeine Bild. Der deutsche Imperialismus fühlt sich auf dem Balkan zu Hause. Dessen „Stabilität“ wird jetzt vom Mann der BRD-Monopole Bodo Hombach für Siemens und die IG-Farben-Nachfolger vorzüglich „koordiniert“. Schon heißt es, daß der Bundeswehr-General Klaus Reinhardt anstelle des Briten Jackson KFOR-Befehlshaber im Kosovo werden soll. Und beinahe wäre Genosse Scharping NATO-Generalsekretär geworden ... Hände hoch, die Deutschen sind im Kommen!

Madeleine wird geküßt, doch andere kassieren.

Nr. 19, August 1999

Die gespaltene Stadt

Bei den Wahlen am 10. Oktober hat die Bevölkerung des Berliner Ostens – der früheren Hauptstadt der DDR – dem regierenden Schröder-Klüngel und seinem gerade erst an die Spree überführten Bonner Hofstaat eine deutliche Abfuhr erteilt. Trotz des „im Trend liegenden“ Sieges der Schwarzen. Ostberlin wählte rot, stimmte massiv gegen jene, die unser Territorium vor neun Jahren – am unseligen 3. Oktober 1990 – in einer politischen Nacht- und Nebel-Operation annektierten, nachdem die siegreiche Konterrevolution mit ihrer lähmenden Medien- und Konsum-Manipulation das Bewußtsein einer Mehrheit der DDR-Bürger getrübt hatte. Doch die Wirkung dieses Giftes war schwächer als erhofft. In Köpfen und Herzen Verschüttetes wurde bei vielen bald wieder freigelegt. Daß die sozialistische Vergangenheit – das Land des gesellschaftlichen Einvernehmens, der menschlichen Solidarität, der täglichen Geborgenheit – in der Erinnerung der Menschen

fortlebt und die Saat der DDR trotz schärfsten Frostes im Boden überdauert, das wurde jetzt an den Wahlurnen in Thüringen, Sachsen und Berlin sichtbar.

Die für links optierenden Wähler der PDS hatten vor allem eines im Sinn: Sie wollten ihr Votum für eine Partei abgeben, die ungeachtet ihres wankelmütigen Taktierens und ihrer Aufgabe jeglichen Klassendenkens bis heute nicht in der Gunst der Herrschenden steht und die in einer Schicksalsfrage unserer Geschichte – beim Überfall des deutschen Imperialismus auf Jugoslawien – zwar nicht den Löwenmut eines Karl Liebknecht, aber anerkennenswerte Haltung bewiesen hat. Denn eins ist sonnenklar: Die Stimmabgabe für die PDS, die in Ostberlin allen anderen Parteien die Hacken zeigte, in Schröders Regierungsbezirk Mitte die absolute Mehrheit errang und selbst im Westen der nach wie vor geteilten Stadt bemerkenswerte Fortschritte erzielte, war kein Votum für die im Volke kaum bekannten

ideologischen Finessen ihrer auf „sozialdemokratisches Terrain“ driftenden advokatenschlauen Führer. Sie war in erster Linie eine Entscheidung gegen den Kapitalismus und seine brutale Ellenbogenmentalität, gegen Schröder & Co – das SPD-Establishment im Dienste der Monopole. Die PDS-Losung „Sozial und solidarisch“ aber rief in vielen Wählern Erinnerungen an vierzig Jahre in der DDR erlebte Wirklichkeit oder an die nächste Generation übermittelte Erfahrungen wach. Entscheidend: Ein Drittel der PDS-Stimmen wurden von jungen Menschen abgegeben! Die SPD hat für ihren totalen Übergang ins Lager der Bosse – für ihr Einschwenken auf früher von der inzwischen pulverisierten FDP eingenommene Positionen – einen hohen Preis bezahlt. Sie ist von den Wählern als eine Kopie der „neoliberalen“ CDU erkannt worden – und da wollte ein großer Teil von ihnen dann schon lieber das Original, bei dem mehr Kompetenz vermutet wurde. So fiel die SPD in Berlin von einst 61 auf nunmehr 22 Prozent zurück! Das Lamentieren bestimmter PDS-Spitzenpolitiker über den angeblich bedauerlichen Abstieg der SPD, der „auf der Linken“ eine „Lücke“ reiße und ein „Vakuum“ entstehen

lasse, verkennt völlig die Situation. Spätestens der Weggang Lafontaines hat den Standort der SPD in der „politischen Mitte“ signalisiert, so sehr das auch ehrliche Sozialdemokraten und Gewerkschafter der Basis schmerzen mag. Übrigens – noch schlimmer als das Verbreiten von Illusionen über die Schröder-Partei sind Avancen einiger PDS-Führer in Richtung CDU. Selbst am Wahlabend ließ es sich Gregor Gysi nicht nehmen, darauf hinzuweisen, „CDU und PDS“ seien „die einzigen Parteien, die in Deutschland ein Konzept besitzen“. „Berlin bleibt politisch geteilt“, verkündete NTV nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse. „Zehn Jahre nach dem Wendeherbst gibt es zwei völlig unterschiedliche Hälften der Stadt“, konstatierte das ZDF. „Die Kluft ist größer geworden“, kommentierte der scharfsinnige Klaus Bresser. Und einer sagte: „Die Mauer in den Köpfen ist höher als je zuvor.“

Aus proletarischer Sicht: Man darf's zufrieden sein. Ist doch die ideologische „Mauer“ keine Trennung in Ost und West, sondern eine Klassenschranke.

Nr. 21, Oktober 1999

Wandel durch Annäherung

Es gibt Leute, die halten Egon Bahr – den geistigen Urheber der „Konterrevolution auf Filzlatzchen“ – nicht nur für einen scharfen Denker mit nüchternem Urteilsvermögen, sondern auch für einen gemäßigten und maßvollen Politiker der deutschen Sozialdemokratie. Manche sehen in ihm sogar einen Linken. Der klügste Mann der SPD – er hebt sich von dem öden Gedümpel ins Rampenlicht drängender Kleingeister ab – besticht durch die Solidität seiner Analysen und den Verzicht auf vordergründiges Brimborium. Das hat er nicht mehr nötig. Die Zeiten des 17. Juni 1953 liegen lange zurück, als Egon Bahr die Bürger der DDR über den RIAS zum „Volksaufstand gegen das SED-Regime“ aufhetzen und aufheizen wollte. Seitdem hat er vieles gelernt, doch das Einmaleins und das Abc seiner Ideologie nicht verlernt: den Antikommunismus. Längst bevorzugt er subtilere Waffen als Gift und Dolch. Als der von Haß auf die Sowjetunion überschäumende USA-Präsident Ronald Reagan die UdSSR als „Reich des Bösen“ verurteilte und Washingtons antikommunistischer Strategieplaner Zbigniew Brzezinski das leicht zu durchschauende Losungswort ausgab, den Sozialismus „in der Umarmung zu erwürgen“, nannte Bahr seine Variante desselben Konzepts „Wandel durch Annäherung“. Er war der Architekt der ideologischen Aufweichung und schleichenden Zersetzung der Kampfkraft der SED, die manche revisionistischen Avancen aus Moskauer Richtung zwar durchschaute, den vor allem von Bahr lancierten SPD-Offerten aber auf den Leim ging. Seit 1989 kümmern sich Experten wie er intensiv um „Wandel durch Annäherung“ unter neuen Bedingungen. Gemeinsam mit ihren Gewährsleuten in PDS-Vorstandsetagen arbeiten sie auf die komplexe Sozialdemokratisierung der Partei des Demokratischen Sozialismus hin – sehr zum Leidwesen vieler aufrechter Sozialisten und Kommunisten in deren Reihen.

Während sich Ex-KPdsU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in Moskau gerade um den Vorsitz der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Menschewiki) bewirbt, wird auch in Berlin eifrig gekurbelt. Am 27. Oktober 1999 brachten das PDS-eigene Blatt „Neues Deutschland“ und der SPD-eigene „Vorwärts“ zeitgleich ein ganzseitiges Doppelinterview mit Egon Bahr und Lothar Bisky. Ein überdimensionales Foto zeigte beide Sozialdemokraten auf einer Couch im Hof des Willy-Brandt-Hauses der SPD. „Wandel durch Annäherung?“ lautete die Überschrift. Nur einen Tag später forderte Gregor Gysi im Südwestrundfunk den „Abschied von überlebten Sozialismus-Modellen“. Seine Partei müsse begreifen, „daß es nicht mehr um einen Wechsel sozusagen über Nacht vom Kapitalismus zu einem völlig anderen System“ gehe. „Schritt für Schritt“ solle „eine Gesellschaftsstruktur geschaffen werden, in der die Kapitalinteressen den sozialen Interessen der Menschen untergeordnet“ seien. Wenn jemand eine solche Position als Sozialdemokratisierung der PDS bezeichne, störe ihn das angesichts des derzeitigen Zustands der SPD nicht, erklärte Gysi. Und er fügte hinzu: „Dann hätten wir wenigstens wieder eine Sozialdemokratie in Deutschland.“

Deutsche Gorbatschows? Verkauf von Haus und Hof? Verrat an den eigenen Genossen? Wandel durch Annäherung? Diese Fragen müssen sich PDS-Genossen stellen und beantworten. Die jüngsten Äußerungen sollten eine Änderung der Haltung der DKP zur PDS in dem Sinne herbeiführen, daß es sich künftig im Verhältnis beider Parteien zueinander um notwendige Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten handelt. Allen in der PDS, die weiter Linkskurs halten und auf Klassenpositionen bleiben, gehört unsere unverbrüchliche Solidarität.

Nr. 22, November 1999

Sieg über eine Provokation

In der deutschen Geschichte hat sich ein folgenschwerer Präzedenzfall ereignet: Der für „öffentliche Sicherheit“ zuständige Repressionsapparat der BRD – in Berlin vertreten durch den Ex-Chef der als Verfassungsschutz getarnten politischen Polizei, Innensenator Werthebach (CDU), und den ihm unterstellten Polizeipräsidenten Saberschinsky – hat das neue Jahrhundert mit einer Provokation eingeleitet. Die für den 9. Januar 2000 geplante Demonstration zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde unter einer angeblichen oder echten Drohung eines konstruierten oder herbeigesehnten „Einzeltäters“ durch die Machtorgane gerade jenes Staates verboten, der – von Mogadischu bis Offenbach – äußerste Härte demonstriert und stets feierlich gelobt hat, er werde vor Erpressern keinen Schritt zurückweichen. Unfähig oder unwillig, den friedlichen Marsch und die stille Ehrung der LL-Demonstranten aus dem gesamten Spektrum der deutschen Linken und ihrer zahlreichen ausländischen Freunde zu schützen – bei Neo-Nazi-Aufmärschen klappt das immer vorzüglich! –, griff die Diktatur der Bourgeoisie zu einem schäbigen Trick: Um die traditionsreichste und bei weitem größte linke Demonstration Deutschlands unter Ausnahmezustand stellen zu können, schoben die Behörden einen – laut BI-Abendschau – „verwirrten Brandstifter“ vor: einen Mann mit offenbar manischer Abneigung gegen die PDS. Die Polizei habe „schon seit Monaten erfolglos nach ihm gefahndet“, wurden die exzellenten ermittelnden Qualitäten der vom Steuerzahler ausgehaltenen Organe beschrieben.

Ein „verwirrter Brandstifter“ – wer denkt da nicht unwillkürlich an einen jungen Holländer namens Marinus van der Lubbe, der im März 1933 „rein zufällig“ im brennenden Reichstag angetroffen und später, wegen Brandstiftung verurteilt, gehängt wurde? Natürlich liegt uns nichts ferner, als die polizeiliche Fürsorgepflicht der Herren Werthebach und Saberschinsky mit jenen weit zurückliegenden Geschehnissen zu vermengen, und vielleicht ist jener ebenfalls feuerbewanderte „Demo-Erpresser“ mit dem Phantom-Namen Olaf Jürgen Staps gar ein weniger dumpfer Typ als der andere Luntener, doch in den Kopf kommt einem die rein äußerliche Analogie schon. Immerhin lieferte „Staps“, der sich nach dem Erhalt des abschlägigen

Wohnungsbescheids einer PDS-Bau-Stadträtin mit Bomben, Handgranaten und Maschinenpistolen ausgerüstet haben soll, den Vorwand für die größte politische Provokation, die in Deutschland seit dem Karlsruher KPD-Verbot vom August 1956 gestartet wurde. Ihr Ziel besteht darin, nach erfolgter Übersiedlung der Bonnzokratie an die Spree ganz Berlin BRD-kompatibel zu machen.

Zum ersten Mal nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs – sieht man von den Jahren der Hitler-schen Schreckensherrschaft ab – wurde die Tradition legaler LL-Demonstrationen unterbrochen. Das ist eine Zäsur! Demo und Gedenken wurden von der Polizei für den Tag der ersten Anmeldung „abgesagt“, wie Gregor Gysi mild und feinsinnig formulierte. Abgesagt? Die Demonstration fand im Friedrichshain trotz eines massiven Polizei-„einsatzes“ mit Reiterstaffeln, Panzerfahrzeugen, Wasserwerfern und anderer „Räumtechnik“ statt. Der Staat fuhr sein Unterdrückungsarsenal gegen das Volk auf, prügelte, was das Zeug hielt, ließ Hunderte abschleppen, zeigte seine Bürgerkriegsvisage. Doch auf der Karl-Marx-Allee, am Lenin-Platz und vor dem alten ND-Gebäude erklangen die Lieder des Kampfes, wehten die roten Fahnen der Antifa, der DKP, der KPD, vieler anderer Gruppen und auch der PDS-Genossen, die nicht kapituliert hatten. Jener wahren Sozialisten, die am Tag der Unterdrückung und Gefahr den feigen und duckmäuserischen Anordnungen ihrer Zentrale, dem Geschwafel einer Petra Pau und den Demobilisierungsapellen der mit ihren weißen Armbinden wie Hilfspolizisten wirkenden PDS-Ordner nicht gefolgt waren. Am 9. Januar 2000 wurde die Freiheit der Andersdenkenden dort verteidigt, wo die heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Wollenberger-Lengsfeld und deren Kumpane einst der Konterrevolution mit ihren Parolen den Weg bereiten wollten. Die Demo, mit der sich Tausende das Recht auf die Straße erkämpften, und das beherzte Verhalten auch der vielen Unbeirrbareren, die in Friedrichsfelde die gemeinsamen Absperrketten von Polizei und PDS bedrängten, waren ein großer moralischer Sieg aller, die vor der schleichen-den Faschisierung nicht zurückweichen. In diesem Geist zogen dann am 15. Januar erneut viele Zehntausende zu den Gräbern von Karl und Rosa.

Nr. 24, Januar 2000

Bernsteinzimmer im KL-Haus?

Hermann Kant hat die Idee des Monats gehabt. Der PDS-Partei Vorstand möge im Berliner Karl-Liebknecht-Haus ein heißbegehrtes Kleinod erstehen lassen – das Bernsteinzimmer, empfahl er im ND. Warum wählte er gerade diese Zeitung für seinen trefflichen Vorschlag? Hier scheinen die Liebhaber des gelben Harzsteines und der Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung der Traditionspflege in besonderem Grade verpflichtet zu sein. Tatsächlich wäre die Einrichtung eines Bernsteinzimmers in der Kleinen

Alexanderstraße nicht nur zeitgeistgemäß, sondern auch ein Akt der Wiedergutmachung „an einem in der DDR verfeimten marxistischen Denker“, für den die „Sozialistische Tageszeitung“ unlängst wieder einmal die Trommel rührte. Besser gesagt: Ein ganzes Orchester intonierte einen Hymnus. „Neues Deutschland“ veröffentlichte am 29./30. Januar 2000 eine breitmäulig als „Plädoyer“ bezeichnete Lobrede auf den vor 150 Jahren geborenen Eduard Bernstein – den „Vater des Revisionismus“. Gregor Gysi hatte ihn schon im

Dezember 1989 in die neugestaltete Ahnengalerie seiner gerade erst aus der Taufe gehobenen Partei des Demokratischen Sozialismus eingereicht. In seiner Laudatio bestätigte ein ND-Autor namens Jürgen Schuster im Grunde nur das, was in der DDR Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen gewußt haben: daß Bernstein zunächst Marxist und dann – seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts – der selbsternannte Marx-„Revidierer“ Nr. 1 gewesen ist. Dennoch beklagt der harte ideologische Auftragsarbeit für die Sozialdemokratisierer in der PDS-Spitze leistende Artikelschreiber des ND: „In der DDR als Inkarnation des ‚Verrats an der Arbeiterklasse‘ und der Abkehr vom Marxismus stigmatisiert, hat ihn das Odium des Abtrünnigen und Verwerflichen bis heute nie ganz verlassen.“

Bernstein habe „glänzende marxistische Analysen“ geschrieben, sei aber „zu seinen Erkenntnissen ... auf der Grundlage und im Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit einer Reihe Marxscher Grundpositionen“ ... gelangt. Von ihm stamme die Behauptung, „daß die von Marx prognostizierte Polarisierung zwischen Kapital und Reichtum auf der einen und von Elend auf der anderen Seite nicht in der vorausgesagten Dimension und Schärfe eingetreten“ sei. Er habe sich für den „friedlichen“, nichtrevolutionären Weg als den alleinigen Zugang zum Sozialismus ausgesprochen. Seine Devise habe gelautet, „das sozialistische Kollektiveigentum“ werde „nicht als Folge oder infolge der gewaltsamen Aufhebung des kapitalistischen Eigentums ausgebildet werden, sondern das kapitalistische Eigentum wird verschwinden, wenn das sozialistische Kollektiveigentum schon in hohem Grade ausgebildet sein wird.“ Mit anderen Worten: Der Sozialismus entsteht

im Kapitalismus, ohne jeden revolutionären Sprung und ohne vorherige Brechung der Macht- und Eigentumsstrukturen des Kapitals.

Entschieden habe Bernstein dafür plädiert, nicht länger an der „Phrase von der Diktatur“ (des Proletariats) festzuhalten. Das sei, wie man heute wisse, „ein sehr kluger Ratschlag“ gewesen, meint ND-Schuster, „denn Marx, als der Erfinder dieses unglücklichen Begriffs“, habe „nie eine inhaltliche Bestimmung dieses Terminus gegeben“. Schließlich sei Bernstein – auch als Urheber des Satzes, die Bewegung sei (ihm) alles, das Ziel gar nichts, bekannt – gegen die „Überschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt“ aufgetreten und habe darauf verwiesen, „daß die bürgerliche Gesellschaft noch beträchtlicher Anpassung fähig“ sei. In der Folgezeit hätten „sich die meisten Positionen Bernsteins bestätigt und als richtig erwiesen“.

Auf diesem beklagenswerten theoretisch-ideologischen Niveau sind die Mehrheit der PDS-Führung und ihr Zentralorgan inzwischen angekommen. Sie brauchen in der Tat ihr Bernsteinzimmer! Was aber muten sie den vielen gebildeten und standhaften Marxisten zu, die sich immer noch in ihrer Partei quälen?

Dem ND-Plädoyer für den Herold des antimarxistischen Revisionismus vergangener Tage, der im Dezember 1989 vom Sonderparteitag erneut auf den Schild gehoben wurde, stellen wir unser Plädoyer für Marx und Engels, für Lenin – den von der Diktatur der deutschen Bourgeoisie vom Denkmalssockel gestoßenen und verfeimten proletarischen Denker – entgegen!

Nr. 25, Februar 2000

Gralshüter

Es gibt Leute, die begegnen uns mit dem Vorwurf, wir empfänden uns als „Gralshüter“ und „Tempelwächter“ der „reinen Lehre“. Das ist offenbar Ausdruck des Unbehagens darüber, daß wir uns dem Abdriften von unserer Theorie – dem Abgehen vom Marxismus-Leninismus – entschieden widersetzen. Ideologische Wachheit hat mit Dogmatismus nichts zu tun. Natürlich ist die Behauptung, wir wähten uns auf dem Olymp der Weisen, unrichtig. Wir besitzen weder das „Ei des Kolumbus“ noch das „Salz der Erkenntnis“. Aber wir haben einen Kompaß für den Weg und kennen das Ziel; wir lassen uns nicht vom Weg abbringen, um an ein anderes Ziel zu gelangen. Und wir wissen zugleich, woher wir kommen: Während Schmähler, „Neubewerter“, „Aufarbeiter“, „Büßer“ und „Angekommene“ noch immer Hochkonjunktur haben, bekennen wir uns stolz zur Sache der DDR. Viele unserer Leser sind Mitglieder und Sympathisanten der PDS. In der Regel gehören sie zu jenen in den Basisorganisationen oftmals die Mehrheit bildenden „dogmatischen Linken“, die Gregor Gysi gerne loswerden will. Sie sind standhafte und bewahrte Kommunisten-Sozialisten. Deshalb werden sie von ihrer Parteiführung und auch manchen Mitgenossen als „Betonköpfe“ und „Stalinisten“ bezeichnet. (Beton ist übrigens ein sehr stabiles Material.) Man bezichtigt auch sie, „Gralshüter“ „Tempelwächter“ sein zu wollen.

Der „RotFuchs“ ermutige sie und helfe ihnen, sich im immer dornigeren ideologischen Dickicht der PDS zurechtzufinden, schreiben uns diese Genossen. Andere PDS-Mitglieder helfen beim RF-Vertrieb oder reihen sich ganz selbstverständlich unter die Autoren ein. Wie in dieser Ausgabe. Ihre Beiträge sind uns stets willkommen. Schließlich ist der „RotFuchs“ eine Tribüne für Sozialisten, Kommunisten und andere Antifaschisten. Das kommt in Hunderten Leserschriften und auch in der unterschiedlichen Herkunft unserer ständigen Mitarbeiter zum Ausdruck. Während uns täglich Briefe, Faxe, E-Mail-Anfragen und Anrufe neuer Interessenten erreichen, hat es seit Jahresbeginn leider auch zwei Abbestellungen gegeben, über die wir hier berichten wollen. Eine alte Genossin aus Berlin-Treptow schickte uns 40 Mark, bedankte sich für die regelmäßige Zusendung und schrieb, sie habe den „RotFuchs“ stets mit Gewinn gelesen, halte aber unsere Berichterstattung über die PDS für „sektiererisch und der Einheit der Linken abträglich“. Ein Genosse aus Mühlengiez im Kreis Güstrow, der auf Anraten eines anderen Lesers ein Probe-Exemplar erhalten hatte, winkte telefonisch ab: „Eure Zeitung ist gegen die PDS.“ Genosse Buschow aus Schwerin, einer unserer aktivsten Korrespondenten, schilderte brieflich seinen Dialog mit einer „durchaus linken Schriftstellerin“. Sie habe ihm gesagt: „Der RF behandelt die PDS – die

uns am nächsten stehende Partei – zu haßerfüllt.“ Genosse Buschow fuhr fort: „Ich erwiderte, es handele sich eben um eine streitbare Auseinandersetzung. Aber nachdenklich stimmte mich diese Meinung schon.“ Auch uns zwingt sie zum Überlegen. Setzen wir die Akzente immer richtig? Stoßen wir potentielle oder tatsächliche Kampfgefährten, die unsere Polemik überhaupt nicht treffen soll, vor den Kopf? Leiten wir den Sozialdemokratisieren und revisionistischen Ausverkäufern in Führungsetagen der PDS, gegen die wir zu Recht kompromißlos auftreten, ungewollt Wasser auf die Mühlen?

Wir sind auf gar keinen Fall „haßerfüllt gegenüber der PDS“. Wir sehen in ihr nach wie vor die einflußreichste antifaschistisch-demokratische Kraft im linken Sektor der deutschen Politik. Sie ist erklärtermaßen keine Partei der Arbeiterklasse wie DKP und KPD. Sie ist eine nichtrevolutionäre, nichtmarxistische, nichtkommunistische Partei, in der es sowohl treue Kommunisten und Sozialisten als auch eindeutige Antikommunisten gibt. Werden frische Beweise für die letzte Behauptung gefordert?

Man sehe sich nur die Titelseite der PDS-Mitgliederzeitung „Disput“ (Nr. 2/2000) an. Sie zeigt eine Bildleiste mit den Köpfen von Ulbricht, Kohl, Honecker und Kanther, dazu den großgesetzten Begleittext: „UNSERE BESTEN ... Die Partei, die Partei, die hat immer Geld.“ Das ist antikommunistische Hetze pur! Die Gleichsetzung gestandener Antifaschisten und proletarischer Kämpfer mit den als Kriminelle überführten Spitzenlakaien des deutschen Kapitals! Schlimmer geht's nimmer! „Das ist nicht nur für mich beleidigend und unzumutbar“, schrieb der nordbayerische DKP-Funktionär Erich Schreyer aus Röthenbach/Pegnitz an die „Disput“-Redaktion. Seine Worte drücken aus, was auch die Mehrheit der PDS-Genossen, der wir freundschaftliche Gefühle entgegenbringen, empfindet: Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus darf auf keinen Fall eine Partei des Antikommunismus werden. Deshalb: Gemeinsam gegen rechts, wobei rechts bisweilen in linker Maske daherkommt!

Nr. 26, März 2000

Nazis in Hellersdorf

Man stelle sich einen Augenblick lang dieses bizarre Bild vor: Hellersdorf zu DDR-Zeiten. An einem U-Bahnhof roten sich 650 faschistische Totschläger zusammen. Sie bringen Nazi-Parolen und Nazi-Fahnen mit. Sie halten blutrünstige Reden gegen Ausländer. Ihre Sprechchöre wünschen der Menschheit die Pest an den Hals. Die braunen Banditen werden von 2300 Polizeibeamten abgeschirmt, die den Befehl haben, sie vor Gegendemonstranten zu schützen. Als sich diese unter Losungen der Völkerfreundschaft und des Friedens nähern, greift die Volkspolizei brutal ein und nimmt 140 Festnahmen vor. Bei dem ganzen Geschehen ist die Justiz voll mit im Spiel. Ein Gericht hat die Nazi-Kundgebung ausdrücklich genehmigt und die Gegenwehr der Bevölkerung verboten ...

Wischen wir die gespenstische Szene weg, denn sie ist unvorstellbar. Unter DDR-Bedingungen hätten sich 650 Faschisten weder ungestört organisieren noch ungehört in der Öffentlichkeit zeigen können. Gegen jeden Versuch wäre die Staatsmacht sofort eingeschritten. Kein Volkspolizist hätte sich dafür hergegeben, jene zu schützen, die Auschwitz und Majdanek, Sachsenhausen und Ravensbrück im Gepäck haben. Die Republik des „verordneten Antifaschismus“ hätte den Faschisten das Gefängnis verordnet. Denn „Demokratie“, die den Feinden der Demokratie den Weg öffnet, gab es bei uns nicht. Es gab auch keine „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, die die Totengräber der Freiheit unter den Schutz des Gesetzes stellte.

Das, was sich am 1. Mai in Berlin-Hellersdorf und anderswo in Deutschland abspielte, hat den pseudo-demokratischen Heuchlern die Maske vom Gesicht gerissen. Es war die konsequente Fortsetzung des Verbots der Liebknecht-Luxemburg-Demo am 8. Januar.

CDU-Polizeisenator Werthebach und CDU-Polizeipräsident Saberschinsky, die den angeblichen Attentäter aus Friedrichshain noch immer nicht gefunden haben wollen, wählten diesmal eine Doppeltaktik. Sie verboten sowohl den Hellersdorfer Nazi-Aufmarsch als auch die Gegenaktion der Antifaschistischen Aktion Berlin. Begründung: Die Polizei sei infolge zahlreicher anderer Verpflichtungen am 1. Mai außerstande, dem braunen Pack einen „hinreichenden Schutz vor Übergriffen linker Gewalttäter“ zu gewähren. Erfahrungen hätten gezeigt, „daß sich gewaltbereite Linke durch ein Verbot nicht davon abbringen lassen, die Teilnehmer der NPD-Kundgebung tätlich anzugreifen“. Einen Tag später genehmigte das Berliner Oberverwaltungsgericht die faschistische Zusammenrottung am U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße. Gleichzeitig wurde das Verbot der antifaschistischen Gegendemonstration bestätigt, da es deren Absicht sei, die Nazi-Parade „zu stören und zu verhindern“. Tatsächlich bewachten dann rund 2300 Beamte etwa 650 Rechtsextremisten. 140 „Personen aus dem linken Spektrum“, dessen Demonstranten die Polizei abdrängte, wurden festgenommen. Die „Polizeitaktik zum Schutz der Kundgebungsteilnehmer“ habe sich bewährt, teilte Saberschinskys Pressestelle mit. „Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und „potentiellen Störern aus dem linken Umfeld“ seien verhindert worden. Auch Hellersdorfs PDS-Bürgermeister Dr. Uwe Klett, der über ein von allen drei Parteien der Bezirksverordnetenversammlung veranstaltetes Mai-Fest der Kulturen präsiidierte, war's zufrieden, obwohl er der „jungen Welt“ versicherte, daß er für den NPD-Aufmarsch „nicht viel Verständnis“ habe. Der Innensenator hätte die „politische Auseinandersetzung“ mit den Protagonisten der

NPD-Krawalle „mehr pflegen müssen“. Die nächste Zeit werde zeigen „ob er sich in dieser Richtung mehr ins Zeug legt“. Immerhin sei die „wichtigste Gegendemonstration“ – das Fest der Kulturen – nicht verboten worden. Im übrigen habe man die NPD-Veranstaltung – das wisse er aus seinen Kontakten mit der Polizei – „wie ein Kindergartenspiel durchgeführt“. Er wolle damit aber nichts verharmlosen. Kindergartenspiel?

Das ist wohl kaum das adäquate Wort. Faschisten machen mobil. Vorerst im Taschenformat, wenn man von denen absieht, die sich in CDU und CSU versteckt halten. Werden sie morgen, von Polizei und Justiz beschirmt, wieder eine echte Reserve des Kapitals? Wehren wir den Anfängen!

Nr. 28, Mai 2000

Neue 20-Prozent-Partei?

Folgt man der offiziellen Lesart, dann handelt es sich bei Kommunisten und klassenkämpferischen Sozialisten in Deutschland um winzige „Rand- und Splittergruppen“. Sie werden allein an ihren mageren Wahlergebnissen gemessen, die sie unter den Bedingungen des lückenlosen Totschweigens einfahren. Eine „0,2-Prozent-Partei“ heißt es zum Beispiel verächtlich von der DKP. Auch in PDS-Kreisen. Doch gemacht. Schon bald könnte der Verfassungsschutz, der für die flächendeckende polizeistaatliche Überwachung der Linken in Deutschland zuständig ist, in Arbeit ertrinken. Allerdings nur, wenn er in diesem auf „Politbarometer“ und Meinungstests geeichten Land jener neuesten Umfrage traut, die „Forsa“ Ende Mai abgeliefert hat. Sie wurde von der auf Seriosität bedachten bürgerlichen Zeitschrift „Die Woche“ in Auftrag gegeben. „Neues Deutschland“ suchte das sensationelle Sondierungsergebnis unter der abwiegelnden Überschrift einer Kleinmeldung „80 Prozent lehnen neue Linkspartei ab“ ins Bedeutungslose zu verbannen. Vier Fünftel der Deutschen hätten sich – laut Forsa – „gegen die Gründung einer neuen Partei links von SPD und PDS ausgesprochen“. Hier sieht man, wes Geistes Kind die Macher des PDS-eigenen Blattes sind. Wäre das kleinbürgerlich-liberale ND tatsächlich eine linke Zeitung, hätte man sich eine fünfspaltige Schlagzeile vorstellen können: „20 Prozent der Deutschen für radikale neue Linkspartei!“ Das hätte den Lesern die Tatsache ins Bewußtsein gehoben, daß sich erstmals seit 1989/90 ein Fünftel der Deutschen für eine echte politische Alternative zur Kapitulation vor dem Kapital und zur Klassenkollaboration erklärt hat. Oder lügt Forsa plötzlich? Ist das Umfrageresultat auf einmal keinen Sechser und wirklich nur noch eine 16-Zeilen-Meldung auf der dritten Innenseite wert? Unter denen, die sich für eine neue Partei links von SPD und PDS erklärt hätten, gebe es „große Unterschiede Ost-West“, verriet das ND. „Nur 17 Prozent der Westdeutschen“ seien auf der Seite der Befürworter. Nur? Zu keiner Zeit seit Adenauers KPD-Verbot hat es in der Alt-BRD eine solche Zahl von Menschen gegeben, die

auf eine linke politische Kraft hoffen, die wirklich sozialistische Ziele vertritt. Was bleibt da von der Behauptung, die klassenkämpferische und revolutionäre Linke habe im Westen weder Chance noch Gefolgschaft?

Im Ostteil Deutschlands zählten die Befürworter einer „neuen Linkspartei“ sogar 32 Prozent, habe Forsa ermittelt. So liest man es in der ND-Zwergmeldung. Die Idee erhalte der Umfrage zufolge „bei den Anhängern der PDS mit 71 Prozent den größten Zuspruch“. Verdient diese Tatsache etwa keine fette Spitzenmeldung in einem PDS-Organ?

Gott bewahre! In der Chefetage des PDS-Vorstandes hat man ganz andere Sorgen. Petra Pau erklärte am 19. Mai 2000 gegenüber dem ND: „Ich erlebe Debatten und erhalte Post, wo ich dringend aufgefordert werde, kritische Sichten auf die DDR zurückzunehmen oder zumindest nicht öffentlich zu äußern. Alles Positionen, die wir uns als PDS schmerzhaft erstritten haben. Stichwort DDR-Bewertung, Stichwort MfS, Stichwort Mauer, Stichwort 17. Juni.“

Wundert sich die PDS-Spitze angesichts solcher Markierung konterrevolutionärer Standpunkte eigentlich noch darüber, daß 71 Prozent ihrer Genossen, deren Leben und Arbeit mit der DDR verbunden war, inzwischen auf eine ganz andere Partei setzen? Um nicht mißverstanden zu werden: Wir meinen hier nicht die DKP. Sie besitzt trotz ihrer Orientierung auf die Arbeiterklasse und den Sozialismus, auf einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen vorerst weder Statut noch Struktur, weder Gewicht noch Einfluß, um dem Wunsch eines Fünftels der Deutschen entsprechen zu können. Doch das Reservoir für eine große Partei „links von SPD und PDS“ ist offensichtlich bereits vorhanden. Eine starke und einheitliche Partei aller deutschen Kommunisten und Linkssozialisten kann sich jedoch nur im Ergebnis eines Prozesses formieren, der die Kräfte zusammenführt. Das muß von unten wachsen und von oben gefördert werden. Dazu bedarf es ideologischer Klarheit und politischer Konsequenz.

Nr. 29, Juni 2000

Ein moralischer Riese

Wer die Welt aus dem Blickwinkel der Bourgeoisie betrachtet, hält den Vorgang für unglaublich: Der einfache kubanische Arbeiter Juan Miguel González hat allen Verlockungen, allen Angeboten, aller Erpressung widerstanden und ist mit seinem Sohn – dem sechsjährigen San – nach Havanna zurückgekehrt. Ein halbes Jahr lang haben ein ganzes Volk und seine Führung um diesen „Flüchtlingsjungen“ gekämpft und schließlich seine Freilassung durch die USA, wo die Vernunft am Ende über den Irrsinn siegte, ertrotzt. Seit Monaten war Eliáns Vater mit seiner zweiten Frau und dem Halbbruder des Zurückgehaltenen in Washington, schlug sich dort gegen Gerichtsurteile und den Terror nach Miami geflohener Verwandter. In dieser Zeit wurden ihm, wie die USA-Presse berichtete, zwei Millionen Dollar geboten, wenn er aufgabe und in den Vereinigten Staaten bleibe. Es war eine Schlacht zwischen Geld und Gewissen. Juan Miguel González ließ sich nicht kaufen, nicht auf die Seite der Feinde seines Landes ziehen. Um keinen Preis der Welt. Statt eines sorgenfreien Lebens im Kapitalismus entschied er sich für die Mühen und Entbehrungen im sozialistischen Kuba. Als er mit dem Sohn zurückkam, nannte ihn Fidel Castro einen „moralischen Riesen“.

Was hat dem einfachen Kubaner eine solche Kraft verliehen? Wie konnte er auf dem Posten, auf den ihn die Ereignisse gestellt hatten, ein solches Maß an Größe und Integrität, erlangen? Was macht ihn zum sittlichen Maßstab für ein ganzes Volk, für Millionen in aller Welt?

Juan Miguel González, den Castro jetzt mit dem höchsten Orden Kubas auszeichnete, ist Kommunist. Ein Kommunist „aus besonderem Material“. Er ist keiner von denen, die nur die rote Fahne schwingen oder vorgestanzte Worte wiederholen können. Er denkt und weiß, er fühlt und kämpft. Er besitzt nicht nur ein Parteibuch, sondern er lebt auch das Leben eines Kommunisten. Und damit wären wir beim Thema:

Der Spanienkämpfer und Berufsrevolutionär Fritz Rettmann der schon lange in Friedrichsfelde liegt, hat mir einmal gesagt „Immer habe ich mich mit Politik beschäftigt. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gelangt: Erst kommt der

Mensch, dann der Kommunist. Mit anderen Worten: Wer kein ganzer Mensch ist, kann auch kein ganzer Kommunist sein. Die Beziehungen zwischen den Genossen, das ist es, was zählt. Dort, wo sie fehlen, verkümmert der Rest.“ Echte Kommunisten sind immer ehrliche, hilfsbereite, freundliche, saubere Menschen gewesen. Oder sie wollten es zumindest sein, ohne ihr Ziel – durch die widrigen Umstände – so zu erreichen, wie sie es sich gewünscht hätten. Im Frühjahr 1950 schrieb mir Ernst Busch, mit dem ich damals in derselben Wohngruppe der Partei war, die Worte Brechts in ein Buch von Bredel; „Gedenkt, wenn ihr von unseren Schwächen sprecht, auch der finsternen Zeit, der ihr entronnen seid ...“

Ja, auch der Haß auf die Niedrigkeit und der Zorn über das Unrecht entstellen die Züge und machen die Stimme heiser. Was nützen uns die flammendsten Bekenntnisse, die rastloseste Umtriebigkeit, die schönsten Parolen und die leidenschaftlichsten Appelle, wenn die „Chemie“ unter den Genossen nicht stimmt? Wenn kleinlicher Neid, ärmliche Intrigen, falsche Ambitionen, wenn Brunnenvergiftung und Ehrabschneiderei die menschlichen Beziehungen unterlaufen?

Fritz Rettmann hat recht: Das Wichtigste ist, daß ein Kommunist durch sein Verhalten und seine Ausstrahlung, durch sein Denken und Fühlen, durch seine menschliche Wärme, durch sein Zugehen auf die anderen und durch sein Zupacken bei der gemeinsamen Arbeit schon ein „Stückchen vom Kommunismus“ vorwegnimmt. Haben wir nicht manchmal in der DDR alles geprüft, was – wie wir glaubten – zu prüfen war: die soziale Herkunft, die politische Entwicklung, das Verhalten an bestimmten Tagen, das Fehlen von Kontakten nach „drüben“? Ist es uns aber immer gelungen, auch das Entscheidende im Blick zu behalten: den Charakter, die Persönlichkeit, das menschliche Kaliber?

Wie ich dazu gekommen bin, ein solches Plädoyer zu halten? Der „moralische Riese“ Juan Miguel Gonzalez hat mir die Feder geführt. Seine Größe ist das Maß, an dem wir die Dinge messen müssen. Als Menschen und als Kommunisten, damit beides eins ist.

Nr. 30, Juli 2000

Feindbilder?

Einer unserer vielen treuen Leser in Schwerin – Genosse Günter Buschow, dem wir so manchen guten Rat verdanken – zeigte sich darüber besorgt, daß wir den Hauptfeind nicht immer genügend im Visier hätten. Zwar sei es richtig und wichtig, Revisionisten in der Arbeiterbewegung, Opportunisten unter den Linken beharrlich zu attackieren und auch in den eigenen Reihen bisweilen eine scharfe Klinge zu schlagen. Doch das Feuer müsse auf jene konzentriert werden, die rechts und rechtsaußen stünden: die faschistoiden Kräfte in der CDU/CSU, die rabiaten CDU-Leute in der SPD und bei den Grünen; vor allem aber das Nazigesindel der NPD und andere vom Kapital für alle

Fälle in Bereitschaft gehaltene Totengräber der bürgerlichen Demokratie: rassistische Kopfjäger und Luntener, Ausländerhasser und Anbeter einer Neuauflage des Dritten Reiches, blutrünstige Feinde der Gewerkschaften und der linken Parteien. Günter Buschow hat recht. Es genügt nicht, beim Leser vorauszusetzen und zu unterstellen, er wisse um unsere kompromißlose Entschlossenheit, den Kampf gegen die rechte Gefahr und ihre Träger – und zwar in einer breiten Phalanx aller linken und demokratischen Kräfte über ideologische und politische Unterschiede hinweg – zu führen.

Man muß das Feindbild auch immer wieder schärfen, die Dinge beim Namen nennen und deutlich machen, daß wir unsere Verbündeten bei der Abwehr der faschistischen Drohung auch in jenen sehen, mit denen wir in anderen Fragen keinen gemeinsamen Nenner finden. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Die Tatsache, daß sich nun eine breitgefächerte Allianz für das sofortige Verbot der faschistischen NPD und ihrer als Jugendorganisation drapiereten Sturmabteilung JN, für die kompromißlose Zerschlagung aller Nazistrukturen formiert, ist ein ermutigendes Signal. Wir Kommunisten unterstützen diese Forderung mit allem Nachdruck. Mögen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz der BRD den Beweis liefern, daß sie nicht immer auf dem rechten Auge blind sind! Doch wieder einmal entlarven sich deutsche Sozialdemokraten – vom NRW-Innenminister Behrens bis zu Bundesinnenminister Schily –, indem sie tausend legalistische Einwände gegen ein Stoppen der braunen Flut erheben. Man müsse die Faschisten – sie werden natürlich ebensowenig als solche bezeichnet wie die als Nationalsozialisten hofierten Hitleristen – einfach „wegwählen“, erklärte einer dieser Herolde der Demokratie. 6000 in der Legalität „besser kontrollierbare“ NPD-Mitglieder bildeten keine Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung, solange sie sich „an die Spielregeln“ hielten, vernahm man aus Fernsehkanälen. Würden nicht zwischen 1928 und 1932 ähnliche Reden gehalten? Übrigens – wir sprechen klipp und klar vom Feindbild. Wir unterscheiden dabei zwischen Feinden und Gegnern. Unser Hauptfeind – das ist im sozialen Sinne das Kapital, im politischen Sinne die Rechte, die seine Herrschaft stützt. Die derzeitige gefährliche Mobilisierung der extremen Rechten und deren Stimulierung

durch die Medien lassen sich eindeutig mit dem Ausfall der CDU als intakter Trägerpartei des Systems erklären. Die Gegner sehen wir vor allem in jenen, von denen uns ideologische Gräben trennen, ohne daß prinzipielle Differenzen die Verständigung in Einzelfragen ausschließen. Hier ist vom Feindbild die Rede. Ist dieser Ausdruck nicht tabu? Gibt es da nicht Leute, die keine Feindbilder mehr kennen? Die im Überschwang des „Ankommen-Wollens“ gar behaupten, diese Begleiter des angeblich beendeten kalten Krieges seien verschwunden? Haben wir nicht solches gerade auch aus dem Munde von PDS-Politikern immer wieder vernommen? Wurde da nicht verkündet, das „Gerede vom Klassenfeind“ müsse endlich aufhören? Geht so manchem nicht das Wort „Klassenkampf“ gehörig auf die Nerven?

Die Preisgabe eines scharf umrissenen Feindbildes, ohne das man in der politischen Auseinandersetzung nicht bestehen kann, war eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Konterrevolution in den Jahren 1989/90. Die Zerstörung des Wissens um Freund und Feind trug maßgeblich dazu bei, die noch kampfbereiten Genossen der SED und die staatsstreuen Bürger der DDR ideologisch zu entwaffnen. Sie war damit eine Bedingung der Kapitulation. Ja, Günter Buschow, wir behalten die echten und wahren Feinde fest im Visier, und wir messen uns mit unseren Gegnern. Wir blenden jene nicht aus, die dem Feind ungewollt in die Hände spielen. Die Zeit drängt zu Kampf und Widerstand. Wir haben keine Illusionen. Ganz im Sinne der Brechtschen Erkenntnis aus dem „Lied vom Klassenfeind“, daß der Regen nicht von unten nach oben fließen kann, „weil er's plötzlich gut mit uns meint“.

Nr. 31, August 2000

Der Brand der Belgrader Moneda

Wir kennen ihre Szenarien: Mal heißen sie Prager Frühling“, mal „samtene Revolution“, mal „Heldenstadt Leipzig“. Mal schlagen sie Salvador Allende, mal Nicolae Ceausescu ans Kreuz. Wir kennen ihre Tatorte. Mal heißen sie Budapester Parteizentrale, mal Moneda in Santiago de Chile, mal Weißes Haus in Moskau. Wir kennen ihre Szenaristen: Sie sitzen in Langley und Pullach, in den Stäben der CIA und des BND. Wir kennen ihre Drahtzieher: Sie amtieren im NATO-Hauptquartier und in den Regierungen von Washington über London und Paris bis Berlin. Wir kennen ihre Hintermänner: Ihre Festungen sind Weltbank und IWF, Unternehmerverbände und Börsen. Wo sie ihre Saat ausbringen, keimt die Konterrevolution. Vor zehn Jahren hat sie unser Land überzogen und in den Abgrund gestürzt. Zu ihr gehören irreführende, aufgeputschte, verblendete, verdummte Massen, die ihre eigene Zukunft unter Jubelgesängen zu Grabe tragen. Das mächtigste Sturmgeschütz des Klassenfeindes ist die Lüge –hunderttausendfach potenziert durch die Schubkraft seiner Medien, die Tag für Tag aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz machen, wenn es gegen Rot geht. In Belgrad ging und geht es gegen Rot, um Weiß endgültig zu etablieren. Der Schlag richtete sich von Anfang an gegen die linkspatriotisch-sozialistische Regierung Milosevic, zu der auch die Kommunisten in der

JUL gehörten. Sie sollte schon vor Jahren weggeputscht werden. Denn Milosevic stand und steht für Jugoslawiens nationale Interessen. Er hat den NATO-Bomben getrotzt, ist nicht zu Kreuze gekrochen, bot dem Imperialismus die Stirn. Sie wollen ihn lieber heute als morgen in Stücke reißen, sprechen von einer „rumänischen Lösung“, haben Chile im Hinterkopf.

In Belgrad hat die Moneda gebrannt. Wie einst der Reichstag. Sie haben das Parlament angesteckt – als Fanal weißer Gewalt. Denn dort, wo es ans Ausräuchern der „Roten“ geht, herrscht Konterrevolution. Jugoslawien soll zum Vasallen der NATO werden, ein Satellitenstaat bei der Einkreisung der zum Kaspischen Öl. Die letzten Verteidigungs-nester des Sozialismus – so deformiert er auch gewesen sein mag – sollen fallen.

Deshalb haben sie ihre Bulldozer gegen die oberste Volksvertretung in Marsch gesetzt. Deshalb haben sie den „angesehenen Rechtsprofessor“ Kostunica aus der Trickkiste geholt und als „USA-Kritiker“ verkleidet auf die Marionettenbühne geschickt. Deshalb bemühen sie den Abschaum ihrer Agenten Djindjic und Draskovic. Wie immer auch die Wahlen ausgegangen wären – ihr Ergebnis stand schon vorher fest. Gefälschte „Meinungsumfragen“ bahnten ihm den Weg. Die Peitsche neuer Bombendrohungen zeigte Wirkung. Und

das Zuckerbrot der sofortigen Aufhebung des Embargos bei „freier Willensentscheidung“ für den Kandidaten ihrer Fassung. Einmal mehr gingen die Massen in die bewährte Bananenfalle.

Doch frech ignorierten die Regisseure des Spiels die Entscheidung des Wählers: Denn – auch wenn Milosevic bei der Präsidentenwahl unterlag – mehr als die Hälfte aller Jugoslawen votierte für die Parlamentskandidaten seiner Sozialistischen Partei. Müßte die Regierung nicht auch nach westlichen Standards von denen gebildet werden, die die meisten Sitze erhielten? Wieviel von den 77 Millionen Dollar der CIA und den angeblich nur 16 Millionen DM des BND, die in den jugoslawischen Wahlkampf gesteckt worden sind, zweigte man für den Ankauf von Deputierten ab, um die Mehrheitsverhältnisse zu ändern? Warum

verschweigt man, daß die gesetzliche Amtszeit des „gestürzten Diktators“ – des vom Parlament demokratisch gewählten Präsidenten – noch bis zum Juni 2001 gegangen wäre? In Belgrad läuft eine Geheimdienst-Show mit Hunderttausenden Statisten ab, die sich ihrer Rolle nicht bewußt sind und in dem naiven Glauben handeln, selbst die Hauptdarsteller zu sein. Für den Fall, daß sich die schöne Kulisse der „Demokratie“ nicht aufrechterhalten läßt, setzt die NATO auf Bürgerkrieg und Intervention zur Zerschlagung eines unabhängigen Serbien. Was sie durch den Luftterror von außen nicht erreicht hat, soll nun die innere Konterrevolution besorgen. Weiß gegen Rot. Rechts gegen Links. Das makabre Spiel ist blutiger Ernst. Es heißt Massenkampf.

Nr. 33, Oktober 2000

Die gemeinsame Farbe

Als ich am 28. Februar 1972 nach Kalifornien flog, um als ND-Sonderkorrespondent vom Schauprozeß gegen die auf Leben und Tod angeklagte afroamerikanische Philosophiedozentin Angela Davis zu berichten, sollten mir dramatische Monate bevorstehen. Ich begegnete großartigen Menschen, dem „anderen“ Amerika. Tapfer kämpfte das Team der Verteidiger, um die wegen Mordes, Menschenraubs und Verschwörung schuldlos Angeklagte, die am Ende von den 12 Geschworenen freigesprochen wurde, dem staatlichen Terror zu entreißen. Besonderes Geschick entwickelten die Anwälte bei der sich über Wochen hinziehenden Auswahl der Jury-Mitglieder. Anklage wie Verteidigung konnten eine bestimmte Anzahl der unter den registrierten Wählern ausgelosten Kandidaten ablehnen. Eines Tages erschien eine junge Mormonen-Missionarin zur Befragung im Gerichtssaal. Leo Branton, der brillianteste unter den Davis-Anwälten, nahm sie ins Kreuzverhör. Ob es zutreffe, daß Schwarze bei den Mormonen keine Priester werden könnten, fragte er, um die Befangenheit der Geschworenenkandidatin nachzuweisen. Sie bejahte das. „Warum ist das so?“, hakte Branton nach. „Weil schwarze Menschen die Abkommen von Kain sind – ihre Hautfarbe ist das Kainsmal.“ „Aber ich könnte doch bei Ihnen Priester werden?“, erkundigte sich der hellhäutige Verteidiger. Die Mormonin ging in die Falle. „Sie natürlich, Mister Branton!“, erwiderte die Frau. „Aber ich bin black“, schlug Branton zu. „Meine Großmutter war eine Schwarze.“ Lächelnd fügte er hinzu: „Sehen Sie, wir kommen in allen Farben vor.“ In seinem Schlußplädoyer, bei dem er den Freispruch der Angeklagten forderte, sagte Branton dann, mit der Verteidigung seiner „schwarzen Schwester Angela“ stehe er für den Sinn und Inhalt seines Lebens ein. Es war eine der bewegendsten Szenen dieses Prozesses, der wie der Fall von Sacco und Vanzetti in die Geschichte eingegangen ist. Warum erzähle ich die kleine Episode? Wohl deshalb, weil auch auf uns Rote Brantons Wort zutrifft: Wir kommen ebenfalls in vielen Schattierungen daher, gehören verschiedenen oder gar keinen Parteien an, haben voneinander abweichende Erfahrungen, mannigfaltige Tätigkeiten, ein unterschiedliches Wissen. Doch gemeinsam verteidigen wir unsere Ideale. Wir sind nicht zu beirren und nicht zu

bestechen, kriechen nicht zu Kreuze und halten der proletarischen Sache gerade auch in schweren und schlechten Zeiten, im Augenblick der Niederlage, unverbrüchlich die Treue. Ich meine uns Kommunisten und revolutionäre Sozialisten in Deutschland, im Osten wie im Westen. Wir sind durch das Fegefeuer der Konterrevolution gegangen und haben dennoch die Fahne nicht gesenkt. Unsere Stärke ist der gemeinsame Nenner, der uns eint, unsere Schwäche, daß wir die Versprengtheit, die allein unseren Feinden in die Hände spielt, noch nicht zu überwinden vermögen. Dabei wissen wir doch: Nur die Einheit versetzt Berge, befähigt uns, aus Trupps und Trüppchen wieder eine Armee politischer Kämpfer zu formieren. Eine solche Armee aber – eine große und festgefügte kommunistische Avantgarde, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützt – wird in Deutschland mehr denn je gebraucht. Jedoch: Sie läßt sich nicht aus dem Boden stampfen. Derzeit geht es darum, dafür zu sorgen, daß die kleine Flamme nicht ausgeht.

Dennoch sind wir davon überzeugt: Es gibt bei uns Hunderttausende frühere DDR-Bürger und auch im Westen nicht wenige, die durch die Schule sozialistischer Erziehung gegangen sind und dem, was sie gelernt haben, bis heute nicht abschwören. Sie wollen und müssen wir unablässig aufspüren und zusammenführen. Für dieses Ziel steht auch der „RotFuchs“. Er dient nicht den Profilierungsinteressen einer einzelnen DKP-Gruppe, die ihn mit Engagement und Herzblut herausgibt, sondern liefert Monat für Monat den Beweis: Es ist möglich, über Parteigrenzen hinweg und weit in den Bereich der heute ungebundenen Genossen hinein linkes Potential zu vereinen. Wenn ich von der über die Aktionseinheit hinausgehenden Notwendigkeit einer noch festeren Kampfgemeinschaft spreche – der Zusammenschluß in größerem Rahmen muß reifen und braucht seine Zeit –, dann habe ich vor allem auch die Einheit der eigenen Partei im Auge. Sie sollte sich auf die großen gemeinsamen Ziele konzentrieren und alles zurückweisen, was dem Zusammenhalt der Reihen der DKP schadet und uns auf Nebenschauplätze ablenkt; was sinnlose Kraft kostet und Energie vergeudet, die für den Kampf gegen den Klassenfeind dringend gebraucht wird. Das Formieren der einen gegen die anderen, das Zirkulieren

von Stellungnahmen, die nichts erklären, das Fordern von Schrumpfungprozessen bei bewährten Periodika der Partei nach dem Motto „XYZ hat sich sofort in einen Säugling zurückzuverwandeln“, obwohl er schon recht erwachsen ist, sollte sofort beendet werden. Die Zeiten des Dekretierens, Administrierens und Disziplinierens, des Weisheits- und Wahrheitsmonopols oder des Unfehlbarkeitsdogmas, die

viele von uns noch in schlechter Erinnerung haben, dürfen sich nicht wiederholen. Auch bei uns geht es um den gemeinsamen Nenner, der die Stärke und Kraft der Partei ausmacht. Seien wir uns einig: Wir kommen in einer Vielfalt von Farben vor, haben aber nur einen Grundton: rot!

Nr. 38, März 2001

Abgelehnt und angelehnt

Die 5. Tagung des Parteivorstandes hat sich am 24. März ausführlich mit den 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost beschäftigt und festgelegt, sie als Dokument im offiziellen Informations-Bulletin über die Beratung zu veröffentlichen. Drei gestandene frühere DDR-Bürger und ehemalige SED-Mitglieder – die Genossen Hans Fischer, Frank Mühlefeldt und Hartwig Strohschein – waren als Autoren unseres landesweit erörterten Materials eingeladen und konnten in der Debatte über die halbkoloniale Lage im 1990 annektierten östlichen Landesteil der BRD sowie über die entwürdigenden Auswirkungen von Konterrevolution und Restauration berichten. Die 5. Tagung beschloß eine in etlichen Fragen an unsere 11 Forderungen, die hier leider unerwähnt blieben, angelehnte Diskussionsgrundlage für Partei und Öffentlichkeit. All das ist als Achtungserfolg für die unermüdliche Parteiarbeit von Nordost und dem „RotFuchs“ sowie alle Teilnehmer am bisherigen Meinungsbildungsprozeß zu betrachten. Um so mehr muß es verwundern, daß in dem UZ-Bericht von der 5. Tagung so getan wird, als habe der PV unseren Vorschlag pauschal abgelehnt. Der Satz „Dabei wurde sich auch mit ‚11 Punkten‘ der DKP-Gruppe Berlin-Nordost auseinandergesetzt, die der Parteivorstand als nicht geeignet für ein DKP-Forderungsprogramm betrachtete“, entspricht zwar der mehrheitlichen Stimmungslage des zu über 90 % aus westdeutschen Genossinnen und Genossen zusammengesetzten PV. Ein zurückweisendes Votum hat es jedoch nicht gegeben. Wir gehen deshalb davon aus, daß die 11 Forderungen weiter in der Diskussion und Orientierung jener Parteigruppen bleiben, die sie sich – wie Leipzig, Teterow-Neubrandenburg und Berlin-Nordost – durch Mitgliederentscheid zu eigen gemacht haben. Mit diesem Angebot sowie weiteren Recherchen und Analysen, Fakten und Argumenten wollen wir uns in die Debatte über die Diskussionsgrundlage des PV einbringen. Der „RotFuchs“, der natürlich auch in Zukunft als Zeitung der DKP Berlin-Nordost erscheint, wird seinen konstruktiven Beitrag dazu leisten.

Wir gehen hier bewußt nicht auf gewisse unsachliche und unqualifizierte Seitenhiebe einzelner Redner auf der 5. Tagung gegen unsere Zeitung und unsere Gruppe sowie gegen besonders engagierte Genossen aus Nordost ein. Das würde das erreichte Resultat unnötig abwerten und die Sache auf eine schiefe Ebene bringen. Wir ziehen in Betracht, daß allein das Zustandekommen einer PV-Tagung der DKP, die sich nach zehneinhalb Jahren Anexion der DDR erstmals mit der Thematik „Ostdeutschland“

umfassender beschäftigte, ein Ergebnis vieler Bemühungen ist. Darin schlägt sich auch der Einsatz unserer Genossinnen und Genossen, die überwiegend aus der SED kommen und von dort wertvolles Wissen beizusteuern haben, nieder. Ohne Zweifel haben sich nicht alle Wünsche erfüllt. Dazu sind die Erfahrungen und Positionen zu unterschiedlich, wobei wir ausdrücklich hervorheben wollen, daß die Differenzen ideologischer und nicht geographischer Natur sind. Mit vielen Mitstreitern aus dem Westen spinnen wir seit langem einen guten Faden.

Wo sehen wir Defizite des Ostbeschlusses der 5. Tagung? Erstens hatten wir an ein Sonderprogramm der gesamten DKP für den Osten als Schritt zur Mobilisierung des Solidaritätspotentials der politisch bewußtesten Kräfte der ganzen deutschen Arbeiterbewegung gedacht. Dabei gingen wir stets davon aus, daß der Osten nur das Versuchslabor für auch im Westen geplanten Sozial- und Demokratieabbau ist. Im jetzt vorliegenden Entwurf findet man eine „Melange“ ost- und westdeutscher Forderungen. Zweitens faßten wir einen knappen und präzisen, einprägsamen und agitatorisch wirkungsvollen Text ins Auge – die Diskussionsgrundlage aber ist um ein Mehrfaches länger, umständlicher und schwerer handhabbar. Dennoch – wir veröffentlichen sie als Anlage zum RF, nachdem die UZ den Abdruck unseres besonders im Osten und weit über das Wirkungsfeld der DKP hinaus populären Vorschlags leider nicht gewagt hat.

Drittens bedauern wir die inhaltliche Distanz ausdrückende Nichtbeachtung einiger wichtiger Forderungen wie der nach Auflösung der inquisitorischen Gauck-Behörde. Auf der 5. Tagung ist ein positiver Anfang gemacht worden. Daß es dort nicht, wie einige hochmotivierte Gerüchtausstreuer im Vorfeld der Beratung behaupteten, zu einer Abrechnung mit „Nordost“, einer „Aussperrung des ‚RotFuchs‘ aus der DKP“ und „administrativen Maßnahmen“ gegen einzelne Genossen gekommen ist, sondern daß ein Minimalkonsens in wichtigen Fragen erreicht werden konnte, erfüllt uns mit Genugtuung. Allerdings hätte man sich nicht nur an die 11 Forderungen anlehnen, sondern ihren Autoren auch ein Wort des Dankes sagen sollen. Doch das nur nebenbei. Jetzt geht es – wie vor der 5. Tagung – um die Einheit und Stärkung der DKP, und zwar auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Nr. 39, April 2001

Der zweite Parteiputsch

Im Dezember 1989 erlebte ich den sogenannten Sonderparteitag der SED in der Berliner Dynamo-Sporthalle. Die Mehrzahl der in jenen Tagen irritierten Parteimitglieder wurde dort vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine ins Rampenlicht drängende Gruppe kleinbürgerlicher Intellektueller, die in der seit Monaten führungslos treibenden und nach der Auflösung des ZK nun gänzlich enthaupteten SED unter Ausnutzung des bestehenden Vakuums die Macht übernommen hatte, vollzog putschartig den Kurswechsel von einer kommunistischen zu einer nichtkommunistischen, nichtmarxistischen und nichtrevolutionären linken Partei. Sie grenzte sich sofort scharf vom „Stalinismus“ ab. Dieser antikommunistische Kampfbegriff wurde in der Dynamo-Halle durch Michael Schumann ins Spiel gebracht. Den von der internationalen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten besetzten, gepflegten und diskreditierten Terminus „demokratischer Sozialismus“ offerierte Gregor Gysi als seine politische Mitgift. Er war also der Taufpate der PDS. Die Entschuldigung für die „verfehlte Politik der SED“ beim „Volk der DDR“ erwies sich dann als auslösendes Element der einsetzenden Konterrevolution. Während sich die PDS-Spitze brüsk von Lenin trennte, reihte sie die Renegaten Bernstein und Kautsky unverzüglich unter die geistigen Vorfäter der neuen Partei ein. Sie ließ verlauten, die PDS wolle nicht länger „Partei der Arbeiterklasse“ sein. Bald darauf verkündete Gysi auch literarisch den „dritten Weg“. Die SED sei eine „reaktionäre Partei“ gewesen, schrieb er vor, die DDR „verdientermaßen zugrunde gegangen“. Dann teilte der Parteivorsitzende die Mitglieder der PDS in verschiedene Kategorien ein, die er nach Verzichtbarkeit unterschied. Schließlich ließ Gysi wissen, er habe sich nur „in zwei Fragen vom Marxismus entfernt: in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums“. Womit sich der ganze Marxismus für ihn schon damals erledigt hatte! In diesen Tagen durchlebte die Partei des Demokratischen Sozialismus nun ihren zweiten Parteiputsch: Wieder war es eine Gruppe von kleinbürgerlichen Politikern, die hinter dem Rücken von 84 000 PDS-Mitgliedern ohne jede Legitimation durch irgendwelche Parteigremien die Weichen stellte – diesmal für eine Neuauflage des Godesberger Programms, das die Farbe der Partei trotz des aufgetragenen Rouges weiter verblassen läßt. Und dann hatten auch noch zwei gesichts-, geschichts- und gewissenlose Damen aus der PDS-Führungsriege ihren großen Auftritt, der zu einem politischen Fehltritt ersten Ranges werden sollte. Sekundiert von dem forschen Forsch aus Dresden

und dem holprigen Holter aus Schwerin verkauften Petra Pau und Gabi Zimmer kurzerhand Haus und Hof. Der witzige Wahlslogan von einst „Kopf hoch, nicht die Hände!“ wurde von ihnen über Bord geworfen. Mit ihrem Kniefall vor der SPD nahmen sie Tausenden alter Genossen, deren Wurzeln in der DDR liegen und die sich ein Jahrzehnt lang tapfer für die PDS geschlagen haben, die politische Heimat. Um hinter der Partei der Noskes und Zörgiebels, der Schumachers und Ollenhauers samt ihrem Ostbüro, die unter Schröder den Restbestand des sozialdemokratischen Tafelsilbers verscheuert hat, herzulaufen, bedarf es besonderer Prinzipien- und Würdelosigkeit. Um sich für den Glanz- und Höhepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts – die Vereinigung von KPD und SPD auf marxistischer Grundlage – zu entschuldigen, bedarf es spezieller Perfidie. Um in der faden Hoffnung auf künftige Koalitions Knochen von der Herren Tische den Zusammenschluß mit der SPD auf antimarxistischer Grundlage vorzubereiten, bedarf es einer rückgrat- und skrupellosen Politik. Kein Wunder, daß es in der PDS brodeln und gären, daß Proteste und Austritte an der Tagesordnung sind. Es ist schwer, sich dieses Trauerspiel länger anzutun.

Und wofür sollten wir, die wir draußen stehen, aber bislang überwiegend PDS gewählt haben, fortan optieren? Können wir weiter ruhigen Gewissens unsere Stimmzettel bei landesweiten Wahlen für eine Partei falten, die solche Leute nach vorne stellt und in den Bundestag bringt? (Ich weiß, es gibt auch andere Abgeordnete, aber die dominieren leider nicht die Fraktion.) Auch der Parteivorstand der PDS hat sich in seiner gewundenen und „differenzierteren“ Erklärung nicht von den feigen Entschuldigungen an die Adresse der SPD distanziert und – im Gegenteil – neuen infamen Ritualen zum 17. Juni und zum 13. August grünes Licht erteilt. Damit ist die PDS – von speziell gelagerten örtlichen und regionalen Konstellationen abgesehen – für Kommunisten ebensowenig eine wählbare Partei wie die SPD. Wir erwarten von unserem Parteivorstand, daß klaren und unmißverständlichen Worten, die in der UZ zu lesen waren, nun auch Taten folgen. Bei den nächsten Bundestags- und Europawahlen muß die DKP endlich mit einer eigenen Liste auftreten, die für alle kommunistischen, sozialistischen und konsequent linken Kräfte offen und akzeptabel ist.

Nr. 40, Mai 2001

Wollen wir in der BRD ankommen?

Für manche aus dem Osten, die sich Sozialisten nennen, war und ist es der Wunschtraum, endlich in der BRD „anzukommen“. Sie verstehen darunter offensichtlich nicht die Staatsbürgerfrage, die ja mit der Annexion der DDR im Herbst 1990 definitiv gelöst wurde. In diesem Sinne sind wir alle – auch jene, denen die BRD-Staatsbürgerschaft wider Willen übergestülpt wurde – vor fast elf Jahren

„integriert“ worden. Millionen im Osten, die auf seiten des Arbeiter-und-Bauern-Staates standen, waren einst stolz darauf, Bürger der DDR zu sein; jetzt sind sie – wie die übrigen „Ostler“ – Bürger zweiter Klasse im Deutschland der Monopole. Ohne Zweifel haben die Verfechter des „Ankommens“, die jedermann auffordern, es ihnen gleichzutun, etwas ganz anderes im Sinn. Sie meinen die

Preisgabe von Ideen und Wertvorstellungen, die – trotz der Niederlage des Sozialismus und des Sieges der Konterrevolution – nach wie vor im Bewußtsein und in der Erinnerung vieler früherer DDR-Bürger haften. Die Fasern des Verbundeneins mit der Erfahrung aus Kindheit, Jugend und Arbeitsleben in der DDR sollen ausgerissen werden, um Platz zu schaffen für die „Moderne“ des Imperialismus. Wer an Bewährtem festhält, wird als „rückwärtsgerichtet“ bezeichnet.

Das Verlangen, in der BRD anzukommen, ist ein Appell zu bedingungsloser Kapitulation im Denken und Fühlen. Die vom Sozialismus der DDR geprägten Menschen sollen sich dem „Wertesystem“ der Bourgeoisie unterwerfen. Wir Kommunisten mit DDR-Vergangenheit erklären unmißverständlich, daß wir unsere Identität verteidigen werden. Wir wollen weder politisch-ideologisch noch moralisch oder emotionell in der Bundesrepublik Deutschland ankommen. Unsere an den Staat der westdeutschen Monopole gerichteten 11 Forderungen sind Ausdruck dieser Entschlossenheit. Gegen unseren Vorschlag sind von Kritikern vor allem zwei Argumente ins Feld geführt worden: Erstens wird eingewendet, die 11 Forderungen seien nicht durchsetzbar. Doch seit den Tagen von Marx und Engels gehört es ja gerade zur Dialektik an den Klassenfeind gerichteter kommunistischer Forderungen, daß dieser dadurch bloßgestellt wird, daß er sich mit einem Katalog von Ansinnen konfrontiert sieht, die er nicht erfüllen will. Würden wir der BRD-Regierung Forderungen unterbreiten, die ihr genehm sind, bewegten wir uns im seichten Gewässer des Reformismus. Zweitens wirft man uns vor, wir wollten die „alte DDR“ wiederhaben. Doch wir sind keine Traumtänzer, die abgefahrenen Zügen hinterherlaufen. Für uns war die DDR die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung – aus kommunistischer Sicht eine wohl unbestreitbare These, deren Anerkennung durch den PV der

DKP wir einmal mehr anmahnen. Wir wissen sehr genau, daß das eine geschichtliche Feststellung ist, die die Vergangenheit betrifft. Genosse Henry Heinzig aus Freiberg in Sachsen schrieb: „Ein guter Freund hat es meinem Sohn mal so erklärt: ‚Ich will die DDR nicht wiederhaben, da müßte ich ja auch die Fehler mit in Kauf nehmen. Ich will was Besseres. Aber wenn man mich vor die Wahl stellen würde – entweder die DDR oder für immer das, was wir jetzt haben, nehme ich sofort die DDR.‘ “

Die DKP bemüht sich seit Jahren darum, eine gesamtdeutsche Partei zu werden. Der Erfolg ist schmal. Sicher gibt es derzeit keine Konjunktur für revolutionäre Kräfte. Viel Mut und Konsequenz gehören dazu, sich heutzutage Kommunist zu nennen. Doch mehr wäre drin. Unter einer Voraussetzung: Die DKP müßte im Osten Politik in der Sprache und im Verständnis der Leute aus dem Osten machen. Die „11 Forderungen“ greifen, weil sie an das Denken des nicht gleichgeschalteten Teils der früheren DDR-Bewohner anknüpfen. Aus demselben Grund ist auch der „RotFuchs“ ein Renner. Die Leserbriefe beweisen es. Nun hat uns Genosse André Scheer aus Hamburg geschrieben, der RF vermittele den Eindruck, als gäbe es für uns „kein anderes Thema als die Verteidigung der DDR“. Ein Vorwurf, der uns ehrt. Doch, lieber André, jeder, der den RF ernsthaft liest, kennt auch unsere breite Themenpalette. Übrigens: Wenn andere mit der DDR ihre Schwierigkeiten haben – wir verteidigen die Geschmähte, Verleumdete, in den Dreck Getretene mit Klauen und Zähnen. Davon wird uns niemand abbringen. Wir tun das gemeinsam mit dem besten, fortgeschrittensten und bewußtesten Teil der Arbeiter in ganz Deutschland, die wir natürlich als unsere einheitliche Klasse betrachten. Es wäre gut, wenn die DKP-Führung ihre gesamtdeutsche Verantwortung endlich durch ein Sonderprogramm für den halbkolonialen Osten – das Süditalien der BRD – unterstreichen würde.

Nr. 41, Juni 2001

Dank Euch, Ihr Grenzsoldaten!

Während andere das Kainsmal von Wahrheitsmördern tragen und beim Klassenfeind Abbitte tun für die Sicherung der DDR-Staatsgrenze um Westberlin am 13. August 1961, widmen wir die Titelseite dieser kommunistischen Zeitung jenen, die 40 Jahre lang den sozialistischen deutschen Staat tapfer und in vorderster Linie verteidigt haben. Als Kampfgruppen der Arbeiterklasse die Frontstadt des Imperialismus im zwölften Jahr der DDR endlich abriegelten, traten sie in letzter Minute die schon glimmende Lunte eines weltweiten Konflikts aus. Der bewaffnete Sozialismus brachte damit eine tödliche Gefahr für ganz Europa und den Weltfrieden unter Kontrolle. Die Angehörigen der Grenztruppen der DDR haben ihr Leben nicht geschont. 25 von ihnen fielen auf Kampfposten an der Staatsgrenze, wurden von Banditen heimtückisch ermordet. Die Täter flüchteten in die BRD, wo sie mit Blumensträußen empfangen wurden. In keinem

Fall wurde den Auslieferungsersuchen der DDR-Behörden entsprochen.

Nachdem das Kapital, das vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands seine Macht und sein Eigentum verloren hatte, durch eine Konterrevolution auch im Osten wieder zum Zuge gekommen war, rechnete sein Staat mit Angehörigen der sozialistischen Streitkräfte brutal ab. Allein bis zum 31. 12. 2000 fanden 178 Grenzerprozesse statt. Die Bourgeoisie und ihre Medien haben die Beschützer des Sozialismus stets dämonisiert und verketzert. In diesen Chor stimmen leider auch Leute ein, die sich gestern noch ganz anders gaben. Wir aber, die wir uns weder gehäutet noch unsere Gesinnung chamäleonhaft den neuen Verhältnissen angepaßt haben, entbieten den Kämpfern des 13. August 1961, den Verteidigern des Sozialismus, unseren revolutionären Gruß.

Nr. 42, Juli 2001

Neuer Bau für den „RotFuchs“

Für einige Wochen war der „RotFuchs“ ohne eigenen Kessel – wie man den Fuchsbau wohl nennt. Unvernünftige in fernen Parteizentralen hatten ihm das angestammte Revier streitig machen und seine Existenz zerstören wollen.

Spürsinn und taktische Klugheit waren da geboten. Doch es handelte sich nicht um Aufgabe oder Kapitulation. In den letzten dreieinhalb Jahren dank der Hege und Pflege vieler tausend Leser im In- und Ausland kräftig gewachsen, hatte der „RotFuchs“ schon längst die ursprünglichen Dimensionen seines Erscheinens gesprengt und sich aus einer Zeitung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost von nur regionaler Bedeutung zu einem in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus verbreiteten kommunistischen Periodikum entwickelt. Sein scharfes marxistisch-leninistisches Profil wird von Freund und Feind wahrgenommen, stellt doch dieses Blatt in der Presselandschaft des imperialistischen Deutschland, wo es an wirklich Linkem arg mangelt, mehr als eine Seltenheit dar.

Der „RotFuchs“ ist bekannt dafür, daß er den politischen und sozialen Gegner – und vor allem seine neofaschistischen Kohorten – furchtlos und ohne Zugeständnisse anzugreifen versteht. Er scheut sich aber auch nicht, dem Freund dann und dort auf die Sprünge zu helfen, wann und wo er in die Gefahr des Stolperns oder Abdriftens gerät. Wir kennen keine Kompromisse, wenn es darum geht, feiges Sich-Wegducken und Ankommenwollen um jeden Preis zu attackieren. Auch der Verzicht auf Unverzichtbares oder der Versuch des Lavierens rufen uns auf den Plan. Vor allem jedoch denken wir konstruktiv. Wir bieten allen die Hand und die Spalten unserer Zeitung, die für unsere gerechte Sache einstehen. Wir sind eine unverwechselbare Stimme, die zur Einheit von Kommunisten und Linksozialisten – weit über Parteigrenzen hinaus – ruft und auffordert. Eines ist sicher: Der RF wird wie bisher nicht einen Millimeter von jener Konzeption abweichen, zu der das feste Bekenntnis zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehört. Deshalb werden wir von vielen gelesen und respektiert – von anderen beachtet und von noch anderen beobachtet. Darauf sind wir stolz! Jetzt hat der „RotFuchs“ – unsere Leser nennen ihn vertraut den „RF“ – einen neuen Bau bezogen. Am 27. Juli wurde in Berlin der „RotFuchs“-Förderverein e. V. gegründet, der die Eintragung ins Vereinsregister anstrebt. Satzung und Beitragsordnung wurden korrekt beschlossen. Die Teilnehmer des ersten Treffens erklärten ihren Beitritt.

Der einstimmig gewählte Vorstand repräsentiert ein breites Spektrum der deutschen Linken. An seiner Spitze steht der parteilose Historiker und Publizist Dr. sc. Gerhard Feldbauer – einst langjähriger DDR-Auslandskorrespondent in Vietnam und Italien, später Diplomat –, der aus dem Osten stammt und im Westen lebt. Kassierer – zuständig auch für Spenden, auf die wir mehr denn je dringend angewiesen sind – ist der RF-Kulturredakteur Wolfgang Metzger. Die Redaktion leitet nach wie vor der Journalist Dr. Klaus Steiniger. Zum Vorstand gehören Mitglieder und Sympathisanten der DKP, der KPD und der PDS sowie parteilose Genossen. Verschiedene Regionen aus Ost und West sind vertreten. Der bekannte Chirurg und der Taxifahrer, die Schriftstellerin und der Lehrer, der Ökonom und der Ingenieur zählen ebenso zu den Gewählten wie der erfahrene Parteiarbeiter der SED. Die Gründungsversammlung, an die sich ein kleines Gartenfest anschloß, verlief in einer Atmosphäre kommunistischer Solidarität und menschlicher Verbundenheit, ohne jeden Mißklang. Frank Mühlefeldt, der die Zusammenkunft leitete, verwies auf das wohl Wichtigste: „Unser Verein ist keine Partei. Er ist auch nicht – und ich möchte das hier ausdrücklich unterstreichen – eine Ersatzpartei. Er ist ein Instrument politischer Bildung und Wissensvermittlung im Rahmen unserer Weltanschauung. Er dient der Zusammenführung derer, die das gleiche wollen, aber vorerst noch getrennt marschieren.“

Und auch das wurde klar: Wer „RotFuchs“-Leser ist und dem Verein nicht beizutreten wünscht, wird seine Zeitung wie bisher gegen eine Spende, die wir in das Ermessen und die Möglichkeiten unserer Freunde stellen, pünktlich erhalten. Vereinsmitglieder zahlen – sind sie dazu in der Lage – einen Jahresbeitrag von 60 DM, sonst weniger, wobei die Zustellung des RF einbegriffen ist. Schon liegen zahlreiche Briefe und telefonische oder mündliche Zustimmungs- und Beitrittserklärungen aus allen Teilen der früheren DDR, aber auch aus dem Westen – vom Süden Bayerns bis zur Küste – in der Redaktion vor. Mit dieser Ausgabe unserer Zeitung, die den reproduzierbaren Aufnahmeantrag enthält, beginnen wir ganz offiziell die Mitgliederwerbung. Der „RotFuchs“ hat einen neuen Kessel. Sein Weiterbestehen ist gesichert. Unter einer Bedingung: daß uns die Leser und Unterstützer auch weiterhin die Treue halten. Wir zweifeln nicht daran, daß das so sein wird.

Nr. 43, August 2001

Das KPD-Verbot muß fallen!

Als sich Mitte August 2001 jener Tag zum 55. Mal jährte, an dem die Kommunistische Partei Deutschlands durch die Klassenjustiz des Adenauer-Staates für verfassungsfeindlich erklärt und verboten wurde, sprach man erneut vom Damoklesschwert, das noch immer über der Legalität der Kommunisten in der Bundesrepublik schwebte. Das

Verbotsurteil von einst könne von den politischen Erben jener Ära gegen alle gerichtet werden, die sich als legitime Nachfolger der damals außer Recht und Gesetz gestellten Partei betrachteten. Wie verhält es sich damit? Das KPD-Verbot von 1956 war ein ungeheuerlicher Akt politischer Barbarei. Erst gut ein Jahrzehnt zuvor hatten

sich für kommunistische Widerstandskämpfer gegen die Nazi Herrschaft die Tore der Zuchthäuser und Konzentrationslager geöffnet. Viele Genossen waren auf dem Schaft gestorben, als Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien gefallen, hatten sich als Rote Partisanen oder Teilnehmer an der Resistance in vielen Ländern Europas geopfert. Adenauer aber, der Mann des deutschen Kapitals und der Amerikaner, die damals ihren McCarthy kultivierten, ließ die Partei der Märtyrer, die Partei von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von Clara Zetkin und Ernst Thälmann verbieten! Damit stellte er sich in eine Reihe mit den blutigen Diktatoren in Spanien, Portugal und Griechenland, die als einzige in Europa die kommunistischen Parteien ihrer Länder in die Illegalität getrieben hatten. In der Bundesrepublik, die sich als Rechtsstaat offerierte, jedoch mit Nazirichtern gespickt war und NSDAP-Aktivistinnen selbst auf Kabinettsebene beschäftigte, begann aufs neue die Kommunistenhatz. Eine politische Justiz, die schlimme Erinnerungen wachrief, wurde in Szene gesetzt. Erst sehr viel später – nach 12 Jahren – traten Veränderungen in der Welt und im innenpolitischen Kräfteverhältnis ein, die die Konstituierung einer legalen kommunistischen Partei in der BRD ermöglichten. Doch die Existenz der DKP ändert nichts an der Tatsache, daß die KPD nach wie vor verboten ist. Die Aufhebung dieses Verbots ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß

sich die BRD als bürgerliche Demokratie im Kreise der anderen Staaten des Kontinents präsentieren kann, ist sie doch heute der einzige Staat im westlichen Europa, in dem eine solche Repressalie gegen Kommunisten noch immer Rechtskraft besitzt. Solange die KPD verboten bleibt, fühlen sich deutsche Kommunisten diskriminiert und bedroht. Übrigens glauben manche, die Legalität der KPD sei durch die Duldung von Parteien gleichen Namens de facto wiederhergestellt worden. Das ist indes juristisch und politisch nicht der Fall. Die im Januar 1990 als Reaktion auf den SED/PDS-Sonderparteitag in Ost-Berlin – also außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes und des Verbotsurteils – gegründete Kommunistische Partei Deutschlands kann mit der in Karlsruhe verbotenen KPD nicht in Zusammenhang gebracht werden. Ihr legaler Status wird durch den sogenannten Einigungsvertrag abgesichert, nach dem alle bis zum 3. Oktober 1990 in der DDR existierenden Parteien weiterbestehen können. Mögen sich die herrschenden Kreise dieses Landes und deren Erfüllungsgehilfen hinter ihrem antikommunistischen Schutzwall verschanzen, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen. Wir Kommunisten werden nicht aufhören, für die Legalität jener Partei einzutreten, die das Vermächtnis der Kämpfer in den Konzentrationslagern Hitlers und in den Gefängnissen Adenauers verkörpert.

Nr. 44, September 2001

Die Stunde der Faschisierer

Das plötzliche Auftauchen der von der amerikanisch-britischen Bombenwerferei auf Krankenhäuser und Rot-Kreuz-Depots in Afghanistan ablenkenden Milzbrand-Briefserie in den USA roch schon von weitem nach zentraler Regie einschlägig vorbestrafter Behörden wie der CIA-Zentrale Langley. Während alle Welt ihre Vermutungen darüber anstellte, wer wohl dahinterstecken könnte, wußte Washington – das Mekka der Manipulierung – bereits die Antwort.

Der bekannte Anthrax-Züchter Dipl.-Ing. Osama bin Laden habe vermutlich auch die tödliche Bakterienwolke losgeblasen, hieß es aus Kreisen von Capitol und Kapital. Ganze Armeen williger und eifertiger Medienmacher standen wie beim ersten Mal zur Kolportage auch der dreistesten Lüge Gewehr bei Fuß. Die großen Terroristenjäger, die seit dem 11. September der Öffentlichkeit unablässig Sand in die Augen gestreut hatten und jeglichen Tatbeweis schuldig geblieben waren, überschlugen sich in Spekulationen. Ihre kläffenden Köter waren abermals auf der Spur des selbstgezeugten Lieblingsfeindes der Vereinigten Staaten, da kam mit kleinster Sirene die Entwarnung. Die Verteiler von Milzbrand-Erregern, verlautete aus Washington, seien offensichtlich in den USA selbst zu suchen. Wie der in diesem Sommer exekutierte Attentäter Timothy McVeigh, der 1995 das Federal Building in Oklahoma City mit Hunderten Menschen in die Luft jagte, entstammen sie augenscheinlich rechtsradikalen Kreisen weißer Amerikaner. Mit anderen Worten: Es handelt sich um hausgemachte Faschisten.

So wären wir bei des Pudels Kern. Denn zwischen dem 11. September und einer im Windschatten der freiheitsbringenden Flugzeugträger des George W. Bush hochschlagenden Welle der Faschisierung besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Zu keiner Zeit seit den antikommunistischen Hexenjagden der 50er Jahre hat der staatliche Rechtsextremismus in den USA und der BRD einen solchen Aufschwung genommen.

Wie lange liegt es eigentlich zurück, daß die EU – gewiß, in einer Nestroyschen Posse – die Beziehungen zu Österreich wegen des Regierungseintritts der Haider-Partei mit lautem Getöse unterbrach? Redet heute noch jemand von Haider? Sogar Berlusconi und Fini – das in der Wolle schwarz-braun gefärbte Doppelgespann aus Rom – sind jetzt vom Feinsten und gehören zum Tafelsilber der EU. Der 11. September war für die Rechte ein wahrer Glückstag und – im wahrsten Sinne des Wortes – ein Volltreffer. Kräht noch ein Hahn danach, wenn Deutschlands Innenminister Otto Schily (CDU) erfolglos nach einem Regierungspolitiker sucht, der hierzulande weiter rechts steht als er selbst? Obwohl es in der BRD doch – von Stoiber bis Schill – von Konkurrenten nur so wimmelt. Auch im Hause Schröder und bei feldgrauen Fischer-Grünen, deren Macher deutschem Mark und Bein durch die Bereitstellung von 3900 Elitesoldaten endlich wieder Weltgeltung verschaffen wollen, ist das nicht anders.

Denke niemand, daß wir es jemals wieder mit einem Faschismus zu tun haben werden, der an den verflissenen erinnert und in Schwarzhemden oder mit SA-Stiefeln

daher kommt. Nicht einmal von Glatzen mit Bomberjaken oder Leuten mit NPD- und REP-Parteibuch droht die Hauptgefahr. Sie sind vorerst nur Hilfstruppen und Terrorriegel derer, die wirklich die Fäden ziehen. Die heutigen Faschisierer geben sich elegant und eloquent, spielen Tennis und Golf, gehören verschiedenen Parteien an und denken nicht einmal im Schlaf daran, den Parlamentarismus über Nacht abzuschaffen. Sie höhlen die bürgerliche Demokratie nur aus, Stück für Stück, bis sie ihnen wie eine reife Frucht in den Schoß fällt.

Angesagt sind „moderne“ Kriege mit „präzisen chirurgischen Schlägen“ und bedauerlichen „Kollateralschäden“, „überschaubare“ Weltkriege ohne eigene Verluste und nach USA-Vorbild auch fern von eigenen Grenzen, Küsten und Kontinenten. Es geht um neue Formen der Aggression nach außen und der Repression nach innen. Eine neue Stunde der Faschisierer ist angebrochen. Der 11. September – wer immer ihn inszeniert haben mag – war ihr Fanal. Widerstand tut not!

Nr. 46, November 2001

Die Riege der Erpresser

Zwischen Washington und Berlin, London und Paris werden die Völker des Westens von Erpressern regiert. George W. Bush, der Staatsterrorist Nr. 1 aus Texas, und sein als Außenminister verkleideter Vier-Sterne-General Colin Powell haben den anderen vorexerziert, wie man es machen muß. Gleich im Bündel erpreßten sie die Staaten der zwischen Indik, Pazifik und Golf operierenden „atlantischen Allianz“ mit ihrer Lüge vom „Angriff auf Amerika“, die den „kollektiven Verteidigungsfall“ des imperialistischen Kriegspaktes auslöste. Und Bush stellte den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Erklärung seines UNO-Botschafters John Negroponte, die USA würden aus Gründen der „Selbstverteidigung“ den „internationalen Terrorismus“ in Afghanistan mit Bombenteppichen belegen, vor vollendete Tatsachen.

Nicht anders ist die Szenerie in Deutschland, dessen Politiker amerikanischer als die Amerikaner sein wollen. Die SPD und Bündnis 90/Die Feldgrauen haben die BRD nach dem 11. September in einem Maße auf Repression und

Aggression ausgerichtet, wie es selbst Kohl und seine CDU nicht gewagt hätten. Schröder, inzwischen der Lieblingspolitiker des deutschen Monopolkapitals, blieb Bush nichts schuldig. Im Bundestag erpreßte er die Kriegsunwilligen in den Reihen der beiden Regierungsparteien und führte die Protestierer als hilflose Hampelmänner vor. Das Ergebnis: Grünes Licht für den Krieg! Dieses Signal kam aus Rostock, wo Schröders Komplize Fischer – ein weiterer Spitzenspieler aus der Riege der Erpresser – als Trittbrettfahrer des Kanzlers ebenfalls die „Vertrauensfrage“ stellte und den Delegierten des Parteitags der Grünen damit das Messer an die Kehle setzte. Durch den Trick, zwei „konkurrierende“ Anträge für den Kriegseinsatz zu stellen, die beide in die Stichwahl gelangten, ließen Fischer & Co die mit sieben Anträgen zersplitterten Friedenskräfte ins Leere laufen. Die Völker des Westens sind zur Geisel politischer Erpresser geworden. Ein kriminelles Spiel, dem nur durch kollektiven Widerstand der Erpreßten begegnet werden kann.

Nr. 47, Dezember 2001

Ins fünfte Jahr

Rein fuchsich betrachtet, ist der „RotFuchs“ schon richtig erwachsen. Mit spitzer Schnauze, scharfen Krallen und Zähnen, Schläue und Röte hat er sich seit Februar 1998 auf dem politischen Parkett behauptet. Jetzt geht er ins fünfte Lebensjahr.

Als unsere Zeitung – heute eine auch ausländische Mitbürger einbeziehende Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland – zur Welt kam, waren ihre Mütter und Väter Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, die ihre Gegenwartsideen und Zukunftsvorstellungen artikulieren wollten. Aus dem kleinen, anfangs eher regional orientierten Blättchen wurde schnell eine 24 Seiten umfassende Monatsschrift mit marxistisch-leninistischem Profil, die sich zu strittigen Fragen aus Theorie und Praxis äußert, solides Wissen und lange vermißte Bildungsinhalte vermittelt, politisch Farbe bekennt, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zusammenführt. Ein wichtiges Anliegen: Die DDR – trotz

ihrer Kinderkrankheiten, Schwächen und Defizite – als die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wahrheitsgemäß darzustellen und der von anderen vernachlässigten Ostthematik jenen Stellenwert zu geben, der ihr gebührt. Heute lesen den „RotFuchs“, der bis Juni 2000 kopiert wurde, inzwischen aber im Zweifarbendruck erscheint, Tausende Mitglieder der DKP, der KPD und der PDS sowie parteilose Mitbürger in ganz Deutschland, aber auch Bezieher in 27 Versandländern. Dutzende bereits bekannte oder sich erst profilierende Autoren und ein großer Stamm freiwilliger Helfer in Redaktion, Gestaltung und Vertrieb – dazu eine vortreffliche Druckerei – sorgen für journalistische, gestalterische und typographische Qualität sowie für Gewissenhaftigkeit in der Belieferung. All das hat den „RotFuchs“ zu einer im linken Lager beachteten Stimme werden lassen. Der kleine rote Herausforderer steht gegen alles, was die antiimperialistische Aktionsfähigkeit und

die Einheit von Kommunisten und Sozialisten behindert. Vor allem gegen den Ausverkauf von Prinzipien, wer immer sie auch feilbietet.

Widrige Umstände – nicht zuletzt der mangelnde Durchblick von Funktionären, die den Stellenwert dieses kommunistischen Blattes nicht zu erkennen vermochten – zwangen uns im Juni 2001, die Zeitung von der DKP abzukoppeln und als parteiunabhängig mit unveränderter Orientierung und breitgefächertem Autorenkreis erscheinen zu lassen. Das hat uns übrigens nicht geschadet, sondern die Möglichkeiten und den Einflußradius des RF sogar noch erweitert. Herausgeber ist jetzt der im Juni 2001 in

Berlin gegründete und sich vor allem der politischen Bildung widmende „RotFuchs“-Förderverein e. V., dem bereits Hunderte Frauen und Männer aus allen Regionen Deutschlands und dem Ausland beigetreten sind. Redaktion und Verein sind bemüht, neue ständige Leser zu gewinnen, ihre Reihen zu stärken und zusätzliche Spenden aufzubringen, um diese in ihrer Art einmalige rubinrote Publikation allseitig abzusichern. Es geht um den Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialisten, gleich ob sie organisiert sind oder nicht.

Nr. 48, Januar 2002

Antisemit Scharon

Die Welt hält entsetzt den Atem an. Millionen stockt das Blut in den Adern angesichts des Amoklaufs der israelischen Soldateska in Ramallah und Bethlehem, überall im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Tel Aviv behandelt UNO-Beschlüsse als Makulatur, tritt die Menschenrechte mit Füßen, gebärdet sich als rassistische Kolonialmacht, setzt den Weltfrieden aufs Spiel. Aus den angeblichen „Vergeltungsschlägen“ ist längst ein Ausrottungskrieg gegen Palästinenser geworden. Der Terrorist Scharon erweist sich de facto als der gefährlichste Antisemit dieser Tage. Nicht nur, weil seine reihenweise niedergemähten Opfer semitische Araber sind, sondern weil er mit seinem Blutbad in den okkupierten Gebieten weltweit auch die schlimmste antisemitische Welle seit Jahrzehnten auslöst. Die radikale Rechte triumphiert. Schon brennen in Frankreich Synagogen, richtet sich in vielen Ländern Haß gegen Juden, die fälschlicherweise mit dem Staat Israel und den dort herrschenden Zionisten gleichgesetzt werden. Scharon, der zu faschistischen Methoden greift und in Anlehnung an üble Leitbilder den „totalen Krieg“ verkündet, schändet das Andenken der Millionen Toten der Shoa. Er gefährdet zugleich die Überlebenden der Massenausrottung wie deren Nachkommen, indem er die ganze arabische Welt gegen Israel aufbringt und dessen staatliche Existenz riskiert. Er lügt, wenn er behauptet, erst die furchtbaren Anschläge der Selbstmordattentäter, deren Verzweiflungstaten immer wieder Unschuldige in den Tod reißen, hätten den „Abwehrreflex“ der mit modernsten Waffen bestückten israelischen Armee ausgelöst. In Wirklichkeit war General Scharon schon vor vielen Jahren der Henker von Sabra und Shatila – der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, in denen er Frauen und Kinder unterschiedslos massakrieren ließ. Auch damals gab sich

der Terrorist als Fahnder nach „Terroristen“. Erneut hat er nur auf einen Anlaß gewartet, um mit den Palästinensern abzurechnen, ihre autonomen Strukturen zu zerschlagen, ihre Kader zu vernichten und ihre Führer zu demütigen. Doch das Volk Palästinas kann zwar zeitweilig niedergeworfen, aber nicht dauerhaft besiegt werden. Denn es steht für eine gerechte Sache, für seine Unabhängigkeit, seinen künftigen eigenen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat. Aber Scharon macht nicht nur Blut- und Boden-Politik auf eigene Faust. Der israelische Premier weiß genau, wie weit er gehen kann. Er kennt sein Hinterland. Die Hauptmacht des Imperialismus hat Israel all die Jahre gehalten und als Sprungbrett im Nahen Osten benutzt. Als Lunte am Pulverfaß. Sie hat es zu seinen Kriegen ermutigt, den Raub fremder Territorien abgesegnet, Tel Aviv auf Kolonialistenkurs gebracht und zugleich den Rauchvorhang „permanenter Suche nach einer Friedenslösung“ gelegt. Während die Feuer brannten und die Toten beerdigt wurden, gaben sich scheinheilige USA-„Vermittler“ die Klinke in die Hand.

Scharon ist frech und aggressiv, weil er Washington und dessen militärisches Potential, weil er das amerikanische Kapital in seinem Rücken weiß. Der Amokläufer von Ramallah und der texanische Erfinder des „Krieges gegen den Terrorismus“ sind ein Paar Schuhe.

Als ich elf war, mußte ich „aus rassischen Gründen“ die Schule verlassen. Als ich zwölf war, erfuhr ich davon, daß die gesamte Verwandtschaft meines Vaters Theresienstadt und Auschwitz nicht überlebt hatte. Deshalb warne ich vor dem Antisemiten Scharon!

Nr. 51, April 2002

Die Konter-Konterrevolution

In Venezuela – viertgrößter Erdölexporteur der Welt (täglich gehen allein eine Million Barrel in die Vereinigten Staaten) – hat sich eine Revolution nicht von der Konterrevolution aus dem Felde schlagen lassen. Und dabei war der CIA-gelenkte Putsch gegen den bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen mit absoluter Mehrheit bestätigten Präsidenten Hugo Chávez durchaus nach Drehbuch gelaufen. Der Unternehmerverband und seine zum Generalstreik aufrufende gelbe „Gewerkschafts“-Zentrale CTV, auf der Escuela de las Americas – der Pentagonschule für lateinamerikanische Militärs – abgerichtete und eingekaufte Generäle, die polizeilichen Schlägergarden des rechtsgerichteten Bürgermeister der Hauptstadt Caracas hatten uns das Chile-Szenarium von 1976 noch einmal vor Augen geführt. Offenbar war von der USA-Botschaft das Signal zum konterrevolutionären Aufruhr nach jener Rede gegeben worden, die der frühere Fallschirmjäger, Oberstleutnant und Führer der bolivarianischen Revolution (genannt nach dem Befreier vom spanischen Joch, Simon Bolivar) am 8. März 2002 vor 400 begeisterten Delegierten des 11. Parteitags der KP Venezuelas gehalten hatte. Freundschaft mit Fidel Castros Kuba, das als Gegenleistung für den Aufbau eines Volksgesundheitswesens aus Venezuela Rohöl zu Sonderbedingungen erhält, Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfern der FARC Kolumbiens bei gleichzeitigem Überflugverbot für USA-Militärmaschinen, eine Schul- und Hochschulreform, erste beherzte Maßnahmen zur Änderung der Eigentumsstrukturen besonders auf dem Lande, die Gründung neuer staatlicher Banken für Mittelständler und kleine Leute, ein kühnes Frauenprogramm und jetzt

auch noch die Eröffnungsansprache des Staatschefs auf dem Kongreß der venezolanischen Kommunisten – das war zuviel für die in den beiden großbürgerlichen Parteien COPEI und AD organisierte einheimische Reaktion und deren ausländische Hintermänner. Gestützt auf vier der fünf Fernsehsender und alle Tageszeitungen schlugen sie los, setzten Chávez ab und fest, riefen den Boß des Unternehmerverbandes als dessen Nachfolger aus, lösten das gewählte Parlament und den Obersten Gerichtshof auf und setzten 48 in Verteidigung der nationalen Souveränität und des staatlichen Sektors der Wirtschaft erlassene Dekrete außer Kraft. Doch der weiße Spuk brach nach wenigen Stunden zusammen. Mehr als eine Million Venezolaner der armen Klassen und Schichten, mobilisiert durch die fast überall bestehenden Bolivarianischen Zirkel, eilten dem Präsidenten zu Hilfe, der sich nicht nur auf seine Fallschirmjäger, sondern auch auf andere loyale Truppenteile stützen konnte.

So geht die bolivarianische Revolution weiter. Sie ist nicht kampfflos gefallen, wie manche schon jubelten. Ganz Lateinamerika blickt jetzt auf Caracas. Doch Illusionen sind fehl am Platze. Das wird kein leichter, sicherer Weg. Erbitterte Klassenkämpfe stehen bevor. Neue Versuche, Chávez zu stürzen, werden mit Gewißheit folgen. Dennoch: Imperialismus und Reaktion haben durch die „Konter-Konterrevolution“, wie sie der Präsident nannte, eine schwere Niederlage erlitten. Sie ist von kontinentaler Bedeutung und ermutigt die Revolutionäre in der ganzen Welt.

Nr. 52, Mai 2002

Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen

Während USA-Präsident George W. Bush, der zu einem 20stündigen Treffen mit 10 000 bundesdeutschen Polizisten nach Berlin gekommen war, im Reichstag seine von Pomp und Gloria begleitete „historische“ Rede hielt, vollbrachten drei beherzte PDS-Abgeordnete – Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf – eine Tat, die in die Geschichte eingehen wird. Vor der Kulisse einer durch ihre Vorturner zu feigem Schweigen verpflichteten und daher in „parlamentarischer Körpersprache“ stumm verharrenden PDS-Fraktion entrollten die drei Parlamentarier, die keine Parlamentäre sein wollten, ein Spruchband, das Bushs und Schröders Kriege an den Pranger stellte. Ein sofort hinzu-springender Bundestagslakai entriß ihnen zwar die Antikriegslosung, doch die fünf Sekunden genügten den Fotografen, um jene Bilder zu schießen, die dann in Windeseile um die Welt gingen. In demselben Bau, in dem einst Karl Liebknecht den Schmähungen der Kaisertreuen aus allen Lagern, einschließlich des eigenen, die Stirn geboten und den Kriegsbesessenen sein NEIN entgegengeschleudert hatte, wurde den Regisseuren der Bekundung uneingeschränkter Solidarität mit Amerika die Suppe versalzen. Roland Claus, der eilfertigste und widerwärtigste unter den Tempelwächtern der PDS-Führung, diente sich einmal

mehr der bourgeoisien Obrigkeit als Speichellecker an. Er habe sich bei Bush entschuldigt und diesem gesagt, daß er das Transparent (Mr. Bush! Mr. Schröder! Stop Your Wars!) sehr bedauere. Es habe „die Fraktion in Mißkredit gebracht“. Wolfgang Gehrcke, der sich sonst gerne als weiser Marabu in Friedensangelegenheiten ausgibt, fand den Vorfall „ärgerlich“. Daß auch Petra Pau in die gleiche Kerbe schlug, versteht sich von selbst. Anlässlich Bushs als Staatsbesuch ausgegebener Inspektion der im Hochsicherheitstrakt Berlin zusammengezogenen Polizeikohorten – sie waren bei der bravourösen Abschirmung auch des letzten Gullilochs in der City von preußisch-deutscher Einmaligkeit – haben mehr als hunderttausend Menschen ihre Abscheu gegen die Politik des „klugen“ und „hochgebildeten“ Gastes aus Texas demonstriert. Dabei standen unzählige PDS-Genossen – neben Kommunisten und Sozialisten aus anderen Parteien, Gewerkschaftern, parteilosen Antiimperialisten, Vertretern der Friedensbewegung und ATTAC-Anhängern – in den vordersten Reihen. Sie hatten sich durch das Geschwätz der Medien, die Kundgebungen seien antiamerikanisch, nicht bluffen lassen, und waren gegen den mörderischen Kurs der Vereinigten Staaten auf die Straße gegangen.

Ein Prominenter, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, sich zur Schau zu stellen, fehlte diesmal allerdings. Nach seinem Gregorianischen Kalender sei er am 21. Mai durchs Amtieren verhindert, deutete Gysi zunächst vornehm an. Dann aber kam die ganze politische Schweinerei an den Tag. Die drei Berliner PDS-Senatoren hatten nämlich am 7. Mai gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Chefs einen neuen fabelhaften Text unterzeichnet, der die berüchtigte Präambel zum Koalitionsvertrag noch in den Schatten stellte. „Die Dankbarkeit für den Einsatz der Amerikaner ... bei der Verteidigung der Freiheit unserer Stadt ist unverändert hoch“, bekundeten auch Gregor Gysi, Thomas Flierl und Heidi Knake-Werner. Gemeint war die Verteidigung der imperialistischen Frontstadt samt ihrer 80 Geheimdienste gegen den „Kommunismus“. Und auch das unterschrieben die wackeren Genossen: „Der Senat steht in dieser Tradition der besonderen Beziehung Berlins zu den Vereinigten Staaten und bekennt sich zur Freundschaft und zur Partnerschaft mit dem amerikanischen Volk und seinen Repräsentanten.“ Akzent auf Repräsentanten! Mit anderen Worten: Gysi sieht in Bush, der mit Tricks ins

Amt gehievt wurde und nur 25 Prozent der amerikanischen Wähler vertritt, einen Freund. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!

Warum die PDS-Senatoren solche Unterwürfigkeitsbekundungen abzuliefern haben, verdeutlichte Roland Claus in vertrauter Plumpheit. „Durch die öffentliche Belastung der Berliner Koalition ist den Senatoren quasi das Selbstbestimmungsrecht ... entzogen worden“, verkündete der stromlinienförmige Karrierist an der Spitze der PDS-Fraktion am 18. Mai im ND. Und Gysi setzte noch eins drauf: „Ich wundere mich, wie gering inzwischen bei einigen in meiner Partei das Verständnis für Arbeitsteilung ist. Man kann nicht Leute verheizen und ihnen ständig demonstrative Bekenntnisse abverlangen.“ (ND, 21. 5.) Damit hat der linkspopulistische Showmaster den Nagel auf den Kopf getroffen: Die PDS wird in der Koalition mit der SPD regelrecht verheizt. Denn: Wer mit Schröders Leuten gemeinsame Sache macht, muß sich darüber im klaren sein: Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen. Schon die nächsten Berliner Wahlen werden's zeigen.

Nr. 53, Juni 2002

Eine illustre Gesellschaft

Katja Niederkirchner ist eine Heldin des deutschen Widerstandes. Als die Hitlerfaschisten die Sowjetunion überfielen, befand sich die Tochter von Michael Niederkirchner, Mitglied des Thälmannschen ZK der KPD, in Moskau. Die junge Kommunistin drängte es an die Front. Doch ihr Auftrag war noch gefährlicher. Hinter den Nazi-Linien sprang sie ab, fiel auf dem Weg ans illegale Ziel in die Hände der Gestapo, wurde brutal gefoltert und gab nur ihren Namen preis. Dann brachte man sie nach Ravensbrück. Dort wurde sie ermordet. Ihr Gegenstück – Elsa (Erna) Dorn. Sie war KZ-Aufseherin in Ravensbrück. Nach dem Krieg verurteilte sie ein sowjetisches Tribunal zu lebenslanger Haft. Ihr Schicksal schien besiegelt. Als jedoch konterrevolutionäre Kräfte – vom „Rias“ instruiert, von westlichen Geheimdiensten gesteuert und auf der Woge der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten reitend – am 17. Juni 1953 losschlugen, um den gerade erst begonnenen Aufbau des Sozialismus zu beenden und die Kapitalisten wieder an die Macht zu putschen, wurde Elsa Dorn „befreit“. Sie besaß „Erfahrungen“. So schob man sie an die Spitze eines Hallenser „Bürgerkomitees“, das den Terror gegen staatstreue DDR-Bürger organisierte. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes dingfest gemacht, wurde sie zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die DDR nannte Straßen und Plätze, Schulen und Betriebe nach Frauen und Männern wie Katja und Michael Niederkirchner. Sie ehrte die Helden des antifaschistischen Widerstandes und die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung. Als die 1953 gescheiterte Bourgeoisie mehr als dreieinhalb Jahrzehnte später durch eine nunmehr erfolgreiche Konterrevolution auch bei uns wieder ans Ruder gelangte, begann die Ära der Bilder- und Schilderstürmerei. Lenins Denkmal fiel als erstes – ihn haßten sie am meisten, weil er die proletarische Revolution nicht nur gedacht, sondern auch gemacht hatte. Doch zunächst wagten sie sich

an die Namen der im Kampf gefallenen deutschen Antifaschisten nur zögerlich heran. Der Katja Niederkirchners wurde erst später ins Visier genommen. Elsa Dorn – nun eine Galionsfigur der neuen Herren – war vorerst tabu. Als KZ-Aufseherin eignete sie sich nicht zur Märtyrerin. Aber inzwischen ist auch die fanatische Faschistin eine antistalinistische „Größe“. Wird bald eine Straße oder ein Platz nach ihr heißen? Das jedenfalls schwebt offenbar einer illustren Gesellschaft vor, die sich lange vor dem „50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“ konstituiert hat. Umbenennungen täten not, verkündete sie. „Akteure des 17. Juni“ müßten Berücksichtigung finden. Nicht wenige von denen hätten „ihren Mut mit dem Leben bezahlt“. Der Nachholbedarf sei gewaltig. Vorläufig trage leider „nur in Jena eine Straße den Namen des von einem sowjetischen Standgericht erschossenen Alfred Diener“. Und was wird mit Elsa Dorn? Wäre es nicht an der Zeit, den Namen Katja Niederkirchners durch den ihren zu ersetzen? Schließlich sei der 17. Juni 1953 „eine gescheiterte Revolution“ gewesen und stehe „in der Tradition von 1848 und 1918/19“, erklärte das Gremium der Umbenennungsversessenen. Im Osten gebe es ohnehin viel zu viele Namen, „die den Kommunismus und die SED-Geschichte ehren“. Da bestehe „ein krasses Mißverhältnis“. Bruno Baum, der im KZ Auschwitz zur illegalen Leitung gehörte, sei z. B. völlig obsolet. Auch der bekannte Komponist Ernst Hermann Meyer habe auf einem deutschen Straßenschild nichts mehr zu suchen.

Die Unterzeichner der obszönen Erklärung „17. Juni – Orte des Erinnerens“ bilden Bundesdeutschlands politische Crème de la Crème! Die in der DDR zum Promovieren gezwungene Familienministerin Christine Bergmann und Marianne Birthler, Bundesbeauftragte zur Dämonisierung des MfS, rangieren an erster und zweiter Stelle. Rainer Eppelmann, den die Presse als CIA-nah einstufte, und der

stets griffbereite Günther Emmerlich sind ebenso mit an Bord wie ein Rudel von Bürgerrechtlern auf Lebenszeit. Natürlich dürfen Erich Loest und Hans-Dietrich Genscher bei der Posse nicht fehlen.

Doch gemacht – es kommt ja noch viel besser. Denn auch die PDS-Spitze hat sich nicht lumpen lassen und ist in Birthlers Kommission würdig repräsentiert. Sie entsandte Ex-Kulturminister Dietmar Keller, der ohnehin schon tief genug gesunken ist, und den Berliner Kultursenator Thomas Flierl. Beide wollen den Dichter Louis FURNBERG und

den Musiker Ernst Hermann Meyer aus dem Straßenbild verbannt sehen. Auf „sensible“ Art, versteht sich. So heißt es jedenfalls in der Erklärung. Für das Privileg, an einer Koalition mit der SPD höchstpersönlich teilzuhaben, ist Herr Flierl offenbar auch zu einem Pakt mit dem Teufel bereit. Oder mit dem Schatten von Elsa Dorn.

Von Gisela Karau im ND zur Rede gestellt, hat sich der Senator ins Dementi geflüchtet. Was aber ist schon das Dementi eines Mannes wert, der seine Seele verkauft hat?

Nr. 54, Juli 2002

Der Alptraum

Versetzen wir uns für einen Augenblick in folgende Situation: Bei den Wahlen am 22. September hat die CSU/CDU samt ihren Westerwelles klar gesiegt. Die Mehrheit im Bundestag gehört den Schwarzen, von denen nicht wenige bräunlich sind. Sie stellen mit Stoiber den Kanzler Großdeutschlands. Rüge ist wieder Verteidigungsminister, Schäuble deutscher Außenminister.

Malen wir uns das Bild noch weiter aus: Die bisherige linke Ecke, wo eben noch das von der eigenen Fraktionsspitze verleugnete Antikriegsplakat des mutigen Trios gegen Bush und Schröder aufflammte, gibt es nicht mehr. Die PDS ist an der 5%-Hürde gescheitert und hat auch keine drei Direktmandate gewonnen.

Wie müßten Kommunisten und Sozialisten eine solche Lage beurteilen? Kein Zweifel: Es würde sich um einen scharfen Rechtsruck handeln, nachdem bereits Schröder – der im Schlepptau der USA segelnde erste Kriegskanzler der BRD – den Kurs dieses Landes und vor allem dessen Außenpolitik weit nach rechts gesteuert hat. Schröder ist nicht die linke Alternative zu Stoiber, sondern nur ein anderer Spieler im Dienste des Kapitals, sein Strohmann. Er steht aber zugleich unter dem Druck der sozialdemokratischen Basis und der Gewerkschaften und wird – besonders im Westen – auch von vielen gewählt, die sich selbst als Linke betrachten. Seine soziale und politische Klientel weicht von der der CSU/CDU ab.

Weiter gefragt: Wäre das Verschwinden der PDS-Fraktion, der solche Parlamentäre wie Pau und Claus angehören, aus dem Bundestag als „gerechte Strafe“ für den Verrat der Mehrheit der PDS-Führung an den Idealen des

Sozialismus und den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ein „Erfolg“, über den sich konsequente Linke freuen sollten? Wohl kaum. Denn die Vertreibung der einzigen bürgerlich-demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Linkspartei aus dem Parlament würde nur die Rechte stärken. Wir sagen das, ohne uns irgendwelchen Illusionen über die PDS – eine vom Führungskonzept her nichtmarxistische und nichtrevolutionäre Partei mit kleinbürgerlich-reformistischer Orientierung – hinzugeben. Dennoch: In dieser von faschistoiden Kräften immer stärker geprägten und bedrohten Bundesrepublik muß jede demokratische Barrikade, die dem Weg nach rechts entgegensteht, entschieden verteidigt werden. Dabei überschätzen wir das Gewicht bürgerlicher Wahlen nicht. Aber wir ziehen – Lenins Rat folgend – auch deren Funktion in Betracht. Vor allem sehen wir sie als Gradmesser für die Entwicklung des Massenbewußtseins. Gerade das dürfte kommunistische Parteien in Deutschland – DKP und KPD – zur Kandidatenaufstellung auf regionaler oder lokaler Ebene bewegen haben. Ein landesweites gemeinsames Auftreten von Kommunisten gibt es indes nicht.

Uns ist es keineswegs egal, was am 22. September herauskommt. Die Schwarzen müssen geschlagen werden. Sie würden Schröders mit Sozialabbau verbundenen Kriegskurs nur forcieren. Eine Stimme für die SPD ist ein potentielleres Votum für die Große Koalition mit Stoiber. Wahlboykott stärkt CSU/CDU und SPD. Ein Abräumen der linken Ecke im Bundestag dient nur jenen, die den deutschen Imperialismus noch mehr unter Dampf setzen wollen.

Nr. 55, August 2002

Und wenn's nur einer wär' ...

Unsere Zeit ist außerordentlich schnellebig. Die Menschen behalten vieles nicht im Gedächtnis. Was gestern passierte, ist heute oft schon Makulatur und morgen verflogen. Das meiste, was uns die Medien servieren, bleibt ungenießbar und ist unverdaulich. In der Regel handelt es sich um Bagatellen, die zu Großereignissen aufgeblasen werden. Wirklich historische Vorgänge gehen dabei unter oder werden von Zwergegeistern kleingeredet. Doch sie kommen der Geschichte nicht abhanden. Künftige

Historiker und die Akteure der Kämpfe von morgen dürfen sich ihrer mit Gewißheit erinnern.

Die Bloßstellung des Terroristen aus Texas durch ein Antikriegsplakat der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf – leider fand sich neben den drei Westdeutschen kein einziger Deputierter aus der früheren DDR, der solche Zivilcourage aufgebracht hätte – war eine Tat von beinahe Liebknechtschem Kaliber! Und wenn's nur eine oder einer gewesen wäre – man zöge den

Hut. Drei Bekenner unter drei Dutzend durch die eigene Fraktionsspitze zu Schweigern „disziplinierten“ Abgeordneten – ist das etwa nichts?!

Es muß viel Sand gewaschen werden, um an das Körnchen Gold zu gelangen. Die im Rondell unter der Reichstagskuppel am meisten links saßen, wurden von den Medien vier Jahre lang geschnitten und ausgeblendet. Doch die nur Sekunden währende Szene des Aufschreis gegen den imperialistischen Krieg brachte ihnen die Schlagzeilen der Weltpresse ein. Kein großer Sender, der das Ereignis nicht übertragen hätte. Im Zeitalter billiger Politshows sind Klassenkämpfer mit Nerv für den richtigen Augenblick eben äußerst selten. Vor allem in dieser Fraktion, die den bürgerlichen „Demokratie“-Betrieb mit seinen „Spielregeln“ und „Sachzwängen“ so sehr verinnerlicht hat. Da darf man nur hoffen, daß Jelpke und Wolf, die abermals kandidieren, eine neue Chance erhalten werden.

Denn insgesamt war die Bilanz eher mager. Von der einen oder anderen Initiative abgesehen, fehlte es der PDS im Bundestag am großen Wurf. Jene weit über das Parlament hinausgreifende Mobilisierung, jene den Massen zugewandte prinzipielle Kritik am kapitalistischen System, die

einst revolutionäre Sozialdemokraten und später Kommunisten – nicht zuletzt die 15 KPD-Abgeordneten im 1. Deutschen Bundestag – stets in die dumpfe Arena des Parteiengezüngs hineingetragen hatten, waren nicht zu spüren. Das Transparent im Plenarsaal stellte so einen außergewöhnlichen Höhepunkt dar.

August Bebels grandiose Auftritte, Karl Liebknechts Nein zu den kaiserlichen Kriegskrediten, Thälmanns angriffslustige Reichstagsreden und das moralische Veto des beherzten PDS-Trios zum Krieg von Bush und Schröder – das waren Sternstunden des Kampfes gegen die Reaktion. Indes – eine noch weit gewichtigere Tat fehlt da in unserer Aufzählung: jener große Augenblick, in dem sowjetische Befreiungssoldaten die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf dem in Trümmern liegenden imperialen Prunkbau hißten. Dieser Moment stand ganz am Beginn der besten Zeit in der deutschen Geschichte. Denn ohne ihn hätte es den 7. Oktober 1949 nie gegeben, den vergessen zu machen wir keinem Schmäher gestatten werden.

Nr. 56, September 2002

Zimmer frei?

Der Dieser Beitrag wird – mehr als eine Woche nach Redaktionsschluß, die Zeitung ist bereits in der Druckerei – mit „heißer Nadel“ genäht. Wir haben uns nach dem Geraer Parteitag der PDS entschlossen, den Leitartikel „Osten verhinderte Stoiber“ aus dem „RotFuchs“ herauszunehmen, um erste Eindrücke zu dem nur Stunden zurückliegenden Ereignis wiedergeben zu können. Denn die Leser wären vermutlich enttäuscht, fänden sie statt des Brandaktuellen Überholtes.

Gera war in der Geschichte der PDS eine Zäsur. Zum ersten Mal seit Jahren hat sich die von vielen schon totgegläubte, für weitgehend paralysiert gehaltene, in jedem Fall aber lange entmündigte Basis der Partei zurückgemeldet. Ein an der Oberfläche nicht immer wahrnehmbarer quantitativer Prozeß des Wachsens von Unbehagen und Verdrossenheit ist in eine neue Qualität umgeschlagen. Die Delegierten – oft genug reine Statisten – haben ein Machtwort gesprochen: So nicht weiter! Der sich manchem Beobachter vor allem als widerliches persönliches Machtgerangel darstellende Schlagabtausch zwischen einzelnen Akteuren war wohl zugleich und sogar in erster Linie der sich an Personen festmachende Kampf zweier Strömungen – den Parteigängern des bedingungs- und prinzipienlosen politischen Ausverkaufs der PDS an die SPD und jenen, die – bei allem auch unter ihrer Mitwirkung bereits vollzogenen Abbau von Positionen – am Gedanken einer sozialistischen Partei links von der SPD festhalten wollen. Für diese Linie steht offensichtlich Gabi Zimmer, die sich in Gera erstmals aus der auf ihre Erdrosselung zielenden Umklammerung durch die Parteirechte freimachen konnte. Eine Frau ohne besonderes Charisma, vom intriganten bisherigen Führungsklüngel um Bartsch, Claus und Pau unter der Regie von Gysi und Brie systematisch in den Schatten gedrängt

und daher blaß wirkend, hat sich zu bemerkenswerter Farbe gesteigert und ihre eher als Fallensteller und Giftmischer denn als Kritiker zu betrachtenden Gegenspieler in die Schranken gewiesen. Der Generalangriff der Sozialdemokratisierer der PDS wurde in Gera gestoppt. Der rechtsopportunistische Flügel mit seinem Heer sozial korruptierter Angekommener erlitt eine taktische Niederlage. Ob es auch eine strategische wird, muß sich erst herausstellen. Zum ersten Mal wurde in Gera – aus dem Munde der Vorsitzenden und nicht nur von der Kommunistischen Plattform, deren Sprecherin Sahra Wagenknecht eine integrierende Rolle im politisch weit gefächerten „Zimmer-Lager“ spielte – offen vor dem Opportunismus gewarnt. „Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus“, sagte Gabi Zimmer und meinte damit ihre Hauptwidersacher aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin. Zwei bemerkenswerte Kernaussagen ihrer Rede verdienen besondere Hervorhebung: die Feststellung, in Deutschland gebe es keinerlei Notwendigkeit für eine zweite sozialdemokratische Partei, sondern Bedarf für eine in „gestaltender Opposition“ wirkende sozialistische Partei links von der SPD. Und der Satz: „Die PDS erscheint heute viel zu vielen als eine Partei, mit der man alles machen kann, außer Kriege führen.“

Hat sich Gabi Zimmer in Gera politisch freigeschwommen? Das kann man so sicher nicht sagen. Zweifellos hat sie einen ersten Schritt zu ihrer eigenständigen Identität als Sozialistin getan. Das war unter den bestehenden Bedingungen nicht wenig. Doch 30 % der Delegierten – vor allem der größte Teil der inzwischen saturierten Funktionärsoberschicht – hat gegen sie und ihren Kurs votiert. Es gibt keinen Zweifel, daß die Verlierer, die in Gera den

Boycott vorzogen und ein peinliches Schauspiel boten, sofort mit der Organisierung des Widerstandes begonnen haben. Sie geben sich nicht geschlagen und wollen verlorenes Terrain zurückerobern. Dabei steht ihnen das ND als Domäne der Bartsch-Leute zur Verfügung. Schon am Montag nach dem Parteitag meldeten sich dort die PDS-Rechten – von Roland Claus bis Harald Wolf – mit ihren „Bauchschmerzen“ zu Wort. „Gut gelaunt dürfte kaum jemand den Geraer Parteitag der PDS verlassen haben. Es gibt nichts zu feiern ...“, schrieb der für die PDS zuständige Redakteur Hübner. Das Ausscheiden der Gruppe um Dietmar Bartsch bedeute „Substanzverlust“ und werfe „Schatten auf die künftige Gemengelage in der PDS“. Der

Kommentar trug die Überschrift „Pyrrhussieg“. Der neue Parteivorstand sei „nach dem Zufallsprinzip zusammengewürfelt“ worden. „Frustrierte PDS-Promis“ würden jetzt vermutlich „eine Art medialen Exilvorstand“ bilden. Wir sollten Gera weder überschätzen noch unterbewerten. Die PDS, die auf dem Weg der Sozialdemokratisierung schon weit vorangeschritten ist, kann sich nicht über Nacht in eine wirklich sozialistische Partei verwandeln. Das wollen wohl die wenigsten in ihrer neuen Führung. Aber Gabi Zimmer hat es wenigstens ausgesprochen: Man müsse in Opposition „zu den herrschenden Verhältnissen“ stehen. Immerhin.

Nr. 57, Oktober 2002

Das Zweiparteiensystem

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich – nach anglo-amerikanischem Vorbild – ein die bürgerliche Demokratie weiter aushöhrendes Zweiparteiensystem etabliert. Formell gibt es zwar noch immer eine Vielzahl von Parteien, real aber nur noch zwei miteinander konkurrierende Blöcke. Der Wahlkampf mit seinen „nationalen Fernsehduellen“ zwischen „Kanzler und Herausforderer“ offenbarte, wohin die Reise gehen soll. In Großbritannien sind es Konservative und Sozialdemokraten (Labour), in den USA stehen Republikaner und Demokraten (von ihnen wird die Rolle der europäischen Sozialdemokratie mitbesorgt) für ein politisches „Wechselbad“ zur Verfügung, das man getrost auch als Schatzenboxen bezeichnen könnte. Ohne die Unterschiede und Nuancen (es ist schon von Gewicht, durch welche Monopolgruppe ein Politiker gesteuert wird) zu unterschätzen, kann pauschal gesagt werden: Nach bürgerlichen Wahlen findet niemals ein Machtwechsel, sondern immer nur ein Austausch von Equipen statt, die von derselben Klasse nach mehr oder weniger identischen Kriterien ausgewählt werden. Als Schröder den arroganten Technokraten Wolfgang Clement aus NRW zum Superminister für Wirtschaft und Arbeit – also für die gleichzeitige Wahrnehmung der Kapitalinteressen und die Einbindung der Gewerkschaften – ernannte, erscholl aus der Ecke der Unternehmerverbände frenetischer Beifall. Die richtige Wahl, verkündeten Hundt & Co.

In der BRD wird das Zweiparteiensystem in der Form der „beiden großen Volksparteien“ zelebriert. Alles andere ist bloße Beilage. Die großbürgerliche CDU/CSU mit ihrem Wurmfortsatz Westerwelle und Schröders SPD mit Fischers Grünen im Gepäck sollen sich nach den Wünschen der wirklich Herrschenden für alle Zeiten in der „Regierungsverantwortung“ ablösen. Die C-Parteien sind Geschäftsführer des Hausherrn, während die Sozialdemokraten vorerst noch eher in der Rolle des Hausmeisters agieren. Besonders dann, wenn Leute fürs Grobe gebraucht werden. Sie dienen sich dem Ausbeuterstaat als die besseren Verwalter an, als jene, welche seit Noskes Tagen auch für weniger delikate Aufgaben zur Verfügung stehen.

Dennoch wäre es ein gravierender Fehler, zwischen der rechtsbürgerlichen Reaktion und deren SPD-Konkurrenten einfach Gleichheitszeichen zu setzen. Erinnerung sei hier

an Lenins Hinweis, im gegnerischen Lager stets bis zum äußersten zu differenzieren.

Am 22. September hat die deutsche Reaktion eine Niederlage erlitten. Stoiber, der Bush aus München, ist trotz massiven Eingreifens der USA in den BRD-Wahlkampf nicht Bundeskanzler geworden. Mit der Verlängerung des Mandats für Schröder und Fischer hat sich die sozialdemokratische Variante imperialistischer Machtverwaltung behaupten können. Das Motiv linker Wähler, die für SPD und Grüne optierten, bestand offensichtlich in der Abwehr der Stoiber-Drohung. Diese Klientel muß von der Gefolgschaft der CDU/CSU und der FDP deutlich unterschieden werden. Man bedenke, daß es auch unter „RotFuchs“-Lesern Mitglieder und taktische Wähler der SPD gibt.

Das Grotteske am Schröder-Fischer-Wahlsieg besteht übrigens darin, daß ausgerechnet die Mannschaft, die mit der Teilnahme am Angriff auf Jugoslawien zur ersten deutschen Kriegsregierung nach 1945 geworden war, ihren Fortbestand nur durch eine Absage an Bushs geplante Irak-Aggression zu sichern vermochte. Zugleich spielte Schröder plötzlich die „soziale Karte“, um die PDS auf ihren beiden Schwerpunktfeldern schlagen zu können. Der vorgegaukelte „Linksschwenk“ funktionierte: Hunderttausende von der PDS enttäuschte Linkswähler entschieden sich für die SPD. Inzwischen ist wieder alles in Butter. Auf die geschönten „Erfolgsbilanzen“ folgten die ernüchternden Wahrheiten des Morgens danach: „enorme Steuerlücken“, die angeblich niemand erwartet hatte, „Sparzwänge“ aller Art, die „schmerzhaftes Eingriffe“ notwendig machten, Kassandrarufer der „Wirtschaftsweisen“ – das Koalitionsprogramm greift den Ärmsten der Gesellschaft und der Masse der Bürger pickpockethaft in die Tasche. Vier extra harte Jahre haben begonnen. Die Schwarzen werden Schröders Kabinett wie Geier umlauern und zusätzlich Druck von rechts machen. Der Druck von links aber fehlt. Zumindest vorerst. Ob sich die Gewerkschaften und andere demokratische Kräfte von Clement – dem Geschoß der Bosse – gängeln lassen, wird sich zeigen. Bei uns müssen die Karten nicht neu gemischt werden. Als wir gegen die Stoiber-Drohung kämpften, sagten wir zugleich: Schröder ist – was den Klasseninhalt und die Grundorientierung seiner Politik betrifft – keine Alternative. Dabei bleibt's!

Nr. 58, November 2002

Nürnberg läßt grüßen

Die Situation ist bizarr und ungeheuerlich: Der mangels Wählerwillens vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten zum Präsidenten der imperialistischen Hauptmacht ernannte politische Analphabet aus Texas, der sich bereits in Afghanistan als militärischer Amokläufer erwiesen hat, forderte 50 Regierungschefs souveräner Staaten zum Rapport auf. Sie sollen Washington Meldung erstatten, ob und in welchem Grade sie zur Mitwirkung an einem von der Bush-Administration geplanten und bereits in Szene gesetzten Völkerrechtsverbrechen – dem Vernichtungsschlag gegen Irak – bereit sind. Die diplomatische Demarche – man sollte sie lieber einen Erpresserbrief nennen – ist eine unverhohlene Anstiftung zu einem Verbrechen gegen den Frieden. Ganz im Sinne von Nürnberg. Kanzler Schröder und Außenminister Fischer – durch ihre Verstrickung in den NATO-Krieg gegen Jugoslawien bereits nach § 80 des Strafgesetzbuches der BRD (er beschreibt den Tatbestand der Vorbereitung eines Angriffskrieges) selbst schuldig geworden, wollen sich aus der neuen amerikanischen Schlinge, auch aufgrund eigener Nahostinteressen des deutschen Kapitals, soweit möglich herauswinden. Großbritanniens im eigenen Land auf heftigsten Widerstand stoßender Tony Blair hingegen spielt die Rolle des Lieblings-Schoßhunds und hat sich auf totale Komplizenschaft festgelegt.

Neue Eroberungskriege des Imperialismus oder Strafexpeditionen zur Niederwerfung künftigen sozialen Protests im größten Land der Welt werfen bereits ihre Schatten voraus. Auf dem Prager NATO-Gipfel, den eine ZDF-Reporterin wegen der Zangenoperation gegen Rußland (angekündigte Aufnahme Bulgariens, Rumäniens und der baltischen Republiken sowie anderer Staaten) als „historisch“ bezeichnete, gab Dabbelju Bush ohne Skrupel von sich, Washington werde Bagdad „selbst entwaffnen“, falls Saddam Hussein nicht von sich aus zu Kreuze krieche. Schon ist das Heer der als „UNO-Waffeninspektoren“ zurechtgeschminkten Geheimdienstler in Irak dabei, statt nichtvorhandener Massenvernichtungsmittel die militärischen Kapazitäten und Möglichkeiten des aktuellen Lieblingsgegners der USA bis ins letzte Detail zu erkunden, um die Zielkarten

amerikanischer Bomberpiloten auf den letzten Stand zu bringen. Man sollte die Auftraggeber der imperialistischen Spione fragen, warum sie eigentlich nicht die Forderung erheben, sofort UNO-Waffeninspektoren nach Israel zu entsenden, um dort nach den längst im geheimen hergestellten nuklearen Massenvernichtungsmitteln zu suchen! Doch die UNO würde einen solchen Schritt gegen die Interessen des Weltgendarmen und seines regionalen Handlungers nicht wagen, zumal die Zeiten des sowjetischen „Njet“ im Sicherheitsrat aufgrund der gewandelten Situation in der Welt der Vergangenheit angehören.

Die klugen und teuflischen Berater des in geistiger Hinsicht eher schüchternen Mr. Dabbelju, der als Sturmgeschütz der Kriegsmacher dient, wissen sehr gut, weshalb sie ihr Veto dagegen eingelegt haben, daß auch Bürger der Vereinigten Staaten vor den kürzlich geschaffenen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen gestellt werden können. Wir sollten uns jener amerikanischen Ankläger und Richter des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals erinnern, die einst ihr eigenes Land als Antifaschisten davor warnen, jemals selbst in eine Lage zu geraten, in der auch an Politiker und Militärs der USA die Elle von damals angelegt werden müsse.

Weshalb wurde Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop 1946 gehenkt? Er stand für Verbrechen gegen den Frieden vor Gericht und wurde verurteilt, weil er als oberster „Diplomat“ der deutschen Faschisten Angriffskriege aktiv mit vorbereitet hatte. Dabbelju Bush verzichtet heute auf Vorwände oder kriegsauslösende Anlässe, derer sich sogar die Hitleristen noch bedienten. Er verkündet ungehemmt den unter das Nürnberger Statut fallenden „Präventivschlag“ und sucht auf der Weltkarte ständig nach neuen Opfern, die er zu Tätern erklärt. Washington ignoriert die in jahrzehntelanger Arbeit von der UNO entwickelte Definition des Aggressors. Das sich daraus ergebende Aggressionsverbot bildet das Herzstück des heutigen Völkerrechts. Wer es in Abrede stellt und den Erstschlag propagiert, gehört geächtet und gerichtet. Nürnberg läßt grüßen.

Nr. 59, Dezember 2002

Die ersten fünf Jahre

Mit der Ausgabe Nr. 60 wird der 6. „RotFuchs“-Jahrgang eingeläutet. In diesem Zusammenhang fällt mir eine kuriose Begebenheit ein. Als ich in der Redaktion der Zeitung „Neues Deutschland“ arbeitete, kam Ende der 60er Jahre eines Tages ein Brief aus fernen Landen auf meinen Tisch. Die sonderbare Adresse hatte den Postboten nicht davon abhalten können, ihn direkt zuzustellen: „Neues Deutschland, Berlin, Jahrgang Nr. 6“ stand auf dem Umschlag. Das vom Absender für eine Straße gehaltene fremde Wort genügte, das Kuvert richtigen Ortes abzuliefern. Immerhin, das ND war damals eine Weltzeitung. Um so bemerkenswerter schien uns deshalb diese Anschrift: „RotFuchs“, Teterower Ring 37. Der Brief ohne Stadtnamen

wurde erst unlängst auf den Weg gebracht. Auch er kam an. Gut, wenn man gewissermaßen von Amts wegen bekannt ist. Die ersten fünf „RotFuchs“-Jahre, in denen wir allein mehr als 1 500 Leserbriefe veröffentlichten, zwingen zur Bilanz. Waren wir uns Ende Januar 1998, als wir angesichts kompakter Irreführung eines ganzen Volkes durch die Medien der Bourgeoisie, tiefer Resignation vieler vormals Kämpfender und überwiegender Orientierungslosigkeit selbst auf der Linken unser Fähnchen aufpflanzten, eigentlich des ganzen Maßes der Verantwortung bewußt, die schon bald auf uns ruhen würde? Nein, selbst in unseren kühnsten Träumen konnten wir uns nicht ausmalen, nur wenige Jahre später die Tausende und aber Tausende

Gleichgesinnter zusammenführende Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland zu sein. Überwiegend frühere DDR-Bürger, gingen wir davon aus, daß es im Osten neben Weggelaufenen und Angekommenen mit Gewißheit auch Hunderttausende durch den Sozialismus geprägte Ältere und gegen die ungerechten neuen Zustände aufbegehrende Jüngere gibt, die weltanschaulich auf unserem Boden geblieben sind oder an unserer Seite stehen. Wenigstens einen Teil von ihnen zu erreichen, marxistisch zu bilden, zu motivieren und Schritt für Schritt zu einen – das war und ist unser Anliegen. Zugleich wandten wir uns an Linke in den alten Bundesländern, die entweder bereits Genossen oder entschlossen waren, sich von den Spielregeln vermeintlicher Klassenharmonie zu lösen. Inzwischen sind übrigens fast ein Drittel der ständigen Leser und ein Teil unserer Autoren aus dem Westen. In diesen fünf Jahren hat die Zeitung kräftig zugelegt: Ihre ursprüngliche Auflage konnte mehr als verzwanzigfacht werden. Monat für Monat erhöht sich die Zahl der gedruckten Exemplare beträchtlich. Wo liegt die Erklärung für dieses Wachstum? Wir haben uns nie gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen. Vor allem erhoben wir unsere Stimme gegen den Deutschland längst einbeziehenden imperialistischen Krieg. Auch wir sind der Meinung: Schröder und seinesgleichen müssen nach § 80 StGB vor Gericht, wie es der PDS-Politiker Wolfgang Gehrcke per Strafanzeige gefordert hat. Wir machen keinen Bogen um die klare Benennung des Gegners, der rechts und im eigenen Land steht, wenn auch der internationale Hauptfeind von Frieden und Freiheit derzeit nicht an der Spree, sondern am Potomac zu suchen ist. Ohne Abstriche bekennen wir uns zu unserer DDR-Vergangenheit, die wir weder vergolden noch verklären, aber mit unserem Herzblut verteidigen.

Prägnantester Ausdruck der Absicht, die 1989/90 verlorengegangenen sozialen Errungenschaften der DDR breiten Bevölkerungsschichten wieder ins Bewußtsein zu heben, war die Präsentation der „11 Programmatischen Forderungen für Ostdeutschland“ durch den „RotFuchs“. Angesichts wachsender faschistischer Gefahr stehen wir fester denn je zur Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und linken Sozialdemokraten, zum Bündnis mit allen Antifaschisten, darunter jenen, die aus religiöser Ethik handeln. Man sollte nicht jede politische Verschwommenheit durch das Vergrößerungsglas betrachten. Bei der Bestimmung von Weg und Ziel des Kampfes marxistischer Kräfte – in programmatischen Fragen – aber bedarf es mikroskopischer Schärfe. Ist der „RotFuchs“, dessen wachsender Förderverein unterdessen viele hundert Mitglieder zählt, gar eine Partei, oder will er es werden?, fragen manche ein wenig erschrocken, andere nicht ohne Hoffnung. Gemach, liebe Freunde! Wir sind weder eine Partei noch eine Ersatzpartei. Aber wir bieten allen mit uns Übereinstimmenden eine politische Heimat. Wir wollen, daß kein einziger, der sich hier oder dort enttäuscht zurückzieht, dem Kampf für die gemeinsame Sache verlorengelht. In diesem Sinne möchten wir Halt und Orientierung geben, sind wir ein Licht in der Finsternis. Objektiv bedürfte es in diesem imperialistischen Deutschland einer großen, festgefühten und einheitlichen kommunistisch-sozialistischen Partei mit wirklichem Masseneinfluß. Einer zutiefst revolutionären Partei an der Spitze einer sie annehmenden revolutionären Klasse. Doch davon sind wir meilenweit entfernt. Vorerst bringen wir das Heu in kleinen Fudern ein. Jeder an seinem Platz und auf seine Weise. Der „RotFuchs“ wird niemanden dabei im Stich lassen.

Nr. 60, Januar 2003

Topographie des Terrors

Der Terror in der Welt fällt nicht vom Himmel. Er ist in aller Regel weder das Werk von Verzweiflungstätern noch die Ausgeburten fanatischer Anarchistengehirne. Er wurzelt in sehr konkreten sozialen und politischen Verhältnissen. Es gibt gesellschaftliche Kräfte, deren ganze Existenz von ihm abhängt. Er bringt denen Profit, die ihn entfesseln: den Rüstungsmagnaten in den USA, deren militärisch-industrieller Komplex unter Bush die ganze Macht im Lande an sich gerissen hat. Er will das in Jahrzehnten angestaute Vernichtungspotential auf einen Schlag loswerden, um Platz für neue, noch schrecklichere Zerstörungssysteme zu schaffen. Längst wird der Kosmos einbezogen. Alleinige Antriebskraft ist die Jagd von vier oder fünf gigantischen Hochrüstungsimperien der USA nach maximaler Dividende. Präsident George W. Bush – der politische Analphabet aus Texas – ist dabei keineswegs nur ein stupider Kretin, ein van der Lubbe im Großen. Den Brandstifter umgeben die kühnsten und skrupellosesten Strategen des Imperialismus. Hinter ihnen stehen jene, die Amerika tatsächlich regieren. Sie verfolgen einen diabolischen Plan zur Eroberung der ganzen Welt. Bush dient

ihnen dabei als Rammbock und Rambo. Es geht um die Kontrolle über sämtliche Energie- und Rohstoffressourcen. Macht und Öl heißt die Devise. Dabei prallen die imperialistischen Staaten immer härter aufeinander. Ihre unterschiedlichen Interessenlage wird auch im UN-Sicherheitsrat widerspiegelt. Das USA-Diktat stößt bei den einen auf Widerstand, bei den anderen wird aus Unterwürfigkeit und Schwäche Komplizenschaft.

Die höchste Form des Terrors ist der durch Bush proklamierte, das Völkerrecht aushebelnde „Präventivkrieg“ – der Amoklauf eines Aggressors, der vor nichts zurückschreckt. Dabei ist der Angriff auf Bagdad nur die nächste Etappe des permanenten Waffenganges, zu dem die USA-Rüstungslobby bläst. Er würde das gesamte Gebäude der bisherigen „Weltordnung“ einstürzen lassen und die ganze Menschheit in tödliche Gefahr bringen. Denn ein dritter Weltkrieg wäre nicht wie die vorangegangenen regionalisierbar. Die Kräfte, die sich des hirnampulierten Mannes im Weißen Haus bedienen, steuern auf diesen Krieg zu. Sie nutzen jeden Vorwand. Selbst nach eigener Darstellung „chemiewaffenunfähige“ leere Gefechtsköpfe aus den 80er

Jahren und private Aufzeichnungen eines irakischen Wissenschaftlers, die Blixens CIA-gesteuerte Inspektoren bei ihren „Haussuchungen“ in Bagdad angeblich gefunden haben, sollen als Auslöser des Überfalls dienen. Das souveränitätszerstörende Wirken der Geheimdienstler im UNO-Look ist sowieso nur ein Rauchvorhang. Denn der Krieg ist beschlossene Sache.

Die Terroristen um und hinter Bush gehen aufs Ganze. Die Topographie des Terrors zeigt, daß der Imperialismus der Todfeind der Menschheit ist. Wird er nicht beseitigt, droht die totale Vernichtung. Deshalb gilt unser Kampf dem kapitalistischen System, bleibt unsere Losung: Sozialismus oder Barbarei!

Nr. 61, Februar 2003

Neue „Antihitlerkoalition“?

In diesen Wochen ging ein einprägsames Bild um die Welt. Es wurde in Brüssel aufgenommen und zeigt eine junge Frau, die bei einer Friedensdemonstration ein Schild mit dem Hakenkreuz – in den Farben des Sternbanners – emporhielt. Auch beim Aufmarsch der 500 000 am 15. Februar in Berlin sah man ähnliche Motive. Grund für solche Protestbekundungen gibt es genug. Aber hier wird – bei aller Analogie an Worten und Taten – eine Situation unterstellt, die an der Wirklichkeit vorbeigeht. In den USA herrscht – innenpolitisch betrachtet – nicht der Faschismus. Erstens ist die bürgerliche Demokratie in einem ihrer klassischen Ursprungsländer seit vielen Generationen so fest verankert, daß sie nicht ohne weiteres aus den Angeln gehoben werden kann, auch wenn der durch einen tollwütigen Präsidenten hochgepeitschte Chauvinismus faschistoiden Tendenzen enormen Auftrieb verleiht. Das Scheitern der antikommunistischen Hexenjagen Senator McCarthys in den späten 40er und in den 50er Jahren hat bewiesen, daß die Faschisten in den Vereinigten Staaten zurückgeschlagen werden können. Zweitens erwächst dem USA-Imperialismus derzeit noch kein so starker innerer Gegner, daß extremste Formen repressiver Machtausübung bereits erforderlich wären, um die politische Opposition unter Kontrolle zu halten. Dennoch werden umfassende Vorkehrungen für einen angenommenen „Ernstfall“ getroffen. Über dem amerikanischen Volk schwebt das Damoklesschwert des neuen Superministeriums für Heimatschutz, dessen gigantische Unterdrückungsmaschine – mit CIA und NSA synchronisiert – die Kapazitäten der Geheimdienste sämtlicher Staaten der Erde in den Schatten stellt. An der Spitze des Justizministeriums wurde mit Ashcroft ein Mann installiert, der eine morbide Sehnsucht nach den Zeiten McCarthys an den Tag legt. In der USA-Außenpolitik treten immer deutlicher faschistoide, ja sogar faschistische Züge in den Vordergrund. Seit Hitler hat es in der internationalen Arena keinen einzigen Staatschef gegeben, der es gewagt hätte, den Präventivkrieg als Mittel der Politik zu propagieren, vorzubereiten und zu entfesseln. Seit Hitler hat niemand die Grundprinzipien des Völkerrechts – nationale Souveränität, territoriale Integrität und Gewaltverzicht – so mit Füßen getreten wie die derzeitige USA-Führungsriege um George W. Bush. Sie begibt sich damit in die Schuhe der in Nürnberg vor Gericht gestellten Schuldigen des Zweiten Weltkriegs. Die Faschisierer kommen diesmal nicht in SA-Stiefeln oder mit SS-Totenköpfen am Revers daher, sondern im Gewand von „Demokraten“.

Als einst die Mächte des Antikominternpaktes – Hitlerdeutschland, Mussolinis Italien und das kaiserlich-militaristische Japan – die Welt mit ihrem Präventivkrieg überzogen, stießen sie auf vereinte Abwehr. Der Angriff auf Polen, die Bombardierung von Rotterdam und Coventry, der Überfall auf die Sowjetunion und die teilweise Versenkung der amerikanischen Pazifikflotte in Pearl Harbor resultierten in einer bis dahin ungekannten Völker- und Staatenallianz gegen die Aggressoren. Sie ging als Antihitlerkoalition in die Chronik des 20. Jahrhunderts ein und erwies sich trotz ihrer Heterogenität als stark genug, um dem Faschismus eine historische Niederlage zu bereiten. Wer heutzutage „Präventivschläge“ und Eroberungskriege – also den Export des Terrors – ankündigt und in Szene setzt, wer die Eroberung der Weltherrschaft auf seine Fahnen schreibt, folgt den ruhmlosen Spuren der in Stalingrad, bei El Alamein und in der Normandie Geschlagenen. Politiker und Parlamentarier vieler kapitalistischer Staaten der Welt, darunter auch mit den USA eng verbundener Länder wie Frankreich, Deutschland und Rußland, wägen nüchtern ihre eigenen Interessen und Ziele ab, die mit denen der USA nicht identisch sind. Auch die Tatsache, daß die Volksrepublik China, die knapp ein Viertel der Erdbevölkerung repräsentiert, auf seiten der Friedenskräfte steht, ohne bereits das weltpolitische Gewicht der einstigen UdSSR zu besitzen, isoliert den Aggressor. Auf Straßen und Plätzen aller Erdteile marschieren Millionen und aber Millionen Friedensbeschützer auf – wie in den Tagen des Vietnamkriegs. Ihr Bündnis überschreitet erneut ideologische, politische und soziale Grenzen. Es geht um den Fortbestand der Menschheit, darum, ihre bisher größte Bedrohung in die Schranken zu weisen.

Unter diesen Umständen gilt es mehr denn je aus der Geschichte des Überlebenskampfes der Völker zu lernen, um die existenzgefährdende Herausforderung aus Washington zurückzuweisen. Zu den wichtigsten Lehren des Widerstandes gegen die Zünder von gestern gehört das Vermächtnis der Antihitlerkoalition. Einer ihrer Architekten war der Amerikaner Franklin Delano Roosevelt. In seinem Geiste zu handeln heißt heute, eine mächtige Koalition von Staaten und Völkern gegen jene zu formieren, die die Welt in den Abgrund des Infernos reißen wollen. Man könnte sie – bei aller Unvergleichbarkeit von Situationen und Akteuren – als „neue Antihitlerkoalition“ gegen die Achse der Aggressoren bezeichnen.

Nr. 62, März 2003

Bush nach Den Haag!

Einst grölten die Nazis „... heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Sie haben Nachahmer in Washington gefunden. Der politische Amokläufer und Weltterrorist Nr. 1 George Dabbelju Bush steht an ihrer Spitze. Er gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag! Und in die Zwangsjacke! Im Geiste Hitlers hat er den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak propagiert, vorbereitet und vom Zaun gebrochen. Die zynische Mißachtung des UN-Sicherheitsrates, in dem für die USA kein Durchkommen war,

erinnert an den 1933 erfolgten Austritt Nazi-Deutschlands aus dem Völkerbund. Heute erweist sich das Fehlen eines so mächtigen Friedensfaktors wie der sozialistischen Staatengemeinschaft als tödliche Bedrohung für die Menschheit. Obwohl sie unvergleichlich schwächer sind, müssen wir die Vereinten Nationen und das von ihnen geschaffene Völkerrechtssystem durch eine weltweite Koalition der Vernünftigen und Besonnenen mit aller Kraft verteidigen. Der Faschismus darf nicht durchkommen!

Nr. 63, April 2003

Pyrrhussieg

Der antike Herrscher Pyrrhus schlug in den Jahren 280 und 279 v. u. Z. die Römer. Doch seine Siege wurden unter so schweren Opfern errungen, daß sie Niederlagen gleichkamen. Seitdem spricht man vom „Pyrrhussieg“. In unseren Tagen hat ein hemdsärmlicher USA-General namens Tommy Franks, dessen Söldnerheer ein wahnwitziger Präsident zum großen Morden in das alte Kulturland Mesopotamien geschickt hat, einen Sieg dieser Art verkünden können. Obwohl er das mit einem in der Geschichte beispiellosen Feuerhagel überschüttete irakische Volk bisher nicht auf die Knie zu zwingen vermochte und jetzt mit einem langanhaltenden Krieg gegen „Heckenschützen“, wie das am Nazijargon geschulte BRD-Fernsehen formulierte, rechnet, ist Feldherr Franks als „Gewinner“ in das zunächst vom Chaos regierte Bagdad eingezogen. Man habe nur marginale Verluste erlitten, der Gegner (nicht nur aus Soldaten, sondern vor allem aus Zivilisten bestehend) sei mit Bomben, Raketen und Granaten so zugeschüttet worden, daß man sich die gefürchteten Bodenkämpfe in den Großstädten ersparen können, verkündete euphorisch das USA-Oberkommando in der sicheren Etappe von Katar. „Ausgetilgt“, „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ hätten die Hitleristen so etwas genannt.

Der fast ohne eigene Opfer „aus dem Feuer gerissene“ Triumph am Tigris dürfte sich bald als Pyrrhussieg erweisen. Vorerst brachte er die arabische Welt, Hunderte Millionen Moslems vieler Länder, große Teile der Erdbevölkerung gegen die Aggressoren auf die Beine. Nie war der Haß auf die Regierenden der Vereinigten Staaten so groß. Tiefe Risse zeigen sich im Gefüge von Allianzen, Bündnissen und Staatengruppen, auf die sich die USA noch vor kurzem stützen und blind verlassen konnten. Der „kollektive Imperialismus“, an den einige Tagträumer gerade noch geglaubt hatten, erwies sich als der alte Imperialismus des Machtgerangels und der unversöhnlichen Interessengegensätze. Der Angriff auf Iraks nationale Souveränität und territoriale Integrität und nicht – wie vorgespiegelt – auf das „Regime Saddam Husseins“ war gründlich vorbereitet worden. Jahrelang schwärmten von den Vereinten Nationen durch die Vereinigten Staaten in Marsch gesetzte „Waffenkontrolleure“ sämtlicher westlichen Geheimdienste aus, um jeden Winkel des UNO-Mitgliedsstaates zu durchstöbern und die künftigen Bomberziele zu markieren. Mit Hilfe dieser Armeen legaler Spione wurde Iraks

Verteidigungsfähigkeit systematisch untergraben – die ideale Situation für jeden Aggressor. Ist es da nicht grotesk, daß auch Linke erklärten, man hätte statt des militärischen Schlages gegen Irak dessen „friedliche Entwaffnung“ betreiben sollen?

Die Amerikaner waren davon überzeugt, einen „Blitzkrieg“ – auch diese Vokabel entstammt dem Sprachgebrauch der deutschen Faschisten – führen zu können. Doch der schnelle Vormarsch versackte im Wüstensand. Die irakische Armee gehorchte den Befehlen Saddams. Doch sie verteidigte zugleich tapfer und ausdauernd ihre Heimat, ihr Volk gegen vielfach überlegene Aggressoren: die imperialistische Hauptmacht USA und die alte Kolonialmacht Großbritannien. Sie führte einen gerechten Krieg. Irak wurde nach dem Überfall der „Verbündeten“ zum Brennpunkt des antiimperialistischen Kampfes. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der irakische Machtklüngel in den Jahrzehnten seiner Herrschaft lange Zeit als Komplize der USA, als Henker von Kommunisten, als rücksichtsloser Unterdrücker der Kurden – schwere Schuld auf sich geladen hatte.

Die USA-Aggression zielte nicht in einer einzigen Sekunde auf die Befreiung des irakischen Volkes. Pentagon-General Jay Garner, der jetzt als Bushs Reichsprotektor in Bagdad residieren soll und die durch ihn mitgebrachten CIA-Marionetten aus dem Abschaum reaktionärer Auslandsiraker wollen die Araber und Kurden nur von einem befreien: von den nationalisierten Ölquellen.

Apropos Pyrrhussieg: Noch Tage nach dem Einmarsch der Franks-Banden in Bagdad setzte die irakische Seite eines ihrer schwersten Geschütze ein: Der Präsidentenberater Amir al Saadi, der zuvor im Auftrag Saddams mit Blix und Badawi – den Spitzen der UNO-Waffeninspektoren – klug und elastisch verhandelt hatte, stellte sich den Amerikanern, um zu erklären, daß es für Bush keinen Kriegsgrund gegeben habe, da von Irak schon vor Jahren sämtliche aus den USA gelieferten Massenvernichtungsmittel zerstört worden seien.

Die Terroristen, nach denen Washington in aller Welt so fieberhaft zu fahnden vorgibt, sitzen also am Potomac, im Weißen Haus, im Pentagon und im State Department. Ihr Häuptling heißt George W. Bush.

Nr. 64, Mai 2003

„Fünfte Kolonne“?

Offenbar gibt es in der PDS eine „fünfte Kolonne“, die immer dann blockierend eingreift, wenn die realen Möglichkeiten der Partei zunehmen, als sozialistische Kraft in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen. Angesichts des Debakels der Politik Schröders, dessen Regierung jeden Tag neue Offenbarungseide leistet und vom vielgepriesenen „Sozialstaat“ der BRD keinen Stein auf dem anderen läßt, besteht objektiv eine Situation, in der die PDS mehr denn je gefordert wäre. Eine zielklare sozialistische Partei, die auf den Firlelfanz ohnmächtiger Regierungsbeteiligung auf Landesebene verzichtet und zur wirklichen Systemopposition wird, ist ein Erfordernis der Zeit. Eine Partei, die gegen den Kapitalismus Front macht. Niemals seit 1990 waren die Chancen für eine PDS, die solche Prioritäten setzte, so groß wie heute. Der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Regierung steht das Wasser am Hals. Jeder Schritt der Schröder, Clement, Eichel und Schmidt ist ein weiterer Schritt auf der abschüssigen Bahn ins soziale Aus.

Doch was tut sich bei der PDS? Sie bietet keine Alternative an, sondern befindet sich gerade wieder einmal in einer ihrer inszenierten und inzwischen zur Serie gewordenen Krisen. Sie durchlebt den lähmenden Putsch des sogenannten Küchenkabinetts aus Veteranen des rechten Parteiflügels. Das ND ist dabei zur Klagemauer geworden. Ausgerechnet Gregor Gysi, ein Meister des Metiers, beschwert sich dort am 8. Mai 2003 über „Scharlatanerie und Schaumschlägerei“ von Diether Dehm und Uwe Hixsch. Auf die Frage, worin diese denn konkret bestehe, wirft er Dehm u. a. vor, im badischen Lörrach für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert zu haben. Die dort errungenen 17,6 Prozent zählten nicht. Alles sei reine Spielerei gewesen. So als spreche er mit sich selbst, redet Gysi von „Theatralischem“ und einem „Zug zum Peinlichen“. Dehm und Hixsch – zum linken Parteiflügel gezählt und auf der Abschußliste des Küchenkabinetts – seien „eiserne Machttaktiker“, moniert der versierte Trickser. Anfang der 90er Jahre hatte er seinen Standort durch die Bemerkung ausgeleuchtet, er sei „nur in zwei Fragen vom Marxismus weg: bei Macht und Eigentum“. Mit anderen Worten: in allem, was die Substanz der Marxschen Lehre ausmacht. So hat die als Krise bezeichnete Auseinandersetzung in der PDS ernste politische und ideologische Hintergründe. Was da als Personenkarussell, Machtgerangel, Schlagabtausch und Zurschaustellen von

wechselseitigen Antipathien erscheint, ist in Wirklichkeit ein tiefer inhaltlicher Konflikt zwischen echten Sozialisten und auf die Seite der Herrschenden Übergelaufenen. Nach dem Geraer Parteitag, auf dem sich Gabi Zimmer kurzfristig in die „linke Ecke“ geflüchtet hatte, war in der PDS ein gewisser Optimismus aufgekeimt. Viele hatten gehofft, die Partei werde sich endlich „fangen“ und der Zimmer-Parole „Keinen Frieden mit dieser Gesellschaft!“ Rechnung tragen. Doch dann rührte die Parteivorsitzende, die ihren alten Platz an der Seite der Bries, Gysis und Biskys wieder eingenommen hatte, verstärkt die Programmtrommel. Noch vor dem Programmparteitag im Oktober wollte sie die PDS auf den überarbeiteten Entwurf, dessen DDR-feindliche Passagen sogar noch prononciert worden sind, festlegen. Dafür gab es jedoch ein Hindernis: Der in Gera gewählte Parteivorstand bot mehrheitlich nicht die Gewähr, den Programmparteitag mit dem gewünschten Resultat abzuschließen. Als Gabi Zimmer in diesem Gremium schließlich in die Minderheit geriet, entschieden sich die Rechten, „reinen Tisch“ zu machen. Sie lösten den zweiten Parteiputsch aus, indem sie statutenwidrig eine aus den ostdeutschen Landesvorsitzenden bestehende parallele Leitung schufen. Diese entmachtete den Parteivorstand. Die Erfahrungen des Küchenkabinetts vom ersten Parteiputsch im November/Dezember 1989 wurden also genutzt.

Ohne Zweifel: Es muß in der PDS eine „fünfte Kolonne“ bestehen, die diese potentiell so wichtige linke Partei systematisch daran hindert, jene oppositionelle Rolle zu übernehmen, für die sich Teile ihrer Basis seit Jahr und Tag aufopferungsvoll engagieren. Eine PDS nämlich, die lediglich als sozial verbrämte Hilfstruppe der Herrschenden agiert, wäre gesellschaftlich überflüssig.

Auf ihrem Sonderparteitag in Berlin, den die PDS-Rechte zur Bartholomäusnacht für den linken Flügel um Hixsch und Dehm machen will, stehen die Sozialisten am Scheideweg: Sie können ihre Chance nutzen und zu einer einflußreicheren Kraft im linken Spektrum der Gesellschaft werden oder Kopf und Kragen verlieren. Was uns betrifft, so werden wir weiterhin für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage wirken und allen eine politische Heimat bieten, die das gleiche wollen.

Nr. 65, Juni 2003

Rückmeldung

In diesen Wochen haben sich Schreier aller Fraktionen in Lobeshymnen auf einen ostdeutschen Streik überschlagen. Sie nannten ihn ein Heldenepos, auf das man noch heute stolz sei. Dieser Streik – keineswegs landesweit befolgt und nur von kurzer Dauer – hatte vor 50 Jahren in Betrieben der DDR stattgefunden und war schon in der Stunde seines Beginns von den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse unterlaufen und umgeleitet worden.

Sie wollten aus dem Protest Unzufriedener einen „Volksaufstand“ gegen den Sozialismus machen. Die heruntergerissene und abgepackelte rote Fahne war ihr eigentliches Angriffsziel.

Genau 50 Jahre nach dem zum Nationalfeiertag der BRD aufgeputzten 17. Juni streikten in Ostdeutschland wiederum Arbeiter: Stahlwerker, Metalller, Beschäftigte von Firmen der Elektroindustrie. Es war kein Gedenkausstand für die

„Helden“ von damals, sondern ein Aufschrei der Empörung gegen die Vorenthaltung „eines Stücks Gerechtigkeit“. Tausende gingen auf die Straße, um drei Stunden, die ihnen bei ohnehin ungleicher Entlohnung wöchentlich mehr abverlangt werden als ihren Kollegen in gleichartigen Betrieben Westdeutschlands. 13 Jahre nach der Annexion der DDR durch die BRD hält die Diskriminierung an. Die Aktion der Arbeiter, die diesmal gegen die Richtigen streikten, wurde von den Medien entweder totgeschwiegen oder mit Haß und Hohn überschüttet. Während sich das linksbürgerliche und PDS-nahe ND vornehm „heraushielt“ und nach einer halbseitigen Annonce des Unternehmerverbandes für die 38-Stunden-Woche tags darauf auch eine Anzeige mit der 35-Stunden-Forderung der Gewerkschaft druckte, ereiferte sich Kommentator Unger am 2. Juni im RBB: „Der Streik ist so überflüssig wie ein schmelzendes Schokoladeneis!“ Ausgestreut wurde die Parole, eine Minderheit von IG-Metall-Mitgliedern zwingt die Arbeiter zum Streik. „Aufmarsch der Papiertiger“ titelte „Der Spiegel“. „Experten halten den Konflikt für ebenso absurd wie gefährlich“, hieß es dort. „Ein häßlicher Streik mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise und noch dazu im ökonomisch dahindümpelnden Osten?“, fragte das Nachrichtenmagazin provokatorisch. Wolfgang Clement, der SPD-Minister für Koordinierung der Interessen des deutschen Kapitals, nannte den Tarifkampf ein Ereignis „jenseits des Vorstellungsvermögens“. Auch IG-Metall-Chef Klaus Zwickel blies in dasselbe Horn: „Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung“ habe „angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zur Zeit keine Chance“. Entsprechend stimmte er die Stahl-Verhandlungsführer ein. Das Ergebnis war ein fauler Kompromiß: „Reduzierung der Arbeitszeit in drei Etappen“, beginnend 2005 (!). Besonders dreist argumentierte Metallunternehmer-Boß Kannegießer. Den Betrieben „in den neuen Ländern“ solle „ein wichtiger Standortvorteil“ genommen werden, der in der verlängerten Arbeitszeit bestehe. Gift und Galle

schlug also den Streikenden entgegen, die sich gleichzeitig die Jubelreden zum 17. Juni anhören mußten. Mit ihrem Streik gegen Diskriminierung und Extraausbeutung haben sich die ostdeutschen Arbeiter nach Jahren einer schmerzlichen „Auszeit“ endlich zurückgemeldet. Sie taten es noch nicht in der Zahl und mit dem Kampfgeist, die notwendig sein werden, um ihren Klassenfeinden größeren Respekt abzuverlangen. Doch die Annahme, die durch unendlich viele Betriebsschließungen und die Stilllegung der meisten großen Werke, durch die Entlassung Hunderttausender Frauen und des größten Teils politisch bewußter Kollegen bei gleichzeitigem Handverlesen fügsamer Belegschaften erfolgte Schwächung des Potentials der DDR-Arbeiterklasse hätte diese auf alle Zeiten zur Ohnmacht verurteilt, dürfte trügerisch sein.

1989/90 hatten Millionen Werktätige – unter dem ideologischen Druck des Gegners und angesichts des Fehlens der Führung durch die Partei – entmutigt und demoralisiert aufgegeben. Sie opferten kampfflos ihre sozialistischen Errungenschaften. Nicht wenige wechselten die Seiten. Inzwischen ist vielen klargeworden, daß das ein schwerer Fehler war. Ganz allmählich baut sich Klassenbewußtsein wieder auf. Auch wenn manche Theoretiker nur noch von der „Klasse der lohnabhängig Beschäftigten“ sprechen – es gibt sie noch: die Arbeiterklasse, für deren Triumph und Erfolg Kommunisten und Sozialisten immer gekämpft haben. Sicher bedarf es bei ihrer Darstellung neuer Präzisierungen und Standortbestimmungen. Doch unsere Sache hört deshalb nicht auf, dem internationalen Proletariat und seinem endgültigen Sieg gewidmet zu sein. Die Tatsache, daß 50 Jahre nach dem 17. Juni nicht weniger als 79 % der gewerkschaftlich organisierten ostdeutschen Metall- und Elektroarbeiter, 83 % der Stahlwerker für einen großen Streik gegen die Unternehmer gestimmt haben, ist ein erstes ermutigendes Signal.

Nr. 66, Juli 2003

Niederlage oder Verrat?

Gleich dreimal hintereinander druckte „Neues Deutschland“ – das Zentralorgan der Gysi-Fraktion der PDS – während des Streiks mutiger ostdeutscher Stahlwerker, Metall- und Elektroarbeiter für die 35-Stunden-Woche eine Annonce des Unternehmerverbandes. Nicht 35, sondern 38 Stunden seien Hefe für den wirtschaftlichen Aufstieg der Region. Zugeständnisse kämen nicht in Frage. Nach dem Streikbruch des unternehmerhörigen Flügels der IG-Metall-Spitze um Klaus Zwickel, der ohne Große Tarifkommission und Urabstimmung den Ausstand für beendet erklärte, als die streikenden Arbeiter noch in den Postenketten standen, trompeteten die Medien von rechts bis pseudolinks Viktoria! Die „Arbeitgeber“ hätten auf der ganzen Linie gesiegt. Selbst das DKP-Wochenblatt „Unsere Zeit“, das mit den Streikenden solidarisch gewesen war, erschien unter der irreführenden Schlagzeile „Aus der Niederlage lernen!“ Wie können Kommunisten den durch Schröder und die SPD-Führung angemahnten, durch

Zwickel vollzogenen Verrat korrupter Gewerkschaftsbosse als Niederlage werten?

Die bedingungslose Kapitulation der IG-Metall-Zentrale erfolgte zu einem für die 35-Stunden-Kämpfer besonders günstigen Zeitpunkt. Die Arbeitsniederlegung in wichtigen ostdeutschen Zulieferbetrieben großer BRD-Autokonzerne wie VW und BMW zeigte in den westdeutschen Stammwerken Wirkung. Ganze Betriebsabteilungen mit bis zu 30 000 Mann mußten zeitweilig stillgelegt werden. Damit war der neuralgische Punkt des Streiks erreicht. Jetzt hätte die Solidarität der westdeutschen Metallarbeiter greifen müssen. Es wäre Sache der IG Metall gewesen, die Belegschaften in den alten Bundesländern zur Unterstützung ihrer Kollegen in Zwickau und Ludwigsfelde aufzufordern. Doch weit gefehlt. Die Arbeiter im Osten sollten als Sündenböcke und Verlierer vorgeführt werden. Ihr erster großer Streik wurde aber nicht verloren, sondern verraten. Auf Beschwichtigung und Klassenharmonie bedachte Gewerkschaftsbonzen fielen der angeblich von

ihnen vertretenen Klasse in den Rücken und nutzten den ungeliebten Arbeitskampf in Sachsen und Berlin/Brandenburg zur Abrechnung mit internen Gegnern und zur Diskreditierung der nach 1990 ohnehin auf einen Bruchteil ihres früheren Bestandes zusammengeschrumpften ostdeutschen Arbeiterschaft.

Zwickel, Schröders kantig auftretender, aber handzahrer Mann bei der IG Metall, wollte seinen Stellvertreter Jürgen Peters ins Messer laufen lassen. Dem weiter links Angesiedelten die Schuld für den „verlorenen Streik“ anzudichten, war bereits beschlossene Sache, bevor auch nur der erste Stahlwerker in den Ausstand getreten war. Der aufmüßige Peters sollte nicht, wie vom Vorstand empfohlen, Chef der zweitgrößten deutschen Einzelgewerkschaft werden. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ nannte den Grund dafür: „Peters steht für die Rezepte der Vergangenheit: Klassenkampf und Ausblendung der ökonomischen Wirklichkeit.“ Zwickel, der bei der Abstimmung im Leitungsgremium der IG Metall nicht durchgekommen war und später kapitulieren mußte, ließ den Streik im Osten widerwillig anrollen, um ihn „nach Überschreitung der Schmerzgrenze“ brutal abzuwürgen. Selten haben sich Teile der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie so deutlich als Arbeiterverräter entlarvt wie in diesem Falle. Sie nahmen sogar eine massive Schwächung der im Osten ohnehin einflußarmen IG Metall bewußt in Kauf. Bei Beginn des Arbeitskampfes hatte sich nur eine Minderheit der Belegschaften als organisiert und streikbereit

erwiesen. Die Unternehmer, bestärkt durch die Medien – mit der rühmlichen Ausnahme der Tageszeitung „junge Welt“ –, die meisten Politiker (bis zu CDU-Ministern und einem PDS-Oberbürgermeister) und sogar durch manche Gerichte, hatten leichtes Spiel. Sie alle priesen den Streikbruch als besondere Tugend an. Man solle „einer kleinen Gruppe ideologisch verblendeter Heißsporne die Giftzähne ziehen“, empfahl die „Heilbronner Stimme“.

Das alte Prinzip „Teile und herrsche!“ wurde mit großem Erfolg angewandt, um den Arbeitern eine Lektion zu erteilen: Versucht es nie wieder, Ossi! In Wahrheit handelt es sich um eine Lehre für die Werktätigen in ganz Deutschland: Entsolidarisierung ist das Einfallstor für alle, die die Daumenschrauben anziehen wollen. Rückkehr zur 38-Stunden-Woche auch im Westen heißt jetzt die Devise der Hundts, Rogowskis und Kannegießers. „Die historische Niederlage einer der mächtigsten Gewerkschaften Europas dürfte zum Genesen der deutschen Wirtschaft mehr beitragen als alle Beschlüsse aus dem Schinkelschloß in Neuhardenberg“, begeisterte sich die großbürgerliche FAZ. Möge ihr das Triumphgebrüll im Halse steckenbleiben. Viele im Osten haben es satt, daß auf ihrem Rücken weiterhin Politik gemacht wird. Sie wollen nicht länger Manövriermasse fremder Eroberer sein. Noch ist nicht aller Tage Abend!

Nr. 67, August 2003

Die große Koalition

Vor geraumer Zeit – in unserer Ausgabe vom November 2002 – haben wir in einem Leitartikel deutlich zu machen versucht, daß in der BRD längst ein Zweiparteiensystem nach amerikanisch-britischem Muster installiert worden ist. Welche Mannschaft bei Wahlen auch immer siegt, es kommt nichts anderes dabei heraus, als daß die Wähler an der gerade besonders unpopulären der beiden „großen Volksparteien“ ihr Mütchen kühlen und einen Austausch der nach vorne gestellten Personen vornehmen können. Die Einbahnstraße führt politisch immer zu demselben Punkt, auch wenn man die soziale Unterstützungsbasis und die Stammklientel der Parteien gründlich analysieren und differenziert betrachten muß. Am Wesen der Dinge ändert sich nichts. Niemand, der dazu gehört, zieht die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse auch nur in Zweifel. So verhält es sich mit dem Zweiparteiensystem, das die bürgerliche Demokratie einengt und sie auf einen Wähler-Dressurakt reduziert.

Aber es gibt auch noch eine andere Möglichkeit, bei der ein solches Wechselbad der Parteien gar nicht erst stattfindet. Steht der herrschenden Klasse das Wasser besonders hoch am Hals, ist der Abstand zwischen den vermeintlichen Kontrahenten nur gering oder läßt sich keine Koalition mit kleineren Parteien zusammenschustern, dann entscheiden sich die politisch tonangebenden Kreise in aller Regel für eine sogenannte große Koalition – die Zusammenlegung der Potentiale beider Hauptparteien. Wer SPD gewählt hat, bekommt nun CDU, und umgekehrt. Die ganze Wahl

erweist sich nachträglich als Firlefanz oder als zynischer Bluff. Unter gewissen Voraussetzungen kann die große Koalition auch die Form einer Zweckehe von Regierung und Opposition annehmen. Dann weiß man nicht mehr, wer regiert und wer opponiert. Alles dieselbe Soße, alles dieselbe Chose. Jene, die eigentlich am Ruder sind, ordnen sich plötzlich denen, die die vorangegangene Wahl verloren haben, bereitwillig unter. Ja, sie sind sogar noch dankbar dafür, daß ihnen diese Subordination überhaupt gestattet wird. Gleiche Brüder, gleiche Kappen, pflegt man zu sagen, wenn alles unter einer Decke steckt. Eine solche Lage herrscht gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland. Nach Meinungsumfragen – einer Hauptform der Wählerabrichtung – weit vorn und damit für die nächste Runde hoch favorisiert, haben CDU/CSU bereits jetzt de facto das Zepter übernommen. Sie sagen der SPD, wo es langgeht. Was sie abnicken, machen Schröder, Clement, Eichel und Schmidt, die in Seehofer geradezu verliebt zu sein scheint. Natürlich zieren sich die großen Koalitionäre bei dem Flirt noch ein wenig. Doch wie sie gemeinsam die Messer wetzen und zum Sozialmassaker schreiten – von der Gesundheits„reform“ bis zur Steuer„reform“ – wirkt selbst auf politisch Abgebrühte verblüffend. Warum wird dieses Gaunerstück inszeniert? Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, sollte man meinen. Doch es steckt mehr dahinter. Das Kartell der Parteien des Kapitals will in einer politisch und ökonomisch angespannten Situation keinerlei Schwäche zeigen und jedes Risiko vermeiden. Da muß das „demokratische Spiel“

zurückstehen. Und außerdem: Die „Arbeitgeber“verbände sind mit dem derzeitigen Kurs der SPD durchaus zufrieden. Sie meinen nur, da müsse noch mehr schwarzer Pfeffer ran. Die Hundts und Rogowskis haben deshalb der CDU empfohlen, auf ein Hervorheben von Rivalitäten, Plänkeleien und Eifersuchtsausbrüchen vorübergehend zu verzichten und sich eher breitbeinig vor die Schröder-Regierung zu stellen. Gelegentlicher Theaterdonner und kleine Scheingefechte tun dem keinen Abbruch. Die Unternehmerparteien sind den Sozialdemokraten und deren domestizierten Grünen nämlich dafür dankbar, daß sie die heißesten Eisen angefaßt und einige der größten Brocken des „Sozialballasts“ bereits abgeworfen haben. Deshalb entschied sich die bürgerliche Rechte für einen Wechsel der Taktik, für eine große Koalition der Willigen. Sie hält allerdings höchstens bis zum

Beginn des nächsten Bundestagswahlkampfes, bei dem erneut die Konkurrenz beim Einfangen des Stimmviehs in den Vordergrund treten dürfte.

Die uns abzocken und ausnehmen, sind gleichen Mutes und gleichen Blutes. Gebraucht wird ein Hecht im Karpenteich: Was in Deutschland objektiv fehlt, ist eine große, massengestützte revolutionäre Partei, die Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch vereint und sich vom Marxismus leiten läßt. Sie kann nicht herbeigeredet werden, entsteht aber auch nicht im Selbstlauf, obwohl sie längst zu einem dringenden Erfordernis geworden ist. Es bedarf einer Kraft, die nicht nach PDS-Muster taktiert und koalitiert, sondern Tacheles redet.

Nr. 68, September 2003

Vereinsmeierei?

Am 11. Oktober tritt in Berlin der seit 28 Monaten bestehende „RotFuchs“-Förderverein zu seiner 2. zentralen Mitgliederversammlung zusammen. Ein Teil der über 550 Genossinnen und Genossen berät, debattiert, beschließt und wählt einen neuen Vorstand. Der Verein als Herausgeber unserer Zeitschrift „RotFuchs“ wird inzwischen nicht mehr von sich überlegen Dünkenden belächelt oder, wie es manchmal der Fall war, gar der „Vereinsmeierei“ bezichtigt. Wenn derlei Anspielungen heute noch vereinzelt gemacht werden, denken wir an die berühmte Fabel vom Fuchs und den Trauben. Denn das erstaunlich schnelle Wachstum des Vereins, der hohe Verbreitungsgrad des Blattes und der vieltausendfache Zugriff auf seine Internetausgabe zeugen davon, daß unser politisches Engagement für ein engeres Zusammenrücken auf der Linken Resonanz findet. Recht haben natürlich jene, die davon sprechen, auch ein marxistisch-leninistisch orientierter Verein könne keine entsprechende politische Partei ersetzen – schon gar nicht eine revolutionäre Massenpartei von Kommunisten und Sozialisten, wie sie heute in Deutschland dringend gebraucht wird. Aber gehört er deshalb nicht zu den Wegbereitern des künftigen großen Zusammenschlusses? Andere meinen, eine Zeitung ohne Parteianbindung könne niemals ein kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator im Sinne der Leninschen Formel sein. Auch da legen wir keinen Widerspruch ein. Doch wer sagt eigentlich, daß ein Blatt, das viele tausend Menschen aus der politischen Vereinzelung und Reserve, in die sie sich zurückzogen, herausgeführt hat, nicht unverzichtbare Kräfte für ein solches Ziel zu mobilisieren vermag? Europas revolutionäre Linke ist durch den Sieg der Konterrevolution in den Jahren 1989/90/91 sehr weit zurückgeworfen worden. Um ein ganzes Jahrhundert, schätzen einige Historiker sogar. In Deutschland, wo die von der alten Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht vollzogene Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung de facto wieder aufgehoben wurde, muß der Prozeß revolutionärer Bewußtseinsbildung neu anlaufen. Deshalb ist es wohl nicht unangemessen, sich gewisser Tatsachen aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu erinnern. Die später von Marx und Engels ideologisch maßgeblich mitgeformte SPD ging nicht zuletzt aus den Arbeiterbildungsvereinen des 19. Jahrhunderts hervor,

die selbst noch nicht marxistischen Charakter trugen. Voraussetzung war die Überwindung des Lassalleantertums. Auch später, in den Zeiten der Thälmannschen KPD, spielten kommunistisch orientierte, aber nicht parteizugehörige Bünde und Verbände eine enorme Rolle.

Lenins Partei eilte die „Iskra“ voraus, die in sehr kleiner Auflage erschien, aber den Weg der Bolschewiki erhellte, die sich vor genau einhundert Jahren – 1903 – auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands als revolutionäre Vorhut zu formieren begannen. So sollte man Vereine und Zeitungen, die auf soliden ideologischen Fundamenten stehen und ein wichtiges Potential in Bewegung bringen, in ihrer Bedeutung nicht unterschätzen. Unzulässig ist es allerdings, ins Phantasieren zu geraten.

Fassen wir das Thema zusammen: Die RotFüchse sind keine Partei und wollen niemandem, der auf kommunistischen oder linkssozialistischen Positionen steht, das Wasser abgraben. Ganz im Gegenteil. Wir fühlen uns allen organisierten und nichtorganisierten Gesinnungsgefährten eng verbunden, kämpfen wir doch für das große gemeinsame Ziel des Sozialismus, zu dem nur eine marxistisch-leninistische Massenpartei das Volk führen kann. Sie muß jede Enge vermeiden und rechtem wie linkem Opportunismus trotzen. Auch viele heute Parteilose, die in den Irrungen und Wirrungen des letzten Jahrzehnts Kommunisten und Sozialisten geblieben oder das aufgrund der neuen Verhältnisse erst geworden sind, gehören zu ihr.

Der „RotFuchs“-Förderverein ist kein verlorenes Häuflein von Sektierern. Seinen Zielen entspricht der Status der Gemeinnützigkeit. Im Mittelpunkt allen Wirkens steht die politische Bildungsarbeit. In unseren Veranstaltungen treten Hochschullehrer der verschiedensten Disziplinen, Schriftsteller und Künstler, Diplomaten, Juristen, Historiker, Sportfachleute, Politiker der DDR, Veteranen großer Kämpfe – von Spanien bis zum deutschen Widerstand – auf. Unser Anliegen ist die Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes. Dieses steht in scharfem Kontrast zum Auftrag der „Bundeszentrale für politische Bildung“, die eifrig das „Ideengut“ der Konterrevolution verbreitet. Denn auch die Bourgeoisie ist sich der Bedeutung der Aussage bewußt: „Wissen ist Macht.“

Nr. 69, Oktober 2003

Ohne Kompromisse?

Auf der 2. zentralen Mitgliederversammlung des ARF-Fördervereins standen ideologische Fragen im Mittelpunkt. Es ging vor allem um den Kampf gegen rechten und linken Opportunismus. Beide Übel sprießen aus derselben Wurzel und hindern die revolutionäre Arbeiterbewegung am Wachstum.

Auf der einen Seite spreizen sich Reformismus und Revisionismus. In Chemnitz hatten sie erst jüngst wieder Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite vernebelt scheinradikales Revoluzzertum den Blick auf das sozialistische Ziel. „Anti-imperialistisch. Antirevisionistisch. Ohne Kompromisse“, empfahl kürzlich eine Zeitschrift des linken Spektrums ihre politische Reinheit. Ein ebenfalls zum Avantgardismus neigendes Monatsblatt überschrieb einen Leserbrief mit den Worten: „Für marxistisch-leninistische Aktionseinheit!“ Die Schlagzeile hätte auch heißen können: „Für breiteste Bündnisse mit uns selbst!“ Die in beiden Fällen zum Ausdruck gebrachte Haltung will eine besonders hohe Dosis an Klassenkämpfertum offerieren, ist in der Sache aber kontraproduktiv. Denn sie isoliert Vorhutbewegungen von der Masse. Und sie widerspricht dem Marxismus-Leninismus, der weder den gerechtfertigten, das Kräfteverhältnis nüchtern reflektierenden Kompromiß noch die Aktionseinheit mit anders Gesonnenen ablehnt. Das werden Leute, die alle potentiellen Bundesgenossen auf einmal angreifen und verprellen, zugleich aber kategorisch die „Aktionseinheit“ mit ihnen einfordern, wohl kaum begreifen. Diese Kampfform erfordert besonderen Takt, entwickeltes Feingefühl, Akzeptanz anderer Meinungen, Eingehen auf die Situation eines Bündnispartners. Wer dazu nicht fähig ist, der sollte das Wort Aktionseinheit nicht vorschnell in den Mund nehmen.

In seiner als Auseinandersetzung mit dem Sektierertum in den eigenen Reihen angelegten Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ spricht Lenin im Mai 1920 von einem „anderen Feind des Bolschewismus“, den er „kleinbürgerlichen Revolutionarismus“ nennt. Ausführlich geht er auf die Frage der Zulässigkeit des Kompromisses ein. Es gebe „Kompromisse und Kompromisse“, stellt er fest. „Kompromisse ‚prinzipiell‘ abzulehnen, welcherart sie auch seien, sie schlechthin zu verneinen, ist eine Kinderei, die man schwerlich ernst nehmen kann.“ (LW 31/22) Es gehe vielmehr um die gründliche Analyse der „konkreten Kompromisse“, um die Entlarvung fauler, der Arbeitersache schadender Zugeständnisse und Abmachungen, aber nicht um Betrachtungen über Kompromisse

an sich. Und an anderer Stelle heißt es, „durch einen übers Knie gebrochenen ‚Beschluß‘: ‚Keinerlei Kompromisse, keinerlei Lavieren!‘ kann man dem Wachstum des Einflusses des revolutionären Proletariats und der Mehrung seiner Kräfte nur schaden.“ (LW 31/61) Die Partei müsse „die größte Treue zu den Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen ...“ (LW 31/82)

In derselben Schrift erteilt uns Lenin einen weiteren Rat: „Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen.“ Auch Agitation und Propaganda reichten nicht aus, die Massen müßten ihre eigenen politischen Erfahrungen sammeln. Der Führer der Bolschewiki spricht sich also gegen „marxistisch-leninistische Aktionseinheit“ – eine Form politischer Inzucht – aus. Man müsse „selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzen, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat keinen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“ (LW 31/56 f.) Lenins Auffassungen zur Bündnisfrage zogen sich übrigens wie ein roter Faden durch unsere 2. Mitgliederversammlung. Die Verbindung von Prinzipienfestigkeit und Flexibilität wurde betont. Bekanntlich treten der „RotFuchs“ und sein Förderverein für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten auf marxistischer Grundlage ein. Das wird uns von einigen Neunmalklugen angekreidet. Kommunisten und Sozialisten seien grundsätzlich miteinander identisch, dekretieren sie. Aus der Sicht von Kommunisten stimmt das sicher. Aber sind denn alle, die den Sozialismus für das überlegene Gesellschaftssystem halten und den Kapitalismus ablehnen, deshalb schon Kommunisten? Etwa alle RF-Leser? Das zu behaupten wäre genauso sektiererisch wie die seinerzeit in der SED eingeführte Praxis, von der „Partei der 2,3 Millionen Kommunisten“ zu sprechen. Damit haben wir uns nicht nur selbst in die Tasche gelogen und an Zahlen berauscht, sondern auch die Realität falsch wiedergespiegelt. Bei der Aktionseinheit, die weit über unser eigenes Projekt hinausreicht, geht es um den gewinnbaren Teil der Klasse, der Masse. Das schließt auch Mitstreiter sozialdemokratischer, christlicher und anderer Herkunft ein. Wir visieren also nicht eine absurde „Aktionseinheit von Marxisten-Leninisten“ an. Die gehören ohnehin zusammen.

Nr. 70, November 2003

Schröders Logik

Es ist nicht Gerhard Schröders Art, halbherzig und zögerlich vorzugehen. Was er tut, tut er ganz. Wo er abräumt, da bleibt nichts übrig. Was er zerschlägt, geht vollständig unter. Schritt für Schritt, Stück für Stück. Ein anderer Weg steht ihm auch nicht offen. Wenn sich jemand in der Lage des Kanzlers befindet, muß er auf sozialen Kahlschlag und soziale Kälte setzen. Nur der vom Feuer eingekreiste Skorpion ersticht sich selbst. Jeder sonst auf

verlorenen Posten Geratene führt einen Verzweiflungskampf bis zum Äußersten. Schröder hat verstanden: Das System, dem er dient und auf das er setzt, ist am Ende seines Lateins. Obwohl es noch über gewaltige Ressourcen verfügt, steht ihm das Wasser am Hals. Die mächtige BRD muß den Offenbarungseid leisten und den Bankrott jener bisherigen Balance anmelden, bei der der Wolf satt und das Schaf angeblich nicht gefressen werden sollte. Damit

der Wolf aber seinen Magen auch weiterhin füllen kann, muß das Schaf als der Schwächere dran glauben. Gewissermaßen scheinweise. Die Herrschenden brauchen den sukzessiven Bruch mit dem, was sie den Beherrschten in fetten Zeiten stets als hehre und ewige Errungenschaft der Bundesrepublik vorgegaukelt haben: Der „Sozialstaat“, dessen Halluzinationen selbst Linke erlagen, wird abgemeldet. In Wahrheit widerspiegelte sich in ihm die 40jährige Existenz des Regulativs DDR, deren tatsächlich sozialstaatliche Ordnung die Kapitalisten zur taktischen Anpassung zwang. Das sozialistische Deutschland war die beste „Gewerkschaft“ der BRD. Wenn Schröder aus seiner Haut könnte, würde er es vermutlich vorziehen, Brot und Spiele für das Volk zu veranstalten – das Wahlvolk, versteht sich. Von der sie drückenden CDU immer weiter nach rechts gedrängt, weiß die deutsche Sozialdemokratie genau, daß für sie der Zug zunächst einmal abgefahren ist. In den Stimmlokalen der kommenden Bundestagswahl hat die SPD nichts zu erwarten. Von ihr wurde wieder einmal die Drecksarbeit besorgt. Nun schickt man sie in die Wüste. Dabei handelt Schröder nicht bössartiger als jeder andere bürgerliche Politiker an seiner Stelle. Keiner von ihnen könnte auf die Agenda 2010 verzichten. Bössartig ist das System. Seine Trümpfe von gestern sind längst gespielt. Inzwischen werden nur noch Luschen eingefahren: Den fatalen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verkauft man als „Nullwachstum“; das Lebensniveau der Rentner wird vorerst durch „Nullrunden“ und andere Finessen „abgesenkt“; auf Vermögenssteuern, die strafrechtliche Verfolgung superreicher Steuerflüchtlinge und den bisherigen Spitzensteuersatz verzichtet man großzügig und beklagt zugleich den empfindlichen Steuerrückgang in der Bundesrepublik; die Dauerarbeitslosigkeit hat sich fast schon auf dem Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1929 eingepegelt. Mit dem weiteren Abstieg des Kapitalismus im Weltmaßstab konfrontiert, entwickelt Schröder seine eigene Regierungslogik. Es ist die alte Klassenlogik der

Ausbeuter: Da man die „Wirtschaft“ schonen will, muß man den Arbeitern und Angestellten, den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, den Rentnern und kleinen Leuten tief in die Tasche greifen.

Wer so vorzugehen gezwungen ist, bemüht sich um die Quadratur des Kreises. Eine Lösung außerhalb des Zyklus der relativen und absoluten Verelendung wird er nicht finden. Die Krise des Systems läßt für humanitäre Pflichtübungen keinen Spielraum. Ist Schröder damit gerechtfertigt und aus dem Schneider? Nach seiner Logik ja. „Ist die Politik des permanenten Sozialabbaus tatsächlich alternativlos, wie Gerhard Schröder behauptet?“, fragte Gregor Gysi am 1. 11. 2003 im ND, ohne selbst die richtige Antwort zu wissen. Natürlich gäbe es eine soziale und politische Alternative. Sie bestünde in radikalen Reformen, die den Weg zum Sozialismus öffnen. Das Geld, das Staat und Gesellschaft fehlt, müßte dort beschafft werden, wo es ist. Die enormen Profite, die weltweit Tag für Tag ohne einen einzigen produktiven Handschlag an den Börsen ergaunert werden, die Milliardengewinne der Pharmaindustrie (wieso kostet eigentlich eine Schachtel Kopfschmerztabletten acht bis zehn Euro?), der Kreditinstitute und Versicherungskonzerne, der Industrie- und Handelsgiganten müßten der Allgemeinheit zugute kommen. Dazu bedürfte es freilich anderer Macht- und Eigentumsverhältnisse, einer anderen Rechtsordnung.

Wir, die wir vier Jahrzehnte sozialer Freiheit im Sozialismus erlebt haben, kennen die wahren Quellen gesellschaftlicher Akkumulation, die dem Budget der DDR vor allem aus der vergesellschafteten Produktion – aus volkeigenen Betrieben und Genossenschaften – zuflossen. Das geschah allerdings unter den Bedingungen einer gerechten Gesellschaftsordnung, die den durch Konterrevolution und Annexion wiederhergestellten kapitalistischen Verhältnissen um eine ganze historische Epoche voraus war.

Nr. 71, Dezember 2003

Nur ein russischer Marxist?

Am 21. Januar 1924 ist Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) erst 53jährig in Gorki bei Moskau gestorben. Sein früher Tod riß eine nicht zu schließende Lücke in die Reihen der KPR(B), des Sowjetlandes und der internationalen kommunistischen Bewegung. Das Weltproletariat verlor mit dem Führer der Oktoberrevolution seinen bedeutendsten Theoretiker, kühnsten Strategen und klügsten Taktiker seit Marx und Engels. Er steht in einer Reihe mit den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, ist ein ihnen ebenbürtiger Klassiker unserer Weltanschauung. Nicht alle, die sich heutzutage als Marxisten bezeichnen, erkennen dieses Triumvirat des Geistes und der Tat gleichermaßen an. Manche neigen dazu, es um „andere marxistische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen“ zu erweitern. Opportunisten, denen die ganze Richtung nicht paßt, wollen Lenin von den beiden größten Deutschen abkoppeln, ihm das Verdienst streitig machen, den Marxismus in einer neuen historischen Situation eigenständig weiterentwickelt zu haben. Lenin sei zwar ein bedeutender

russischer Marxist, aber auch nicht mehr. Einen Leninismus gebe es nicht, meinen einige. Natürlich bleibt es jeder Abteilung der kommunistischen Weltbewegung überlassen, die allgemeingültige Wissenschaft des Marxismus-Leninismus mit dem Gedankengut herausragender Persönlichkeiten des eigenen Landes in Beziehung zu setzen. Man denke an Gramsci, Mao und andere.

Ohne Zweifel war Lenin Russe, wandte er den Marxismus auf die russischen Verhältnisse, die besonderen Bedingungen eines rückständigen Agrarlandes, an, in dem sich die Widersprüche des Kapitalismus potenziert hatten. Und gerade in der meisterhaften Anwendung der von Marx und Engels entwickelten Lehre auf die russische Praxis besteht ja eines seiner größten Verdienste. Ohne diese Fähigkeit Lenins hätte der Oktober 1917 vermutlich so nie stattgefunden.

Als Verwirklicher der marxistischen Theorie zog sich der bolschewistische Führer den besonderen Haß der Ausbeuter zu. Sie verziehen ihm nicht, daß er an der Spitze von

Partei und Massen den großen Umwälzungsplan der beiden Klassiker des 19. Jahrhunderts in die Tat umsetzte. Deshalb ließen sie nach der die DDR liquidierenden Konterrevolution sein Denkmal – und nicht das von Marx und Engels – schleifen, stürmten sie die Schilder der Ostberliner Lenin- und nicht der Karl-Marx-Allee.

Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Das ist eine qualitativ andere gesellschaftliche Ausgangsposition, als sie Marx (gestorben 1883) und Engels (gestorben 1895) berücksichtigen mußten. Lenin und seine Mitstreiter hatten eine politische Partei zu formieren, die die Arbeiterklasse zur Macht führen konnte. Die klassische Sozialdemokratie, die auf den parlamentarischen Kampf ausgerichtet war, wäre zur Lösung einer Aufgabe dieser Dimension nicht fähig gewesen. Deshalb entwickelte Lenin in seinen drei frühen Arbeiten („Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts ...“, „Zwei Taktiken ...“) das Konzept einer Partei neuen Typs. Er fügte ihr zwei entscheidende Gedankenkomplexe hinzu: Sein Werk „Der Imperialismus – das höchste Stadium des Kapitalismus“ bot eine tiefgründige Analyse der monopolistischen Niedergangsphase der letzten Ausbeuterordnung. Und er schuf mit „Staat und Revolution“ eine geschlossene Theorie zu dieser Kernthematik marxistischen Denkens. Es ist übrigens ein Trugschluß anzunehmen, Lenins Lehre sei nur für „Berufsrevolutionäre“ illegaler Parteien entwickelt

worden. „Revolutionäre, die es nicht verstehen, die illegalen Kampfformen mit allen legalen zu verknüpfen, sind sehr schlechte Revolutionäre“, schrieb er 1920 in „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. (LW 31/84) Das gelte ganz besonders für „nichtrevolutionäre Situationen“.

Von hoher aktueller Bedeutung ist auch Lenins Beurteilung jener reaktionären Periode, die auf die Niederlage der russischen Revolution von 1905 folgte. „Der Zarismus hat gesiegt. Alle revolutionären und oppositionellen Parteien sind geschlagen. Niedergang, Demoralisation, Spaltungen, Zerfahrenheit, Renegatentum, Pornographie anstelle der Politik. Verstärkter Hang zum philosophischen Idealismus; Mystizismus als Hülle konterrevolutionärer Stimmungen. Gleichzeitig aber erteilt gerade die große Niederlage den revolutionären Parteien und der revolutionären Klasse eine wirkliche und überaus nützliche Lektion in geschichtlicher Dialektik ... Geschlagene Armeen lernen gut.“ (LW 31/12) Am 80. Todestag des großen russischen Marxisten Uljanow erinnern wir uns der kraftvollen Worte Wladimir Majakowskis: „Zeit, heb wieder Lenins Losung in den Wirbelwind! Sollten wir an Tränenpfützen trüb erschlaffen? Lenin ist heut lebender, als die am Leben sind. Er verleiht uns Wissen, Kraft und Waffen.“

Nr. 72, Januar 2004

Politische Heimat

Bis zur Zerstörung der DDR, an der nicht wenige ihrer Bürger – über den Gang der Dinge enttäuscht, vom Gegner beeinflusst oder Verlockungen und Versprechungen erliegend – teilhatten, besaßen die Standfesten eine gemeinsame politische Heimat. Ihr Alltag basierte auf gleichen Grundüberzeugungen, auf der Verbundenheit mit der sozialistischen Sache und untereinander. 1989/90 brach die Kälte der Konterrevolution über uns herein. Nicht nur die ehrlichen Mitglieder der SED und der mit ihr befreundeten Parteien, auch Millionen Parteilose, die sich an das selbstbestimmte und ausbeutungsfreie Leben gewöhnt hatten, verloren ihren sicheren Kompaß und ihr Zuhause. Sie alle wurden wie ihre Genossen im Westen in den Strudel von Orientierungslosigkeit, Überrumpelung und Vereinssamung hineingerissen. „Der Mensch“ taugte nicht für den Sozialismus, wurde verkündet. Marx sei tot, tönte Blüm. Während die Blockparteien kurzerhand von „BRD-Müttern“ zwangsadoptiert wurden (am grotesksten war die Einverleibung der Demokratischen Bauernpartei durch die CDU), durchlief die SED eine schmerzhaft Transformation zur PDS, die sie im Laufe der Jahre bis zur Unkenntlichkeit veränderte, ja teilweise in ihr direktes Gegenteil verkehrte. Man war in die eine Partei eingetreten und fand sich auf einmal in einer völlig anderen wieder. Dennoch hielten nicht wenige Genossen, die sich oft seit Jahrzehnten kannten und einander vertrauten, weiter zusammen, obwohl sie der Wandel schmerzlich berührte. Es gab unzählige Identitätskrisen. Das außerordentliche Maß der Niederlage des Sozialismus und der Kommunisten veranlaßte

viele zum zeitweiligen oder gänzlichen Rückzug aus der Politik, führte zu ideologischer Verwirrung, organisatorischer Zersplitterung, weltanschaulicher Kapitulation und marginaler Einflußlosigkeit. Es fehlt in der BRD bis heute an einer massengestützten und schlagkräftigen marxistischen Partei.

Dieser Situation stellt sich der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ seit nunmehr sechs Jahren entgegen. Dabei überschätzen wir uns keineswegs. Mit der Alleinvertretungsanmaßung anderer haben wir nichts im Sinn. Ebenso wenig mit der Behauptung, nur wer organisiert sei, dürfe sich Kommunist oder Sozialist nennen. Wir nehmen kein Wahrheitsmonopol für uns in Anspruch, lassen uns von Toleranz und Prinzipienfestigkeit leiten. Im RF-Förderverein gibt es weder Zank noch Streit zwischen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft und Bindung. Unser gedankliches Konzept beruht auf dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin, auf der Verbundenheit mit dem guten Deutschland DDR, auf dem proletarischen Internationalismus. Wir stehen zu unserer Geschichte und wenden uns gegen deren leichtfertige oder bössartige Revision. Eine Verklärung eigener Fehler lehnen wir ebenso ab, zumal jede begriffene Niederlage den Keim künftiger Siege in sich trägt. Unser Motto lautet: Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage. Es ist einfach und verständlich. Jeder, dem der Sozialismus am Herzen liegt, begreift es. Kein Wunder, daß der Förderverein weiter wächst. Die Zeitung geht

von Hand zu Hand. Unser Angebot, für jeden, der auf gleichen Positionen steht, eine politische Heimat zu sein, stößt auf immer stärkere Akzeptanz. Das besagt auch die tägliche Post an die Redaktion. „Es ist keine Floskel, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken, beim ‚RotFuchs‘ eine politische Heimat gefunden zu haben. Hier können wir für unsere Ideale, für die wir Jahrzehnte gestritten haben, ohne Verunglimpfung als Betonköpfe eintreten“, schreiben Marianne und Günther Blankenhagen aus Berlin. Und der Neubrandenburger Wolfgang Mäder läßt uns wissen: „Ich gehöre zu den Leuten, die neben ihrer Wohnanschrift auch noch ein Fleckchen politische Heimat brauchen. Wenn ich den ‚RotFuchs‘ lese, fühle ich mich zu Hause. Eigentlich

hatte ich mal geglaubt, diese in der PDS zu finden, und am Anfang meiner Mitgliedschaft gab es da auch viel Heimatverbundenheit (Veränderung beginnt mit Opposition!, hieß es 1994), aber die ist schon seit einiger Zeit im Schwinden und jetzt nahezu am Nullpunkt angelangt. Das liegt nicht an meinen Genossinnen und Genossen der Basis, zu denen ich ein herzliches Verhältnis habe, das bleiben wird.“

Der Begriff politische Heimat drückt Nähe, Wärme, Verwurzelung, Geborgenheit und menschliche Zusammengehörigkeit, gemeinsames Denken, Fühlen und Handeln aus. Möge diese Atmosphäre der Einheit in der Vielfalt den „RotFuchs“ noch anziehender machen!

Nr. 73, Februar 2004

Wählen?

Das 2004 sei ein „Superwahljahr“, verkünden die Medien der Bourgeoisie. Stimmt das? Ist das Angebot wirklich so reichhaltig, daß man tatsächlich eine Wahl treffen kann, oder handelt es sich vielmehr um die Entscheidung zwischen Pest und Cholera?

Den Herrschenden geht es allein um die Zementierung ihres Zweiparteiensystems, bei dem diesmal die ausgeruhten Schwarzen oben und deren verschlissene rosa „Gegenspieler“ unten liegen dürften. Bürgerliche Wahlen bewirken nur dann etwas, wenn der außerparlamentarische Widerstand die Dominante ist. Aber sie sind ein Gradmesser für das Massenbewußtsein. Als Thälmanns KPD am Ende der Weimarer Republik sechs Millionen Stimmen errang, wußte das Großkapital, was die Stunde geschlagen hatte. Es ließ den Faschismus von der Kette. Angesichts der Alternativlosigkeit zwischen SPD und CDU/CSU – beide bilden de facto längst eine große Koalition –, angesichts einer handzahmen und in der BRD angekommenen PDS-Spitze, die nun auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen das anderswo bereits vorexerzierte Desaster prinzipienloser Regierungsbeteiligung nachvollziehen möchte, fragen sich viele, ob Wahlabstinenz nicht vorzuziehen sei. In Briefen an den „RotFuchs“ fordert man von uns: Sagt, wen wir wählen sollen! Die Redaktion sieht sich damit vor ein schwieriges Problem gestellt. Einfacher wäre es, wenn die Frage lautete: Wen sollen wir nicht wählen? Da liegen die Dinge auf der Hand: SPD, gleich ob unter Schröder oder Müntefering, CDU/CSU, FDP und Grüne sind aus unserer Sicht natürlich allesamt nicht wählbar. Einer Partei, deren Mandatsträger ganz überwiegend danach trachten, die sozialen Sicherheitssysteme und die aufs Grundgesetz gestützte bürgerliche Demokratie zu demontieren und Deutschland zu einer internationalen Interventionsmacht mit kolonialen Ambitionen werden zu lassen, müssen vom Wähler abgestraft werden. Wir sagen das, obwohl wir wissen, daß es unter jenen, die sich auch in diesem Jahr für SPD und Grüne entscheiden werden, nach wie vor etliche der Demagogie erliegende Linke gibt, die glauben, mit ihrem Votum gegen rechts zu stimmen. Nicht wenige sind davon überzeugt, daß der Wahlschwindel am besten durch Ungültigmachen der Stimmen oder dadurch aufgedeckt werden kann, daß man – wie bereits millionenfach

praktiziert – die Urnen boykottiert. Ohne Zweifel besitzt dieses Argument eine gewisse Logik: Das System wird vorgeführt und bloßgestellt. Doch Stimmverweigerung treibt zugleich die Anteile der „Gewinner“ in die Höhe, da nur die abgegebenen Stimmen der Prozentsatzerrechnung zugrunde gelegt werden. Außerdem: Präsidenten, Senatoren und Abgeordnete werden in den USA seit Jahrzehnten von nur etwa 30 % der theoretisch Stimmberechtigten „gewählt“, wenn man die Nichtregistrierten, die Nichtwähler und die Wähler der Gegenpartei zusammenzählt. An dieses Strickmuster hat man dort die Massen gewöhnt. Und hier will man ja amerikanische Verhältnisse einführen. Eine weitere Frage lautet: Ist die PDS nach der Entschuldigung von Roland Claus bei Bush, nach dem Anbieterkurs in Berlin und Schwerin, nach der Annahme eines Programms, das dem Sozialismus ade sagt, noch wählbar? Eigentlich müßte man nein sagen. Doch offensichtlich wird sich die Masse der linken Wähler, die zur Abstimmung gehen, für die PDS entscheiden. Dafür sprechen die Umfrageergebnisse. Diese Zahl könnte durch die Aufstellung der Kommunistin Sahra Wagenknecht, deren Kandidatur in ihrer politischen Vorteilhaftigkeit überschätzt wird, noch zunehmen. Das Stimmungsbarometer läßt aber auch erkennen, daß die PDS erneut einen Teil ihrer Wähler verlieren dürfte. In welchem Maße verdrossene Wanderwähler der SPD zu ihr übergehen, bleibt abzuwarten. Wie verhält es sich mit der DKP? Sie kandidiert für das Europaparlament mit einem antikapitalistischen, gegen die EU und die Europäische Verfassung gerichteten Programm. Einem Programm, das wichtige Akzente richtig setzt, auch wenn es nicht ohne ernste Mängel ist. Auf der Liste der DKP fehlen – sieht man vom Hamburger Hafen-Personalratsvorsitzenden Bernt Kamin einmal ab – bekannte Namen, über die diese Partei verfügt. Der Osten ist unterrepräsentiert. Dennoch könnten linke Wähler, die die PDS nicht ankreuzen wollen, hier eine Alternative finden. Alles in allem: Der Stoß muß sich gegen die in vielen Facetten auftretende Rechte – von den Ultras über Stoiber, Merkel und Westerwelle bis zu Schröder und Fischer – richten. Damit das „Superwahljahr“ 2004 keine Superschlappe für jene wird, die ein besseres Deutschland im Sinn haben.

Nr. 74, März 2004

Die Europa-Lüge

In wenigen Wochen wird man den angeblichen Siegeszug der „europäischen Idee“ feiern. Ein wichtiger Abschnitt „auf dem Weg nach Europa“ sei mit der Eingliederung von zehn Anwärtler-Staaten, deren nationale Souveränität damit de facto untergeht, zurückgelegt worden, wird man verkünden und den Triumph des Gedankens der „europäischen Integration“ hochleben lassen. Besonders in Berlin dürften die Sektkorken knallen. Denn für den deutschen Imperialismus lohnt sich das als Eiapoepia ausgegebene europäische Schlachtfest allemal: Er hat einen Teil seiner unter Hitler mit kriegerischen Mitteln erfolglos verfolgten Ziele auf vorerst friedliche Weise (sieht man von Jugoslawien ab) erreichen können. Jetzt ähnelt die ost-europäische Landkarte fast schon der Generalstabskarte verfloßener Monokel-Marschälle. An der Spree setzt man darauf, daß das vereinigte Europa der Monopole ein Erdteil unter deutscher Führung werden soll, wenn man auch die Ansprüche anderer – vor allem des französischen Imperialismus – in Rechnung stellen muß. Ziel aber ist die Einheit der Schafe im Magen des Wolfes. Was als Integration ausgegeben wird, heißt in Wahrheit Vereinnahmung. Schon erweist sich das deutsche Kapital als die dominierende Kraft in der Wirtschaft der meisten ost- und südeuropäischen Länder. Der größte Brocken Europas fehlt allerdings noch. Denn der Kontinent reicht ja bekanntlich bis zum Ural und zum Kaukasus. Die Ukraine, Belarus, Rußland sollen zunächst umschlichen, eingekreist und ökonomisch sturmreif geschossen werden. Ob diese Revanche für Stalingrad gelingt?

Das ganze Gerede von der europäischen Einheit, deren höchster Ausdruck die EU sei, ist nichts als Schall und Rauch. Das Maastricht-Abkommen und alles, was ihm folgte, zielt allein auf die Einverleibung kleinerer und schwächerer „Partner“. Wehe, jemand tanzt – wie im Falle der sogenannten europäischen Verfassung – aus der Reihe. Da wird gleich mit der Peitsche geknallt. Wir haben noch gut im Gedächtnis, wie Schröder nach dem leichten Aufmucken Polens und Spaniens in der Verfassungsfrage sofort das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ im Munde führte. Wer das rasante Tempo der Annexion des halben Kontinents nicht mitmachen wolle und sich gar gegen die schwerere Gewichtung der deutsch-französischen Stimmen

in der EU-Exekutive wehre, werde abgehängt und müsse dem Spitzenfeld hinterherjagen. Schon fordert die Bundesregierung (oder besser: das Deutschland der Hundts und Rogowskis) einen Wirtschafts-„Superkommissar“ Günter Verheugen im künftigen EU-Ministerrat! Natürlich gibt es nicht nur bei den Einzuverleibenden, sondern auch bei den Dressurreitern in Berlin und Paris Befürchtungen, die hitzige Anschlußoperation könne sich auf die „alte EU“ negativ auswirken. Als die Monsterverfassung, die Kriegsabenteuer und Hochrüstung gestattet, die Nationalstaatlichkeit der „Integrierten“ zerschlägt, unter der EU-Präsidentschaft des Halbfaschisten Berlusconi nicht auf Anhieb zustande kam, verkündete Konzernjournalist Udo van Kämpfen am 13. 12. 2003 im ZDF: „Lieber ein Kerneuropa als ein unübersichtlicher Moloch!“ Er hielt sich damit gewissermaßen an Adenauers bekannte Devise „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze halb.“ Ab 1. Mai 2004 wird es drei Klassen von Europäern geben: In der ersten fahren die Dompteure aus „Kerneuropa“, in der zweiten die Hiwis aus den unterworfenen Handlangerstaaten und in der dritten jene, die als Ausgeschlossene vor der EU-Tür stehen.

Bleibt die Frage: Was dagegen tun? Ohne Zweifel kommt es darauf an, in jedem einzelnen Land und im kontinentalen Maßstab Widerstand zu leisten. Dabei ist das Zusammenwirken kommunistischer, sozialistischer und anderer antiimperialistischer Kräfte unerlässlich. Es darf jedoch keinerlei Orientierung an den Strukturen der EU geben und schon gar nicht im Rahmen von ihr für die Gründung gesamteuropäischer Parteien bereitgestellter „Fördermittel“. Die Hauptform des Reagierens und der Aktion muß der außerparlamentarische Kampf bleiben. Er richtet sich direkt gegen das imperialistische System. „Europa wird entweder kapitalistisch oder sozialistisch vereinigt sein. Es gibt keinen dritten oder einen mittleren Weg“, bemerkte Aleka Papariga, die Generalsekretärin der KP Griechenlands (KKE) zur Zukunft der Europäischen Union. Die kommunistische Bewegung müsse die innerimperialistischen Widersprüche nutzen und auf die Veränderung des sozialen und politischen Kräfteverhältnisses, auf eine Niederlage des Europas der Monopole hinarbeiten.

Nr. 75, April 2004

Politische Eiszeit?

Nicht wenige Menschen fragen sich besorgt: Geht Deutschland einer politischen Eiszeit entgegen? Ist das Damoklesschwert über der bürgerlichen Demokratie schon aufgehängt? Kann sein Herniedersausen verhindert werden? Man muß sich darüber im klaren sein: Wenn der bisherige Präsident des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, der Schnitter Nr. 1 dieses messerscharfen Instruments, das den in die Schuldenfalle geratenen Völkern der Dritten Welt gnadenlos die ökonomische Kehle durchtrennt, im Mai Präsident der BRD werden sollte, haben wir eine andere Republik. Den Weg dorthin – auch

zum sich ankündigenden Erdrutschsieg der CDU bei den nächsten Bundestagswahlen im Jahre 2006 – hat Schröder mit seiner substanzvernichtenden „Reformpolitik“ freigeschossen. Deshalb halten ihn viele ehrliche Sozialdemokraten auch nicht für einen der Ihren, sondern betrachten ihn längst als Anführer der Mannschaft eines Trojanischen Pferdes. Horst Köhler würde nicht der harmlos-unbedarfte „Staatschef zum Anfassen“ sein, den „Bruder Johannes“ in Bellevue gegeben hat. Man wird sich nach diesem Guten-Tag-sage-Präsidenten noch zurücksehnen.

Köhler war immerhin der Topmanager des Washingtoner Welt-Wucherinstituts. Er wird seine Zeit nicht mit Artigkeiten gegenüber jedermann verplempern, sondern knallhart zur Sache kommen und eine starke Präsidentschaft nach französisch-amerikanisch-russischem Muster anstreben. Wie man sieht, könnte die Strecke zur Präsidentschaft bald freigegeben werden. Köhler bedeutet in jedem Falle eine neue soziale und politische Qualität. Die BRD hatte zwar schon allerhand an ihrer Staatsspitze, nicht einmal die NSDAP-Mitgliedschaft war ein Hindernis. Doch einen Mr. Finanzkapital gab es noch nie.

Wenn sich die „Volksvertreter“, die das abwesende Volk „vertreten und zertreten“, wie Friedrich Engels sarkastisch formulierte, für Herrn Köhler entscheiden sollten, müßten alle Alarmglocken läuten. (Übrigens die – kaum zu erwartende – Wahl der von Schröder ausgesuchten Dame Gesine Schwan, einer nicht minder engagierten Antikommunistin, ließe auch nichts Gutes schwanen!) Sehr früh hat Horst Köhler seine Machtambitionen durch den persönlichen Vorschlag angedeutet, er wünsche sich nach einem CDU-Sieg Angela Merkel – das Blasseste vom Blassen – als Bundeskanzlerin. Dieser Wunsch erinnert an ein Wort

von Franz-Joseph Strauß über Kohl: „Mir ist doch ganz egal, wer unter mir als Bundeskanzler dient.“ Obwohl der Kanzler nach dem Grundgesetz den entscheidenden und der Bundespräsident lediglich einen repräsentativen Part zu spielen hat, wäre die Kombination Merkel/Köhler vom bisherigen IWF-Boß mühelos zu beherrschen.

Das Damoklesschwert einer gefährlichen Rechtsverlagerung der politischen Achse ist also aufgehängt. Oder beschreiben wir die Situation mit einem anderen Bild: Die Sintflut einer die bürgerliche Demokratie mit sich fortreisenden innenpolitischen Faschisierung und einer entsprechenden außenpolitischen Aggressivitätssteigerung droht. Nur wenn Millionen auf die Straße gingen und Sperrwälle des außerparlamentarischen Widerstandes errichteten, wenn neue massengestützte Gegenkräfte entstünden, ließe sich das Blatt wenden. Der Versuch einzelner Linker, anstelle der zu einer „ganz normalen“ bürgerlichen Partei mutierten SPD Schröders eine Sozialdemokratie im Geiste von Bad Godesberg wiederzubeleben, dürfte das Problem wohl kaum lösen.

Nr. 76, Mai 2004

Am Brüsseler Tropf

Am 9. Mai ist auf einem Kongreß sozialistischer, kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien in Rom, bei dem es neben Akteuren auch Beobachter gab, die sich der Initiative nicht anschlossen, z. B. die DKP, eine neue politische Formation geschaffen worden. Sie nennt sich Partei der Europäischen Linken (EL). Der Veranstaltung war im Januar 2004 eine Berliner Vorbereitungskonferenz unter dem Patronat des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky vorausgegangen. Kommentatoren hoben hervor, die Führungen vor allem zweier Parteien hätten Regie geführt: der Parteivorstand der PDS und das Nationalkomitee der durch Robert Hues „Mutation“ bis zur Unkenntlichkeit veränderten FKP. Die römische Kreation entstand nicht auf der Grundlage des Marxismus und setzt sich den Sozialismus nicht zum Ziel, sondern war ein Akt politischer Anpassung an die von den meisten Teilnehmern trotz mancher Einwände im Prinzip bejahte Europäische Union, in der vor allem deutsche und französische Konzerne den Ton angeben.

Ist diese These nicht eine Unterstellung, mit der Andersdenkenden in der linken Bewegung die Ehre abgeschnitten werden soll? Handelt es sich gar um eine Variante der berühmten Fabel vom Fuchs und den Trauben?

Tatsache ist, daß die EL – wie die fast zeitgleich gegründete Grüne Europapartei und andere bereits bestehende EU-Parteien – am Brüsseler Tropf hängt. Sie bekommt über Konten der Union Fördermittel zugewiesen, damit sie sich etablieren und funktionieren kann. Dafür wird nur eine Bedingung gestellt: Die jeweilige Partei muß ihr Statut vorlegen und dessen EU-Verträglichkeit nachweisen. Änderungen bedürfen der Genehmigung der Europäischen Kommission. Hier ist die Frage angebracht: Gab es im Machtbereich des Kapitals jemals eine authentisch

antikapitalistische Kraft, die über den Haushalt des bürgerlichen Staates „gefördert“ wurde? (Gemeint ist in diesem Zusammenhang nicht die in etlichen Ländern übliche Erstattung von Wahlkampfkosten bei Einzug einer Partei in das Parlament; es geht um direkte Finanzierung.) Manche winken hier ab und meinen, das Wichtigste sei die „Einheit“. Sie stehe über allem und müsse um jeden Preis angestrebt werden. Ist das so richtig? Richtig ist, daß man sich wie der „RotFuchs“ für ein Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch einsetzen muß. Aber auf welcher Grundlage? Maastricht statt Marx? Die Kritiker verwechseln wohl Aktionseinheit und Einheit. Die eine entsteht im gemeinsamen Handeln für ein begrenztes Ziel, die andere auf der festen Grundlage gleicher Politik und Ideologie. Man muß sich den Realitäten stellen und konstatieren: Unter den europäischen Linken bestehen seit Jahrzehnten gravierende Meinungsverschiedenheiten, bei denen es nicht nur um kleine Beträge, sondern um die Substanz der heutigen Arbeiterbewegung geht. Zum Beispiel um die Frage, ob eine revolutionäre Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse oder eine bloße „Kurskorrektur“ innerhalb des Kapitalismus den Weg zum Sozialismus öffnet. Die Differenzen reichen bis in die 70er Jahre zurück. Damals kreierten die IKP, die KP Spaniens und die FKP den sogenannten Eurokommunismus – eine Totalabsage an den proletarischen Internationalismus und die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie. Die EL könnte sich als Neuauflage dieses „Modells“ erweisen. Mehr noch: als Verzicht auf jegliche Klassenorganisation. Bei ihr handelt es sich um eine Partei von Brüssels Gnaden, in der ganz unterschiedliche politische und soziale Kräfte zusammengewürfelt sind. Widerstand regt sich. So hat die einflußreiche KP Griechenlands (KKE) – eine

Vorkämpferin der linken Einheit – im Unterschied zu den Sozialdemokraten aus der griechischen EL-Gründergruppe Synaspismos schon seit langem vor überstürzten Entscheidungen gewarnt. Auch die starke Portugiesische KP (PCP) hält das EL-Projekt für „unausgereift“. Die KP Böhmens und Mährens (KSČM) zog die von ihrem Beobachter auf dem Berliner Vorbereitungstreffen ohne Autorisierung geleistete Unterschrift zurück.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Würde die EL einen soliden marxistischen Standpunkt einnehmen und nicht von

den Reformisten einiger Parteiführungen beherrscht sein, stünde sie gegen das Maastricht-Diktat und die EU, dann könnte man den Beschluß von Rom billigen und unterstützen. Doch die Dinge liegen leider anders. Die neue „Superpartei“ geht am Gängelband der Brüsseler Bourgeoisie. Auf keinen Fall handelt es sich um den „Motor für ein anderes Europa“, wie Dietmar Bartschs ND überschwenglich behauptete. Der Kampf für die wirkliche Zusammenführung der Linken, für ein sozialistisches Europa geht weiter.

Nr. 77, Juni 2004

Unsere Farbe

Jene, die sich beim Verfassungsschutz mit dem „RotFuchs“ befassen, verfügen augenscheinlich über unzureichende analytische Fähigkeiten. Im jüngsten Zentralbericht des Inlandsgeheimdienstes ist unter der Rubrik „Linksextremismus“ von „neostalinistisch gestimmten DKP-Mitgliedern um die Zeitschrift ‚RotFuchs‘“ die Rede. Schlecht recherchiert. Erstens hat der RF mit Linksextremismus nichts zu tun. Marx, Engels und Lenin, an deren einheitlicher Theorie wir uns orientieren, haben festgestellt, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung politisch links und gesellschaftlich radikal sein muß, nicht aber „linksradikal“. Lenin hat den „linken“ Radikalismus sogar als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ diagnostiziert. Zweitens stellen „neostalinistisch gestimmte DKP-Mitglieder“, sollte es sie geben, kein „RotFuchs“-Problem dar. Unsere Zeitung und ihr Förderverein sind nicht an eine Partei gebunden. Sie setzen sich für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage ein. Das schließt ein solidarisches Verhältnis zu Mitgliedern verschiedener linker Parteien ein, darunter auch zu Genossen der DKP. Im Kreis der Zeitungsmacher und der mehr als 10 000 ständigen Leser, im Förderverein und seinem Vorstand befinden sich diese jedoch deutlich in der Minderzahl. Die meisten „RotFuchs“-Bezieher sind derzeit parteilos, sehr viele gehören der PDS oder ihrem Umfeld an, auch linke Sozialdemokraten haben den RF bestellt oder ihm im Interview zur Verfügung gestanden. So rief ein SPD-Genosse aus Ratingen bei uns an. Er war etwas zögerlich, schließlich abonnierte er die Zeitung. „Ich weiß nicht, ob Ihr meine Farbe trifft“, schränkte er ein. Wir schickten ihm die neuesten Ausgaben. Bald darauf teilte er mit: „Ihr seid meine Farbe.“ Die Entdeckung des „Neostalinismus“ beim „RotFuchs“ zeugt von schlechter Beobachtungsgabe. Bekanntlich schreiben wir aus marxistisch-leninistischer Sicht, veröffentlichen aber auch Artikel und Diskussionsbeiträge von Nichtmarxisten. Den Pseudobegriff „Stalinismus“ kennen wir nicht. Dabei handelt es sich um eine Erfindung der antikommunistischen Propaganda, die seit den 20er Jahren in Gebrauch ist. Und was Stalin betrifft, halten wir uns streng an den historischen Materialismus: Wir ordnen sein Wirken unter den Bedingungen der 20er bis 50er Jahre ein, weisen Schmähung und Glorifizierung gleichermaßen zurück, sehen ihn mit Licht und Schatten, mit bleibenden Verdiensten und Verbrechen, die der Sache schweren Schaden zugefügt haben. Die Stalin-Renaissance überlassen wir anderen.

Jetzt begehrt der RF-Förderverein schon seinen dritten Jahrestag. Im Juli 2001 waren es 21 Gründer, die sich im Garten des Mühlefeldt-Hauses versammelten. Heute sind wir über 700. Viel Gutes ist gewachsen. Unlängst berichtete Prof. Harry Milke, er sei bei den „RotFüchsen“ in Halle – einer unserer inzwischen 14 Regionalgruppen – gewesen und habe dort nicht nur ein großes Publikum, sondern auch eine Atmosphäre harmonischen Miteinanders angetroffen. Menschen mit gemeinsamer Wurzel, deren Wege nach 1989 auseinandergegangen seien und die heute der PDS, der DKP, der KPD oder gar keiner Partei angehörten, hätten sich nicht gestritten, sondern zusammen nach Antworten gesucht. Während die Wurzeln im Osten DDR, SED und befreundete Parteien heißen, liegen die Dinge im Westen komplizierter. Unsere Hamburger Regionalgruppe, in der Frauen und Jüngere dominieren, liefert indes den Beweis, daß auch dort die Einheit unterschiedlicher Linker möglich ist.

Einheit um jeden Preis? Manchmal schreiben uns besorgte Genossen aus der PDS, wir sollten doch um des Zusammenhalts willen die Polemik gegen bestimmte Führer ihrer Partei einstellen. Aber kann man gegenüber Leuten schweigen, die die DDR verleugnen, sich für deren Politik beim Klassenfeind entschuldigen, im Kapitalismus angekommen sind, programmatisch kapitulieren, sogar bei Bush zu Kreuze kriechen? Solche aus ehrlichem Herzen geschriebenen Briefe haben wir bewußt veröffentlicht. Wir müssen den Absendern aber aus Gründen der Fairneß sagen, wo wir stehen. Wir kommen aus dem Sozialismus, der nicht gescheitert ist, wie manche behaupten, sondern durch eine Konterrevolution zerschlagen wurde, an deren Sieg Mängel im eigenen System, Fehler der Führung, das Überlaufen nicht weniger DDR-Bürger und vor allem auch die verräterische Haltung Moskaus unter Gorbatschow beteiligt waren. Wir stehen zur DDR als unserer größten historischen Errungenschaft, wobei wir deren Schwachstellen weder verkennen noch verklären. Und was die Zukunft betrifft: Wir kämpfen für Sozialismus in Deutschland, Europa und der Welt, der bei aller Unterschiedlichkeit der Formen und Wege vor allem zwei Fragen lösen muß: Macht und Eigentum. Ohne Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel, ohne im revolutionären Kampf errungene politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wird es keinen Sozialismus geben. Er allein aber sichert das Überleben der Menschheit.

Nr. 78, Juli 2004

Unsere Klassenposition

Der Marxismus hat drei Hauptbestandteile: den dialektischen Materialismus, die politische Ökonomie und die Lehre vom Klassenkampf. Jene, die ihn für überholt erklären, bemühen sich in der Regel zuerst um die Demontage seines Klasseninhalts. Bekanntlich wurde auf dem notorischen „Sonderparteitag der SED“ im Dezember 1989 nicht nur Lenin unter den Vorvätern durch Bernstein ersetzt, sondern auch die Klassenkampf-Konzeption aufgekündigt. Seitdem kommt dieser Begriff in der Sprache der PDS ebensowenig vor wie jeder Bezug auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft. Einige Monate später – er hatte inzwischen sein „richtungsweisendes“ Buch über den „dritten Weg“ veröffentlicht – erläuterte Gregor Gysi im ND, was er von der Marxschen Theorie für verzichtbar halte. Nur (!) in zwei Fragen sei er „vom Marxismus weg“: in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums. Mit anderen Worten: vom ganzen. Denn die Quintessenz der Erkenntnisse der Klassiker besteht gerade darin, daß der Sozialismus auf zwei entscheidenden Stützpfählern ruht, die zugleich seine Voraussetzungen sind: Die Arbeiterklasse und deren soziale Bündnispartner müssen ihre politische Herrschaft errichten, um den Kapitalisten die entscheidenden Produktionsmittel zu entziehen und Schritt für Schritt zu einer ausbeutungsfreien Gesellschaft zu gelangen.

Man kann darüber streiten, worin die Vorzüge und die Defizite der DDR bestanden. Aber eins ist unleugbar: Sie bleibt deshalb objektiv die größte Errungenschaft nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch unseres ganzen Volkes, weil sie dem Kapital vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzog. Die Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war ein Vorgang ohne Präzedenz in der deutschen Geschichte.

Wie erklärt sich nun die Tatsache, daß ganze Schwärme eifernder Renegaten gleich Leichenfledderern über die längst verflossene DDR herfallen und deren angebliche Häßlichkeit zu beweisen suchen? Das Überlaufen mancher, die gestern noch volltönend den Sozialismus besangen und heute zu den ideologischen Wortführern des Kapitalismus gehören, besitzt eine gemeinsame Wurzel: das Abgehen von der Marxschen Klassenkampflehre, das Versinken im Morast bürgerlicher Gesellschaftstheorien. Wer den Kompaß der Klassenorientierung verliert, gerät unweigerlich in die Irre. Er büßt seine solide Urteilsfähigkeit und das

Vermögen ein, dem permanenten Druck der bourgeoisen Ideologie und den Verlockungen der kapitalistischen Fassaden-Demokratie zu widerstehen.

Der Grundantagonismus der Gesellschaft, die jetzt wieder ganz Deutschland beherrscht, ist der unversöhnliche Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, die vom Klassegegner als „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ deklariert werden. Eine Täuschung, die verfängt. Zwischen beiden Hauptklassen vollzieht sich ein ständiger Konflikt, den der Marxismus als Klassenkampf bezeichnet. Dabei handelt es sich um einen höchst realen Vorgang, der zugleich durch das subjektive Verhalten der Kontrahenten bestimmt wird. Wo sich Gewerkschaftsführer mit Spitzengehältern und SPD-Parteibuch trotz gelegentlichen Aufmuckens nach wie vor konformistisch verhalten, wo große Teile der ausgebeuteten Klasse vorerst noch auf dem Niveau der Arbeiteraristokratie leben, ist es sehr schwer, massenhaftes Klassenbewußtsein zu erzeugen.

Übrigens sind nicht wenige Linke von lähmender Orientierungslosigkeit betroffen. Noch immer geistert z. B. die Mär vom „Sozialstaat“ herum. Und was sich bisweilen an Klassenindifferenz einstellt, ist verblüffend. Beispiel Irak. Ein kommunistischer Funktionär aus Essen erklärte kürzlich: „Die Souveränität (Iraks!) muß genutzt werden für demokratischen und sozialen Fortschritt.“ Das traditionsreiche Wochenblatt „Unsere Zeit“ propagiert leider beharrlich die Positionen eines Flügels der KP Iraks, der zwei Minister in die von der CIA durchgesetzte Bagdader Quisling-Regierung entsandt hat. Es druckte sogar einen Leitartikel aus dessen Zentralorgan unter der das Marionettenregime aufwertenden Schlagzeile „Vor der irakischen Regierung stehen wichtige Aufgaben“. Am 9. Juli distanzierte sich die UZ zwar von dieser „Regierung“, rechtfertigte aber weiterhin die Teilnahme der KP mit der Bemerkung, nur so könne „ein Bürgerkrieg“ verhindert werden. Der irakische Widerstand wurde wie bisher herabgesetzt. Das ist die Folge einer „klassenneutralen“ Haltung in dieser Frage. Der „RotFuchs“ plädiert nicht für dogmatische Enge und sektiererische Abschottung gegenüber Vertretern anderer sozialer Kräfte, deren Beitrag zum Kampf gegen die faschistische Gefahr und für die Verteidigung des Friedens willkommen ist. Entschieden antikapitalistisch, steht er jedoch im Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital eindeutig auf der proletarischen Seite der Barrikade.

Nr. 79, August 2004

Rückwende

Als vor fast 15 Jahren – nach einem Sommer der Sprach- und Tatenlosigkeit einer niemanden mehr führenden „Partei- und Staatsführung“ – der Sozialismus in der DDR kippte, nannten manche den Absturz der ersten ausbeutungsfreien Gesellschaft in der deutschen Geschichte wertneutral einen „Systemwechsel“. Und im Oschmannschen ND gab es Artikel, die den Untergang der DDR, für die das Ständchen „Deutschland, einig Vaterland“ als Grabesang

intoniert worden war, als „unsere friedliche Revolution“ feierten. Die Medien der Bourgeoisie schließlich erfanden für die nach Bananen hüpfende Menge den eingängigen und positiv besetzten Begriff einer „Wende“. Prof. Heinz Kamnitzer, ein Meister des geschliffenen Wortes, verdeutlichte: Es handle sich um eine Wende zum Schlechten, eine Rückwende.

Was hat sich damals tatsächlich ereignet? Ein Systemwechsel war es zweifellos. Von rot zu weiß, von heute zu gestern, von einer menschlichen Ordnung zu deren Vorgeschichte. Die DDR bot dem Kapital 40 Jahre lang trotzig die Stirn. In ihren Grenzen hatte es Macht und Eigentum verloren. Nun, nachdem diese Grenzen gefallen waren, nahm es sich das zurück, was ihm nach seinen Moralbegriffen zustand. Die als „Treuhand“ verkleidete Diebesbande kam aus dem Westen und hatte viele Helfer im Osten. Sie bestahl ein ganzes Volk, dessen wankelmütiger Teil sich in entscheidender Stunde gegen die eigenen Interessen hatte mißbrauchen lassen. Eine Phalanx aus antikommunistischen „Bürgerrechtlern“, die Hetze koordinierenden Sendern und in Divisionsstärke einfallenden Geheimdienstlern, die auch die „ersten freien Wahlen“ besorgte, führte den Stoß. „Nie wieder Sozialismus!“ verkündete die „Allianz für Deutschland“ im Namen der Allianz-AG. Was heißt Systemwechsel? Die Ersetzung eines Systems durch ein anderes. Treten gesellschaftlich fortgeschrittenere Verhältnisse an die Stelle überholter, dann ist von einer Revolution die Rede – wie heute in Venezuela. Hält hingegen die Vergangenheit Einzug, spricht man von einer Konterrevolution.

Aber hat denn in der DDR überhaupt eine Revolution stattgefunden, so daß man von einer sie zerschlagenden Konterrevolution sprechen kann? Das ist eine Streitfrage – auch unter Marxisten. Ich vertrete die Auffassung, daß die 1945 siegende Rote Armee die antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Osten Deutschlands freigesetzt und deren Gegner – darunter alte Faschisten – niedergehalten hat. So konnte der politisch bewußteste Teil der Arbeiterklasse unter Führung der SED in einem revolutionären Prozeß die Macht erobern. Die demokratische Bodenreform, die Aufhebung des Bildungsmonopols der Besitzenden, die Entfernung der Gestrigen aus der Justiz, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher per Volksentscheid, die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft, der Aufbau eigener Schutz- und Sicherheitsorgane – all das

waren tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen unter sowjetischem Schirm und aus eigener Kraft. Eine neue Basis und ein neuer Überbau entstanden auf revolutionäre Art, nicht als Geschenk Moskaus. Denn Revolutionen lassen sich nicht exportieren.

Negative innere und äußere Faktoren haben – nach Jahrzehnten erfolgreichen Aufbaus und weltweiter Anerkennung – dann dazu geführt, daß die DDR wieder von der Bühne der Geschichte verschwand. Die Sowjetunion, unser Geburtshelfer und langjähriger verlässlicher Verbündeter, stellte der DDR nach dem Machtantritt einer antisowjetischen Clique um Gorbatschow und Jakowlew auch den Totenschein aus. Von ihrer Schutzmacht verlassen und preisgegeben, konnten sich die anderen sozialistischen Länder Europas nicht länger behaupten.

Eine Konterrevolution ohne Blutvergießen? Ohne Kampf und Widerstand? War das nicht eher eine bedingungslose Kapitulation? Wurde die Fahne nicht sang- und klanglos eingerollt? Niemand widerspricht, auch wenn es genügend stille Opfer auf unserer Seite gegeben hat. Doch das ändert am Wesen der Dinge nichts. Der äußere Verlauf der Ereignisse schuf besonders günstige Bedingungen für einen raschen und leichten Sieg der Konterrevolution, der allerdings erst nach der Annexion und Okkupation der DDR durch die BRD vertieft werden konnte. Ihre Resultate sind offensichtlich: Liquidierung der sozialistischen Staatsmacht, Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums, Deindustrialisierung, Wiedereinführung der Diskriminierung der Frauen, Zerstörung der eigenständigen Kulturlandschaft, Ausschaltung der eigenen wissenschaftlichen Elite, Wiederherstellung des Bildungsprivilegs der Reichen und Faulen, Eingliederung des DDR-Territoriums in das imperialistische Paktsystem der NATO, Diktatur des Kapitals. Und das soll keine Konterrevolution sein?!

Nr. 80, September 2004

Wut und Glut

Am 23. August legte das Statistische Bundesamt der Schröder-Regierung seinen diesjährigen „Datenreport“ vor. Ihm ist zu entnehmen, daß 76 % der Ostdeutschen auf die Frage der bürgerlichen Meinungsforscher, ob sie „den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt wurde“, mit ja antworteten. Nach nunmehr 14jährigen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus und seinem Politikbetrieb erklärte die Hälfte der befragten „Ossis“, sie betrachte die Staatsform der BRD „nicht als die beste“. In den westlichen Bundesländern fielen die Umfrageergebnisse begreiflicherweise anders aus, obwohl auch dort die Zahl politikverdrossener Stimmverweigerer deutlich zunimmt, wie gerade erst die saarländische Landtagswahl bewies. „L'Allemagne en colere – Deutschland in Wut“ überschrieb die Brüsseler „Solidaire“ ihren Bericht von den Montagsdemos in der BRD.

Die Regierenden und die sie auf ihren antisozialen Abwegen weiter vorantreibende Opposition wärmen in diesen Tagen die Mär von der „friedlichen Revolution“ wieder auf,

die 1989/90 im Osten angeblich stattgefunden und zur deutschen Wiedervereinigung geführt habe. Zugleich aber fällt es ihnen zunehmend schwerer, sich freudig an die Straßenumzüge jener Zeit zu erinnern. Hunderttausende hatten damals zunächst unter der Losung „Wir sind das Volk“ ihre den Massen entrückte Führung zur Behebung von Defiziten aufgefordert. Anfangs schwebten wohl den meisten Demonstranten – unter ihnen befanden sich auch viele SED-Mitglieder – „ein besserer Sozialismus“ und eine auf ihren eigenen Fundamenten „erneuerte DDR“ vor. Doch schon bald gelang es dem in Divisionsstärke einfallenden Gegner, die von langer Hand geplante Einverleibung des sozialistischen deutschen Staates mit der abgeänderten Losung „Wir sind ein Volk“ voranzutreiben. Auch wenn die Mehrheit noch immer keinen Wechsel der Gesellschaftsordnung wollte, nahmen die Aktionen nun ausgeprägter konterrevolutionäre Züge an.

Der vom Westen angeheizte und auch durch Feinde im eigenen Land skandiierte Protest blieb nicht ohne Wirkung.

Am Ende stand die Niederlage des Sozialismus, was keineswegs nur innenpolitische Gründe hatte. Das ist inzwischen Geschichte. Die heutigen Montagsdemos beweisen, daß aus ihr bereits Lehren gezogen wurden. Menschen unterschiedlichster Auffassungen greifen angesichts des brutalen Sozialmassakers einer angeblich rot-grünen Bundesregierung zu den damals angewandten Formen kollektiver Druckausübung. Das verunsichert die Herrschenden und deren politische Handlanger. Die Unternehmerverbände und ihr Bundeskanzler zeigen sich schockiert, daß nunmehr sie und nicht die Kommunisten zur Zielscheibe der Empörung geworden sind. Der Zorn der Massen richtet sich gegen die Schröder-Regierung – den derzeit geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Kapitals – und Merckels in die gleiche Kerbe schlagendes Schattenkabinett. Geschworene Sozialismus-Feinde aus den Reihen der früheren „Bürgerrechtler“ geraten ebenso in Rage wie Konzernminister Wolfgang Clement. Und der Kanzler selbst hat „keine Mehrheit auf der Straße“ ausgemacht. Dabei weiß er doch genau, daß im Herbst 1989 auch nur etwa drei Prozent aller damaligen DDR-Bürger zu den Demonstranten zählten.

Hier sei eindeutig festgestellt: Die Willensbekundungen vor 15 Jahren und der heutige Protest sind zwar der Form nach ähnlich, qualitativ aber nicht vergleichbar. Damals

gerieten die Menschen in Bewegung, da die Spitzenleute der für ein gerechtes Ziel angetretenen und lange Zeit erfolgreich wirkenden Partei Vertrauen eingebüßt hatten und das fast steuerlos gewordene sozialistische Staatsschiff den Klippen zutrieb. Heute wenden sich vom sozialen Sadius des kapitalistischen Systems – einer zutiefst volksfeindlichen Gesellschaftsordnung – Betroffene gegen den Entzug elementarster Sicherungsmechanismen. Sie tun das mit Erbitterung und Wut. Ihre Entrüstung gilt dem als „Agenda 2010“ bezeichneten „Jahrhundertwerk“ der Preisgabe sozialdemokratischer Politik. Denn verglichen mit dem Kurs der heutigen SPD-Führer erscheint selbst das Godesberger Programm wie der „reinste Kommunismus“. Über allem aber liegt der düstere Schatten einer machtbesessenen CDU/CSU, für die der Kanzler einstweilen die Drecksarbeit besorgt. Der sich versteifende Widerstand im Osten sowie das dort spürbare Anwachsen der PDS-Wählerschaft lassen darauf schließen, daß die Deutsche Demokratische Republik, wo antisoziale Infamie à la Schröder und Merkel völlig undenkbar gewesen wäre, in der Erinnerung vieler Menschen fortbesteht. 55 Jahre nach ihrer Gründung und 14 Jahre nach ihrer Annexion durch die BRD ist sie lebendiger denn je. Mit anderen Worten: Da ist nicht nur Asche, sondern auch Glut.

Nr. 81, Oktober 2004

Trendwende

Das Wort Trendwende gehört zu den Lieblingsvokabeln bundesdeutscher Politiker. Nach Wahlen wird es von Siegern, Besiegten und jenen, die sich trotz ihrer Schlappe für Gewinner halten, gleichermaßen strapaziert. Doch mit dem Einzug des forschen CSU-Mannes Horst Köhler in das Bundespräsidentenamt und der fast gleichzeitig durch Schröders Außenminister Joseph Fischer vor der UNO erhobenen Forderung nach einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat ist in der Tat eine Trendwende in der BRD-Politik eingetreten. Der deutsche Imperialismus versucht jetzt einen „Grand mit Vieren“ zu spielen. Bevor der mit ostdeutschen Angelegenheiten genauestens vertraute Herr Köhler seinen hohen Posten hierzulande antrat, hatten wir in einem Leitartikel des RF davor gewarnt, daß mit seiner Wahl zum Staatschef – nach dem handzahmen Johannes Rau – ein Ruck nach rechts und zu autoritärer geprägten Verhältnissen zu befürchten sei. Besonders frühere DDR-Bürger sollten wissen, wer da auf sie zukam. Der neue Präsident hatte sich seine Meriten nicht als Sozialarbeiter verdient, sondern als die Nr. 1 des in der Dritten Welt als Würger Nr. 1 empfundenen Internationalen Währungsfonds (IWF). Zuvor war Herr Köhler unter Annexionskanzler Kohl jener Staatssekretär in Waigels Finanzministerium gewesen, dem die berüchtigte Treuhand unterstand. In dieser Funktion hat er seine Erfahrungen bei der feindlichen Übernahme fremden Volks-Vermögens gesammelt, die ihn dann für den Aufstieg an die IWF-Spitze besonders empfohlen. Ist es nicht makaber, daß sich ausgerechnet Köhler dafür aussprach, die „Neger“ im kolonial unterworfenen Ost-„Busch“ auf Dauer in der Rolle von Menschen zweiter Klasse zu belassen? Apartheid auf europäisch! Und Herr Fischer hat im UNO-Hauptquartier am New Yorker East

River – aufschlußreicherweise im Bunde mit dem Premier Japans, des einstigen Achsenpartners der Hitleristen in Fernost – nicht weniger als einen Freibrief für den Weg der BRD zur Weltmacht verlangt. In manchen Hauptstädten stieß solche Kühnheit auf Befremden. Denn wenn die von Köhler präsierte Bundesrepublik Deutschland als Veto-Macht am Tisch der ganz Großen Platz nehmen würde, dann tickten die Uhren der internationalen Politik vermutlich anders. Die einstweilen potentielle Gefahr, die von der heute schon in weltweite Militäreinsätze verstrickten BRD ausgeht, dürfte dann konkretere Gestalt annehmen. Von einer Trendwende muß auch in der deutschen Innenpolitik gesprochen werden. Sie hat dazu geführt, daß Nazis aus NPD und DVU unterdessen in zwei Landesparlamenten sitzen. Noch wird man sich, da die Macht des Kapitals durch keine entsprechende Gegenkraft bedroht ist, mit offener oder schleichender Fasisierung begnügen und die Hunde nicht vollends von der Kette lassen. Eine echte Trendwende war der massive Einbruch der CDU bei den jüngsten Landtags- und Kommunalwahlen. Frau Merckels Rechnung, ihre Partei werde 2006 gewissermaßen im Durchmarsch zum Sieg schreiten, da in Massen abwandernde SPD-Wähler dann zu den Schwarzen überlaufen würden, hat sich zumindest in Sachsen und Brandenburg als Fehlkalkulation erwiesen. Diesmal hat das Zweiparteiensystem die SPD-Verdrossenen nicht automatisch zur CDU „kanalisiert“. So muß diese wieder bangen, da ihre Zugkraft als Auffanglinie für Enttäuschte deutlich abgenommen hat. Nachdem auch die SPD in Serie eins aufs Haupt bekommen hatte – in Sachsen wurde sie einseitig, in Brandenburg und im Saarland sackte sie um etliche Prozentpunkte ab –, verstieg sich Chefdemagoge Müntefering dazu, ebenfalls

eine „Trendwende“ zu signalisieren. Aber welche Trends haben sich da wie gewendet? Eigentlicher Wahlgewinner war die PDS, die mit einer wirksamen Anti-Hartz-Kampagne antrat. In Brandenburg errang sie statt ihrer bisher 5 jetzt 23 Direktmandate im Landtag. Daß sie in Potsdam nicht um den Preis des Verzichts auf ihre Wahlkampfaussagen in die Koalitionsfalle ging, wird ihr zum Vorteil gereichen. Viele, die im Osten PDS wählten, dürften bei ihrer Stimmabgabe daran gedacht haben, daß die DDR das buchstäbliche Kontrastprogramm zu Hartz gewesen ist. Auch in

Nordrhein-Westfalen machte die PDS eine gute Figur. 6 % in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen und ähnlich viel in Duisburg sowie eine Verdoppelung der Mandate im Maßstab des Bundeslandes waren ein Durchbruch.

Übrigens hat sich auch die DKP dort, wo sie entweder selbst antrat oder auf Einheitslisten kandidierte, achtbar geschlagen: 6,5 % in Bottrop, 4,4 % in Gladbeck und der erste kommunistische Stadtratssitz seit 1953 in Essen können sich sehen lassen.

Nr. 82, November 2004

Vier gefährliche Jahre

Am 2. November sind die Würfel für eine Wiederwahl von USA-Präsident George W. Bush gefallen. Zum Ausgang der Abstimmung haben eine auf das vermeintliche Sicherheitsbedürfnis der Amerikaner abzielende Kampagne voller Hysterie, das rechtzeitig von der CIA besorgte Osama-bin-Laden-Video sowie das systematische Schüren des wildesten Chauvinismus entscheidend beigetragen. Eigentlich wurde der Bewerber der Republikanischen Partei ja zum ersten Mal gewählt, da seine zurückliegende vierjährige Amtszeit nur durch Betrug und Manipulation und am Ende durch einen fadenscheinigen Gerichtsentscheid zustande gekommen war. Wie bei jeder Präsidentenwahl in den USA haben auch diesmal nur etwa 30 % der theoretisch Stimmberechtigten Bush unterstützt. Zwar erhielt er 51 % des Votums; rechnet man aber die Zahl der Kerry-Wähler, der Wahlabstinenten und jener erwachsenen USA-Bürger, die sich nicht hatten registrieren lassen, zusammen, dann bleibt für George W. nur ein knappes Drittel vom Kuchen übrig. Mit anderen Worten, eine wirklich „repräsentative Demokratie“.

Die Vereinigten Staaten sind zutiefst gespalten. Der bisher teuerste Wahlkampf in der USA-Geschichte wurde mit einer Erbitterung geführt, als stünde tatsächlich ein echter politischer Wechsel zur Debatte. Dabei handelt es sich beim Zweiparteiensystem des imperialistischen Hauptlandes immer um dasselbe Wettrennen in der Einbahnstraße. Es geht allein darum, die Wähler im Falle des politischen Verschleißes der Regierung für die andere großbürgerliche Partei zu mobilisieren. Der Unterschied zwischen beiden Kontrahenten besteht darin, daß die Republikaner gewissermaßen über die erste Reihe des Monopolkapitals, der Manager und Konzernanwälte verfügen, während die Demokraten zusätzlich jene Aufgaben erfüllen, die in Europa der Sozialdemokratie zufallen. In ihrem Lager stehen deshalb neben breiten Schichten der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz auch die Gewerkschaften. Hinzu kommen die Schwarzen und andere Minderheiten.

Zwischen Bush und Kerry, der in seiner Jugend zunächst Offizier in Vietnam und dann ein aktiver Vietnamkriegsgegner war, gibt es zweifellos gewisse Unterschiede. Das betrifft besonders die Innenpolitik, wo sich der mit einer Milliarden-Erbin verheiratete Kerry weitaus liberalere Auffassungen leistet als der rechtskonservative Multimillionär Bush, dessen sozialer Hintergrund vor allem die Öl- und Rüstungsindustrie ist. Der seriöser wirkende Kerry,

der in der Außenpolitik darauf drängte, die traditionellen NATO-Verbündeten der USA wieder näher heranzuführen, erwies sich weder als eine dem „Falken“ Bush gegenüberstehende „Tauben“ noch als strategische Alternative zu ihm. Die KP der USA unterstützte deshalb keinen der Kandidaten, sprach sich aber dafür aus, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, Bush eine Niederlage zu bereiten.

Dazu ist es nicht gekommen. Der Texaner, dessen erste Amtszeit einem Amoklauf glich, hat sich durchgesetzt. Da ein USA-Präsident nach der Verfassung nur zweimal antreten darf, unterscheidet sich die letzte Amtszeit von der ersten gravierend. Nun muß der Gewählte auf nichts und niemanden mehr Rücksicht nehmen. So wird Bushs Verbleiben im Weißen Haus von politischen Beobachtern in aller Welt mit größter Sorge betrachtet. Die zweite Amtszeit dieses großenwahnsinnigen Kriegspräsidenten, dessen Sieg vor allem durch das Votum der faschistoiden Veteranenverbände, der reichen Oberschicht und der fanatisch-religiösen christlichen Fundamentalisten abgesichert wurde, könnte der gefährlichste Vier-Jahres-Zeitraum in der Geschichte der Menschheit werden. Der sich als Terroristenjäger ausgehende Terrorist, der jederzeit den Kernwaffeneinsatz befehlen darf, und seine aggressionserfahrenen Berater aus den Stäben des Pentagons, der CIA und der USA-Rüstungsimperien sind eine hochexplosive Mischung. Der Weltfrieden ist aufs äußerste bedroht, zumal die heutigen Gegenkräfte nicht ausreichen, Washington in die Schranken zu weisen. Die „Schurkenstaaten“ bleiben im Visier der Exponenten des „amerikanischen Jahrhunderts“. Besonders groß ist die Gefahr für das mit Ausrottung bedrohte irakische Volk, für Iran, die KDVR und Kuba. Wie die Überfälle auf Afghanistan und Irak bewiesen haben, ist Bush zu jedem Verbrechen gegen das Völkerrecht bereit. Einer der Faktoren, die die Kriegsbessenen in Washington etwas bremsen könnten, ist die Stimmung in den Vereinigten Staaten. Der US-Präsident muß die Tatsache in Rechnung stellen, daß er nur die Hälfte der Wähler auf seiner Seite hat. Vorerst reagiert er darauf mit potenziertem Verbissenheit. Die Art der Umbildung seiner Administration läßt Schlimmes ahnen. Die Nominierung von Condoleezza Rice für das State Department ist ein Programm wütender Aggressivität. Die Vereinigten Staaten unter George W. Bush – dem Henker von Falludscha – sind mehr denn je der Hort des Exports der Gewalt.

Nr. 83, Dezember 2004

Weißgardisten in Orange

Als die vom Westen inszenierte und orchestrierte „ukrainische Krise“ auf dem Siedepunkt war, moderierte Steffen Seibert – das schönste Gesicht des deutschen Imperialismus – seine „heute“-Sendung beim CDU-nahen ZDF mit einer orangenen Krawatte. Das war eine symbolische Geste der „Solidarität“ mit den in dieser Farbe belieferten und ausgestatteten westukrainischen Weißgardisten. Ihre Unterstützer waren von überall her angereist. Der abgewrackte „Solidarnosc“-Mogul Lech Walesa wurde wieder von der politischen Müllkippe geholt und spielte in Kiew als „Vermittler“ auf. Die Urnen waren noch nicht versiegelt, da zeigte sich schon Bushs Sondergesandter Richard Lugar, Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses, in der Metropole am Dnepr. Und natürlich durfte der bei Umstürzen anderswo bewährte „Runde Tisch“ nicht fehlen. An ihm nahm für die westlichen Freiheitsapostel niemand anderes als der Mörder der serbischen Frauen und Kinder Javier Solana, Ex-Generalsekretär der NATO und heute oberster Außenpolitiker der EU, Platz. Er wurde vom ehemaligen Minister Volkspolens und jetzigen Präsidenten Aleksander Kwasniewski – einem Warschauer Schabowski – und Litauens Staatschef Adamkus flankiert. Auch Schröders Außenminister fischte im trüben. Der Papst – einst Hauptregisseur der polnischen Konterrevolution – betete Tag und Nacht für eine „freie Ukraine“. Wie Wolfsrudel fielen die Interventen aus Westeuropa und Nordamerika – vorerst unbewaffnet – über einen souveränen, der UNO zugehörigen Staat her, in dem gerade eine Wahl stattgefunden hatte, von der „Beobachter“ schon vor Abgabe der ersten Stimme genau gewußt hatten, daß die Resultate im Falle einer Niederlage ihres Favoriten Juschtschenko gezinkt sein würden.

Um was geht es in der Ukraine? Der imperialistische Eifer hat kaum etwas mit den in die Stichwahl gelangten Kandidaten zu tun. Denn Viktor Janukowitsch und Viktor Juschtschenko sind keine edelmütigen Ritter. Beide entstammen der früheren Nomenklatura und gehören heute zur mafiosen „Elite“. Bei ihnen geht es nicht um „rechts“ oder „links“. Dennoch gibt es bemerkenswerte Unterschiede. Die mit Janukowitsch verbundenen Kreise setzen auf gute Beziehungen zu Putins Rußland. Die Wählerschaft dieses Kandidaten lebt in den östlichen Industriezentren um die Millionenstadt Donezk, im Charkower Gebiet und auf der Krim, wo die Bevölkerung mehrheitlich aus Russen besteht. Juschtschenko, der sich auf die von fanatischen Antikommunisten terrorisierte Westukraine stützt, ist der Mann jener Kreise, die das Land auf dem schnellsten Weg in NATO und EU führen wollen. Für die BRD geht es um die

nachträgliche Erreichung der faschistischen Kriegsziele, um die abermalige Plünderung der ukrainischen Reichtümer. Ziel der USA-Regierung ist die Schließung des imperialistischen Rings um Rußland, das vom Süden her vollends eingekreist ist, wenn Kiew fällt. Denn die Ukraine stellt das entscheidende Anschlußstück zum bereits von der NATO gleichgeschalteten Georgien und den ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens dar, die mit Pentagon-Stützpunkten übersät sind.

Doch es geht nicht nur um die Einkreisung Rußlands. Auch Belarus mit seinem standhaften Präsidenten Aleksandr Lukaschenko befindet sich im Visier der Eroberer. Sie ziehen alle Register, um die Ukraine sturmreif zu schießen oder die Tore der Burgmauer von innen zu öffnen. Nachdem der Oberste Gerichtshof grünes Licht für eine zweite Stichwahl gegeben hat, dürfte das Ergebnis so gut wie feststehen. Die Vergiftungsstory tut ein übriges. Ganze Schwärme imperialistischer „Wahlhelfer“ – jene, die Juschtschenkos Anhänger unter Nutzung der „Erfahrungen“ aus Leipzig, Belgrad und Tbilissi wie der Verhüllungskünstler Christo über Nacht in Orange gekleidet haben – werden im Verein mit den Medien für das entsprechende Klima sorgen. Und in der Westukraine, wo die Nachfolger der faschistisch-nationalistischen Banden Stefan Banderas wüten, wird man notfalls mit Kugel und Strick um ein „unverfälschtes“ Wahlresultat bemüht sein. Als ich 1997 an einem Parteitag der ukrainischen Kommunisten in Kiews Kulturpalast teilnahm – wir wurden anschließend vom 1. Sekretär der KPU Petr Simonenko empfangen – war vom blanken Terror zwischen Lwow und Iwanowo-Frankowsk die Rede. Die Superdemokraten treten das Völkerrecht, das zu Zeiten des sozialistischen Weltsystems eine mächtige Waffe im Kampf für nationale Souveränität, territoriale Integrität und Nichteinmischung war, mit Füßen. Sie wollen den Karsais und Allawis einen weiteren Statthalter aus ihrer Agenten-Retorte hinzufügen. Tragisch ist, daß die für Juschtschenko aufgebotenen Massen den weißgardistischen Rummel ebensowenig durchschauen wie andere vor 15 Jahren die vom Westen erfundene Parole „Wir sind ein Volk“.

Hoffentlich werden die Menschen in der Ukraine, die im Osten über industrielle und proletarische Zentren mit großer Kampftradition verfügt, genügend Kraft finden, der drohenden Gefahr zu begegnen, damit die Opfer des Bürgerkrieges nach der Oktoberrevolution und des Großen Vaterländischen Krieges nicht umsonst waren.

Nr. 84, Januar 2005

Hunderttausend RotFüchse?

Die Überschrift legt zunächst die Vermutung nahe, der Leitartikler sei ein außer Rand und Band geratener Prahlhans, ein Phantasie für Realität ausgebender Jünger von Jules Vernes. Wie kann sich einer derart verheben, liegt doch die Zahl der ständigen „RotFuchs“-Leser gerade einmal bei 12 000, also bei 12 % der „Vorgabe“? Was soll diese

eitle und weltfremde Spinnerei? Gemach, Genossen, hier wird nicht gesponnen. Denn niemand behauptet ja, der RF wolle eine das Doppelte der ND-Abonnentenzahl betragende Bezieherschaft bereits heute strategisch anvisieren. Dazu ist die Mediendiktatur der Bourgeoisie, die die Pressefreiheit in der Praxis aushebelt, zu allumfassend und unsere

auf Mund-zu-Mund-Propaganda gestützte Reichweite viel zu kurz. Warum dann dieser dramatische Paukenschlag? Weil Klappern zum Handwerk gehört? Nichts dergleichen. Unsere Rechnung ist ganz einfach. Der „RotFuchs“ – in diesem Monat ist er genau sieben Jahre alt – und die rund 770 Mitglieder des im Juli 2001 gegründeten Fördervereins befinden sich in einer stürmischen Wachstumsetappe. Im Jahr 2004 mußte die Auflage Monat für Monat erhöht werden. Tage mit 15 oder 20 Neubestellungen waren keine Seltenheit. In kleinen und großen Städten entstanden RF-Regionalgruppen, die sich auf die Gewinnung neuer Bezieher und politische Bildungsveranstaltungen konzentrieren. Wer seit längerem den „RotFuchs“ liest, ist theoretisch nicht eingerostet und in vielerlei Hinsicht politisch auf dem neuesten Stand. Das gilt auch für internationale Fragen. Ohne eine Partei zu sein oder werden zu wollen, führen wir die unterschiedlichsten linken Kräfte – Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch – auf marxistischer Grundlage zusammen. Wir geben ihnen Raum zur Entfaltung, ja, auch zum konstruktiven, kameradschaftlichen und respektvollen Meinungsstreit, der nicht entzweit, sondern verbindet.

Wir waren die ersten, die die DDR als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichneten, weil sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands 40 Jahre lang Macht und Eigentum entzog. Dabei haben wir die Dinge weder beschönigt noch verklärt, Defizite klar benannt und um die Ursachen der Niederlage keinen Bogen gemacht.

Der „RotFuchs“ war schon vor Jahren die erste kommunistisch-sozialistische Zeitung in Deutschland, von der die Rückwende 1989/90 klar als Konterrevolution bezeichnet wurde. Während andere ideologisch im trüben fischten, bekannten wir uns kompromißlos zum wissenschaftlichen Sozialismus, zur Einheit der Lehre von Marx, Engels und Lenin.

Im RF gibt es die verschiedensten Strähnen von Rot: derzeit Parteilose, PDS-Genossen, Mitglieder von DKP und KPD, linke Christen, Angehörige anderer DDR-Blockparteien als der SED. Ja, auch manche Sozialdemokraten haben uns

versichert, daß ihnen diese kommunistisch-sozialistische Tribüne hilft, sich im Wirrwarr diktierter und frisierter Meinungen besser zurechtzufinden. Erst dieser Tage rief Pastor Arnold Haumann aus Dortmund in der Redaktion an, um uns zum Weitermachen zu ermutigen. Er schätzt unsere Maxime im Umgang miteinander: Prinzipienfestigkeit und Toleranz. Wir haben ein weites Herz für alle ehrlichen Linken, geben aber im Klassenkampf freiwillig keinen Meter Boden ab. Dabei stehen wir für den Zusammenfluß zweier unterschiedlicher Erfahrungsströme – der besten Kräfte aus Ost und West – zu einer neuen Legierung revolutionärer Kämpfer.

Meint Ihr nicht, liebe „RotFuchs“-Genossen, daß wir recht mit der Behauptung haben, es gebe in Deutschland mindestens einhunderttausend Menschen, die ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind? Ich gehe davon aus: Würden sie von der Existenz dieser tiefroten und zugleich antisektiererischen Zeitung, würden sie den „RotFuchs“ vermutlich auf der Stelle abonnieren. (Als wir im Sommer 2003 eine große Annonce im ND schalteten, bestellten auf Anhieb 541 Interessenten ein „Schnupper“-Exemplar. Sie blieben fast ausnahmslos dabei!) Die meisten derer, die uns dringend brauchen, sind versprengte Einzelkämpfer oder noch immer unter der Niederlage Leidende, die sich zeitweilig in ihr Schneckenhaus zurückzogen, ohne die Sache aufzugeben. Sie müssen wir finden, aufrichten, ermutigen, zurückgewinnen, reaktivieren, um aus Alten und Jungen Schritt für Schritt jene objektiv notwendige, subjektiv aber noch nicht vorhandene große Kraft formieren zu helfen, die dem deutschen Imperialismus und seiner bedrohlich anwachsenden braunen Kolonne Paroli bieten kann.

Wir wenden uns an Euch alle mit der Bitte, die zur Zeit fehlenden, aber in der Gesellschaft vorhandenen und dringend benötigten potentiellen Kampfgefährten zu suchen und für den RF zu gewinnen. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es uns nicht gelänge, die Zahl der RotFüchse zunächst dadurch zu verdoppeln, daß jeder Abonnent einen weiteren Leser ausfindig macht.

Nr. 85, Februar 2005

Braune Äpfel

Der Niedersachse Holger Apfel aus der neuen Faschistengeneration ist der NPD-Fraktionsvorsitzende im Dresdner Landtag. Insgesamt 12 braune Äpfel faulen in dessen Horde. Oder eigentlich sind es sogar 17, rechnet man jene Abgeordneten anderer Parteien hinzu, die bei geheimen Abstimmungen die Nazis unterstützt haben. Die besondere Infamie des Geschehens besteht darin, daß diese durch die BRD-Verhältnisse ausgerechnet dort wieder etabliert worden sind, wo ihnen der antifaschistische deutsche Staat – die DDR – den sozialen Nährboden und die Handlungsgrundlage entzogen hatte. Zu seinen Zeiten wäre die Diskussion darüber, ob eine Partei wie die NPD verboten gehört oder nicht, undenkbar gewesen. Aktive Faschisten und Rassisten kamen in der DDR hinter Gitter, ihre Keimzellen wurden mit aller Härte des Gesetzes zer schlagen. Denn der Faschismus ist eine verbrecherische

Ideologie, die zu Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen geführt hat. Ihr eigentlicher Kern aber ist rabiate Antikommunismus. Das erklärt wohl am ehesten die Tatsache, daß sich die bürgerliche Demokratie so schwer tut, gegen Nazis vorzugehen. Anfang Februar 2005 wurden der NPD sogar 700 000 Euro aus Staatsmitteln überwiesen. Offenbar wollen die eigentlichen Machthaber nicht auf eine jederzeit abrufbare Reserve gegen rot verzichten. Eines Tages könnte man sie ja benötigen. Dann nämlich, wenn der Protest heftiger wird, weil heute noch abgesicherte Teile der Gesellschaft vom Sozialabbau härter betroffen sind. Vorerst ist Schilys Polizei damit befaßt, die „Kontrahenten auseinanderzuhalten“, wobei die Präferenzen der „Ordnungshüter“ eindeutig sind: Die Zahl der bei Zusammenstößen festgenommenen Faschisten ist immer weitaus niedriger als die der arretierten Antifaschisten.

Schilys Verfassungsschutz sorgte überdies durch gezielte Infiltration der NPD-Spitze dafür, daß die Regierung vor dem Verfassungsgericht den kürzeren zog. Der Bundesinnenminister, der bei Warnungen vor neuerlichen NPD-Verbotsanträgen das große Wort führt, scheint de facto zum Schutzpatron rechtsradikaler Feinde des Grundgesetzes geworden zu sein. Während Schröder verkündet, er denke wieder darüber nach, wie man den „allmächtigen“ Juristen in Karlsruhe ein NPD-Verbot schmackhaft machen könne, marschiert die Faschisierung in der BRD kräftigen Schrittes. Ihre Exponenten wagten es, ausgerechnet für den 60. Jahrestag der Befreiung eine Zusammenrottung vor dem Brandenburger Tor anzumelden. Am 30. Januar 1933 waren durch diese Säulenportale Hitlers fackeltragende Kohorten gezogen, um anschließend ganz Europa in Brand zu setzen. Gleich, ob der NPD-Aufmarsch stattfindet oder nicht – die Ankündigung allein ist ein Fanal: Von Deutschland geht erneut der Ruch des Faschismus aus! Und dieses Deutschland will sich – im Bunde mit Frankreich, wo Le Pens Front National über 15 % der Stimmen verfügt, den Kontinent Zug um Zug unterordnen, wobei im EU-Land Italien der Faschist Fini bereits Stellvertreter des selbst von der eigenen Justiz für mafios gehaltenen Regierungschefs Berlusconi ist. Doch vermeiden wir jede Übertreibung! Noch stehen wir nicht am Beginn einer Entwicklung, die unabwendbar im Faschismus münden muß. Und schon gar nicht in eine Diktatur, wie sie die Hitleristen einst errichteten. Der heutige Faschismus trägt Nadelstreifen und ist in den bürgerlichen Parteien verankert. SA-Stiefel gehören da nicht zur Mode. Der für Straßenterror rekrutierte Abschaum rechter

Schlägergarden ist nur das sichtbare Drohpotential. Der Faschismus dürfte sich hierzulande kaum in den bekannten Farben wiederholen. Die Situation ist anders als 1933. Damals stand der deutschen Großbourgeoisie das Wasser am Hals. 300 000 Kommunisten, die 6 Millionen Stimmen bekamen, waren eine gewaltige alternative Kraft. Diktatur des Proletariats oder braune Nazi-Herrschaft, so sah das Kapital die Zukunft. Es entschied sich für Hitler, der nur mit SA und SS zu haben war. Heute gibt es auf der Linken keine Kraft, die die Herrschenden ernsthaft zügeln könnte. Die Zahl der Unerschrockenen ist klein, die linke Opposition zersplittert oder handzahn, die von rechts gibt den Ton an. SA und SS sind da nicht vonnöten.

Und dennoch machen Faschisten und Rassisten mobil, mit sozialer und nationaler Demagogie, innerhalb und außerhalb von Parlamenten. Sie terrorisieren ganze Landstriche. Sie verfügen über Verbündete in einflußreichen Positionen und Apparaten. Die braunen Äpfel zersetzen die ganze Horde. Die Geschehnisse im Dresdner Landtag werfen ihre Schatten voraus. 2006 sind Bundestagswahlen. Wird es dann auch in Sichtweite zum Holocaust-Memorial eine NPD-Fraktion geben, damit sich die Welt wie einst vor Deutschland schüttelt?

Zusammenschluß aller Antifaschisten – bis weit ins bürgerliche Lager hinein und unter Einbeziehung von Menschen verschiedener Ideologien, Glaubensbekenntnisse und Parteien – ist das Gebot der Stunde. Im Antifaschismus müssen sich alle einig sein, die unser Land vor einer Ausbreitung der Nazi-Seuche bewahren wollen.

Nr. 86, März 2005

Warum wir Internationalisten sind

Als der Pariser Metallarbeiter und CGT-Funktionär Jean-Pierre Timbaud 1943 im Steinbruch von Chateaubriant vor einem Erschießungskommando der deutschen Faschisten stand, rief er mit lauter Stimme: „Vive le Parti Communiste Allemand!“ „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!“ An dieses Zeugnis menschlicher und politischer Größe erinnerte Jacques Duclos auf einem frühen Parteitag der SED. Er überbrachte die Grüße der zu jener Zeit von Maurice Thorez geführten FKP, die damals in den vorderen Reihen der europäischen kommunistischen Bewegung stand. Einige Jahre nach dieser Rede wurde einer Straße im Zentrum der Hauptstadt der DDR der Name des Helden der Resistance verliehen. Die konterrevolutionären Bilder- und Schilderstürmer haben sofort nach 1989 die Berliner Timbaud-Straße umbenannt. Doch der Geist dieses französischen Kommunisten lebt in uns weiter und beseelt alle, die proletarische Internationalisten im Sinne des Manifests von Marx und Engels geblieben sind. Dem dumpf-aggressiven Chauvinismus der Bourgeoisie, aber auch dem bürgerlichen Kosmopolitismus, der die nationalen Wurzeln eines Volkes verleugnet, stellen wir uns entgegen. Die Arbeitenden und die durch das Kapital an der Arbeit Gehinderten, die Ausgebeuteten und Ausgestoßenen der ganzen Welt sind unsere Klassengenossen. Das gilt natürlich auch für alle Frauen und Männer gleich welcher Hautfarbe oder ethnischen Herkunft, die

unter solchen sozialen Bedingungen in Deutschland leben. Denn wir bewegen uns nicht im nebulösen Niemandland vermeintlicher Klassenindifferenz.

RF-Leserin Petra Reichel aus Bad Kreuznach hat völlig recht, wenn sie im März-Heft darauf hinweist, daß für Marxisten die Klassenfrage der nationalen Thematik stets übergeordnet ist. Die Medien der BRD strapazieren seit langem die sogenannte Ausländerproblematik. Hierbei geht es nicht nur um die Abwehr von Asylbewerbern. Herr Schily versucht sich auf diesem Gebiet in einer immer härteren Gangart, die ihn inzwischen sogar nach Nordafrika geführt hat.

Und wir? Gibt es für Kommunisten und Sozialisten eine Einteilung der Gesellschaft in „Inländer“ und „Ausländer“? Die Antwort heißt Solidarität. „Mach meinen Kumpel nicht an!“ stand vor Jahren auf einem in der Bundesrepublik weit verbreiteten Anstecker gegen Fremdenhaß. Was aber ist mit jenen Ausländern, die nicht unsere „Kumpel“ sind? Wie verhalten wir uns zu ihnen? Genauso wie zu „einheimischen“ Reaktionären und Faschisten, Ausbeutern und Parasiten! Wir sind für die Schwarze Angela Davis und gegen die Schwarze Condoleezza Rice. Wir sind für die Türken in der Tradition des Dichters Nazim Hikmet und gegen die Grauen Wölfe! Wir sind für den israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery und gegen den israelischen Killergeneral Ariel Scharon! Apropos Scharon: Man darf

den hierzulande Herrschenden deren zur Schau gestellte Empörung über den Antisemitismus, den sie in Irreführungsabsicht mit berechtigtem Antizionismus gleichsetzen, nicht abnehmen. Ihr Ja zu Israel würde es nicht geben, hätten sich nach 1948 die fortschrittlichen jüdischen und arabischen Strömungen in Palästina durchgesetzt. Wäre Israel ein Vorposten des gesellschaftlichen Fortschritts im Nahen Osten, dann überschlugen sie sich heute im Antisemitismus. Daran dürfte nicht zu zweifeln sein.

Wie aber steht die deutsche Bourgeoisie zu Ausländern aus der Dritten Welt und Osteuropa? Ihr Interesse an „billigem“ Ersatz für die längst „zu teuer“ gewordenen Lohnabhängigen im eigenen Land ist echt. Auf der Jagd nach Extraprofit läßt sie im Ausland produzieren und verlagert Kapazitäten überall dorthin, wo nur ein Bruchteil der bisherigen Personalkosten „anfällt“. Das deutsche Kapital pickt sich die Rosinen aus dem Kuchen und ermuntert Talente anderer Völker zu möglichst dauerhafter „Mitarbeit“ in ihren Forschungs- und Entwicklungszentralen. Gleichzeitig wehren sich die am Ruder Befindlichen gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ – die Opfer ihres Vorgehens. Politische Emigranten, die von reaktionären Regimes verfolgt werden, weist man

schröff zurück. Unsere Regierenden lenken ganz andere „Menschenströme“ nach Deutschland. Man denke nur an die massenhafte Aufnahme albanischer UCK-Terroristen und die vom Fischer-Ministerium geförderte Zuwanderung fragwürdiger ukrainischer Antragsteller.

Für uns Kommunisten und Sozialisten bleibt der proletarische Internationalismus Richtschnur. Wir fühlen uns mit unseren Kampfgefährten auf allen Kontinenten fest verbunden. Deren Reihen wachsen wieder – trotz zeitweiliger regionaler Rückschläge, die in Europa nach der verheerenden Niederlage des Sozialismus besonders schmerzhaft und langandauernd sind. Der Vormarsch der griechischen und portugiesischen Kommunisten bei den letzten Parlamentswahlen zeigt, daß der Tiefpunkt überwunden ist. In anderen Erdteilen geht es übrigens zügiger voran. Man muß nur an Kuba und Venezuela denken, dessen Staatspräsident sich jetzt zum Sozialismus bekannt hat. Oder an Chinas letztjährige Zuwachsrates von neuerlich 9,5 %. Es gibt gute Gründe, den Kopf oben zu behalten und trotz allem optimistisch zu sein.

Nr. 87, April 2005

Sieger und Befreier

Im 1945 wurde das deutsche Volk, dessen größter Teil dem Rattenfänger Hitler und seinen kapitalistischen Hintermännern blind in die Katastrophe gefolgt war, vom Faschismus befreit. Das geschah in Ost und West. Daran waren alle Mächte der Antihitlerkoalition in unterschiedlichem Maße beteiligt. Unser Dank gebührt den damaligen Siegern ohne Ausnahme. Die Hauptlast des Krieges trugen die Sowjetunion, ihre Völker und ihre Rote Armee. Sie brachten die meisten Opfer und entfalteten die größte Kampfkraft. Noch heute heißt deshalb eine Pariser Metrostation Stalingrad.

Obwohl die Hilfslieferungen der Vereinigten Staaten für den sowjetischen Verbündeten nur drei Prozent des durch diesen eingesetzten Kriegsmaterials ausmachten und ungeachtet der Tatsache, daß die Errichtung der zweiten Front immer wieder hinausgezögert wurde, haben Amerikaner,

Briten und Franzosen einen würdigen und anerkannten Beitrag zum Sieg über den Faschismus geleistet. Befreier im darüber hinausgehenden Sinne sind sie allerdings nicht gewesen. Nur in den von sowjetischen Truppen besetzten Provinzen Deutschlands erfolgte eine radikale Befreiung von den ökonomischen und sozialen Wurzeln, den personellen Trägern und der Ideologie des „tausendjährigen Reiches“. So betrachtet, waren nicht alle Sieger über den Faschismus auch Befreier von dessen Triebkräften.

Im Gegenteil: Die braune Vergangenheit wurde in den deutschen Westzonen konserviert. Die Saat, die damals im Boden blieb, geht heute in der BRD wieder auf.

Möge das Blut der Rotarmisten und ihrer einstigen Alliierten nicht umsonst vergossen sein!

Nr. 88, Mai 2005

Glücklose Heuchler

Vor den von Schröder und Steinbrück haushoch verlorenen „Schicksalswahlen“ in NRW galt es im Willy-Brandt-Haus kurzfristig als chic, sich „gegen den Kapitalismus“ ins Zeug zu legen. Auf den Mai-Kundgebungen warfen sich einschlägige Gewerkschaftsführer und der in Duisburg trotz seiner „Fundamentalkritik“ mit Eiern bombardierte SPD-Vorsitzende Müntefering in die Toga von „Beinahe-Klassenkämpfern“. Sie hielten es für opportun, verstaubte Vokabeln wie „Profit“ und „Abzockerei“ aus der politischen

Mottenkiste ihrer Partei hervorzukramen, sprachen sogar von „Heuschreckenschwärmen“ gefräßiger Banker und Börsenjobber. Wer gewissen SPD-Führern, hinter denen fast sieben Jahre Schwerstarbeit zur Stabilisierung des angeschlagenen deutschen Kapitalismus liegen, nur auf den Mund schaute, glaubte plötzlich in einem anderen Film zu sein. Dieselben Regisseure, die den Superreichen Glanzrollen verschafften und die Armen dieser Gesellschaft nicht einmal als Statisten zuließen, inszenierten

plötzlich die Posse von Anklägern jener Bosse, die das Volk mit ihrer Hilfe ausrauben. Unter der SPD-Regierung ist all das an Sozialabbau verwirklicht worden, wozu sich CDU/CSU und FDP nicht vorgewagt hätten. Müntefering und seine Mitspieler aus der nicht minder „trotzig“ aufstampfenden DGB-Spitze haben durch ihre Politik ruhmloser „Reformen“ das Feld für die nach vorgezogenen Wahlen vermutlich ans Ruder gelangende schwarze Kamarilla freigeräumt. Diese kann sich schon jetzt bei allem, was sie im Schilde führt, auf die „Erblast“ ihrer SPD-Vorgänger berufen. Dabei steht eines fest: Das, was auf Schröder und Fischer folgt, wird sogar das rosa-feldgrüne Sozialmassaker noch als harmlos erscheinen lassen. Wir nähern uns der Schwelle zu einer Ära rechtskonservativer politischer und mentaler Reaktion.

Warum flüchten sich die Münteferings eigentlich in einen Schwall antikapitalistischer Phrasen? Geschah das allein aus taktischen Gründen der Wahlkampfkosmetik? Warum drängen einige im sozialdemokratischen Lager so darauf, wenigstens die Rhetorik früherer Jahre wieder aufzugreifen? Natürlich sollen vor allem die in Scharen entweichenden Arbeiterwähler eingeseift und über den Löffel balbiert werden. Die SPD-Führung hat nämlich begriffen, daß der Zug mit einer CDU-Lokomotive bereits abgefahren ist. Verzweifelt versucht sie aufzuspringen. Deshalb erfand man den Dreh der Zwei-Zungen-Verbalistik: Während Schröder seinen „Reformkurs“ unverdrossen fortsetzte, drohte Müntefering den Kapitalisten mit einer Pappmache-Keule und kündigte Hundt vorübergehend die hündische Treue auf. Als dann auch noch der ausgewiesene SPD-Parteirechte Peer Steinbrück in NRW veränderte Töne anschlug, wurde die Show vollends unglaubwürdig. Jetzt klammert man sich an den vermeintlichen Rettungsanker überraschender Bundestagswahlen. Doch außer elektoralistischen Erwägungen gibt es auch andere Gründe für die Verstellungsübung von Politikern der Schröder-Müntefering-Partei. Da ist erstens die objektive Situation des deutschen Imperialismus, dessen Widersprüche sich

ständig verschärfen. Die Dauerkrise des Systems schreit geradezu nach Benennung ihrer Ursachen. Während Marxisten darauf verweisen, daß nur durch eine Brechung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole dem Übel abzuhelfen wäre, flüchten sich Leute wie der SPD-Vorsitzende in „linke“ Wortakrobatik, die das Kapital nicht antastet, seine Pfründe unberührt läßt und der Profitsteigerung keine Hindernisse errichtet.

Da ist zweitens die Lage in der SPD selbst. Austritte und Proteste reißen nicht ab. Allein in Berlin hat die Partei seit 1995 rund 30 % ihrer Mitglieder verloren. In dieser Abstiegsituation können sich Müntefering und Simonis von oben bis unten in rote Schals hüllen – der Vertrauensbonus für angeblich besseres Regieren ist verspielt! Am heutigen „linken Rand“ der SPD, also dort, wo die Gesamtpartei zu Zeiten von Bad Godesberg noch stand, signalisieren inzwischen andere Bewerber ihr Interesse: Die WASG im Westen und die PDS im Osten bemühen sich um das originär sozialdemokratische Terrain. Welche Rolle Oskar Lafontaine bei der Zusammenführung linker Kräfte spielen kann, wird sich erweisen.

Alles in allem: Die „antikapitalistischen“ Manöver einiger SPD-Führer haben einen ernsten Hintergrund und sind zugleich erheiternd. Denn Schröder und Müntefering sind und bleiben natürlich die Erfüllungsgehilfen des bundesdeutschen Kapitals. Das wissen die Hundts aller Rassen, die jetzt mächtig kläffen, ganz genau, auch wenn sie davon ausgehen, daß die SPD ihre Mission erfüllt und der „Mohr“ seine Schuldigkeit getan hat.

Echte Antikapitalisten – Kommunisten und Sozialisten, die über eine wissenschaftliche Weltanschauung verfügen, im politischen Kampf erfahren sind und das sozialistische Ziel nicht aus den Augen verlieren – können mit solchen Tricks nicht getäuscht werden. Ihre Antwort lautet: Schaut ihnen auf die Finger und nicht auf die Sprechblasen, die aus ihren Mündern kommen.

Nr. 89, Juni 2005

Schon gewählt?

Die vorgezogenen Bundestagswahlen sind noch gar nicht angesetzt worden, und es bleibt fraglich, ob sich Herr Köhler – der CDU-Mann an der Staatsspitze – so bewegen wird, wie es sich der trickreiche Kanzler erhofft. Was geschieht, wenn er der SPD einen Strich durch die Rechnung macht und einfach nein sagt, weil maßgebliche Kreise des deutschen Kapitals, dessen Präsident Horst Köhler ist, lieber mit der CDU-Herrschaft in SPD-Form weitermachen wollen? Das wäre für Schröder eine schwere Blamage. Er müßte zurücktreten oder für ein weiteres Spießruten-Jahr mit schmaler Bundestagsmehrheit und gegen den Bundesrat „regieren“. Vielleicht würde er das ramponierte Amt dem bekannten „Antikapitalisten“ Müntefering zuschieben. Aber auch Köhlers Zustimmung zu dem faulen Zauber der Schröder-Müntefering-Truppe würde dieser keine Luft verschaffen. Denn von dem „Befreiungsschlag“, den sich der Hartz-IV-Kanzler ausgedacht hat, ist außer der Befreiung von Amt und Würden nichts zu erwarten. Was bei einer

Wahl herauskäme, könnte man nur als Entscheidung zwischen Pest und Cholera bezeichnen: Entweder gäbe es eine große Koalition von CDU/CSU und SPD, in der Kapitaldemokraten vom Schlage Wolfgang Clements den „äußersten linken Rand“ verkörpern würden, oder die tintenschwarze Malaise pur. Die von Schröder suggerierte Vorstellung, die SPD sei „die Alternative“ zu Angela Merkel, beruht auf einem Trugschluß. Ihren „Reiz“ haben wir gerade sieben Jahre lang hautnah erlebt. Sie hat uns in das größte soziale Desaster der Nachkriegsjahrzehnte hineingezerzt und systematisch ärmer gemacht. Nein, die SPD ist eine zutiefst bourgeoise Partei geworden, die sich von CDU/CSU und FDP nur noch dem Namen nach unterscheidet. Selbst mit dem Antifaschismus – früher ein Markenzeichen der Sozialdemokratie – hapert es. Unter ihrem zackigen Innenminister Schily, der seine Polizei auf Gegendemonstranten hetzt und Neonazis beschirmen läßt, ist die braune Sippschaft zu einer direkten Gefahr für die bürgerliche Demokratie

geworden. Und die öffentlich-rechtlichen Medien der BRD lassen es sich nicht nehmen, Hitler und seine Kumpane permanent zu „humanisieren“.

Erstes Fazit: CDU/CSU und FDP sind ebenso wie SPD und Grüne für Leute mit politischem Verstand und Augenmaß nicht wählbar.

Würde sich also die Stimmenthaltung empfehlen? Das wäre wohl kaum der Königsweg. Wahlabstinz würde nur Wasser auf die Mühlen der „großen Volksparteien“ leiten und deren Anteile erhöhen.

Was also tun? Nüchtern betrachtet ist weder eine Revolution noch ein politischer Erdbeben zu erwarten. Die vom Marxismus ausgehenden und deshalb unverzichtbaren Kräfte der Gesellschaft sind einstweilen zu schwach, um ihr Gewicht in die Waagschale werfen zu können. So ist das Gebot der Stunde die Zusammenführung der verschiedensten Linken aus Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Nur in deren zunächst heterogener und möglicherweise auch zeitlich begrenzter Allianz besteht eine Möglichkeit, verlässlich als Fraktion in den nächsten Bundestag einzuziehen. Gegenwärtig haben die PDS – eine im Osten hinreichend verwurzelte antifaschistisch-demokratische Partei – und die vor allem im Westen beheimatete links-sozialdemokratische WASG, die in NRW auf Anhieb 2,2 % der Stimmen errang, nach Meinungsumfragen gute Aussichten, bei taktischer Zusammenführung ihrer Potentiale bis zu 10 % der Stimmen zu bekommen und als starke Oppositionskraft ins Parlament zu gelangen. Bei

allem gibt es auch Unwägbarkeiten. Belastend wäre es z. B., wenn Kräfte, die zur Unterstützung einer solchen Liste bereit sind, aus antikommunistischen Vorbehalten zurückgewiesen würden. Nicht minder negativ würde es sich auswirken, wenn die PDS bei dem zweifellos mit Zugeständnissen aller Beteiligten verbundenen Kompromiß ihr eigenes Gesicht verlöre und irgendwann im Bett einer neuen sozialdemokratischen Partei aufwachte, die lediglich das von der SPD geräumte Feld besetzt hat. Sie dorthin zu bugsieren, ist offenbar das Anliegen von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. „Links von der SPD“ heißt aber nicht unbedingt links! Warum verlangte Gysi eigentlich von seiner Partei eine „Identitätserweiterung“ und „ein Stück Erneuerung“? Sagte er nicht wörtlich zur „Berliner Zeitung“, jetzt gehe es darum, daß die demokratischen Sozialisten „ein bißchen weniger PDS und ein bißchen gesamtdeutscher“ würden? Noch immer die Mentalität des Ankommen-Wollens?

Zweites Fazit: Man sollte die Vorzüge des Projekts Wahlalternative/PDS realistisch in Betracht ziehen, Ziele und Inhalte gründlich prüfen. Wenn das Linksbündnis gegen die „Agenda 2010“ und Hartz IV, jedwede Regierungskoalitionen, Massenarbeitslosigkeit und Lohnabbau, die vom Bundestag abgenickte Europa-Verfassung sowie die permanente Kriegsverstrickung der Bundeswehr eindeutig Stellung bezieht, verdient es unsere Stimmen. Dann könnte man sagen: Schon gewählt!

Nr. 90, Juli 2005

Am Sozialismus festhalten!

Es gibt heutzutage eine Menge Leute, die erklären, sie wollten gesellschaftlich „über den Kapitalismus hinaus“. Gleichzeitig vermeiden sie das Wort Sozialismus. Andere entsorgen es sogar oder bedienen sich des längst besetzten Begriffs „demokratischer Sozialismus“, der von der SPD einst als Formel dafür ausgegeben wurde, daß man den richtigen Sozialismus nicht wollte. Das war, bevor sich diese Partei endgültig von sozialistischer Verbalistik los sagte. Wie theoretisch verschlissen die SPD inzwischen ist, offenbarte ihr unter politischem Bildungsnotstand leidender Generalsekretär Franz Müntefering beim Kurzaufenthalt der Parteispitze im Karl-Marx-Haus in Trier. Sich von dem Urvater des Sozialismus distanzierend gab er dort so ungläubliche Platt- und Schwachheiten von sich, daß manchen seiner noch mit marxistischen Termini einigermaßen vertrauten Altgenossen das Grausen angekommen sein mag.

Während sich die einen also vom Sozialismus verabschiedet oder „taktisch getrennt“ haben, tragen die anderen das in Plüsch gestickte Wort wie eine Monstranz vor sich her, ohne auch nur über Inhalte und Wege zum Ziel nachzudenken. Auch jene, die die Regierenden und ihre Opposition jetzt aus linker Position attackieren, um etwas „völlig Neues“ auf die Beine zu stellen, machen deutlich, daß sie dem bestehenden System lediglich „sozialere“ und „humanere“ Züge verleihen wollen. Der von Schröder & Co in wichtigen Bereichen aufgegebene oder demontierte, vom Grundgesetz aber festgeschriebene „Sozialstaat“ müsse

wiederhergestellt werden, dann wären sie's schon zufrieden, heißt es aus ihren Reihen.

Findet man im Namen oder im Programm irgendeiner Partei mit Gewicht und Masseneinfluß etwa das herausfordernde Wort Sozialismus in seinem echten und unverfälschten Sinne? Und selbst Kommunisten, die angesichts der erlittenen Niederlage heute noch nicht wieder in früherer Stärke anzutreffen sind, haben bisweilen Schwierigkeiten, sich programmatisch klar auszudrücken. Manche brauchen sogar viele Jahre und hangeln sich ohne aktuelles Programm von Parteitag zu Parteitag, weil ihrer Führung der rechte Bekennermut fehlt. Oder will da jemand die Katze nicht aus dem Sack lassen? Der platte Slogan „Sozial ... is ... muß!“ dürfte die Lücke kaum schließen. Leser haben uns des öfteren gebeten, wir sollten nicht nur Historie beleuchten, Vergangenes durchforsten und Derzeitiges kritisch unter die Lupe nehmen, sondern auch klipp und klar sagen, was denn bei allem Kampf und Widerstand herauskommen soll, wenn eines Tages die objektiven und subjektiven Bedingungen dafür herangereift sind.

Zunächst: Geschichtliche Prozesse lassen sich weder dauerhaft aufhalten noch voluntaristisch antreiben. Zu Recht heißt es im Sprichwort: Gut Ding will Weile haben. Aber quantitative und qualitative Veränderungen vollziehen sich auch nicht im Selbstlauf, obwohl die Klassenseinsetzungen stets eine spontane Komponente einschließen. Unser Ziel ist der Sozialismus, wie ihn Marx, Engels und Lenin erklärt und beschrieben haben. Das bedeutet in erster

Linie Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln bei geplanten Wirtschaftsabläufen. Man muß das Fahrrad ja nicht neu erfinden, sollte aber aus Irrtümern und Defiziten die notwendigen Schlüsse ziehen. So wurde z. B. mit der plötzlichen Abschaffung der halbstaatlichen Betriebe in der DDR ein grober linkssektiererischer Fehler begangen. Oder: Die besonderen Möglichkeiten, die der demokratische Block antifaschistischer Parteien anfangs eröffnete, blieben später weithin ungenutzt. Schließlich: Bei der Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie – denken wir nur an unsere Art der Abhaltung von Wahlen – wurde manche Chance vertan. Auch die zwar deklarierte, aber häufig formal gehandhabte führende Rolle der Arbeiterpartei beim Aufbau des Sozialismus entsprach nicht immer der Leninschen Theorie von einer in den Massen verankerten Avantgarde, die ihren Platz jeden Tag neu erringen muß. Allein mit dem Festschreiben in der sozialistischen Verfassung, die auf durchaus demokratische Weise zustande kam, ist dieses Problem nicht lösbar. Der

Sozialismus, für den wir kämpfen und dem das Grundgesetz einen legalen Weg offen läßt, beruht in erster Linie auf der Entscheidung der Macht- und der Eigentumsfrage zugunsten der Werktätigen. Er setzt die gesellschaftsumwälzende Überwindung des Kapitalismus und die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen voraus. Die DDR war deshalb die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, weil sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands 40 Jahre lang die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzog.

Einen solchen Sozialismus aber meinen jene, die verkünden, „über den Kapitalismus hinaus“ zu wollen, wohl kaum. Uns Kommunisten und Sozialisten geht es nicht um das Stück Brot, wir wollen den ganzen Laib, um mit Brecht zu sprechen. Es geht uns um einen zutiefst revolutionären Prozeß gesellschaftlicher Umgestaltung.

Nr. 91, August 2005

Modefarbe links

Früher trug man zwei kraus, zwei schlicht oder Nadelstreifen. Je nach Status. Heute trägt man die Strümpfe linksherum. Denn links ist chic und modern. Sogar Herr Fischer nennt seinen grünen Verein eine „moderne Linkspartei“. Links ist da, wo der Daumen rechts ist, heißt es im Volksmund. Nehmen wir nur Herrn Schröder. Der treibt die Verwechslungskomödie auf die Spitze: Die Hartzsche SPD gibt sich in Wahlzeiten immer noch als „Partei der linken Mitte“. Fehlte eigentlich nur, daß sich auch die Mehrwert-Kanzler-Kandidatin Angela Merkel wenigstens als Halblinke outet. In der FDJ war sie ja schon. Und nun dirigiert sie eine große „Volkspartei“. Wenn das nicht links ist! Unterdessen hat die PDS in den Worten Gysis eine „Identitätserweiterung“ vorgenommen. Ganz up to date, nennt sie sich jetzt Linkspartei. Wie es heißt, will sie damit eine „historische Chance“ nutzen, die sich auf parlamentarischem Parkett tatsächlich zu eröffnen scheint. Die Geschichte hat allerdings eine Vorgeschichte. Am 4. September 2002 wandten sich Gregor Gysi, Autor des bereits im März 1990 herausgekommenen Überraschungstitels „Der dritte Weg“, und der Europa-Abgeordnete André Brie vertrauensvoll an Oskar Lafontaine: „... Es ist an der Zeit darüber zu reden, ob SPD und PDS ... auch gemeinsame Verantwortungen und Möglichkeiten haben ... Die PDS hat mit der diktatorischen Tradition des osteuropäischen Staatssozialismus gebrochen, einen demokratischen Wandlungsprozeß vollzogen ..., der unumkehrbar, wenngleich bei weitem nicht abgeschlossen ist. Es bleibt eine beständige Aufgabe der PDS, sich konsequent mit den undemokratischen Teilen der SED-Geschichte und ihren umfassenden Folgen auseinanderzusetzen. Dazu gehört auch die restlose Überwindung des so zerstörerischen und törichtigen Antisozialdemokratismus von KPD und SED. Wir wissen um die beispielhafte demokratische Tradition der SPD innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ...“ Das war vor drei Jahren. Der Brief macht die möglichen Konsequenzen der „Umbenennung“ der PDS, die natürlich ein strategisches Programm ist,

deutlich. Der Beschluß des Parteitages, gegen den immerhin ein Viertel der Delegierten stimmte, birgt Licht und Schatten. Beides muß man sehen. Licht wirft das aktuelle Zusammengehen der PDS mit persönlich integren linken Sozialdemokraten wie Klaus Ernst und Ulrich Maurer, das die Spielräume der Aktionseinheit merklich erweitert. Schatten entsteht, wenn man an die Zukunft der Linkspartei denkt, die zunächst das unter Schröder vergrößerte politische Vakuum „links von der SPD“ auffüllt, übermorgen aber vielleicht in der Umklammerung einer künftigen Koalition mit der SPD erdrosselt werden könnte. Manche sind schon heute um eine solche „Annäherung“ bemüht. Taktisches „Nach-links-Rücken“ einer in die Opposition geratenen SPD könnte dazugehören.

In einer Zeit, in der sich alles „linker“ Schminke bedient, kommt es für Marxisten darauf an, ihr ideologisches Pulver trocken zu halten, um nicht in den Sog falscher Linkstümelei zu geraten. Organisatorische Eigenständigkeit, klares Profil und unverrückbares Festhalten am sozialistischen Ziel sind mehr denn je geboten. Zugleich aber ist jeder Anflug von „linkem“ Sektierertum, das Lenin scharf zurückwies, entschieden zu bekämpfen. Wer die Umschichtungen in der politischen Landschaft Deutschlands nicht begreift und damit verbundene parlamentarische und außerparlamentarische Trümpfe vergibt, besitzt kein Gespür für die Dialektik der Situation. Die Linkspartei an den Wahlurnen zu unterstützen und das Positive am Wirken auch der WASG-Genossen zu erkennen, heißt zugleich aber, nicht in die Illusion zu verfallen, die neue Bewegung weise bereits über den Kapitalismus hinaus. Wir setzen auf die künftige Opposition im Bundestag und sehen durchaus deren Bedeutung. Denn was ist besser: ein Parlament mit aufmischenden Hechten im Karpfenteich oder eine trübe schwarz-gelb-rosa-grüne Soße, in der allein die „Reformer“ aller Schattierungen schwimmen? Die absolute Dominanz der Hindukusch-Krieger oder eine gestärkte Stimme für den Frieden? „Ossi“-Verhöhner

unter sich oder ein paar beherzte Anwälte für das Recht früherer DDR-Bürger auf Gleichheit, die den Annexionspolitikern in die Parade fahren?

Der offizielle BRD-Maskenball mit „linken“ Kostümen ist lediglich eine Reaktion der Bourgeoisie auf die tatsächliche Linksverschiebung in der Gesellschaft. Nicht nur, daß viele im Osten, die als DDR-Bürger politisch bessere Zeiten kennengelernt haben, inzwischen „sauer“ sind. Auch im Westen nimmt die Zahl derer zu, die das Heucheln der Herrschenden zu durchschauen beginnen. Schon wird die

neue Linke als drittstärkste Wahlpartei ganz Deutschlands und im Osten als Nr. 1 gehandelt. Aus Unzufriedenheit kann Wut werden, aus Wut Protest und Widerstand. Für die wirklichen Akteure gibt es kein Blinde-Kuh-Spiel, wie es die Pseudolinke veranstaltet. Ihnen kann man nicht einreden, daß zweimal zwei fünf ist. Noch zeigt sich ihre Kraft erst in Ansätzen. Aber sie gewinnen an Einfluß. Halten wir uns an Brecht: „Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht.“

Nr. 92, September 2005

Starke Linke im Bundestag

Am 18. September hat die deutsche Bourgeoisie eine schwere politische Niederlage erlitten. Die Parteienlandschaft der BRD wurde von links aufgebrochen und verändert. Der Versuch, einmal mehr das „bewährte“ anglo-amerikanische Zweiparteiensystem mit grün-gelben Wurmfortsätzen zu praktizieren und nahtlos den fliegenden Wechsel zwischen den beiden politischen Hauptformationen – der unter Schröder und Müntefering bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten SPD und der Hausparteien des Unternehmerlagers – zu vollziehen, ist eklatant gescheitert. Mit dem glänzenden Wahlsieg der sich gerade erst herausbildenden neuen Linkspartei, die im Osten stabile 25 % erzielte und in einigen westdeutschen Bundesländern leichtfüßig die Fünf-Prozent-Marke übersprang, fand die Ära des ungehinderten Heimspiels der Reaktion im Deutschen Bundestag ihr Ende. Erstmals setzte sich eine linke deutsche Partei im Westen durch.

Die Medien, die mit ihren gezinkten Sondierungen zur Manipulation des Wählerwillens diesmal weniger Wirkung erzielten, behandelten die Linke bis zum Wahltag beinahe wie Aussatz. In der Berichterstattung wurde sie – sieht man hier vielleicht von Phoenix ab – buchstäblich an den Rand gedrängt oder ganz ausgeblendet. Und das, obwohl es sich bei der neuen Partei – wie eine Fernsehreporterin am Abend des 18. September zutreffend formulierte – „nicht einmal um die radikale, sondern eher um die gemäßigte Linke“ handelte. Man fragt sich unwillkürlich: Wie hätten die bürgerlichen Meinungsbildner erst reagiert, wenn Lafontaine und Gysi, deren bis zuletzt kämpfende Spitzenleute, nicht linke Sozialdemokraten, sondern Kommunisten gewesen wären? Doch der antikommunistische Haß richtet sich auch gegen entschlossene Linke, die gar nicht über den Horizont eines bürgerlichen „Sozialstaates“ hinausgehen wollen, gegen jeden, der auch nur Ansätze alternativer Vorstellungen zu entwickeln wagt. Worin sehen wir – außer dem großen Erfolg der Linkspartei – die wichtigsten Ergebnisse des 18. September?

Erstens sind die in CDU/CSU konzentrierten und um Angela Merkel versammelten deutschen Bushs und Thatchers nicht im Frontalstoß durchgekommen. Die extrem auf die USA ausgerichtete Fraktion des BRD-Imperialismus schaffte es nicht, erneut auf Antrieb ans Ruder zu kommen. Die beiden großbürgerlichen C-Parteien haben empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Komplizierte Koalitionsverhandlungen, ein übler Kuhhandel und der mögliche Austausch

von Führungspersonal stehen an, wobei ein Zweckbündnis zwischen CDU und SPD die derzeit wahrscheinlichste Variante sein dürfte.

Zweitens hat auch Schröder die Wahl verloren. Weder der nach USA-Muster durchgestylte Wahlkarneval der CDU-Kandidatin noch die Ein-Personen-Show der SPD mit einem sich unmittelbar nach der Niederlage groteskerweise zum Gewinner erklärenden Ex-Bundeskanzler verfielen beim Publikum. Das Volk gab der SPD die Quittung für ihre Politik der sozialen Kälte und des Verrats an den Interessen der Mehrheit.

Drittens hat die CSU – der rechte Flügel der „Union“ – in Bayern Federn gelassen. Sie stürzte um 10 % unter die 50-Prozent-Grenze ab. Stoibers Debakel trug entscheidend zum Desaster der CDU bei.

Viertens errang die Unternehmerpartei FDP einen ausgesprochenen Pyrrhussieg. Sie „lieh“ sich von der CDU/CSU einen Teil der Zweitstimmen und sägte sich damit den Koalitionsast ab, auf dem sie hatte sitzen wollen.

Fünftens ist festzustellen: Niemals in der deutschen Wahlgeschichte der Nachkriegszeit haben SPD und CDU/CSU zusammen so wenig Stimmen eingefahren. Ihr gemeinsamer Anteil lag unter 70 %. Das von Schröder wie Merkel favorisierte Wechselbad beider „großer Volksparteien“ stieß beim Wähler in einem bisher ungekannten Maß auf Ablehnung. Die Bundestagswahlen 2005 wurden wieder im Osten entschieden. Dort fielen die Würfel, wurde die Stärke der Linkspartei sichergestellt und die Niederlage von Merkel wie Schröder besiegelt. Die Ostergebnisse ihrer Parteien lagen erheblich unter dem Gesamtpegel. Die Erfahrungen aus 40 Jahren DDR trugen offensichtlich dazu bei, daß sich im Osten eine robuste politische Gegenkultur im Umgang mit der BRD-Wirklichkeit entwickeln konnte.

Die viertstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag wird jetzt von der Linkspartei gestellt. Diese kann so lange mit unserer Unterstützung rechnen, wie sie sich als Opposition treu bleibt. Das Zustandekommen der durchaus heterogenen Gruppe ist ein positiver Schritt zur Sammlung von Kräften, den wir begrüßen.

Was uns selbst betrifft, so brauchen wir Augenmaß, Kampfegeist, Freisein von Sektierertum, Bündnisbereitschaft und klare marxistische Konzepte, zugleich aber auch Illusionslosigkeit, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gefahr möglicher künftiger Kungeleien.

Nr. 93, Oktober 2005

Koalition des großen Bluffs

Die BRD ist ein Hort der Demokratie. Mit ihren Segnungen kann sich niemand messen. Unser Wahlzettel ist lang wie eine Speisekarte. Allerdings: Nur zwei der Präbendenten sind bei den Meinungsmachern die wirklichen Kings. Sie werden als „große Volksparteien“ angepriesen. Nach Auffassung der tatsächlich Herrschenden sollen sie im Wechsel als „geschäftsführender Ausschuß“ des deutschen Kapitals regieren. So wollen es die Henkels, Rogowskis und Hundts.

Das Ganze nennt sich „Zweiparteiensystem“. Man hat es aus den USA und Großbritannien importiert. Sind die einen verschlissen und am Ende ihres Lateins, dann müssen die anderen, die Ausgeruhten, in die Pedalen treten. Doch das funktioniert manchmal nicht. Bisweilen stellt sich der Wähler bockig an.

Wie am 18. September, als jedem der beiden Favoriten und den jeweils dazugehörenden Juniorpartnern nur wenige Prozentpunkte am Sieg fehlten. Eben jene 8,7 %, die eine neu „aufgestellte“ Linkspartei errang. Wären an sie nicht 54 Mandate gefallen, dann hätte das Zweiparteiensystem wie bisher funktioniert. Doch die Linken verdarben das Spiel und beschädigten so die bewährte „Demokratie“. Nichts mit sofortiger Wachablösung! Guter Rat war teuer. Der Wählerwille mußte nachträglich „korrigiert“ werden. Unsere beiden „Volksparteien“ erwiesen sich plötzlich als siamesische Zwillinge. Für keine von ihnen gab es ein Entrinnen. Wer die eine wollte, mußte die andere in Kauf nehmen. Man sei doch gar nicht so weit auseinander, es gebe beachtliche „Schnittmengen“, versicherten auf einmal manche, die zuvor auf Konflikt gesetzt hatten. 34 % der Wähler, die sich für die SPD entschieden hatten, bekamen als Zugabe eine CDU-Kanzlerin. Und 35 % CDU-Anhänger wurden mit acht SPD-Ministern beglückt. Wie gesagt: eine famose Demokratie! Angebliche Wahlgegner im Doppelpack! Welch doppeltes Pack!

Sogar die Medien der Bourgeoisie wiederholten ständig dieselben abschätzigen Vokabeln: Kuhhandel, Schwindel, Bluff. Es werde „um die Macht gepokert“, hieß es bei Phoenix. Man zog die bürgerliche Demokratie pausenlos durch den Kakao, was halben und ganzen Faschisten Wasser auf die Mühlen leitete. Wie einst in Weimarer Tagen. Der Tatbestand eines gewaltigen Wahlbetrugs wurde erfüllt. Denn es war völlig egal, ob der Wähler für SPD oder CDU optiert hatte – Merkel bekam er auf jeden Fall.

„Angie“ – von der Berliner Satire-Partei „Titanic“ als „das Merkel“ bezeichnet – versuchte vergeblich, das schlechteste Abschneiden der CDU seit 1949 unter gestyltem Lächeln zu verbergen.

Das ganze Theater war dem Publikum vertraut. Denn die Koalition des großen Bluffs, die jetzt ansteht, ist keine Neuerung. Sie existierte bereits während der ganzen zweiten Amtszeit Schröders. Die CDU/CSU blockte Unliebsames im Bundesrat ab und unterstützte die Annahme von Erwünschtem wie Hartz IV im Bundestag. Und selbst Schröders letzter Hieb – die Verlängerung und Ausweitung des Afghanistan-„Mandats“ der Bundeswehr – wurde noch in trauter Übereinstimmung beider Parteien beschlossen. Nicht ohne Grund verwies Angela Merkel am 10. Oktober auf „einen Fundus von Gemeinsamkeiten“.

Man bedenke indes: Obwohl der Unterschied zwischen Schily und Schäuble oder zwischen Clement und Stoiber nicht allzu groß ist, dürfte die neue Bundesregierung noch ein ganzes Stück reaktionärer und rechtsorientierter sein als ihre Vorgängerin, die das Zerstören von Resten sozialdemokratischer Politik auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die Linke ist heute parlamentarisch stärker als zu jeder anderen Zeit in der Geschichte der BRD, an deren Beginn es eine KPD-Fraktion mit Max Reimann, Walter Fisch, Heinz Renner und Fritz Rische im Bundestag gegeben hat. Die 54 Abgeordneten der Linkspartei sind allerdings keineswegs Kommunisten. Ihre Gruppe ist heterogen zusammengesetzt und muß sich erst allmählich finden. Zu ihr gehören so hervorragende Antiimperialisten wie der Hamburger Völkerrechtler Prof. Norman Paech, gleichermaßen aber auch Ulla Jelpke, die einst aus den Reihen der alten PDS-Fraktion dem USA-Präsidenten ein Antikriegsplakat entgegenhielt, und Roland Claus, der sich als PDS-Fraktionsvorsitzender bei Bush für diese mutige Tat zu entschuldigen wagte. Illusionen und übertriebene Erwartungen sind fehl am Platze. Dennoch hoffen wir, daß sich die Linksparlamentarier auf jene fabelhafte Losung einigen, mit der die PDS am Anfang ihrer Existenz Pflöcke einschlug: Veränderung beginnt mit Opposition!

Was nun das ganze Gezerre um die Merkel-Regierung betrifft, sollte man sich an ein Wort unseres frühen „RotFuchs“-Autors Karl-Eduard von Schnitzler erinnern: „Der Berg kreißte und gebar ein Mäuslein.“

Nr. 94, November 2015

Unser politischer Stil

Im August 1985 erschien in Lissabon ein aufsehenerregendes Buch Álvaro Cunhals, Es trug den Titel „Die Partei mit Wänden aus Glas“. Im Vorwort bemerkte der damalige Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), seine Genossen dürften an der Schrift vermutlich interessieren, wie dort charakteristische und typische Züge der Parteitätigkeit auf den Gebieten der Ideologie, der politischen Aktion, des Arbeitsstils und des inneren Lebens der PCP dargestellt würden. Für jene, die

sie mit Ernsthaftigkeit von außen betrachteten, konzentrierte sich die Neugier sicher darauf, in welcher Weise die Kommunisten ihre Partei selbst auffaßten, erklärten und sich wünschten. Deshalb mußten deren Wände „aus Glas“ sein, damit jeder die PCP von draußen beobachten könne. Der „RotFuchs“ will sich nicht mit einer politischen Partei gleichsetzen. Er tritt in erster Linie für marxistische Bildung und die Bündelung eines breiten Spektrums von Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in Deutschland

ein. Was wir hier und heute, was wir morgen und übermorgen tun und lassen wollen, muß für jeden Wohlmeinenden durchschaubar sein. Deshalb setzen wir wie die PCP auf Transparenz, auf die Übereinstimmung von Wort und Tat. Wir besitzen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus eine Ideologie, die die Welt erklärt und den Weg zu ihrer revolutionären Umwandlung weist. Sie ist nicht von vorübergehenden Faktoren wie Sieg oder Niederlage abhängig. Wir stehen fest zu unseren Prinzipien, sind zugleich aber gegenüber jedermann tolerant, der auch der konsequenten Linken das Recht zubilligt, ihren Standpunkt frei und offen zu vertreten. Dogmatische Verbohrtheit, sektiererisches Vorpellen, inhaltsloses Sprücheklopfen und bloße Spiegelfechtereien sowie die Neigung, keine Meinung außer der eigenen gelten zu lassen, haben mit unserem politischen Stil nichts zu tun. Einmal Erkanntes muß immer wieder auf den Prüfstand. Nur das, was die Nagelprobe sich vollziehender Veränderungen besteht, bleibt gültig, wobei wir jede opportunistische Anpassung an den „Zeitgeist“ ablehnen.

Wer glaubt, nur Dreschflügel müßten Takt besitzen, ist auf dem Holzweg. Persönliche Integrität und Loyalität gegenüber Mitstreitern sind elementare Voraussetzungen allen menschlichen Zusammenwirkens. Verlässlichkeit ist oberstes Gebot. Wir sind für eine demokratische Kultur, die mit Kritik und Selbstkritik, Disziplin und Kollektivität einhergeht. Kommunistische Parteien nennen diese Praxis demokratischen Zentralismus. Er darf nicht durch einen bürokratischen Kommandostil ersetzt werden, welcher die Befehle der Führung lediglich nach unten durchstellt. Die Leiter müssen menschlich, fachlich und politisch Autorität besitzen und nach den Prinzipien der Einzelverantwortung und Rechenschaftspflicht verfahren. So halten wir es beim „RotFuchs“. Álvaro Cunhal wandte sich in dem erwähnten Buch gegen jede Form des Individualismus im Handeln von Kommunisten:

„Der Individualismus ist im allgemeinen das Produkt der Überschätzung des eigenen Wertes und der Unterschätzung

des Wertes der anderen. Er zeigt sich in der systematischen Überbewertung der eigenen Meinung und der eigenen Aktion sowie im Widerstand dagegen, die Meinung anderer zu akzeptieren und entsprechend zu handeln“, schrieb er. Egomane, die Sucht, das eigene Ich ohne Rücksicht auf Verluste über alles andere zu stellen, schadet der Gemeinschaft wie den Trägern solcher Auffassungen. Bei allem, was wir tun, dürfen wir nie verkennen, daß wir auf der politischen Bühne nicht die einzigen Akteure sind. Es gibt einflußreiche Kontrahenten und mächtige Feinde, die uns auf Schritt und Tritt begleiten. Die jährlichen Verfassungsschutzberichte bekunden das. Der Gegner bedient sich der ideologischen Diversion, der gezielten Zersetzung, der Schürung von persönlichen und inhaltlichen Konflikten sowie der Unterwanderung. Deshalb müssen wir unsere Einheit wachsam gegen Versuche verteidigen, sie zu untergraben oder in Gefahr zu bringen. Natürlich wissen wir um die Unterschiedlichkeit der Menschen und glauben nicht, die Charaktere „normen“ zu können. Weltfremde Idealisierung liegt uns ebenso fern. Doch politische Arbeit und persönliches Verhalten lassen sich nicht voneinander trennen. Früher hieß es manchmal: „Als Genosse verhält sich XYZ einwandfrei, aber als Mensch taugt er wenig.“ Nicht selten waren Kaderleiter zufrieden, wenn jemand keine Westverwandtschaft besaß, aus einem „unbedenklichen“ Elternhaus stammte und gute Schulabschlüsse nachweisen konnte. Ob er auch ein anständiger Kerl war, blieb da offen. Das trug dazu bei, daß wir Karrieristen, Anpasser und Duckmäuser zuhauf in unsere Reihen aufgenommen haben. Die Verwässerung der ursprünglichen Vorhut war ein maßgeblicher innerer Grund unserer zeitweiligen Niederlage. Daß letztlich äußere Faktoren – vor allem die Preisgabe der DDR durch die auf proimperialistische Positionen übergegangene Führung der UdSSR – beim Desaster den Ausschlag gaben, steht auf einem anderen Blatt.

Nr. 95, Dezember 2005

CDU und SPD in einem Bett

In Israel hat sich Shimon Peres – jahrzehntelang Führer der sozialdemokratischen Arbeitspartei – über Nacht gehäutet und in das Lager des großbürgerlichen Gegenspielers, des rechts-chauvinistischen Politikers Ariel Sharon, begeben. In Deutschland hat Franz Müntefering, bis vor kurzem noch Vorsitzender der SPD, nach einer „erbitert“ ausgetragenen Spiegelfechtereien zur Täuschung der Wähler die Seiten gewechselt und ist mit der CDU ins Bett gestiegen. Der „Heuschrecken“-Bekämpfer zeigt sich jetzt als getreuer Paladin Angela Merkels. In beiden Fällen liegt kein echtes Überlaufen vor. Man gehörte schon früher zusammen und hat sich durch das Abwerfen der Maske nur erkennbarer gemacht. Die Wähler, die gegen eine solche Liaison gestimmt hatten, wurden systematisch irreführt. Anhänger der SPD wurden an die CDU und CDU-Gefolgsleute an die SPD verkauft. Doch das ist in der kapitalistischen Welt nichts Ungewöhnliches, besteht doch das Wesen der bürgerlichen Demokratie im Einseifen

und Über-den-Löffel-Balbieren des Wahlvolks. Sind die Bourgeois, einschließlich ihrer rechtssozialdemokratischen Komponente, nicht stets darauf aus, die „Kunden“ über den Tisch zu ziehen?

Die Equipe von M & M, die jetzt den geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Kapitals abgibt, verbreitet die Legende, die Berliner Kabinettsbildung sei ein „Aufbruch“. Sind diese Leute nicht eher eingebrochen? Man legt sich mächtig ins Zeug, um den noch frischen Eindruck der gemeinsamen Niederlage beider Koalitionäre und einer zwei Monate schwelenden Staatskrise der BRD zu verwischen. Das plötzlich zur Schau gestellte Intimverhältnis von CDU und SPD ist in Wahrheit nichts anderes als der Versuch, aus der Not des großen Desasters vom 18. September nachträglich eine Tugend zu machen. Es handelt sich um ein Zweckbündnis zweier Rivalen, die es allein oder in ihren jeweiligen Wunschkoalitionen nicht geschafft haben. Unter diesen Umständen trägt der Blinde den

Lahmen fort. Die Wahlverlierer halten sich aneinander fest und stellen auf vier Jahre ausgelegten Optimismus zur Schau. Über die tatsächliche Malaise können weder das amerikanisch gestylte Lächeln der Kanzlerin (Motto für schlichte Gemüter: „Eine Frau und obendrein aus dem Osten!“) noch die politischen Plattheiten des „ebenfalls aus dem Osten stammenden“ neuen Platzhalters der SPD hinwegtäuschen. Das Programm der Merkel-Regierung ist die Schrödersche Agenda 2010 mit schärferen Zutaten. Der Umstand, daß die Regierungsschefin ihrem Vorgänger für dessen Kurs sozialer Demontage ausdrücklich dankte und ankündigte, seine „Reformen“ fortsetzen zu wollen, offenbart das Maß des politischen Verschleißes der SPD, die sich längst in eine stinknormale bürgerliche Partei verwandelt hat. Es ist nicht damit zu rechnen, daß von M & M jener „Ruck“ ausgehen wird, nach dem sich der frühere Bundespräsident Roman Herzog einst so gesehen hat. Was in Berlin geschieht, hat nichts mit dem Wollen oder Unvermögen einzelner Minister zu tun, sondern mit den „Sachzwängen“ der Kapitalherrschaft. Da auch Frau Merkel an der „Senkung der Arbeitslosenziffer“ gemessen werden will, wird sie ebenso scheitern wie Schröder, weil die Steigerung der Zahl der Beschäftigten absolut nicht im Interesse der Unternehmer liegt. Gerade jüngste Entwicklungen zeigen, daß es ihnen allein darum geht, mit immer weniger Arbeitskräften immer höhere Profite zu erzielen. Die eigentliche Regierung Deutschlands sitzt nicht in den Ministerien, sondern in den Zentralen von BDI und BDA. Sie trägt nicht das blanke Gesicht der Ursula von der Leyen,

sondern die verkniffene Wadenbeißer-Visage der Hundts, die im Auftrag ihrer „Gremien“ das Notwendige veranlassen. „Du bist Deutschland!“ wiederholt die Propagandazentrale, von der die Medien gleichgeschaltet werden, seit Monaten eine damals auf Hitler bezogene Parole aus dem Jahr 1935. Dieser verlogene Satz soll suggerieren, der Bürger XYZ bestimme darüber, was in seiner Heimat geschieht. Doch was hat eine Bevölkerung zu entscheiden, die nicht einmal über die eigene Verfassung abstimmen durfte? Manche glauben, die Regierung der großen Koalition sei unter den gegebenen Umständen vielleicht die beste Variante, um dem Land Stabilität zu geben. Einige meinen sogar, die „Aussöhnung“ von CDU und SPD werde Klüfte überbrücken und das „nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen“ stärken. Wer so denkt, urteilt nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Die Große Koalition ist in der Tat die für das deutsche Kapital derzeit günstigste Variante, um nach dem Scheitern an den Wahlen die Zügel politisch in der Hand zu behalten. Die SPD-Führung erweist sich dabei einmal mehr als williger Mitspieler. In Person des vorbildlich unbedarften Mathias Platzeck hat sie einen geeigneten Strohmännchen der eigentlichen Regisseure nach vorn gestellt. Der Wähler wird jetzt von Leuten regiert, die er in dieser Konstellation nicht gewollt hat. Denn die große Koalition stand nirgendwo auf dem Stimmzettel. Sie verkörpert die Macht der kapitalistischen „Eliten“ und die derzeitige Ohnmacht des Volkes.

Nr. 96, Januar 2006

Herz und Kopf

Der Zugang von Menschen zur sozialistischen Idee ist sehr unterschiedlich. Manchen, die aus einem fortschrittlichen Elternhaus kamen, wurde sie „fast in die Wiege gelegt“. Andere haben sie sich mühsam erobern müssen. Wieder andere sind erst an dramatischen Wendepunkten ihres Lebens – z. B. als kriegsgefangene Soldaten der faschistischen Armee über sowjetische Antifa-Schulen – auf sie gestoßen oder haben sich gegen ein völlig konträres Milieu in ihrer Richtung durchgeschlagen. Bisweilen hört man – besonders von Genossinnen und Genossen aus dem Westen –, die Betreffenden empfänden sich als „Kommunisten, allerdings mehr aus dem Bauch“. Solche Linken sind oft keine schlechten Mitstreiter „auf der Barrikade“, denn „Bauch“ steht bei ihnen für Herz und Gefühl, oder auch für Instinkt, ja, für Klasseninstinkt. Und ohne Herz, ohne eine tiefe emotionale Bindung geht im politischen Dasein von Revolutionären gar nichts. Wer nicht selbst brennt, kann andere nicht entflammen, heißt es. Solche „Bauch-Kommunisten“ haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung oftmals Großes vollbracht. Man denke nur an Tschapajew, der von der Theorie des Marxismus keine Ahnung hatte und sich heldenmütig für die Sache schlug. Man müsse in alles, was man tue, seine ganze Seele hineinlegen – selbst, wenn es sich um das Flechten von Bastschuhen handle, hat Michail Kalinin einmal gesagt. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Instinkt ist natürlich noch kein Bewußtsein, sondern lediglich dessen

Vorstufe. Das, was man erlebt und mit dem Herzen empfindet, muß durch das Gehirn verarbeitet und vom Verstand erfaßt werden. Die Maxime „Wissen ist Macht“ deutet die eigentliche Befreiung des Menschen an. Nur wer Einblick in die Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft besitzt, kann die Waffe der Bewußtheit einsetzen. Stehen den eher vom Gefühl her handelnden „Bauch-Kommunisten“ die kühl kalkulierenden „Kopf-Kommunisten“ gegenüber – jene, die alles von der Theorie her zu erfassen suchen und nüchtern analysieren? Tatsächlich nähern sich viele – besonders Studenten und Intellektuelle – dem Marxismus über das rationale Begreifen seiner Lehre, deren zwingende Logik sie in ihren Bann zieht. Ist das ein Mangel? Es erweist sich ohne Zweifel als Vorteil, wesentliche Elemente der marxistischen Weltanschauung schon zu kennen, bevor man sich in die Schlacht stürzt. Reine „Kopf-Kommunisten“ verharren jedoch in Einäugigkeit, wenn sie das Erfassen der Wirklichkeit nicht mit der unmittelbaren Teilnahme am Kampf der Arbeiterbewegung verbinden. Wer sein Verhältnis zur sozialistischen Ideologie nur über die Bejahung von Abstraktionen regeln möchte, leidet unter politischer Blutarmut und gerät schnell in Atemnot. Nicht selten sind solche Nur-Theoretiker wieder abgesprungen oder gar zu Renegaten geworden.

Was ist der Idealzustand? Sozialist oder Kommunist kann nur jemand sein, der Verstand und Gefühl harmonisch miteinander zu verbinden weiß. Zum „Bauch“ – der instinktiven

Parteinahme – muß die im Kopf vor sich gehende Einsicht in Zusammenhänge, Hintergründe, Ursachen und Wirkungen kommen. Der Kampf des deutschen Proletariats hat immer wieder Menschen hervorgebracht, die diese Einheit zweier unverzichtbarer Komponenten verkörpern. Ein Beispiel ist der von den Faschisten hingerichtete Pädagoge Dr. Theodor Neubauer. Er war einer der kühnsten Köpfe der kommunistischen Bewegung in Deutschland und zugleich ein glühender Volkstribun. Ein großer Teil der Älteren, die früher DDR-Bürger waren, ist mit der marxistischen Lehre in Berührung gekommen. Noch gibt es – vor allem im Osten – eine beachtliche Zahl gebildeter Marxisten, auf denen die Verantwortung ruht, ihr Wissen an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Das ist indes kompliziert, bedenkt man, daß die ab Mitte der 80er in der DDR eingeschulten Jahrgänge heute in der Regel kaum Kenntnisse von der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse besitzen. In den meisten Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik erfahren die dort Lernenden nichts oder kaum etwas von Marx, Engels

und Lenin – jedenfalls nichts Positives. Um vom „Bauch-Kommunisten“ zum Marxisten zu werden, der sich auf die Vorgänge hierzulande und in der Welt „seinen Reim“ machen kann, ist das Selbststudium derzeit der Königsweg. Noch gibt es aus Verlagen der DDR und der UdSSR stammende Gesamt- und Einzelausgaben der Klassiker in Buchhandlungen, Bibliotheken oder über das Internet. Wer sich selbst an die blauen oder braunen Bände herantasten will, steht vor der zunächst unlösbaren Frage: Womit beginnen? Das „Kommunistische Manifest“, Lenins „Staat und Revolution“, sein „Imperialismus“ und „Der ‚linke‘ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ wären mein Tip für ein „Anfangspensum“. Wer durch einen solchen „Cocktail“ auf den Geschmack gekommen ist, dürfte sich Appetit auch auf andere Arbeiten der Meister holen. Bei all dem aber soll kein blasser Studiosus herauskommen, sondern ein Mensch, in dem das Feuer des Klassenkampfes brennt. Denn Herz und Kopf gehören zusammen, wenn man der Sache dienen will.

Nr. 97, Februar 2006

„Vater Staat“?

Es war im Herbstsemester 1952. Ob Hermann Klenner damals schon Professor war, weiß ich heute nicht mehr. Es spielt auch keine Rolle. Jedenfalls war sein Lehrstoff äußerst spannend. Mit roten Ohren saßen wir Jurastudenten der Berliner Humboldt-Universität in seiner Vorlesung über Staats- und Rechtstheorie. Den Hörsaal füllten gut zur Hälfte Absolventen der Arbeiter- und Bauern-Fakultät – viele älter als der Mann am Rednerpult. Der Staat sei eine „Maschine“, ein Instrument zur Durchsetzung von Zielen der jeweils herrschenden Klasse und zur Niederhaltung ihrer Gegner. Neben Machtsicherung und Repression habe er auch noch andere Aufgaben zu erfüllen. Besonders im Sozialismus, wo wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktionen immer mehr an Bedeutung gewannen.

Was wußten wir in jener Zeit vom Staat? Die meisten nahmen wohl an, er sei – da in bestimmten Grenzen bestehend – am ehesten mit dem Land identisch. Vielleicht auch mit der Nation. Jeder hatte schon mal die Forderung vernommen, man dürfe „Vater Staat“ nicht „auf der Tasche liegen“. Das unterstellte, der Staat sei gleichsam ein gütiges, ausgleichendes Gemeinwesen, eine Art Übervater, der für seine „Kinder“ bestens Sorge und alles regele.

Diese Illusionen wurden nun mit dem marxistischen Seziermesser zerschnitten. Wo die Bourgeoisie herrsche, bestehe die „Maschine“ vor allem aus Armee, Polizei, Justiz, Gefängnissen und ganzen Heerscharen von Beamten. Diese Ballung staatlicher Gewalt habe es auch in den beiden vorgegangenen Ausbeuterformationen – der Sklaverei und dem Feudalismus – gegeben.

Wenn die Arbeiterklasse ihre Revolution vollziehe und an die Macht gelange, werde sie den Staat zum Aufbau und Schutz des Sozialismus dringend benötigen. Erst später, wenn die Klassen im Kommunismus gänzlich aufgehoben seien, trete eine andere Form gesellschaftlicher Organisation an die Stelle des Staates. Auch Traumbilder vom Recht als dem Ausdruck allgemeiner Gerechtigkeit zerstoßen im

Licht der marxistischen Analyse. „Euer Recht ist ja nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Klasse“, hatten Marx und Engels der Bourgeoisie im Kommunistischen Manifest entgegengehalten und damit den Schleier angeblicher Neutralität juristischer Normen weggezogen. Der Staat als Klassenstaat, das Recht als Klassenrecht – die Eckpfeiler waren gesetzt. Was wir vor mehr als 50 Jahren in uns aufnahmen, erfuhren später Millionen DDR-Bürger viel ausgefeilter beim Studium an den Hochschulen und in Zehntausenden Zirkeln aller Art. Der Marxismus-Leninismus wurde in der DDR zur dominierenden Lehre, weil die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft geworden war. Die herrschende Ideologie ist immer die Ideologie der politisch Herrschenden, weiß man. Heute gibt das Großkapital in ganz Deutschland wieder den Ton an. Das geistige Dunkelmännertum seiner Theorien ist schwer zu durchdringen. So kann Frau Merkel erneut das alte Eiapopeia vom „Vater Staat“ auflegen.

Natürlich sind auch wir Kommunisten und Sozialisten Staatsbürger der Bundesrepublik, wenn man davon absieht, daß viele im Osten das nur wider Willen wurden und ihre innere Loyalität noch immer der durch die BRD annektierten DDR gehört. Jederzeit wissend, daß der „neue“ Staat die „Maschine“ der Bourgeoisie ist, halten wir uns strikt an die geltenden Gesetze. Politisch „ankommen“ aber wollen wir nicht. Denn wir vermischen nicht Feuer und Wasser. Die NVA der DDR, die vor 50 Jahren als Armee des Friedens und des Sozialismus geschaffen wurde und deren einstigen Angehörigen wir zum Jubiläum auf das herzlichste gratulieren, hat mit der außer Landes intervenierenden Bundeswehr nichts gemein. Unsere Volkspolizei war ein Machtinstrument des Arbeiter- und Bauernstaates – die Polizei der BRD dient der Aufrechterhaltung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse. Unser MfS hielt innere und äußere Feinde des Sozialismus in Schach – der Verfassungsschutz der BRD ist vor allem BDI und BDA

verpflichtet, während Steinmeiers BND mit Aggressoren kooperiert. Unsere Justiz verteidigte sozialistische Macht- und Eigentumsverhältnisse – Gerichte und Staatsanwaltschaft der BRD aber schützen vor allem das Privateigentum der Ausbeuter.

Sicher ist diese Darstellung scherenschnitthaft. Machtorgane bestehen immer aus Menschen, die nicht schematisch eingeordnet werden können und sich unterschiedlich verhalten. Aber sie trifft den Kern des Problems. Auch die andere Seite nimmt übrigens eine scharfe Abgrenzung vor.

Nur ein Beispiel: Nach jahrelangen Bemühungen des für imperialistische Traditionspflege zuständigen Bundeswehrverbandes, das Klassenbewußtsein von NVA-Offizieren durch „Integration“ einzuschläfern, hat das BRD-Verteidigungsministerium jetzt im Osten offenbar geplante Veranstaltungen zum NVA-Jubiläum in Bundeswehrobjekten strikt untersagt. So halten sie es mit der „Armee der Einheit“. „Vater Staat“ ist also ein Märchen für Erwachsene. Dessen sollte man sich stets bewußt sein.

Nr. 98, März 2006

Vermächtnis der Arbeitereinheit

Als ich, eben 16, am 28. Dezember 1948 im Westberliner Bezirk Steglitz Mitglied der SED wurde, stieß ich auf eine Partei in Aufbruchstimmung. Die Genossen waren hoch motiviert. Noch immer in aller Munde: der Vollzug der Arbeitereinheit. Auch manche Sozialdemokraten in Westberlin hatten daran Anteil. Noch vor der DDR-Staatsgründung übersiedelten wir in den Osten, an den Treptower Dammweg. Unsere Nachbarn waren Genossen wie Willi Stoph, der kampferfahrene Hans Jendretzky oder auch Ruth Werner, die später „Sonjas Rapport“ schrieb. Sogar Ernst Busch gehörte zeitweilig zu unserer Wohngruppe. Die SED war etwas qualitativ Neues in der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht nur, weil sie sich aus zwei Parteien mit eigener Tradition und konträrer Entwicklung zusammensetzte. Sie erwies sich auch als eine geschichtsmächtige Kraft, weil sie die werktätigen Klassen in jenem Drittel Deutschlands, das von der Roten Armee befreit worden war, zur politischen Herrschaft führte. Ohne die den Weg bahrende Tat der Sowjetunion wären die Antifaschisten – vor allem Kommunisten und Sozialisten – dort nicht freigesetzt worden, hätte es keinen Raum für revolutionäre Umgestaltungen und kein jahrzehntelanges erfolgreiches Voranschreiten auf der Bahn des Sozialismus gegeben. Natürlich hatten auch die anderen Blockparteien ihren Anteil am demokratischen Aufbau. Aber man muß der Gerechtigkeit halber konstatieren: Wer heute von der DDR spricht, muß vor allem von der SED sprechen. Die Vereinigung von SPD und KPD war das Schlüsselereignis, ohne das sich der Sozialismus nicht durchgesetzt hätte. Wenn von Zwangsvorstellungen Geplagte weiterhin ihre These von der „Zwangsvereinigung“ strapazieren, dann muß man dem entgegenhalten: Bei allen Widerständen, die natürlich zutage traten, gab es in der deutschen Geschichte nichts Freiwilligeres als den Zusammenschluß sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. Das Schlimmste für die Bourgeoisie und ihre aufeinanderfolgenden Schumachers war die Tatsache, daß die Vereinigung auf marxistischer Grundlage zustande kam. Es besteht – wie man sieht – kein Anlaß, sich wegen früherer Mitgliedschaft in der SED, die für Genossen verschiedener Parteien und unzählige heute Parteilose im Osten die gemeinsame Vergangenheit darstellt, ins Mauselloch zu verkriechen. Im Gegenteil: Es gibt gute Gründe zum Stolz darauf, in den Reihen der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands gestanden zu haben, die ihre Klasse für immerhin vier Jahrzehnte an die Macht brachte und gemeinsam mit anderen Antifaschisten einen weltweit geachteten Staat – die

Deutsche Demokratische Republik – schuf. In diesem Sinne war die SED die erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die These wird Widerspruch hervorrufen: Ist das nicht viel zu viel Fanfare, ein unerlaubter Überschwang an Nostalgie, wenn man bedenkt, daß das Kind am Ende in den Brunnen gefallen ist? Haben nicht doch jene recht, die behaupten, der Sozialismus sei ein für allemal gescheitert? In der Tat hat die Konterrevolution, hinter der das gesamte Potential des BRD-Imperialismus mit USA und NATO stand, das Gras total versengt. Doch unter der graubraunen Narbe liegen tiefgehende und weitverzweigte Wurzeln. Noch ist nicht aller Tage Abend.

Natürlich besteht die Chronik der SED, die mit dem berühmten Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls begann, nicht nur aus Siegeszug und Triumph, sondern auch aus Irrtümern und aus der Bitterkeit einer schweren Niederlage, für die es innere und äußere, ökonomische, politische und ideologische Ursachen gibt. Die SED – das waren bisweilen „allwissende“ und selbstherrlich entscheidende Funktionäre, auch ganze Schwärme von Karrieristen und Trittbrettfahrern. Aber sie wurde vor allem durch die aufopferungsvolle Einsatzbereitschaft Zehntausender redlicher Genossinnen und Genossen aller „Ebenen“ geprägt, die zuletzt an sich selbst dachten. 1989 gab es einen Bruch. Nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Partei. Er hatte seine Schatten vorausgeworfen. Eine viel zu schwache Führung stand einer verzweifelten Situation gegenüber. Das ZK kapitulierte und löste sich selbst auf. Da erschienen Leute mit großen Besen und wollten uns plötzlich weismachen, nicht Lenin, sondern Bernstein sei in Wirklichkeit unser „Vorvater“. Es gehe um einen „dritten Weg“. „Ich bin vom Marxismus nur in zwei Fragen weg“, sagte einer von ihnen dem ND: „in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums“. Also von allem. Manche, die sich für die angebliche Zwangsvereinigung bei der SPD entschuldigt haben, steuern offensichtlich einen Kurs, der letzten Endes zur Vereinigung mit der SPD – auf reformistischer Grundlage – führen soll. Das wäre dann für ehrliche Sozialisten tatsächlich eine Zwangsvereinigung. Was uns betrifft, so bleiben wir an Deck. Wir verfolgen unbeirrbar und langfristig das Ziel der Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibindung. Auf marxistischer Basis – wie 1946. Das ist das Vermächtnis der Arbeitereinheit. Übrigens: Mein SED-Buch habe ich – wie viele andere Genossen – sicher aufbewahrt. Ich halte es in Ehren.

Nr. 99, April 2006

Einhundert RotFüchse

Mit der Mai-Ausgabe legen wir den 100. „RotFuchs“ in die Hände unserer Leser. Zu dieser „Jubiläumsnummer“ ist zu sagen: Wir haben dem Trommelfeuer des Gegners über acht Jahre standgehalten. Obwohl der Druck groß war, verschlug er uns nicht die Sprache. Er führte auch nicht dazu, daß uns die Munition ausging. Im Gegenteil. Wir nehmen den Klassenfeind heute mit einem ganz anderen Kaliber unter Feuer, als es uns vor 100 Monaten zur Verfügung stand. Die Zahl derer, die sich als ständige Leser am „RotFuchs“ festgebissen haben, ist stürmisch gewachsen. Sie beträgt jetzt etwa das 75fache der Ausgangsgröße. Waren wir im Februar 1998 das nur rund 200 Bezieher beliefernde Blättchen einer kleinen Gruppe aufrecht Gebliebener, so haben wir seitdem quantitativ und qualitativ beachtlich zugelegt. Ohne Hochmut oder Phantasterei können wir davon sprechen, daß der RF mittlerweile zu den tonangebenden und Maßstäbe setzenden linken Publikationen in Deutschland gehört. Herausgeber ist ein mitgliederstarker Förderverein, der einen weiten Fächer unterschiedlicher, aber in Grundfragen einiger Kräfte repräsentiert. Frei von Sektierertum und dogmatischer Enge, stehen wir auf den unveräußerlichen Positionen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Erkenntnisse wir in ein dialektisches Verhältnis zur Realität unserer Tage setzen. Bei aller politischen Bandbreite, die wir anbieten, behalten wir das Ziel der Sammlung für einen neuen antikapitalistischen Anlauf fest im Auge. Unsere Prinzipien sind nicht verhandelbar.

Der „RotFuchs“ hat vielen, die nach der Niederlage der Kommunisten und Sozialisten Europas den Mut schon hatten sinken lassen, den Blick für die gesellschaftliche Perspektive zurückgegeben. Dazu gehört auch der berechnete Stolz auf die DDR, hatten wir doch in der deutschen Geschichte nur diese 40jährige Periode des Sozialismus. Daß die Wiederherstellung des historisch bereits überwundenen Kapitalismus eine klassische Konterrevolution war, in die auch viele hineingerissen wurden, die nichts mit ihr zu tun haben wollten, ist unter „RotFuchs“-Lesern inzwischen fast ein Allgemeinplatz. Seit der Nr. 1 bin ich der verantwortliche Redakteur des RF. Denke ich an die frühen Ausgaben zurück, dann erinnere ich mich vor allem jener Autoren, die uns als erste zu Hilfe kamen. Unter ihnen befanden sich Ulrich Huar, Walter Florath und Karl-Eduard von Schnitzler. Rainer Rupp – unser Mann bei der NATO – lieferte Beiträge direkt aus der Zelle des Saarbrücker Gefängnisses, in das man ihn geworfen hatte. Und

der im Vorjahr verstorbene Grafiker Arno Fleischer fuhr eigens in den Berliner Tierpark, um uns einen Fuchskopf „nach der Natur“ zu zeichnen. Die Seele des Redaktionsstabes waren damals Lena und Kurt Andrá. Nicht selten werden wir gefragt, wie es sich erklärt, daß unser Versand so zuverlässig funktioniert. Das Geheimnis besteht in einem großen ehrenamtlichen Kollektiv treuer Helfer, das am Letzten eines jeden Monats so lange eintütet, bis der riesige Zeitungsberg verpackt worden ist und die Post-Paletten auf den Weg gebracht werden können. Übrigens hat der „RotFuchs“ längst auch einen verlässlichen typographischen Partner: den „Bunten Hund“. Als wir vor sechs Jahren dazu überzugehen vermochten, das Blatt in dieser professionellen Druckerei herstellen zu lassen, war die Zeit des mühseligen Kopierens in „Heimarbeit“ endlich vorüber. Allen, die als Autoren im Impressum stehen oder als Gestalter und Korrektor zum Erfolg des RF beitragen, sei hier gedankt. Hinzugefügt werden muß, daß es inzwischen mehr „Quereinsteiger“ als „reguläre“ Mitarbeiter gibt. Monat für Monat erreichen die Redaktion außer 100 bis 130 Leserbriefen auch etliche Zuschriften, die bereits mehr oder weniger ausgereifte Artikel sind. Häufig treffen überdies Vorschläge neuer Leser ein, doch dieses oder jenes Thema unbedingt aufzugreifen. Meist müssen wir auf ältere Ausgaben des RF verweisen, in denen der empfohlene Stoff bereits behandelt worden ist. Wie aber kann man erreichen, daß später Dazugestoßene Anschluß an den Wissensstand langjähriger Leser gewinnen? Nur über CDs? Sollte man nicht ein Sammelbändchen nach dem Motto herausbringen: Das Beste aus dem „RotFuchs“? Noch ein Anliegen. Unsere Zeitschrift bezeichnet sich im Titel als Tribüne. Zwar nicht unbedingt im Sinne der „Speaker's Corner“ des Londoner Hydeparks, wo jedermann vortragen kann, was ihm gerade durch den Kopf schwirrt. Uns geht es um freimütige Debatten mit Für und Wider, wie es die in diesem Heft geführte Diskussion über Fred Mathos Wertgesetz-Artikel beispielhaft zeigt.

Egon Erwin Kisch hat ein von ihm in Prag herausgegebenes Journal schlicht „Die Zeitung“ genannt. Es wurde nur ein Jahr alt. In dieser Hinsicht haben wir den Meister also schon überflügelt. Doch trotz unserer Längerlebigkeit sollten wir uns in Bescheidenheit üben, denn von großen publizistischen Vorbildern wie Kisch, Tucholsky und Ossietzky gilt es auch weiterhin zu lernen.

Nr. 100, Mai 2006

Nostalgie – gut oder schlecht?

Zu den am häufigsten benutzten Kampfbegriffen derer, die sich dessen rühmen, politisch „andere“ geworden zu sein, zählt das Wort Nostalgie (oder Ostalgie). Wer sich treu geblieben ist und seine Gesinnung nicht zu Markte getragen hat, wird von ihnen mit der abwertenden Vokabel „Nostalgiker“ oder „Betonkopf“ etikettiert. Gerne spricht man in solchem Zusammenhang auch von „Stalinisten“,

was immer das sein mag. Damit sollen alle getroffen werden, deren Denken so „antiquiert“ ist, daß es bis ins 19. Jahrhundert, zu Marx und Engels, oder bis ins beginnende 20. Jahrhundert, zu Lenin, zurückreicht. Wer sich zu diesen politischen „Dinosauriern“ bekenne, habe jedes Recht verwirrt, in heutigen und künftigen Angelegenheiten mitzureden, verkünden gewisse Leute, die sich als große

Geister der „Moderne“ ausgeben. Sie wollen damit von der Tatsache ablenken, daß sie selbst zur Prinzipienlosigkeit mutiert sind. Schon der erste Windhauch der Konterrevolution hat ihren eingeübten und jahrelang zur Schau gestellten „Marxismus“ wie einen federleichten Löwenzahnsamen hinweggetragen.

Das aus dem Griechischen stammende Wort Nostalgie bedeutet die in der Regel verkürzte Hinwendung zu Ereignissen früherer Zeiten. Diese ist häufig reaktionär – man denke nur an Platzecks pauschale Preußen-Nostalgie. Jede ideelle Identifizierung späterer Generationen mit schlimmen Phasen oder Erscheinungen der Vergangenheit ist ein Ausdruck rückwärtsgewandten Verhaltens. Doch jene politischen Chamäleons, die Kommunisten und Sozialisten ihr revolutionäres Beharrungsvermögen zum Vorwurf machen, meinen natürlich etwas ganz anderes, wenn sie deren Festhalten an den guten Seiten der deutschen Geschichte und vor allem an 40 Jahren DDR attackieren. Sie greifen diese bejahende Einstellung zu positivem Geschehen vergangener Zeitläufte an, um die Weitergabe von Erfahrungen zu behindern. Wir wissen sehr gut, daß jede neue Generation – ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht – immer auf den Schultern der Vorangegangenen steht, daß die menschliche Fortentwicklung ein ewiger Prozeß der Überlieferung von Wissen ist. Aufgabe der vorwärtsdrängenden Kräfte der Gesellschaft ist die Bewahrung alles Wertvollen und Verteidigungswerten aus Wissenschaft und Kultur, aber auch aus der Gesamtheit der Historie. Als konsequente Marxisten sind wir Hüter der besten Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Das ist etwas völlig anderes als der Verzehr tauber Nüsse der Nostalgie, das Sich-Einmauern in einer leblosen und überlebten Vorstellungswelt. Jene falschen Propheten, die uns unterstellen, wir wären Parteigänger längst zerronnener Ideale und würden Histörchen von gestern propagieren, führen die Menschen bewußt irre. Selbst schnell davonfliegende Spreu,

erklären sie sich großspurig zum Weizen. Und sie geben anderen das Prädikat: „Gewogen und zu leicht befunden“. Dabei wissen sie natürlich ganz genau, daß nur der im Heute bestehen und Brücken in die Zukunft bauen kann, der unausreißbare Wurzeln in der Vergangenheit besitzt. Aber es sind ja gerade diese Wurzeln – nicht etwa wurzellose Stiele wie Bernstein und Kautsky, Schumachers, Ollenhauers und Brandts „demokratischer Sozialismus“ oder der „dritte Weg“, sondern Marx, Engels und Lenin, Thälmann, Pieck und Reimann –, an denen wir festhalten. Weil sie sich bewußt sind, auf morastigem Grund zu stehen, bezichtigen sie alle des Realitätsverlusts, die festen Boden unter den Füßen haben.

Wir sind keine weltfremden Spinner, die ausgeträumten Träumen hinterherjagen, sondern hellwache politische Kämpfer, die einmal Erkanntes nicht preisgeben, auch wenn sie eine furchtbare Niederlage erlitten haben. Für die Kapitulantinnen und Übergelaufenen heißt die Schlußfolgerung: Nie wieder! Für uns gilt die Devise: Das nächste Mal besser. In uns lebt das Vermächtnis der Märzgefallenen von 1848, der Matrosen von Marstall und Schloß, der Gestalter der bayrischen Räterepublik, der Arbeiterhelden gegen Kapp und Lüttwitz, der Genossen der Roten Ruhrarmee, des mitteldeutschen Aufstandes und der Hamburger Barrikaden, der Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler, der Interbrigadisten, der Erbauer des Sozialismus in der DDR und der tapferen westdeutschen Kommunisten, die dem schändlichen KPD-Verbot von 1956 trotzten. Wenn das Nostalgie sein soll, dann bekennen wir uns freudigen Herzens zu ihr! Mögen sie uns nur schmähen – uns wird das weder den Mut noch die Zukunftsgewißheit nehmen. Unsere Antwort an den Klassenfeind und jene, die vor ihm einknicken, ist unmißverständlich: Der Sozialismus wird eines Tages auch in Deutschland triumphieren.

Nr. 101, Juni 2006

Links von der SPD?

Manche, die sich als Linke verstehen, vielleicht über Talkshow-Erfahrung verfügen und auch in der Abstandsuche zur DDR-Geschichte routiniert sind, geben auf die Frage nach ihrem politischen Standort gerne zur Antwort, sie stünden „links von der SPD“. Wie die Verfasser des SPD-Programms bekennen sie sich zum demokratischen Sozialismus, der die bürgerliche Gesellschaft nicht antasten will. Er dürfe allein „mit demokratischen Mitteln“, also nur bei vorliegendem Einverständnis der Bourgeoisie und im Rahmen des bestehenden Systems, „eingeführt“ werden. Jede an die Wurzel gehende Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, jeder Schritt revolutionärer Unbotmäßigkeit gegenüber den geltenden „Spielregeln“ seien strikt zu vermeiden. Wir haben in den letzten Jahren genügend Wölfe im Regierungsschafspelz erlebt, um uns darunter etwas vorstellen zu können.

Gibt es eigentlich so etwas wie links von rechts? Ohne Zweifel. Doch die Frage ist wohl gestattet, ob links von rechts tatsächlich immer links ist oder nur linker als rechts. Daß

es dabei auf die jeweiligen Inhalte und Klassenoptionen ankommt, versteht sich von selbst.

Die SPD als Arbeiterpartei gibt es seit Kurt Schumachers wütender Absage an den Gedanken der Arbeitereinheit, allemal jedoch seit dem Godesberger Programm, nicht mehr. Dennoch stand Brandts und Wehners SPD im politischen Spektrum der Bundesrepublik – trotz des virulenten Antikommunismus der meisten ihrer Führer – nicht zuletzt aufgrund der sozialen Struktur in Mitgliedschaft und Wählerbasis links von den drei tonangebenden bürgerlichen Parteien CDU, CSU und FDP. Unter Schröder – der direkt aus dem Bundeskanzleramt in lukrative Aufsichtsratsposten von Spitzenkonzernen umstieg – und im jedes Eigenprofil auflösenden Schmelztiegel der großen Koalition hat sich die SPD in eine gewöhnliche bürgerliche Partei mit sogar rechten Zügen verwandelt. (Und das trotz der Tatsache, daß sie noch immer von vielen Linken und Halblinken gewählt und unterstützt wird.) Herren wie Steinmeier und Steinbrück sind aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ihre Kollegen vom angeblich rechteren Koalitionspartner.

Womit geklärt sein dürfte, daß „links von der SPD“ nicht wirklich links heißen muß. Offensichtlich besteht gegenwärtig ein Vakuum – ein vorerst unbesetzter Raum, der sich in der politischen Realität genau an jener Stelle der bundesdeutschen Parteienlandschaft befindet, an der früher die inzwischen abgedriftete SPD ihre Zelte aufgeschlagen hatte. Was Schröder, Müntefering und Beck quitiert haben, findet bei anderen lebhaftes Interesse.

Als Hauptbewerber tritt die sich gerade erst formierende Partei aus PDS und WASG auf den Plan, deren Zustandekommen inzwischen wohl außer Frage stehen dürfte. Der Konflikt zwischen polarisierenden Gruppen beider potentieller Vereinigungspartner – der rechtsgerichteten Berliner PDS-Mannschaft um Wolf, Liebig und Lederer auf der einen und der trotzkistisch-ultralinken Berliner WASG-Mehrheit um Lucy Redler auf der anderen Seite – dürfte von den Parteizentralen früher oder später „unter Kontrolle gebracht“ werden. „Die Linke“, wie die neue Partei heißen soll, beansprucht das vakante Gelände „links von der SPD“. Aber als was?

Als antikapitalistische, systemkritische Kraft, die bei allen einzugehenden Kompromissen die kardinale Macht- und Eigentumsfrage nicht aus den Augen verliert und das sozialistische Gesellschaftsziel im Blick behält? Diese von Kommunisten und Sozialisten in PDS und WASG verfochtene Linie wäre optimal und würde die Bezeichnung links in der Tat verdienen. Wahrscheinlicher aber ist das Entstehen einer gesamtdeutschen linken Sozialdemokratie

nach dem Muster der USPD, für die sich als Führungsgestalt Oskar Lafontaine anböte, dessen politisches Format das sonst eher nivellierte Feld möglicher weiterer Kandidaten klar überragt. Auch gestandene Verbalakrobaten wie Gregor Gysi fallen da deutlich ab. Eine solche Partei wäre immerhin ein politisches Angebot. Man könnte sie als eine Art Zwischenlösung betrachten, zumal die kommunistische Bewegung in der BRD mittelfristig wohl kaum dazu in der Lage sein dürfte, ihre momentane Schwäche zu überwinden. Es könnte aber auch ganz anders kommen, wenn sich im Prozeß der Formierung der neuen Partei jener prononciert antikommunistische und DDR-hasserische Entschuldigungsflügel der PDS durchsetzen sollte, der seit Jahren für politischen Ausverkauf steht. Das wäre dann keine Lösung „links von der SPD“, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zur SPD. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an Erklärungen von PDS-Führern, man ziehe für 2009 eine Koalition mit der SPD in Betracht.

Was uns betrifft, so sind wir für eine vorwärtsweisende, die Linke in ihrer Gesamtheit mitnehmende Politik. Unsere Devise kann dabei nicht sein: „Links ist da, wo der Daumen rechts ist.“ Es wird sicher geraume Zeit vergehen, bis sich in Deutschland wieder eine in den Massen verankerte große marxistisch-leninistische Partei zu formieren vermag. Doch eines steht fest: Ohne sie kann die historische Aufgabe der Arbeiterklasse – die Überwindung des Kapitalismus – nicht gelöst werden.

Nr. 102, Juli 2006

Der Staat, der die KPD verbot

Mit Verachtung blickten die meisten Menschen Europas in den 50er Jahren auf jene drei Staaten des Kontinents, in denen damals Henker an der Macht waren: das Spanien Francos, das Portugal Salazars und das monarcho-faschistische Athener Regime. Dem Trio der Finsterlinge war eines gemeinsam: Sie hatten die kommunistischen Parteien ihrer Länder mit Terror in den Untergrund getrieben und verfolgten deren Anhänger mit äußerster Grausamkeit. Weltweite Kampagnen für die Rettung des Spaniers Julian Grimau und des Griechen Nikos Belojannis – zweier erprobter Kommunisten, die trotz aller Solidaritätsbemühungen hingerichtet wurden –, gingen damals in die Geschichte ein. In Portugals Zuchthaus Peniche wurde Álvaro Cunhal seit vielen Jahren gefangengehalten.

Am 17. August 1956 verbreiteten die Nachrichtenagenturen eine Eilmeldung aus Karlsruhe: Ein viertes europäisches Land – Adenauers BRD – hatte sich in die Gesellschaft der drei faschistischen Diktaturen begeben. Die von Gestrigen aller Ränge durchsetzte und mitregierte Bundesrepublik Deutschland, in der Nazirichter und -Staatsanwälte die Justiz beherrschten, verbot die das Erbe Ernst Thälmanns verwaltende und durch Max Reimann geführte Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Das Bundesverfassungsgericht erklärte damit eine Partei für illegal, die im antifaschistischen Widerstand gegen Hitler die meisten Opfer gebracht und nach 1945 in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands gestanden hatte. Sie wurde aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt.

Die Richter begründeten die von ihnen verhängte Unterdrückungsmaßnahme damit, die KPD bekenne sich zum Marxismus-Leninismus und habe zum „Sturz des Adenauer-Regimes“ aufgerufen, was ihre Verfassungsfeindlichkeit beweise. Mit dem Urteil von Karlsruhe, dem die Festnahme von über 5000 Mitgliedern der schon 1951 verbotenen westdeutschen FDJ vorausgegangen war, verlor die BRD endgültig ihre demokratische Legitimation. Während in fast allen Ländern Westeuropas die Betätigungsfreiheit für Kommunisten gewährleistet war, büßte der Staat des Rosenzüchters vom Rhein in jenen Augusttagen vollends seine politische Unschuld ein.

Dort, wo 1852 der erste Kommunistenprozeß stattgefunden hatte, wurde eine „heilige Hetzjagd“ auf alle eröffnet, die sich weiterhin zu Marx, Engels und Lenin bekantten. Und nicht zuletzt zur DDR, der die besondere Verbundenheit der westdeutschen Kommunisten galt. Da der Adenauer-Staat mit einem sehr engmaschigen Netz fischte, traf die Repression nicht nur Mitglieder der KPD, sondern auch Kritiker und Mißliebige aus den Reihen der SPD. Sogar CDU-Leute waren darunter. VVN und Friedensbewegung lagen im Raster der Verfolger. Der Großangriff, zu dem mehr als 200 000 Ermittlungsverfahren und mindestens 10 000 Strafurteile gehörten, widersprach Geist und Buchstaben des Grundgesetzes. Die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ wurde mit einer Brutalität und Bedenkenlosigkeit ins Visier genommen, wie es kein Staatsfeind kompromißloser hätte tun können.

Parteiführer wie Jupp Angenfort, Robert Steigerwald und Willi Gerns, aber auch viele Genossen der Basis verbrachten Jahre ihres Lebens hinter Kerkermauern und verloren ihre staatsbürgerlichen Rechte. Bis heute ist kein einziges BRD-Justizopfer aus der Zeit des vom Imperialismus losgetretenen kalten Krieges rehabilitiert oder entschädigt worden. Auch niemand von den später durch die diskriminierende Praxis der Berufsverbote Betroffenen – sie richteten und richteten sich gegen Lehrer, aber auch gegen Lokführer und Briefträger mit „kommunistischem Ruch“ – hat auch nur ein Wort der Entschuldigung gehört. Ausgerechnet diese Bundesrepublik, deren Staatssicherheitsdienste und Polizeiorgane, deren Justiz und Beamtenschaft darauf geeicht und vereidigt wurden, Jagd auf Andersdenkende zu machen, wagt es, den antifaschistischen deutschen Staat DDR und dessen gesetzestreue Vollzugshelfer des Unrechts zu bezichtigen und sich selbst als Rechtsstaat hinzustellen. Was wäre als Minimum zu tun, um einen solchen Anspruch glaubhafter erscheinen zu lassen? Präsident, Parlament, Regierung und oberste Gerichte müßten

unverzüglich die notwendigen Schritte einleiten, um die BRD aus der beschämenden Situation herauszuführen, inzwischen der einzige größere Staat Europas zu sein, in dem eine kommunistische Partei nach wie vor verboten ist. Politisch Naive fragen, warum die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots denn ein so dringendes Anliegen sei, gebe es doch heute in der BRD sogar zwei zugelassene kommunistische Parteien, die in der Tradition der KPD stünden: die seit 1968 legale DKP und die Anfang 1990 noch in der DDR gegründete KPD. Die Antwort ist einfach: Solange eine kommunistische Partei samt ihren „Ersatz- und Nachfolgeorganisationen“ verboten bleibt, schwebt das Damoklesschwert möglicher Verfolgung über der revolutionären Arbeiterbewegung des Landes. Gesicherte Legalität hat zur Bedingung, daß sich der Staat, der die KPD mit dem Bannfluch belegte, von diesem Schandakt selbst distanziert und allen Verfolgten eine angemessene Entschädigung gewährt.

Nr. 103, August 2006

Krötenschlucken?

Unlängst traf ich in einer kleinen Stadt Mecklenburg-Vorpommerns einen alten Kampfgefährten. „Ringstorff und Methling haben sich neulich ganz achtbar geschlagen“, sagte er anerkennend. Mein Freund bezog sich auf das Verhalten des SPD-Ministerpräsidenten und seines PDS-Stellvertreters bei der Peinlichkeitsvisite des USA-Präsidenten im einstigen Kaiserbad an der Ostsee. Während sich Methling beherzt an die Spitze einer Stralsunder Gegendemonstration gestellt hatte, blieb der verspätet eingeladene Ringstorff dem Anschneiden eines reichlich verkohlten Wildschweines in Merkels CDU-Stammlokal demonstrativ fern. Natürlich hing das alles mit dem in Mecklenburg-Vorpommern angelaufenen Wahlkampf zusammen. Die 12 500 für die totale Abschirmung des „populären“ Privatgastes der Bundeskanzlerin zusammengezogenen Polizisten sowie die 20 Millionen Euro aus Steuermitteln, die das Sommertheater kostete, brachten vermutlich keine Punkte. Da war es für Ringstorff angezeigt, die Protestbeute nicht der PDS zu überlassen. Mein Freund meinte zum Thema Wahlen, man dürfe diese weder unter- noch überbewerten. Er verwies auf das bekannte Wort, daß Abstimmungen, würden sie tatsächlich etwas verändern, von der Bourgeoisie längst abgeschafft worden wären. Wir einigten uns darauf, daß Wahlen immerhin ein Gradmesser des Massenbewußtseins seien. Flugs waren wir bei der Frage, für welche Partei man denn überhaupt noch optieren könne. „Das ist keine leichte Entscheidung“, bemerkte ich. „Maßgeblich ist, was die in Deutschland Herrschenden am meisten herausfordert“, erwiderte mein Freund. „Mir scheint, daß ihnen der vorjährige Wahlerfolg der Linkspartei am stärksten gegen den Strich gegangen ist.“ „Angesichts des einstweiligen Fehlens einer landesweiten kommunistischen Alternative könnte das der Fall sein“, stimmte ich zu. Hier ist jetzt der Ort, einige darüber hinausgehende Betrachtungen anzustellen. In der Linkspartei gibt es ohne Zweifel Kräfte, die sich für einen Weg ohne Ausbeuter entschieden haben. Sie befinden sich

nicht nur in der Kommunistischen Plattform und vielen Basisorganisationen, sondern gruppieren sich vor allem auch um den Unterstützerkreis des Aufrufs „Für eine anti-kapitalistische Linke“, zu dem ein breites Spektrum von Persönlichkeiten aus Linkspartei, PDS und WASG gehört. Etliche Namen stehen inzwischen unter dem Appell: Neben Sarah Wagenknecht haben ihn die Bundestagsabgeordnete Nele Hirsch (Linkspartei), der parteilose Europaabgeordnete Tobias Pflüger und die WASG-Mitbegründerin Sabine Lösing unterzeichnet. Wer die Positionen dieses Aufrufs einnimmt, verdient unsere Solidarität – auch die mit dem Stimmzettel. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker. Bei ihnen mischen sich allerdings die Farben. Es gibt da standhafte Sozialisten, opportunistische Anpasser und ausgesprochene Antikommunisten. Man darf sie nicht in einen Topf werfen.

In der „RotFuchs“-Redaktion laufen inzwischen die Telefone heiß. „Gut und schön – die PDS ist nach wie vor ein Lieblingsgegner des Kapitals. Aber gilt das auch für Berlin, wo sie mit rechten Sozialdemokraten in einem Boot sitzt und Petra Pau stolz verkündet, ihre Partei könne den bürgerlichen Staat besser verwalten als die Bourgeoisie?“, erkundigte sich eine Genossin aus Friedrichshain. „Für uns Berliner PDS-Anhänger wird es am 17. September das reinste Krötenschlucken geben“, erklärte ein RF-Leser aus Pankow.

„Wolf, Flierl und Liebig kann man nach all ihrer prinzipienlosen Kungelei mit der SPD und angesichts ihrer Absicht, die Koalition fortzusetzen, doch nicht ernsthaft wählen! Da soll die PDS lieber in die Opposition geschickt werden!“ Und ein Lichtenberger vertrat den Standpunkt: „Ich werde zwar an der Wahl teilnehmen, aber den Stimmzettel mit einer entsprechenden Bemerkung versehen.“ Schließlich äußerte ein Genosse aus Hellersdorf: „Die Berliner WASG ist mir aufgrund ihrer Kritik am Verhalten der PDS-Senatoren eigentlich am sympathischsten. Auf dieser Liste befinden sich aber neben überschaubaren Kandidaten auch etliche

politische Abenteuer.“ Soweit ein kleiner Ausschnitt aus dem Kaleidoskop der Ansichten, die uns jetzt täglich erreichen. Wie stehen wir selbst dazu? Müssen wir uns überhaupt festlegen, da wir mit keiner Partei verbunden sind, auch wenn viele aus unseren Reihen dieser oder jener zuneigen? Wir wollen niemanden bedrängen, sich so oder anders zu entscheiden. Doch im „Krötenschlucken“ sehen wir nicht den Schlüssel zur Lösung des Problems. Man darf aus seinem Herzen keine Mördergrube machen. Gewählt werden heißt Verantwortung übernehmen. Deshalb sollte

man diejenigen, für die Berlins linke Wähler beim letzten Mal votiert haben, genauestens daraufhin überprüfen, ob sie das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt oder mit den für sie abgegebenen Stimmen schindluder getrieben haben. Nur jene, die sich als wahre Volksvertreter erwiesen haben, sind es wert, wiedergewählt zu werden. Ehrensache ist: Keine Stimme für die Rechten sowie deren Partner in den Leitungsetagen der SPD!

Nr. 104, September 2006

In deutschen Stiefeln

Im „Heute-Journal“ des CDU-nahen ZDF sagte die scharfzüngige Moderatorin Marietta Slomka am 26. Juli, die Bundeswehr habe „die Umwandlung von der Abschreckungsarmee zur Landesverteidigung in eine weltweite Interventionstruppe“ vollzogen. Sie brachte damit die weit-schweifigeren Auslassungen der früheren SPD-Bundeswehrminister Scharping (jetzt Radfahrerbund) und Struck auf den Punkt. Daß es sich dabei um einen Frontalangriff auf Kernaussagen des Grundgesetzes handelte, verschwieg Frau Slomka und tat so, als spreche sie von einer Selbstverständlichkeit. Ihr Auftreten widerspiegelt die Realität heutiger BRD-Außen- und Sicherheitspolitik. Landesverteidigung ist nicht mehr angesagt. Gegen wen sollte sie sich auch richten? Ist die Rechtsnachfolgerin der Deutschen Wehrmacht nicht längst in der EU-„Gemengelage“ nach allen Seiten abgesichert? Nun gut, auch die Schweiz und Schweden besitzen eigene Streitkräfte. Landesverteidigung wäre also ein akzeptabler Begriff. Aber weltweite Intervention? Wer tut dem Deutschland Merkels, Münteferings und Steinmeiers – ein Journalist nannte Schröders einstigen Spionsoberdompteur „den in Stein gemeißelten BND“ – auf dem Balkan, am Horn von Afrika, in Afghanistan und in Kongo etwas zuleide? Weshalb muß die BRD plötzlich am Hindukusch verteidigt werden? Warum stampft man in deutschen Stiefeln überall herum, sobald sich nur eine Gelegenheit dazu bietet?

Die heuchlerischen Floskeln von „humanitärer Hilfe“ und „Friedenserhaltung“ sind leeres Geschwätz. In Wirklichkeit geht es um alte und neue „Kolonialwaren“. Man will den Muskel des vorerst in EU-Tuch oder in die UNO-Flagge verpackten deutschen Militarismus wieder spielen lassen, zumal die Monopole der BRD und ihr Staat bei der Neuverteilung wichtiger Reviere der Welt nach der Niederlage des Sozialismus abermals sehr spät gekommen sind. So besteht dringender Nachholbedarf. Jahrzehntelang mußte Bonn den gehätschelten Schoßhund der Amerikaner mimen, ohne zubeißen zu dürfen. Das hat genervt. Der wahre Köter kam erst zum Vorschein, als deutsche Sozialdemokraten den Zwinger öffneten. Sie taten das, was die Politiker der Rechten damals noch nicht gewagt hätten. Man sollte sich daran erinnern, daß Schröder, der in Sachen Irak aufgrund spezifischer Erwägungen deutscher Konzerne den Pazifisten gab, bei der Teilnahme an der brutalen Bombardierung Serbiens nicht zögerte, weil dort ein starrsinniger

Präsident namens Milosevic dem Fußfassen der BRD in dieser „deutschen Interessenssphäre“ im Wege stand. Es war Schröders Minister Struck, der dafür sorgte, daß seine „Jungs“ im okkupierten Afghanistan zuerst die Befehlsgewalt über die NATO-Truppe bekamen, bevor sie die „Verantwortung“ im Norden des Landes übernahmen. Immer hebt die BRD-Regierung jetzt als erste die Hand, wenn Anwärter für neue Interventionen gesucht werden. In Kongo, wo der bundesdeutsche Kommiß gleichfalls den Oberbefehl über das EU-Expeditionskorps erhielt, ging es natürlich nicht um die Absicherung von Wahlen, sondern um den Auftakt zur handstreichartigen Inbesitznahme einer Region von höchster strategischer Bedeutung. Schon ist vom südsudanesischen Darfur die Rede, wo deutsche „Kavaliere“ den „durch wilde arabische Reiterstämme vergewaltigten schwarzen Frauen“ zur Seite stehen sollen. Auch hier ist Ölsuche das Entscheidende. Das sicher düsterste Kapitel der BRD-Politik ist der Nahe Osten. Merkels Crew bemühte sich darum, ihre angebliche Vermittlerrolle auf die Spitze zu treiben. Eifrig reiste BND-Außenminister Steinmeier zwischen Tel Aviv und Beirut hin und her, um der libanesischen Regierung den bald darauf zurückgezogenen und durch ein kaum besseres Papier ersetzten USA-Entwurf einer Resolution des Sicherheitsrates aufzudrängen. Tatsächlich ging es nur um Zeitgewinn für Israels Vernichtungsfeldzug gegen die Hisbollah, der zunächst mit einer Niederlage endete. Für Libanon verlangte Olmert „UNO-Truppen“ aus NATO-Ländern, darunter ausdrücklich auch deutsche. Mit einem „robusten Mandat“, wie es in der Totschlägersprache heißt. Die bundesdeutsche Führung „zögerte“. Für einen Moment zierte sie sich pietätshalber. Dann aber gab man volles Rohr. Man erinnerte sich der alten Kaiser-Parole „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ und stellte die Bundeskriegsmarine nach vorn, wobei die Luftwaffe assistiert. Endlich können wieder fremde Handelsschiffe ohne das Ja des Kapitäns durchsucht und aufgebracht werden. Der erste Schritt zum Torpedokrieg! Übrigens: Mit General Kather befehligt ein BRD-Militär jetzt auch die 18 000 Mann starke Kosovo-Truppe. Aus der verfassungskonformen Abschreckungsarmee für Landesverteidigung ist eine vom Grundgesetz geächtete weltweite Interventionstruppe geworden. Die ZDF-Moderatorin Marietta Slomka, eine schrille Stimme der Interventionsbefürworter, sieht das richtig.

Nr. 105, Oktober 2006

Die Unbesiegbaren

Als die DDR fiel und sich die Konterrevolution im Überaschwang ihres Siegesrausches in Ewigkeitspropheten überschlug, krächte Kohls Westentaschen-Minister Norbert Blüm: „Marx ist tot, und Jesus lebt.“ Er tat seinen kühnen Ausspruch zu einer Zeit, als die von der DDR hart bedrängte westdeutsche Bourgeoisie noch Sozialgeschenke zu verteilen pflegte. Gewiß, auch damals gab sie nur ein paar Krümel vom Profitkuchen her, aber immerhin. Für einen Mann von der Welt- und Weitsicht Blüms schien das Rennen ein für allemal gelaufen. Er erblickte im Kapitalismus das Ziel und das Ende aller geschichtlichen Entwicklung. Wie ein Großwildjäger nach der Safari stellte er sich mit dem Fuß auf des Löwen Haupt den Fotografen. Inzwischen ist das Triumphgeschrei der Sieger auf Zeit abgeebbt und die gelichteten Rauchschwaden niedergebrannter blühender Landschaften im Osten Europas geben wieder den Blick auf die Realität frei.

Was stellt sich dabei heraus? Marx, der Totgesagte, ist bei einer für repräsentativ erklärten Umfrage des CDU-nahen ZDF von früheren DDR-Bürgern schon vor Jahren als „größter Deutscher“ gekürt worden. Dennoch gibt es nicht wenig Irritationen. Wer nicht perspektivisch denken kann, gewinnt leicht den Eindruck, in Deutschland komme die Linke nicht vom Fleck. Die kommunistischen Parteien sind klein bis winzig, jedenfalls ohne nennenswerten Einfluß, die weitaus größere Linkspartei.PDS gräbt politischen Köpfen wie Oskar Lafontaine systematisch das Wasser ab und driftet dem Führungskurs nach in die Gefilde rechter Sozialdemokratie. Dieses Bild stimmt und trägt zugleich. Hierzulande – vor allem im Osten – leben nach wie vor Millionen Menschen, für die der Sozialismus eine „gute Idee“ bleibt, die nur unzureichend verwirklicht wurde. Das besagen die Ermittlungen bürgerlicher Meinungsforscher. Mir kommt ein eindrucksvoller Film in den Kopf, der 1953 von der DEFA gedreht wurde. Er hieß „Die Unbesiegbaren“ und handelte von einer finsternen Zeit in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nach der Niederwerfung der Pariser Commune hatte Bismarck das Sozialistengesetz zur Vernichtung der Bebelischen Partei verhängen lassen. Tausende Sozialdemokraten von altem Schrot und Korn füllten die Gefängnisse oder waren in die Illegalität gezwungen. Die damaligen Blüms krakeelten vermutlich: „Marx ist tot, und Jesus lebt.“ Doch nur 12 Jahre nach Errichtung des politischen Totschlägerregimes zur Dezimierung der SPD trat eine kampfgestählte und siegesgewisse Sozialdemokratie aus dem Schatten der Historie. Um den Helden Jahrzehnte später zu fällen,

bedurfte es der „schleichenden Niedertracht“ (Freiligrath) von Nationalismus und Revisionismus. Aber Ebert und Scheidemann siegten nur vorübergehend. Die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg öffnete zwar den Weg für einen scheinbar nachhaltigen Sieg der Konterrevolution. Die Thälmannsche KPD aber wurde schon bald zu einer an den Grundfesten des Kapitals rüttelnden Massenpartei. Die Reaktion rettete sich in die faschistische Diktatur, um der proletarischen Revolution den Weg zu verlegen. Heute sieht es in Deutschland fast wieder so aus wie zur Zeit der „Unbesiegbaren“. Allerdings fehlt es an Persönlichkeiten wie Bebel, den beiden Liebknechts, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck. Arbeiterführer dieses Formats werden nicht jedes Jahrzehnt geboren. Der Klassenkampf bringt sie hervor. Wichtig ist die Erkenntnis der internationalen Zusammenhänge. Im weltrevolutionären Prozeß erweist sich die BRD als besondere Schwachstelle. Aber es gibt Abschnitte, an denen die Fortschrittskräfte über besondere Potenzen verfügen. Blicken wir nur auf Lateinamerika, auf Kuba und Venezuela. Sein Präsident Hugo Chávez ist ein anerkannter Volkstribun an der Seite Castros. Die boliviarische Revolution Venezuelas hat trotz aller Risiken und Ungewißeheiten eine Tiefe und Qualität erlangt, daß man sie fast schon in einem Atemzug mit der kubanischen Revolution nennen kann. Es gibt eine Gruppe sich zum Sozialismus bekennender Staaten – mögen China, Vietnam und Kuba hier hervorgehoben werden – sowie eine große Zahl kommunistischer Parteien, die sich von Marx, Engels und Lenin leiten lassen. Mehr als 80 Millionen Kommunisten sind eine gewaltige politische Armee. Auch für Europa ist die Niederlage der Bewegung – eine Anzahl früher tonangebender Parteien wurde geschwächt oder zum Verschwinden gebracht – nicht mehr das einzige Charakteristikum. Die marxistisch-leninistischen Avantgarden des Kontinents orientieren sich heute am Beispiel der Massenparteien in Griechenland und Portugal, die auf festen Positionen stehen.

Kohls Minister Blüm war mit seiner „Diagnose“ auf dem Holzweg. Der Antikommunismus hatte ihm die Sicht genommen. Auch wenn die Gegenwart – in der BRD ist die KPD noch immer verboten – nicht wenig Ähnlichkeiten mit der Ära des Bismarckschen Sozialistengesetzes aufweist, gilt der Titel des berühmten DEFA-Films. Wie einst die Partei Bebel und Liebknechts sind wir im historischen Sinne die Unbesiegbaren.

Nr. 106, November 2006

Des Pudels Kern

Als ich Anfang Mai 1974 – unmittelbar nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus – in das abgelegene Bergdorf Talhadas da Vouga kam, berichteten mir Einwohner aufgebracht, was sie vom „Kommunismus“ wußten: Bei den „Sowjets“ würden die Alten durch eine Spritze hinters Ohr getötet; die Kinder nehme man den Eltern mit sechs Jahren weg; persönliches Eigentum sei strikt untersagt.

Auf die einander folgenden Diktatoren Salazar und Caetano eingeschworene katholische Padres taten ihr möglichstes, daß so etwas auch tatsächlich geglaubt wurde. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Sozialismus tastet das persönliche Eigentum der Bürger, zu dem auch ihre Häuser und Gärten gehören, natürlich nicht an. Er kümmert sich statt dessen um das private Eigentum der Angehörigen

der Ausbeuterklasse, soweit es ein bestimmtes Maß übersteigt: Bodenschätze, Fabriken, Banken und Versicherungen, Großbesitz an Immobilien und Ländereien, gegebenenfalls Bahn und Post, Wasser, Gas und Strom. Kommen wir zu des „Pudels Kern“. Was ist der springende Punkt des marxistischen, sozialistisch-kommunistischen Denkens? Ohne die Rolle des dialektischen und historischen Materialismus oder der politischen Ökonomie schmälern zu wollen, plädiere ich hier für die Lehre vom Klassenkampf (selbstverständlich bilden alle drei Bestandteile des Marxismus eine Einheit). Man kann es auf den Nenner bringen: Das Kernstück ist die Frage von Macht und Eigentum. Ihre Lösung war die Grundlage aller Errungenschaften der DDR. Die vier Jahrzehnte andauernde ökonomische und politische Entmachtung des Kapitals in einem Drittel Deutschlands – das ist die wirkliche Wurzel des Klassenhasses der Bourgeoisie auf den sozialistischen deutschen Staat. Alles andere kann man als sekundär betrachten. Das jüngste Beispiel dieses Ländergrenzen überschreitenden Hasses liefert das Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes Tschechiens, den die Prager Reaktionäre nur deshalb außerhalb von Recht und Gesetz zu stellen versuchen, weil er es gewagt hat, die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Heute kann niemand auch nur annähernd voraussagen, welche direkten oder verschlungenen Wege die einzelnen Völker auf ihrem Marsch zum Sozialismus gehen werden. Ganz neue, uns bislang unbekannte Pfade sind zu erkunden. Man denke nur an Venezuela! Die russische Oktoberrevolution wird sich in dieser klassischen Form wahrscheinlich ebensowenig wiederholen, wie das bei der Französischen Revolution der Fall war. Aber unabhängig von der Mannigfaltigkeit der Varianten, zum Sozialismus zu gelangen, wird man das Ziel niemals erreichen, wenn man sich theoretisch oder praktisch von zwei entscheidenden Vorbedingungen löst: der Erringung der politischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse und deren soziale Bündnispartner und der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel. Wer die Macht- und Eigentumsfrage programmatisch „auspart“ und sich in

pragmatische „Lösungen“ im Rahmen des bestehenden Systems flüchtet, ist kein Gesellschaftsveränderer. Mit Besorgnis stellen wir fest, daß die entstehende neue Linke – legt man den derzeitigen Stand zugrunde – vermutlich in der Nähe der SPD herauskommen wird. Deshalb haben wir inmitten des programmatischen Getümmels mit Aufmerksamkeit die Worte Oskar Lafontaines auf dem thüringischen PDS-Landesparteitag vernommen: „Die Partei muß immer die Frage von Macht und Eigentum stellen – ohne das ist sie keine sozialistische Partei.“ Man wünschte sich ein solches Maß an Klarheit in größerer Breite. Natürlich gibt es PDS-Politiker mit Durchblick. Man denke nur an Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch und andere. Die meisten der durch Ämter und Mandate Abgesicherten aber leben politisch auf einem anderen Stern. Die Tatsache, daß Lafontaine immer deutlicher antikapitalistische Standpunkte einnimmt und sich der Privatisierung öffentlichen Eigentums entschieden widersetzt, bringt ihm beim marxistisch „vorbelasteten“ Flügel Sympathien ein und macht ihn zugleich zur Zielscheibe von Anfeindungen und Intrigen der Parteirechten. Gregor Gysi teilt die Auffassungen seines Widerparts aus dem Westen nicht. Schon 1990 brach er mit Positionen, zu denen er sich anfangs verbal bekannt hatte. Im März jenes Jahres meinte er gegenüber dem ND, er sei nur unter zwei Aspekten „vom Marxismus weg“ – in den Fragen von Macht und Eigentum. Damit war die Gretchenfrage beantwortet. Wer nicht bereit ist, dafür zu streiten, daß innerhalb und außerhalb der Parlamente gesellschaftliche Mehrheiten geschaffen werden, die dem Kapital die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entziehen, ist nicht einmal im Ansatz Sozialist. Der bleibt dem Publikum als gefragter Talkshow-Gast und geschickter Wortjongleur ohne politische Substanz und Relevanz im Gedächtnis. Denn eine neue soziale Ordnung erscheint nur vorstellbar, wenn es gelingt, die Bourgeoisie von den Schalthebeln des Staates und der Wirtschaft zu verdrängen. Das ist des Pudels Kern.

Nr. 107, Dezember 2006

Maske in Rot

Der Maskenball mit all seinen Grotesken und bunten Larven ist im vollen Gange. Dabei erweist sich Rot als Lieblingsfarbe. Selbst gestandene Rechte zögern nicht, sich plötzlich als Linke auszugeben. Weil der ambitionöse Herr Rüttgers aus NRW nicht ohne Hintergedanken eine „Reform“ der Arbeitslosenbezüge ins Gespräch brachte, verkündete sein schwäbischer Amtskollege Oettinger kurz vor dem Dresdner CDU-Parteitag, er werde dort einen „Linksruck“ verhindern. Ein Linksruck bei der CDU? Eher regnet es junge Hunde! Doch das ND gab Oettingers Affen Zucker und titelte wachsam: „CDU-Politiker warnen vor einem ‚Linksruck‘“. Noch mehr legte sich die „sozialistische Tageszeitung“ ins Zeug, als es darum ging, den pauschalen Einkauf der Berliner Linkspartei durch Wowereits SPD als „großen Erfolg“ zu feiern. „Weg frei für Rot-Rot in Berlin“ log die Schlagzeile des von manchen noch immer

für das Zentralorgan der Linken gehaltenen Blattes. Der Regierende Bürgermeister aber, der die PDS, wie er meinte, schon beim letzten Mal „ein Stück entzaubert“ hatte und sie jetzt als „verlässlichen Partner“ vorführte, stellte die Sache richtig: Die jüngste Koalitionsvereinbarung lasse „sozialdemokratische Programmatik deutlich erkennen“. Glückwunsch an solche Ausverkäufer sozialistischer Substanz wie Wolf und Lederer! Denn nur total Farbenblinde können Blaßrosa-Rosa für Rot-Rot halten. Das ist ein politischer Gaunertrick, mit dem die Tatsache weggewischt werden soll, daß rote Wähler den sie an die SPD ausliefernden Koalitionsopportunisten gerade in Scharen davongelaufen sind. Gut tut da wieder einmal das Gespür Oskar Lafontaines, der – ganz im Unterschied zu Gysi und Bisky – klar und deutlich davon gesprochen hat, das schlechte Wahlergebnis sei „kein Auftrag zur Fortsetzung der Koalition“.

In welcher unverfrorenen Weise bestimmte Leute mit dem Rot auf der politischen Palette hantieren und rechts für links ausgeben, haben wir schon beschrieben. Nun geht es um mehr. Die Frage lautet: Was ist links in unseren Tagen? Natürlich gibt es auf dem linken Flügel nicht nur gradlinige Marxisten. Politisch aktiv sind auch nicht wenige autonome Linke aller Art, von denen viele durchaus Standpunkte vertreten, denen wir Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch ganz oder teilweise zustimmen können. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß Linke, Antifaschisten und Demokraten in fast allen Lagern anzutreffen sind, wenn wir davon ausgehen, daß unser Hauptgegner die eigentlichen Rechten sind. Unser Prinzip lautet nicht: Viel Feind, viel Ehr! Wir sind für ein unsektiererisches und unvoreingenommenes Herangehen an die Bündnisfrage – ganz besonders in Zeiten zunehmender faschistischer Bedrohung. Sicher sind Sozialdemokraten wie Ottmar Schreiner im Rahmen ihrer unter Schröder und Müntefering noch mehr nach rechts gedrückten Partei als Linke in der SPD zu betrachten. Ähnlich verhält es sich mit Heiner Geißler und seinen Freunden in der CDU. Verglichen mit Schäuble und Stoiber stehen sie zweifellos weiter links. Das bedeutet indes nicht, daß wir sie etwa zu unseren Weggefährten zählen würden.

Wer unter der Linken einen schwammigen Allerweltsbrei versteht, in den jede beliebige Zutat hineingerührt werden darf, tut der Sache keinen guten Dienst. Wir plädieren deshalb für mehr politische Vorsicht im Umgang mit Begriffen wie „Zusammenschluß aller Linken“ oder „linkes Lager“. Uns – den „RotFüchsen“ – geht es um die beharrliche, nur schrittweise mögliche Zusammenführung unterschiedlicher

kommunistisch-sozialistischer Kräfte und anderer wirklicher Demokraten auf marxistischer Basis. Diese Grundlage ist das entscheidende Kriterium. Wir wollen niemanden überfordern oder gar über den Tisch ziehen. Deshalb verschweigen wir nicht, daß vor jedem Zusammenschluß eine gründliche theoretisch-praktische Auseinandersetzung über Inhalte und Ziele stattfinden muß. Es geht – dialektisch betrachtet – darum, sich zuerst abzugrenzen, um sich dann vereinigen zu können. Der Ruf nach sofortiger Einheit von Parteien und Gruppen mit differierender Vergangenheit und Gegenwart läßt vorhandene Meinungsverschiedenheiten außer acht und zielt auf prinzipienlose Vermengung. Er erfolgt meist in redlicher Absicht, würde aber keine tragfähigen Resultate erbringen.

Wir halten es mit dem Weg, der nach dem Zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands unter gänzlich anderen geschichtlichen Bedingungen im April 1946 zum Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl geführt hat. Eine ganze Etappe der Klärung ging dem Vereinigungsparteitag voraus. Wir werden heute sicher länger brauchen, obwohl die Zeit drängt. Dabei passen pseudolinke Wolkenkuckucksheime und andere ideologische Luftschlösser nicht in die Architektur. Unser sich auf Marx, Engels und Lenin gründendes Denkgebäude wird von unverrückbaren Eckpfeilern getragen: Eine wirklich stabile linke Position hat die entschiedene Zurückweisung jeglicher Formen des Antikommunismus, der sich vor allem in der Leugnung und Verleumdung von DDR-Erfahrungen sowie in blindem Antisowjetismus äußert, zwingend zur Voraussetzung.

Nr. 108, Januar 2007

In den Schuhen der „Iskra“

In einer Periode finsterster Reaktion, geistiger Lähmung der Massen und brutaler Verfolgung aufrechter Revolutionäre durch die zaristische Geheimpolizei Ochrana brachten Marxisten um Wladimir Uljanow (Lenin) 1900 eine Zeitung mit geringer Auflage heraus. Das Blatt nannte sich „Iskra“ (Der Funke) und wurde zunächst nur im Ausland hergestellt. Seine ersten Druckereien befanden sich in Leipzig, München, London und Genf. Die Leninsche „Iskra“ wurde überwiegend in Emigrantenkreisen gelesen, ging dann aber auch in Rußland von Hand zu Hand. Die Iskristen spielten eine entscheidende Rolle im Vorfeld der Formierung einer Partei der Bolschewiki (Mehrheitler) – so bezeichneten sich die Anhänger Lenins in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR), nachdem sie auf dem Londoner II. Parteitag bei einer wichtigen Entscheidung mehr Stimmen erhalten hatten als ihre Gegenspieler, die deshalb Menschewiki (Minderheitler) hießen. Bis zum Herbst 1903 veröffentlichte Lenin in der „Iskra“ eine Reihe von Beiträgen zu grundsätzlichen Fragen der Theorie und Praxis, der Strategie und Taktik einer marxistischen Arbeiterpartei in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Als sich die „Iskra“-Mannschaft in zwei Lager spaltete, wobei die Menschewiki das Übergewicht erlangten, verließ Lenin die Redaktion, um sich ganz der Parteiführung zu widmen. Fortan war die

Zeitung eine Publikation, von der die Linie des Rechtsopportunismus aktiv unterstützt wurde. Die Bolschewiki aber gaben unter wechselnden Namen legale, halblegale oder illegale Tages-, Wochen- und Monatszeitungen heraus, bis sie 1912 die wiederum Leninsche „Prawda“ zu ihrem Zentralorgan wählten.

So weit unser kurzer Exkurs in die Geschichte. Mindestens jetzt werden die Leser fragen, warum wir den „RotFüchsen“ im konterrevolutionär belasteten Deutschland des Jahres 2007, das immerhin noch eine Art bürgerlicher Restdemokratie ist, von den russischen Iskristen und ihrem Wirken am Anfang des 20. Jahrhunderts berichten. Ähneln sich etwa die Situationen? Das dürfte wohl kaum der Fall sein, auch wenn man in Betracht zieht, daß der Sturz des Sozialismus in der DDR die Sonne ebenso verdunkelt hat wie die Niederlage der Revolution von 1905 einst den Russen unter Zar Nikolai II. Lenins „Iskra“ trug auf ihrer Titelseite das Motto „Denn aus dem Funken wird die Flamme schlagen!“ Und in der Tat: Das mächtige Zarenreich stand damals an der Schwelle schwerer Erschütterungen. Die nach zweijährigem Widerstand niederkartätschte russische Revolution endete mit den „Stolypinschen Krawatten“ – so hießen die Galgen des Innenministers seiner Majestät. Die Konterrevolution verbrannte das Gras so nachhaltig, daß Lenin glaubte, ein neuer Anlauf sei frühestens nach zwei

Jahrzehnten möglich. Doch schon 1917 stürmten Arbeiter und Soldaten das Petersburger Winterpalais und brachten die Bolschewiki an die Macht.

Natürlich sind Parallelen zur Lage in Deutschland fehl am Platze. Das Kapital der BRD sitzt vorerst fest im Sattel, und es ist kaum anzunehmen, daß das eingellulte und durch die Medien narkotisierte Volk in naher Zukunft von seiner Souveränität Gebrauch machen kann. Nein, wir führen den Wahlspruch der „Iskra“ nur deshalb an, weil man an politische und soziale Prozesse ebenso illusionslos wie aus einer Position des historischen Optimismus herangehen sollte. Denn die Welt dreht sich nicht nach den Rotationsgesetzen von Angela Merkel, auch wenn sie sich jetzt für sechs Monate als Oberhaupt der EU-Europäer wähnt. Übrigens kommt der plötzlich synchronisierte Russenhaß der Massendompteure aus Presse, Funk und Fernsehen der Bourgeoisie nicht von ungefähr. Man traut dem Frieden im weiten Russland offenbar nicht und ist deshalb knallhart vom Antisowjetismus zum Anti-putinismus übergegangen. In gewisser Weise stehen die „RotFüchse“ durchaus in den viel größeren Schuhen der Iskristen, denen Lenin einst den Auftrag erteilte, „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“ zu sein. Diesem Ratschlag muß jede Zeitung

nachkommen, die eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten sein will.

Was uns betrifft, so liefern wir ein Beispiel der Richtigkeit dessen, was dem großen russischen Marxisten vorschwebte: Wir greifen unmittelbar in die Tagespolitik der trotz ihrer Stärke auf abschüssiger Bahn befindlichen BRD ein, nennen die Konterrevolution beim Namen und rufen die standhaft Gebliebenen dazu auf, das revolutionäre Erbe, darunter das der DDR, mit Stolz und Würde zu hüten. Das ist kollektive Agitation. Wir verbreiten beharrlich die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, wobei wir neue Erkenntnisse einbeziehen. Das ist kollektive Propaganda. Unsere Zeitschrift stützt sich auf einen Förderverein, der mittlerweile mehr als 1150 Mitglieder hat.

In diesem Sinne leisten wir auch die Arbeit eines kollektiven Organisators, obwohl wir weder heute noch morgen eine Partei sind oder sein wollen. Denn unser Ziel bleibt die Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen Weggefährten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis. Wie man das anpackt – auch das haben wir von Lenin und seiner „Iskra“ gelernt.

Nr. 109, Februar 2007

Castros Saat geht auf

Als ich im Herbst 1966 – als Teilnehmer einer Forschungsgruppe des DDR-Außenministeriums – am Institut für Internationale Beziehungen meine Dissertation zur Lateinamerikapolitik der USA-Präsidenten Kennedy und Johnson vorlegte, konnte Washington die südliche Hälfte des Doppelkontinents noch als seinen „Hinterhof“, als unbestrittene eigene Einflußsphäre betrachten. Im Frühjahr 1964 war in Brasilien, dem größten Staat Lateinamerikas, ein durch die CIA lanciertes blutiges Generalsregime an die Macht geputscht worden, um die sich anbahnende Linksentwicklung noch rechtzeitig abzufangen. Nur Tage vor dem faschistischen Coup hatte mir der auch als „Ritter der Hoffnung“ und Lebenspartner Olga Benarios bekanntgewordene brasilianische KP-Generalsekretär Luis Carlos Prestes in einem Interview für das DDR-Fernsehen erklärt, er sehe „keine akute Gefahr“, da das Militär seines Landes „traditionell demokratisch eingestellt“ sei. Das war leider ein Trugschluß. Auch auf andere lateinamerikanische Länder warf der Faschismus seine Schatten: Guatemala, Argentinien, Uruguay und Chile. Zuvor gab es dort die kurze, aber grandiose Phase der Unidad Popular, die mit dem gewaltsamen Tod Salvador Allendes endete. Während meiner Tätigkeit beim „alten“ ND bin ich im Laufe der Jahre mit den Führern fast aller kommunistischen Parteien Lateinamerikas zusammengetroffen. So konnte ich die Meinungen von Argentiniers Arnedo Alvarez, Uruguays Rodney Arismendi, Perus Jorge del Prado, Ecuadors Pedro Saad, El Salvadors Schafik Handal und später auch Chiles Gladys Marin in Erfahrung bringen. Beeindruckend war für mich, mit welcher Wärme solche erfahrenen Generalsekretäre auf Kuba blickten, wo sich die revolutionäre Macht, solidarisch unterstützt durch die anderen

sozialistischen Staaten, zu behaupten und zu konsolidieren vermochte. Kuba hat allen Stürmen, Drohungen und Belastungen standgehalten. Das ist nicht allein für sein tapferes Volk ein Grund des Stolzes, sondern auch für den revolutionären Prozeß im kontinentalen und weltweiten Maßstab von historischer Bedeutung. Der 80jährige Fidel Castro, dessen Rolle in Lateinamerika ohne falsche Überhöhung mit dem globalen Gewicht Lenins verglichen werden darf, kann heute die Bilanz ziehen, daß die von ihm und seinen Genossen gelegte Saat aufzugehen beginnt. Dabei sollte man die Möglichkeiten des imperialistischen Gegners nicht unterschätzen und dessen konterrevolutionäre Schachzüge stets im Auge behalten. Aber Lateinamerika ist für die Fortschrittskräfte in der Welt zu einem Kontinent der Hoffnung geworden.

Als neue Erfahrung erweist sich die Tatsache, daß der Impuls zur Gesellschaftsveränderung in Ländern wie Venezuela, Bolivien, Ekuador und Nicaragua nicht in erster Linie von deren mutig kämpfenden kommunistischen Parteien ausgegangen ist, sondern von breitgefächerten sozialen und politischen Bewegungen, die nur zum Teil marxistisch beeinflusst sind. Dabei ist das anfeuernde Beispiel solcher Persönlichkeiten wie Venezuelas Hugo Chávez – eines Militärs, dessen engster Berater niemand anderes als Fidel Castro ist –, Boliviens Evo Morales, der die indianische Komponente einbringt, des namhaften Ökonomen und Chávez-Freundes Rafael Correa aus Ecuador und des alten sandinistischen „Schlachtrösses“ Daniel Ortega aus Nicaragua von hohem Wert. Diese vier lateinamerikanischen Präsidenten haben sich fest untergehakt, um der vom Norden Amerikas und der inneren Reaktion ausgehenden Gefahr zu trotzen. Dabei schreitet Venezuela

derzeit am zielklarsten voran. Sicher gibt es auch dort noch Unwägbarkeiten, Verworrenes und Illusionäres. Von einer Unumkehrbarkeit des Prozesses kann keine Rede sein. Doch: Der gläubige Katholik Chávez läßt sich immer stärker von marxistisch-leninistischen Gedanken leiten, die er mit seinen christlichen Überzeugungen verbindet. Er ist zu der Erkenntnis gelangt, daß eine revolutionäre Avantgardepartei unabdingbar ist. Sie soll alle vorwärtstrebenden Kräfte der Gesellschaft vereinen und natürlich auch die kampferprobten Kommunisten maximal einbeziehen. Chávez weiß, daß die alte Armee, deren Offiziere überwiegend USA-Kriegsschulen besucht haben, zur Verteidigung Venezuelas nicht ausreicht. So sind eine Volksbewaffnung und die etappenweise Ausbildung von zwei Millionen Reservisten beschlossene Sache.

Unser kurzer Lateinamerika-Exkurs wäre unvollständig, würden wir nicht die Tatsache erwähnen, daß in Brasilien, Argentinien, Uruguay und selbst in Chile Präsidenten

gewählt wurden, die nicht zu Washingtons Wunsch Kandidaten gehörten. 1966 gab ich meiner Dissertation über Strategie und Taktik des USA-Imperialismus zur Beherrschung Lateinamerikas den Untertitel „Vom verdeckten, mittelbaren, eingeschränkten zum offenen, direkten und uneingeschränkten Interventionismus“. Heute würde ich anderes in den Vordergrund stellen. Denn die in Irak festgenagelten USA sind dabei, das Spiel in der südlichen Hälfte des amerikanischen Doppelkontinents, der schon lange nicht mehr ihr „Hinterhof“ ist, Stück für Stück zu verlieren. Noch besitzen sie viele Karten. Doch die Stiche machen derzeit ihre Kontrahenten. Wer denkt da nicht an David, der sich Goliath furchtlos entgegenstellte! Was in Kubas Sierra Maestra begann, hat auf den Süden Amerikas übergegriffen und wird zum Buschfeuer. Keine gute Nachricht für Mr. Bush.

Nr. 110, März 2007

Grund zur Euphorie?

Neulich verwickelten mich zwei Berliner Genossen in ein Gespräch. Beide sind langjährig organisiert und gehören heute der Linkspartei.PDS an. Sie offenbarten mir ihre Bauchschmerzen. Sorge um den Ausgang des Parteibildungsprozesses, der jetzt abrollt, treibt sie um. Sie wollen gewissermaßen dem Rad in die Speichen greifen, indem sie bei der innerparteilichen Abstimmung ihr Votum einbringen. Mit den „Eckpunkten“ laufe „die Karre gegen den Baum“, meinte Herbert. Das Papier habe mit Sozialismus oder Klassenpositionen nicht das geringste zu tun. Und er fügte hinzu: „Schon heute kann ich das Gefühl nicht loswerden, in einer völlig anderen Partei zu sein als in jener, in die ich vor 55 Jahren eingetreten bin.“ Helmut überlegte eine Weile, dann sagte er düster: „Manchmal erinnert mich alles an die Geschichte mit dem hölzernen Pferd, das die Trojaner stolz in ihre Stadt gezogen haben. Ist die Partei, mit der wir uns vereinigen sollen, vielleicht nicht eigens deshalb geschaffen worden, um auf diese Weise die alte PDS gänzlich loszuwerden?“ Die Bedenken der beiden Genossen wogen schwer. Ich selbst hatte die PDS Anfang 1992 verlassen, nachdem mir im Dezember 1989 auf dem „Sonderparteitag“ in der Berliner Dynamohalle zum ersten Mal die Berufung auf Eduard Bernstein begegnet war. Doch ich wollte nicht nur den negativen Aspekt in Betracht ziehen. So warf ich die Frage auf, ob die Formierung einer neuen gesamtdeutschen Linkspartei nicht auch etwas frischen Wind in das „politische Geschäft“ bringen könne. „Das ist nicht ausgeschlossen“, meinte Herbert, „aber nur unter bestimmten Voraussetzungen.“ Jetzt ging es um Inhalte. Am Ende stimmten wir darin überein, daß man an die Parteigründung trotz der Tatsache, daß der rechte Flügel der PDS-Führung das Schrittmaß der Vereinigung vorgibt, unbedingt sachlich und konstruktiv herangehen müsse, ohne in romantische Illusionen zu verfallen: „So viel ist klar: Der Zug soll nicht in Richtung Sozialismus fahren. Doch viel hängt von den Passagieren ab“, warf Helmut ein. „Ob sie überhaupt einsteigen und wohin sie wollen.“ Eine Partei links von der SPD, die das politische Vakuum

auffüllt, das durch den massiven Rechtsruck unter Schröder, Müntefering und Beck – von den Steinbrücks und Steinmeiers ganz zu schweigen – entstanden ist, wäre dann von Vorteil, wenn sich die antikapitalistischen, prosozialistischen und zum Teil noch aus einer marxistischen Wurzel kommenden linken Gruppierungen mit einigem Gewicht einbringen könnten. Dabei meinen wir keineswegs nur uns ideologisch nahestehende Kreise wie die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum, die durch den Führungskurs offensichtlich ausgehebelt werden sollen, sondern auch solche Sozialisten, die in dieser oder jener Frage nicht mit uns übereinstimmen. Wir ziehen die Tatsache in Betracht, daß die meisten PDS-Mitglieder in den letzten 17 Jahren – seit Gysis „drittem Weg“ – vom wissenschaftlichen Sozialismus nichts mehr gehört haben. Im Gegenteil. Ihnen wurde der durch Bernstein kreierte und in Bad Godesberg zur SPD-Fahne erklärte „demokratische Sozialismus“ schmackhaft gemacht, wobei man die Klassiker mit Vokabeln wie „unmodern“ oder „zeitgeistwidrig“ abzutun suchte. Auch die Diffamierung von „Anhängern der reinen Lehre“ als „Betonköpfe“ und die Einführung des antikommunistischen Kampfbegriffs „Stalinismus“ sind an den Genossen nicht spurlos vorübergegangen. Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn die prosozialistischen Flügel von PDS und WASG im Verlauf der Orientierungssuche ihr Gewicht in die Waagschale werfen könnten, bestünde zwar noch kein Grund zu besonderer Euphorie, ergäbe sich aber die Chance einer Stärkung der Linken und der weiteren Zusammenführung antikapitalistischer Potenzen. Bei aller Bereitschaft zu einer unvoreingenommenen Sicht auf den Parteibildungsprozeß dürfen wir uns den klaren Blick nicht trüben lassen. Fehleinschätzungen, Übertreibungen und subjektivistische Lagebeurteilungen würden unweigerlich zu späterer Enttäuschung führen. So, wie die Dinge liegen, hat die über den Apparat, die meisten Vorständler und die Mehrheit der Parlamentarier verfügende Parteirechte, in der notorische DDR-Hasser und andere Antikommunisten den Ton angeben, gegenwärtig trotz des Grollens an

der Basis das Heft fest in der Hand. Sie will der PDS ihre an Bernstein und anderen Apologeten des Kapitals orientierten „Eckpunkte“ aufzwingen. Dieses Dokument aber ist nichts anderes als ein neues Godesberger Programm. Gibt es also Grund zur Euphorie? Wohl kaum, denn die Vereinigung zweier Parteien ist kein Wert an sich. Allein die Inhalte entscheiden. „Als ich 1952 um Aufnahme in die SED bat, wollte ich einer marxistisch-leninistischen Partei angehören. Inzwischen befinde ich mich auf einer Scholle, die in Richtung Sozialdemokratie treibt. Ich werde das wohl

nicht mehr lange mitmachen“, sagte Herbert. Auch Helmut teilte seine Einschätzung, nicht aber das Fazit des Freundes. „Ich will die Flinte nicht voreilig ins Korn werfen“, meinte er. Nachdenklich hörte ich mir die Meinungen beider Genossen an. Entscheidend ist, daß jeder auf seine Weise der Sache treu bleibt – wo auch immer, ging es mir durch den Kopf.

Nr. 111, April 2007

Was heißt Konterrevolution?

Unlängst erhielten wir einen aufschlußreichen Brief. Sein Berliner Absender schrieb uns „im Auftrag eines Freundeskreises ehemaliger Mitglieder der SED und aufmerksamer Leser des RF“. Dieser Zirkel veranstaltete nach Erhalt der jeweils neuesten Ausgabe „in einem Hohenschönhausener Kellerklubraum die dazugehörige Diskussionsrunde“. Das geschehe, „nachdem alle Beteiligten im Umlaufverfahren das Blatt gelesen“ hätten. In einigen Artikeln sei der Begriff Konterrevolution im Zusammenhang mit dem Ende der DDR in den Jahren 1989/90 gefallen. „Handelte es sich um eine Konterrevolution von oben?“ Oder hielten die Autoren „das Volk für deren Träger“, wurde gefragt. Die Annexion der DDR durch die BRD und die damit verbundene Zerschlagung ihrer staatlichen Strukturen sowie die Rückverwandlung des gesellschaftlichen Eigentums in privatkapitalistisches Eigentum waren zweifellos Akte einer Konterrevolution. Sie stellte eine frühere Gesellschaftsformation wieder her und beseitigte ein fortgeschrittenes soziales und politisches System. Als hätten sie Lenins „Staat und Revolution“ gründlich studiert und nur konträr angewandt, zerstörten die Gegner des Sozialismus jede Verästelung des Machtapparats der DDR und jede Parzelle des gesellschaftlichen Eigentums. Zuallererst aber vernichteten sie die für den sozialistischen Weg „verantwortliche“ Partei der Arbeiterklasse – die SED. Soweit der Sachverhalt. Dessen Bewertung liegt im Ermessensbereich. Es geht auch um den Zeitpunkt des Beginns der Konterrevolution, um deren innere und äußere, direkte und mittelbare Akteure. Die Konterrevolution war kein einmaliges Ereignis, sondern ein langer und facettenreicher Prozeß. Im Falle der DDR setzte dieser schon am 7. Oktober 1949 ein. In der ersten Stunde der Existenz des zweiten deutschen Staates begann parallel zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Ordnung ein gegenläufiger Prozeß, der auf die Abschaffung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet war. Er stützte sich auf innere reaktionäre Kräfte, vor allem aber auf das Potential des imperialistischen Lagers, besonders die USA und die BRD. 1989/90 und danach kulminierte die schleichende Gegenrevolution in der offenen Attacke zur Niederwerfung des Sozialismus, wobei die voranschreitende Erosion der DDR-Gesellschaft zum raschen Erfolg der Angreifer beitrug. Zuvor war mit den vom Westen ausgerichteten „ersten freien Wahlen“ die antikommunistische „DDR“-Regierung de Maiziere/Krause ans Ruder gebracht worden. Noch vor deren Zustandekommen hatten einige Funktionsträger der DDR

schwerwiegende Entscheidungen getroffen. Dazu gehörte die unter westlichem Druck erfolgte Auflösung der Schutz- und Sicherheitsorgane des sozialistischen Staates. Fortan hieß die Marschrichtung: „Deutschland, einig Vaterland!“ Zum Bild der von Medien und Diensten des Gegners in die DDR hineingetragenen, aber auch durch große Teile ihrer eigenen Bevölkerung de facto unterstützten Konterrevolution gehörten Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen. Es wäre indes falsch, wollte man die Mehrheit der gegen echte oder angebliche Defizite der DDR Protestierenden mit jenen Konterrevolutionären gleichsetzen, die sich unter sie gemischt hatten. Die Masse bestand aus Unzufriedenen, die an Versprechungen glaubten. Sie ahnten nicht, was sie aufgaben und was sie sich dafür einhandelten. Denn die Sicht auf den realen Kapitalismus war unscharf geworden. Züge des Opportunismus in der Innen- und Außenpolitik der DDR trugen dazu bei. Das 1987 von SED und SPD vereinbarte gemeinsame Positionspapier war ein Erfolg der Bahr-Linie zur systematischen Aufweichung des Sozialismus. So kam es, daß sich am 4. November 1989 auch zahlreiche von ihren Parteileitungen „delegierte“ Genossen auf dem Berliner Alexanderplatz einfanden, um politisch naive, doppelzüngige oder provokatorische Reden zu hören. Schon lange vor dem 3. Oktober 1990 waren die Tore zum Eindringen in die DDR weit geöffnet. Die Bourgeoisie der BRD sah ihr Ziel in greifbarer Nähe. Jetzt standen die juristische „Delegitimierung“ der DDR, die Stilllegung ihrer verbliebenen Wirtschaftskraft und die Verteilung der Beute auf dem Programm.

Spätestens mit den bei offener Grenze abgehaltenen Märzahlen 1990, die durch inzwischen vom Westen aus gesteuerte Parteien „gewonnen“ wurden, war der Weg für die Konterrevolution endgültig frei. Die dann im Juli erfolgte Einführung der D-Mark gab der DDR den Todesstoß. Zu ihrem Zusammenbruch trug die von den „modernen“ Bernsteinianern auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 forcierte Zersetzung der SED maßgeblich bei. Den Ausschlag aber gab der Wegfall des äußeren Schutzschildes durch die von der verräterischen Gorbatschow-Clique und dem verbrecherischen Jelzin-Clan vollzogene konterrevolutionäre Liquidierung der UdSSR, die auch das Aus der Staaten des Warschauer Vertrages bedeutete. Mit der Sprachregelung, es habe sich 1989/90 lediglich um eine „Wende“ gehandelt, soll Verwirrung gestiftet und vom Klasseninhalt des Geschehens abgelenkt werden.

Nr. 112, Mai 2007

Über Riesen und Zwerge

Derzeit gilt es als modern und fortgeschritten, von einem Marxismus und Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu sprechen. Viele, die sich dafür erwärmen, möchten tatsächlich auf dem neuesten Stand sein, wobei sie alle nützlichen Erfahrungen einbeziehen und sich nur von Fehlerhaftem oder Überholtem trennen. Andere erfinden das Fahrrad neu. „Up to date“ sein zu wollen, ist berechtigt, zumal jeder weiß, daß es in der revolutionären Theorie und Praxis stets darauf ankommt, sich nicht im Nachtrab der Gedanken oder Ereignisse zu befinden. Wer Neues nicht rechtzeitig wahrnimmt, sieht nur noch den letzten Waggon des enteilenden Zuges der Geschichte. So ist es den um die UdSSR gruppierten sozialistischen Staaten mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ergangen. Wer außerstande bleibt, den Stellenwert der vom Beispiel Kubas beflügelten Umwälzungen in Lateinamerika zu begreifen, befindet sich nicht auf der Höhe der Zeit.

Aufdringliche Hinweise indes, daß jetzt nur noch der Marxismus und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts gültig seien, lassen Falltüren vermuten. Es gibt in unserer Chronik keinen Jahrhundertbruch. Die Pariser Commune, deren Teilnehmer Marx zu Recht als „Himmelsstürmer“ bezeichnete, gehörte bekanntlich dem 19. Jahrhundert an. Der Rote Oktober mit seinem Protagonisten Lenin – dem kühnen Fortsetzer der marxistischen Lehre –, der Triumph im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Chinas Aufstieg zur sozialistischen Großmacht, der Aufbau neuer Gesellschaften in Ländern Europas, aber auch deren Niederlage, Castros Kuba und der vietnamesische Masseneroismus, die Erfolge der Kommunisten von Indien über Portugal bis Griechenland – all das war Teil des 20. Jahrhunderts. Und jetzt schauen wir den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ins Auge. Alles bildet eine Einheit, ist zum weltrevolutionären Prozeß sozialer und politischer Umgestaltungen verschmolzen. Gegen diesen richtet sich der von den USA und anderen Mächten forcierte gegenläufige Prozeß imperialistischer Globalisierung und kapitalistischen Machterhalts. Dabei ist der Klassenfeind in keiner Weise zu unterschätzen. Doch unser Potential wächst. Und wir besitzen eine intakte, auf die jeweiligen Kampfbedingungen anwendbare wissenschaftliche Theorie – den Marxismus-Leninismus.

Die Klassiker unserer Weltanschauung haben darauf verwiesen, daß wir auf den Schultern der ganzen Menschheit stehen. Wir schöpfen aus allem Progressiven und Positiven der Jahrtausende ihres Voranschreitens – von der Antike bis zum Sozialismus. Lenin unterstrich, nachfolgende

Generationen von Marxisten stünden auf den Schultern von Marx und Engels. Ein nicht immer unumstrittener Literat, Gerhard Branstner, hat die Metapher geschaffen, daß ein Zwerg auf den Schultern des Riesen weiter zu blicken vermöge als dieser selbst. Auch das ist nicht von der Hand zu weisen. Denn die großen drei haben manches, was wir inzwischen als selbstverständlich betrachten, in ihrer Lebensspanne nicht erfahren können. Da sind Versuche unsinnig, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in undialektischer Weise von der bisherigen Geschichte abzukoppeln. Ein Wortführer solchen Herangehens ist der westdeutsche Sozialdemokrat Heinz Dieterich, Professor in Mexiko-Stadt. Er läßt sich gerne als „Chefberater“ lateinamerikanischer Revolutionäre bezeichnen. Mag dahingestellt bleiben, ob er es ist. Jedenfalls aber kann man die Bestrebungen zur Verselbständigung des zeitgenössischen Sozialismus und des jetzigen marxistischen Denkens nur mit einem Baum vergleichen, dem die Wurzeln abgeschlagen worden sind: Seine Blätter müssen zwangsläufig verdorren. Manche Verfechter des „neuen“ Sozialismus, der von allen Fehlern, Irrungen und Niederlagen des bisherigen frei sein soll, sind einfach Antikommunisten: Sie wollen den radikalen Schnitt, die totale Absage an Lenin und die Oktoberrevolution, jegliches Erbe sowjetischer Prägung, natürlich auch die „stalinistische“ DDR. Wenn sich ein kleinbürgerlicher Politiker wie Gregor Gysi, für den – ganz im Unterschied zu Oskar Lafontaine – die Fragen der Macht und des Eigentums längst abgehakt sind, plötzlich als Anwalt eines „lateinamerikanischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bei zugleich deutlicher Abgrenzung von Castro und Chávez hervortut, dann läßt das aufhorchen. Wirklicher Sozialismus – in welcher Form auch immer – dürfte hier nicht vermutet werden. Indes: Wird durch solche Sonntagsreden irgend jemand vom Kurs abgedrängt? Bringen sie China als das volkreichste Land der Welt dazu, seinen sozialistischen Weg zu verlassen und den Marsch an die Spitze der stärksten Volkswirtschaften aufzugeben? Oder werfen die Führer Kubas, Venezuelas, Boliviens, Ekuadors und Nikaraguas nun die Flinte ins Korn? Wohl kaum. Denn buntschillernde Ballons gibt es heutzutage gratis und zuhauf. Jede tatsächlich weiterführende Überlegung, jede wirkliche Aktion, jedes vertiefte Nachsinnen über gegenwärtigen und künftigen Sozialismus aber ist von unschätzbarem Wert. Auch im 21. Jahrhundert bleiben wir unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin.

Nr. 113, Juni 2007

Die Schande von Heiligendamm

Als die Pfarrerstochter Angela Merkel, die in der „atheistischen“ DDR das Abitur ablegen, studieren, promovieren und bei der Akademie der Wissenschaften arbeiten mußte, noch der FDJ-Leitung ihres Instituts angehörte, hätte sie sich nicht im Traum vorstellen können, daß ihr einmal „die Mächtigen der Welt“ zu Füßen liegen würden.

Es hatte zumindest den Anschein, als habe sie „für Deutschland“ den höchsten Gipfel erklommen. Auf die Ratspräsidentschaft der EU folgte ihre Starrolle als Gastgeberin beim Treffen der Staats- und Regierungschefs aus sieben selbsternannten „Hauptindustrialnationen“ dreier Kontinente. Die „Elite“ des Imperialismus war in Heiligendamm

versammelt, um vorgeblich über Erderwärmung, Hunger in Afrika und andere Themen zu beraten. Damit es gefälliger aussah, war auch diesmal der russische Präsident mit an den Tisch gebeten worden. Der machte gute Miene zum bösen Spiel.

Die Show am Ostseestrand wurde öffentlichkeitswirksam abgezogen, das Ergebnis tendierte gegen Null. Man spreizte sich einmal mehr in leeren Versprechungen, wobei man erneut vorspiegelte, „Großes“ für die Ärmsten der Armen tun zu wollen. An die UNO, auf deren Kommando-Brücke dieselben Leute stehen, wurde die Umsetzung der „Beschlüsse“ des Klimagipfels delegiert. Unter ihrem „Dach“ soll nun alles möglichst im Sande verlaufen.

In Wahrheit ging es um Einflußsphären, Macht und Profit. Das einvernehmliche Klappern von Messern und Gabeln beim abendlichen Festessen im Rittersaal eines zurückeroberten Gutsbesitzerschlosses konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß da handfeste Interessen aufeinanderprallten. Gemeinsam will man allerdings aufstrebenden neuen Industriemächten wie China, Indien und Brasilien den Weg abschneiden. Auffällig war der Machtzuwachs des deutschen Imperialismus, der bereits den europäischen Reigen anführt und zum „Hauptpartner“ der USA geworden ist. Seine gesteigerte Aggressivität nach innen und außen ist unverkennbar.

Heiligendamm, das zu DDR-Zeiten Heilbad und Kurort für Zehntausende Werktätige war, wird fortan in einem Atemzug mit Guantánamo genannt werden. Die Bilder des stacheldrahtbewehrten Stahlgitterareals in Angela Merkels Wahlkreis vermitteln ebenso eine Vorstellung von der Freiheitsauffassung der BRD-Machthaber wie die Rostocker Käfige für 1200 zeitweilig „in Gewahrsam genommene“ Gipfelgegner. Das geschwollene Menschenrechtsgeschwafel platzte wie eine Seifenblase.

Mehr als 100 Millionen Euro wurden für die Sicherheit der teuren Gäste ausgegeben, um den bisher größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes zu finanzieren. Der BRD-Unterdrückungsapparat setzte auf kleinem Raum 18 000 Bewaffnete ein. Auch Militärs wurden an die Front befohlen: Nach der „Umbenennung“ des Bundesgrenzschutzes in

Bundespolizei tat man beim Gipfel den nächsten Schritt: 1200 Angehörige von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine nahmen an der inneren Repression teil. Zur Drohkulisse der Staatsmacht gehörten Hubschraubergeschwader, deren ohrenbetäubender Lärm allgegenwärtig war.

Heiligendamm erwies sich als Gipfel der „Bürgernähe“. Er war mit dem Sausen von Polizeiknüppeln, dem Versprühen von Tränengas und Pfefferspray, mit häufigen Wasserwerferkanonaden verbunden. Selbst das rechtzeitige Aufstellen eines dann abgefackelten Autos war Teil des Kalküls. Zugleich ergingen sich uniformierte Pressesprecher in heuchlerischen Schuldzuweisungen, wobei sie den von der Polizei bewußt herausgeforderten, durch V-Leute unterwanderten Schwarzen Block junger Antifaschisten, in dem es zweifellos auch ein anarchistisches Provokationspotential gab, zu kriminalisieren trachteten. Die „Krawalle“ in Rostock und bei Heiligendamm gehörten unverkennbar zur Strategie, eine friedliche Massendemonstration gegen Ausbeutung und Unterdrückung als Schauplatz blutiger Gewaltorgien vorzuführen. 1000 Verletzte meldeten die Medien. Die Zahl angeblich betroffener Polizisten war fingiert. Übrigens hinterließen die Äußerungen einiger Veranstalter, die „Autonome“ denunzierten, einen faden Geschmack.

Heiligendamm erwies sich als Rauchvorhang, hinter dem die politische Landschaft weiter nach rechts verschoben wurde. Die BRD war von Beginn an ein Staat des deutschen Kapitals und seiner Parteien. Aber sie brachte in der Vergangenheit auch Politiker wie Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker hervor, die sich als liberale oder konservative bürgerliche Demokraten profilierten. Jetzt droht rasch zunehmende Faschisierung. Oettingers Filbinger-Rede, Schäubles systematische Aushebelung des Grundgesetzes sowie Jungs schaumige Kriegsverherrlichung signalisieren das Maß der Gefahr.

Auf die Schande von Heiligendamm muß mit der Verstäudigung und Mobilisierung aller Antifaschisten geantwortet werden.

Nr. 114, Juli 2007

Wer faschisiert die BRD?

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Verdopplung rechtsradikaler Gewalt; Straßennazis in Divisionsstärke; eine an Zulauf gewinnende Neonazipartei in Gestalt der bewußt nicht verbotenen NPD; bekennende Faschisten in Parlamenten, welche bei Wahlen Stimmenanteile erzielt haben, die jene der NSDAP von 1928 deutlich übertreffen; einflußreiche Funktionsträger mit faschistoider Gesinnung. Dennoch ist das politische Regime der BRD kein Faschismus. Übertreibungen sind hier fehl am Platze. Die Tag für Tag von rechts attackierte bürgerliche Demokratie ist unter den geschilderten Umständen eine wichtige und verteidigungswerte Errungenschaft. Zu ihr gehört auch die Pressefreiheit. Sie begünstigt vor allem Antikommunisten. Doch ohne sie wäre das monatliche Erscheinen des „RotFuchs“ nicht denkbar.

Bekannt ist vielen Max Reimanns berühmte Voraussage: Nachdem der Vorsitzende der nur wenige Jahre später durch ein bis heute nicht aufgehobenes Willkürurteil des Bundesverfassungsgerichts verbotenen KPD im Parlamentarischen Rat gegen das Grundgesetz gestimmt hatte, brachte er seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Kommunisten die ersten sein würden, die den von allen übrigen Parteien abgeseigneten Verfassungersatz gegen seine Urheber verteidigen müßten. Heute stehen wir tatsächlich in vorderster Reihe, wenn es darum geht, das inzwischen durch unzählige Änderungen verunstaltete, in der politischen Praxis ständig verletzte Grundgesetz, das unseren eigenen verfassungsrechtlichen Prinzipien keineswegs entspricht, vor Angriffen aller Art zu schützen. Angesichts rasch zunehmender faschistischer und faschistoider Gefahren und der Tatsache, daß sich der „gläserne

Bürger“ von Vokabeln wie „Vorbeugehaft“, „Sammellager für gewaltbereite Protestierer“, Online-Durchsuchung, Datenschutz-Abbau und Telefonüberwachung umzingelt sieht, sind wir zur partiellen Zusammenarbeit mit allen Kräften bis weit in das bürgerliche Lager bereit, die den Rechtsstaat nicht gegen den Schäubleschen Überwachungsstaat eintauschen wollen. Der Alarmruf des sicher nicht linkslastigen 58. Deutschen Anwaltstages signalisierte den Ernst der Situation.

Dabei ist 2007 nicht 1932. Damals fühlte sich das Kapital in seinen Machtinteressen aufs äußerste bedroht. Denn sechs Millionen kommunistische Stimmen und Rang 1 der KPD in der deutschen Hauptstadt waren keine abstrakte Größe. Politische Herrschaft der Arbeiterklasse oder offene faschistische Diktatur – so stellte sich den Herrschenden die Alternative dar. Maßgebliche Teile der Großbourgeoisie an Rhein und Ruhr zögerten keinen Augenblick. Ihr Ausweg hieß Hitler. Die Mordbanden von SA und SS wurden von der Kette gelassen.

Heute ist die Konstellation ganz anders. Der Staat von BDI, BDA und Deutscher Bank sitzt fest im Sattel. Die Kapitaleigner machen horrende Profite. Das Klassenbewußtsein der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger, von denen noch viele auf dem Niveau der Arbeiteraristokratie leben, ist langjährig eingeschlafert worden. Die Kommunisten der BRD sind einstweilen keine eingreiffähige Größe. Die Gewerkschaften befinden sich unter sozialdemokratischer Kontrolle. Die neue Linke lehnt den Klassenkampf ab und driftet zu einem Standort „links von der SPD“, also in das Feld von Bad Godesberg, welches durch Schröder & Co geräumt worden ist. Unter diesen Bedingungen braucht das Kapital weder Sturmabteilungen noch Schutzstaffeln.

Auch ein Hitler ist nicht vonnöten. Für alle Fälle hält man sich die NPD und deren Straßennazis.

Der Königsweg der Faschisierung aber führt durch die Institutionen. Man trägt Nadelstreifen und kommt durch die Vordertür. Die Hülle der bürgerlichen Demokratie – das Dekor von Parteien und Parlament – bleibt erhalten. Dieser Kurs der schleichenden Unterwanderung des Rechtsstaates ist mit Namen wie Filbinger, Schily, Schäuble, Koch, Jung, Beckstein, Schönbohm, Söder, Oettinger u. a. verbunden. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg eilte der Zeit voraus und lehnte sich zu weit aus dem Fenster. Die Faschisierung muß im europäischen Umfeld betrachtet werden. Seit Berlusconi's Tagen gilt Finis Aleanza Nazionale in Italien als regierungsfähig. Frankreichs Sarkozy verdankt seinen Amtsantritt dem Votum der Le-Pen-Anhänger. In Polen schlägt das geistige Mittelalter Kapriolen. In Tschechien jagt man die Jungkommunisten. In Lettland feiern von der BRD berentete Waffen-SS-Veteranen fröhliche Urständ. In Estland tobt sich der antirussische Mob an einem Denkmal für die Helden der Roten Armee aus. Und in Rumänien wird der 1946 erschossene Faschistenführer Antonescu wieder auf den Schild gehoben. Der oberste Schirmherr dieses Treibens aber sitzt in Washington. Mit dem Amtsantritt von George W. Bush hat der faschistoide Drall in der NATO einen kräftigen Kick bekommen. Natürlich gibt es hierzulande und weltweit wachsende Kräfte, die dagegenhalten. Auf sie setzen wir unsere Hoffnungen. Denn die Bäume jener, die den Erdball nach rechts drehen möchten, dürfen nicht in den Himmel wachsen. Rußlands Präsident Putin hat solchem Übermut in München und Togliatti übrigens einen Dämpfer aufgesetzt.

Nr. 115, August 2007

Das russische Wunder

Anfang der 60er Jahre wurden Buch und Film „Das russische Wunder“ von Annelie und Andrew Thorndike ein internationaler Erfolg. Das literarisch-optische Epos der beiden DDR-Dokumentaristen schilderte den schweren, opferreichen und zugleich grandiosen Weg der Sowjetunion, die wie Phönix aus der Asche den Trümmern des alten Rußlands entstieg war.

Heute gibt es – unter gänzlich gewandelten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen – einen abermaligen Aufstieg Rußlands. Nach der etliche Länder des Sozialismus zugrunderichtenden und die Welt ins ungewisse stürzenden Höllenfahrt der UdSSR unter den in imperialistische Marionetten verwandelten einstigen KPdSU-Steilflugkarrieristen Gorbatschow und Jelzin kann man mit Blick auf das riesige Land inzwischen wieder Hoffnung schöpfen. Nicht, daß wir uns von Wunschenken, Übertreibungen oder Illusionen leiten ließen. Eine zweite Sowjetunion wird es nicht geben. Das heutige Rußland ist kein Staat der Arbeiter und Bauern. Doch eines ist unverkennbar: Die Talsohle der Erniedrigung und Demütigung einer großen Nation und der in der Russischen Föderation lebenden Völkerschaften ist offenbar durchschritten. Die „Oligarchen“ – ein Abschaumprodukt der Konterrevolution – haben nicht

mehr wie unter Jelzin das alleinige Sagen. Die russische Industrie, deren staatlicher Sektor in den Putin-Jahren um etwa 20 % gewachsen ist, hat sich merklich entwickelt. Die Betriebe der Landesverteidigung wurden reorganisiert. Sie erzeugen neue Waffen für den Schutz Rußlands – auch gegen nukleare Raketensysteme, die im Zuge der NATO-Einkreisung von den USA in Polen und Tschechien stationiert werden. Die Armee, deren Offizierskader zum Teil noch in den sowjetischen Streitkräften ausgebildet wurden, ist nach einer Phase politisch-moralischer Verwahrlosung und materieller Vernachlässigung zu einem Faktor geworden, den sich als Freunde ausgebende Gegner des Landes in Rechnung stellen müssen. Inzwischen fanden gemeinsame Manöver mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der indischen Armee statt. Das atomare Abschreckungspotential Rußlands kommt insofern dem Weltfrieden zugute, als es kriegslüsterne Kreise des Imperialismus zu zügeln vermag.

Putins Kreml läßt sich nicht länger als Trophäe des Westens vorführen. Moskau gestaltet seine Innen- und Außenpolitik wieder selbst. Das bewies die Rede des russischen Präsidenten in München, die Abfuhr, die er einer außer Rand und Band geratenen Angela Merkel in Togliatti erteilte, sein

selbstbewußtes Auftreten in Heiligendamm, wo er Bush mit dem Vorschlag gemeinsamer Nutzung einer Basis in Aserbaidshan bei Verzicht auf die Version Polen – Tschechoslowakei überraschte, und seine Festigkeit bei der jüngsten Visite in den USA. Rußland setzt auch im Innern auf politische Stabilität, indem es die durch bestimmte Geheimdienste angekurbelte „Opposition“ um den CIA-Agenten Kasparow im Zaum hält. Die weitgehende Wiederherstellung der russischen Großmacht grenzt fast an ein Wunder. In Betracht ziehen sollte man, daß der euroasiatische Staat zu den Gründern der anfangs wenig beachteten Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit zählt, der neben China und Rußland auch vier frühere Sowjetrepubliken Mittelasiens angehören. Indien, Pakistan, die Mongolei, Iran und weitere Staaten nehmen an ihrer Arbeit teil. Ein USA-Beitrittsansinnen verfiel der Ablehnung. Die Bush-Administration setzt weiter auf eine unipolare, nur von den Vereinigten Staaten beherrschte Welt. Doch solche Pläne sind auf Sand gebaut. Der unaufhaltsame Vormarsch der Volksrepublik China in der Anfangsphase zum Sozialismus, die frappierende Wiedergeburt Rußlands als starker Staat,

der unverkennbare Aufstieg Indiens, die gegen Washingtons Diktat gerichteten Umwälzungen in Lateinamerika lassen erkennen, daß an die Stelle von Unipolarität, für die sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR Chancen eröffneten, die von China, Rußland und weiteren Mächten geforderte und geförderte Multipolarität treten wird. Wenn man vom einstmaligen sowjetischen Raum spricht, darf man die Republik Belarus keinesfalls außer Betracht lassen. Unter Präsident Lukaschenko bewahrte sie Unabhängigkeit, Solidität und Würde. Große Leistungen wurden von ihr vollbracht, wichtige Errungenschaften aus sozialistischen Tagen behauptet. Nicht zufällig findet das diesjährige Welttreffen kommunistischer und Arbeiterparteien in der belarussischen Hauptstadt Minsk statt. Anschließend werden dessen Teilnehmer nach Moskau reisen, um dort den 90. Jahrestag der Oktoberrevolution zu begehen. Übrigens, der Filmschöpferin Annelie Thorndike gilt unser herzlicher Gruß, ist sie doch seit Jahren eine treue Leserin des „RotFuchs“.

Nr. 116, September 2007

Die Europa-Lüge

Wenn die Kanzlerin mit frommem Augenaufschlag von Europa schwärmt, will sie uns weismachen, bei der Zusammenführung ausgewählter Staaten des Kontinents – Rußland wurde bekanntlich übergangen – stehe das „gemeinsame Wohl“ im Mittelpunkt. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch darum, daß der bereits wiederübermächtige und übermütige deutsche Imperialismus handfeste eigene Interessen verfolgt: Er will das von ihm im Zweiten Weltkrieg angestrebte, aber nicht erreichte Ziel – die Vorherrschaft in Europa – diesmal mit „friedlichen Mitteln“ anvisieren. Niemand glaubt mehr an das seinerzeit durch Gorbatschow in einer Mischung aus scheinbarer politischer Naivität und Abgefemtheit vorgegaukelte „Haus Europa“. Denn es gibt auch auf unserem Erdteil vorherrschende und „nachgeordnete“ Nationen. Die angeblich so wacker voranschreitende „Integration“ ist in erster Linie ein Konzept der politischen Gewährsleute des deutschen Kapitals, sich im Bunde mit und in Konkurrenz zu der Atommacht Frankreich schwächere „Partner“ zu unterwerfen und deren Staaten Schritt für Schritt auszulöschen. Die noch verbliebenen europäischen „Nachbarn“ sollen mit Ausnahmen zügig eingegliedert werden, und selbst ein Beitritt der Türkei wird jetzt ernsthaft erwogen. Den armen Völkern der Dritten Welt aber steht „Europa“ mit gnadenloser Härte als „Festung“ gegenüber. Wer aus Nord- oder Schwarzafrika in die reichen Länder des Westens gelangen will, hat keinen Pardon zu erwarten. Worin aber besteht der wahre Hintergrund jener Euromanie, von der man in der EU besessen ist?

Das Kapital hat seine portugiesische Lektion gelernt. Es hat die Lissabonner Nelkenrevolution vom April 1974 nicht vergessen. Die Bildung der EU war auch ein Reflex auf diesen bisher weitgehendsten antikapitalistischen Vorstoß in einem NATO-Staat. Ihre Eingreiftruppen sollen künftigen

Versuchen, aus dem imperialistischen Bannkreis auszubrechen, einen Riegel vorschieben. Selbst an der Bevölkerung Serbiens, das eine unabhängige Politik verfolgte, wurde ein furchtbares Exempel statuiert. Weltstrategisch ist der Hintergrund der „Neuaufstellung“ Europas allerdings viel weiter zu fassen. Man täuscht sich, wenn man annimmt, bei der EU gehe es allein um die Schaffung eines angemessenen Gegengewichts zu den Vereinigten Staaten, deren globale Ambitionen durch die geballte Kraft der „Alten Welt“ gekontert werden sollen. Natürlich spielt auch das eine Rolle. Doch in den Planungsstäben an Spree und Seine denkt man darüber hinaus, weiß man doch genau, daß sich das ökonomische Gewicht und die politische Rangordnung der die internationale Entwicklung prägenden Mächte in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend zugunsten von Staaten wie China, Indien und Rußland verschieben wird. Darauf will man „vorausschauend reagieren“. Das geschieht bereits. Stellen die Rußland ins Visier nehmenden USA-Raketensysteme, die in Polen und Tschechien installiert werden, einen weiteren Akt militärischer Einkreisung dar, so richtet die mit der NATO verzahnte EU ihre ökonomischen und politischen Geschütze auf die euroasiatische Großmacht. Die jüngste martialische Sprachregelung der BRD-Medien gegenüber Beijing und Moskau erinnert an finstere Zeiten des kalten Krieges. Unter der „deutschen Ratspräsidentschaft“ ist weiteres Öl ins Feuer gegossen worden, nahm die bourgeoise Menschenrechtsheuchelei noch groteskere Züge an. Bleibt die Frage: Wie stellt sich die marxistische Linke auf diese Entwicklung ein? Tritt auch sie unter das „Banner Europas“? Von proletarisch-internationalistischen Positionen ausgehend und in der Geschichte der jeweiligen Nation fest verwurzelt, ist ihr eine „Regionalisierung“ der Welt im Sinne von Brüssel wesensfremd. Sie hat den Eurozentrismus stets als eine

schädliche Ideologie abgelehnt. Deshalb muß es erstaunen, wenn anderswo die Akzeptanz des Marxismus ausgerechnet mit dem Argument verweigert wird, dessen Begründer hätten sich „zu sehr auf Europa beschränkt“. Ohne Zweifel lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der I. Internationale im europäischen Westen und in den Vereinigten Staaten. Aber nehmen die Werke der Klassiker nicht auch auf Indien und viele andere Länder Bezug? Würde sich die KP Chinas als die derzeit bei weitem größte kommunistische Partei weiterhin auf den Marxismus-Leninismus berufen, wenn Marx und Engels tatsächlich Eurozentristen gewesen wären?

Lenin hat die zu seiner Zeit verkündete bürgerliche Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ als reaktionär zurückgewiesen. Dem Europa der Monopole, dessen von Franzosen und Niederländern abgelehnte EU-Verfassung jetzt in neuem Gewände präsentiert wird, sagen wir kompromißlos den Kampf an. Zugleich fühlen wir uns allen fortschrittlichen Kräften des Kontinents verbunden, ohne uns vom Rest der Welt abzuschotten. Denn es bleibt dabei: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nr. 117, Oktober 2007

Lenin im Oktober

Viele Ältere unter uns erinnern sich noch an die sowjetischen Filme „Lenin im Oktober“ und „Der Mann mit dem Gewehr“. Sie schildern eindrucksvoll den Aufbruch zu neuen Horizonten. Die Szenen vom Sturm der Arbeiter, der Matrosen und Soldaten meist bäuerlicher Herkunft auf das Petrograder Winterpalais wurden zur Legende. Der fast dokumentarische Bericht vom siegreichen Angriff auf die Festen eines halbfeudalen Kapitalismus hat sich uns tief eingepägt. Vor neun Jahrzehnten leitete die Oktoberrevolution eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit ein. Daran kann auch die spätere Preisgabe der Sowjetunion und der meisten mit ihr verbundenen sozialistischen Staaten durch jene, welche das Erbe Lenins verrieten und auf die Positionen des Gegners übergingen, nichts ändern. Zwischen dem grandiosen Sieg von 1917 und der schmachvollen Niederlage von 1991 lagen heroische Jahrzehnte des Aufbaus einer neuen Gesellschaft und der die Völker Europas vor faschistischer Versklavung rettende Sieg der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg. Wie könnten wir jemals das Bild des Sowjetsoldaten, der die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf den Reichstag trägt, aus dem Gedächtnis verlieren! Und wie könnten wir außer acht lassen, daß sich der Sozialismus von Kuba bis China behauptet, daß der revolutionäre Weltprozeß – allen Widrigkeiten zum Trotz – weiter voranschreitet? Sicher dürfte eine Revolution vom Oktober-Kaliber in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf sich warten lassen, obwohl auch dort jähe Wendungen nicht auszuschließen sind. Doch wir sollten uns der Worte Lenins erinnern, daß der Weg nach London und Paris über Kalkutta und Shanghai führt. Die ostindische 13-Millionen-Metropole Kalkutta, Verwaltungszentrum des über 80 Millionen Einwohner zählenden Unionsstaates Westbengalen, wird wie dieser seit mehr als 30 Jahren von einer kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront regiert. Und über Shanghai weht das Banner der Volksrepublik China, deren Kommunistische Partei – alle Kaffeesatz-Prognosen sich auf Dalai-Lama-Empfänge kaprizierender Reaktionäre widerlegend – bei zeitweiliger Zulassung kapitalistischer Elemente in der Wirtschaft die Volksmacht entschieden verteidigt. 1989 ist die Konterrevolution hier nicht durchgekommen. Mit seinen das Denken der beiden Großen des 19. Jahrhunderts weiterführenden Werken „Was tun?“, „Zwei Taktiken“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“,

„Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ und „Staat und Revolution“, mit seiner „Iskra“ und der bolschewistischen „Prawda“ hat Lenin entscheidende theoretisch-ideologische Fundamente für den Oktobersieg gelegt. Mit gutem Grund reihten ihn die Marxisten in das Dreigestirn ihrer Klassiker ein. Wer Lenin von Marx und Engels trennen will und naiv behauptet, der geniale proletarische Strategie sei „lediglich ein russischer Marxist“ gewesen oder passe nicht zum wurzellosen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, stellt die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf. Es ist doch kein Zufall, daß jene, welche im Dezember den Revisionisten Bernstein aus der Mottenkiste holten, im gleichen Atemzug Lenin „entsorgten“. Wer schon im März von sich sagte, er rücke „nur“ in den Fragen der Macht und des Eigentums vom Marxismus ab, der muß Lenin, dessen Partei die alten Macht- und Eigentumsstrukturen radikal zerschlug, als blanken Horror empfinden. Deshalb hören wir gut hin, wenn Oskar Lafontaine die Macht- und Eigentumsfrage aufwirft. Das ist ein wichtiger Ansatz für gemeinsames Handeln linker Kräfte. Als die von „Bürgerrechtlern“ flankierte und sich mit ihnen tarnende Reaktion 1989 in der DDR wieder Aufwind bekam und nach den Märzwahlen 1990 ans Ruder gelangte, erging sie sich zunächst in Bilder- und Schilderstürmerei. Viele uns teure Namen wurden getilgt. Die Konterrevolutionäre wagten es aber nicht, sich an Marx und Engels zu vergreifen. Deren Standbild im Berliner Zentrum blieb daher ebenso erhalten wie die nach Karl Marx benannte Ostberliner Magistrale. Die Sieger auf Zeit ließen ihre Wut indes an Lenin aus. Sein Monument landete in einer Kiesgrube. Der Platz in Berlin, auf dem es gestanden hatte, wurde wie die Allee gleichen Namens umgetauft. Warum scheinbare Gelassenheit im ersten und hysterische Eile im zweiten Falle? Marx und Engels waren nach den Vorstellungen der Ausbeuter „lediglich“ die Erfinder einer explosiven und gefährlichen Idee, ohne sie zu verwirklichen. In Lenin sahen sie zu Recht den Kopf der proletarischen Revolution, die ihnen ans Leder ging. Er setzte die Gedanken von Marx und Engels in die Tat um. Das entfesselte den ganzen Haß des Klassenfeindes und seiner Nachäffer. Der Anti-Leninismus wurde zur Speerspitze des Antikommunismus. Ihn ständig zu entlarven und zu bekämpfen, ist unser Beitrag zum 90. Jahrestag des Roten Oktober.

Nr. 118, November 2007

Gift und Galle

Am 3. Oktober 1990 lieferten bei den März-Wahlen mit dem Geld, der Logistik und dem Medientrommelfeuer der BRD in der DDR ans Ruder gebrachte Marionetten westdeutscher Parteien den bereits bis zur Unkenntlichkeit entstellten zweiten deutschen Staat an den Imperialismus aus. Diesem kamen die Orientierungslosigkeit DDR-treuer Kräfte und das Umschwenken materielle Vorteile erwartender Bevölkerungsschichten zugute. Den bei sofortigem Einmarsch militärischer und polizeilicher Verbände vollzogenen Anschluß – ihm war die fatale Währungsunion vorausgegangen – bezeichneten die Kohl-Regierung und Kollaborateure wie Krause und de Maiziere als „Wiedervereinigung Deutschlands“. Gorbatschows den Sozialismus auch im eigenen Land verräterischer Moskauer Klüngel spielte bei der Preisgabe der DDR die Rolle des Zutreibers. Damals taten manche so, als gehöre die von der DDR vier Jahrzehnte lang vertretene gute Sache in Deutschland für immer der Vergangenheit an. In der Berliner Dynamohalle wurden bei einem Sonderparteitag Grabgesänge auf den Marxismus-Leninismus angestimmt. Politische Ausverkäufer läuteten voreilig die Glocken des Untergangs der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Und ein Bonner Minister namens Norbert Blüm trompetete: „Marx ist tot, und Jesus lebt!“ Später, als die jetzt Herrschenden wahrnahmen, daß sich zunächst irritierte und gelähmte Teile der DDR-Bevölkerung der verlorenen Vorzüge ihres früheren Lebens unter sozialistischen Bedingungen bewußt wurden und sich die Enttäuschung über die so nicht erwartete kapitalistische Wirklichkeit Bahn zu brechen begann, wiegelten die Sieger ab. Gemach, das Problem verbliebener „DDR-Gläubigkeit“ werde sich ohnehin „biologisch“ lösen. Schließlich stünden ja jene Generationen, welche den Aufbau der DDR vollzogen und ihr Land lange Zeit auch erfolgreich geschützt hatten, bereits auf dem „Aussterbe-Etat“. Die Jüngeren aber, glaubt man, könnten durch das Ver-Bildungswesen der BRD von wirklicher Erkenntnis ferngehalten, durch den ins Maßlose gesteigerten Konsumterror mental erschlagen und durch die alle Dimensionen sprengende Mediendomptur so abgerichtet werden, daß sie fortan nicht mehr auf „dumme Gedanken“ kommen. Mit anderen Worten: „Der Unverstand der Massen ...“, den die Arbeitermarseillaise geißelt, ist oberstes Ziel und soll die Aufrechterhaltung der „neuen“ alten Ordnung garantieren. Offensichtlich sind die Blümenträume der gestern Triumphierenden nicht gereift. Zwar wird von „hoher Warte“ aus verkündet, am 20. Jahrestag ihrer Einverleibung könne

man das Kapitel DDR abschließen, sei die „Aufarbeitung“ ihrer Geschichte beendet. Doch für alle Fälle legt man ein paar Kohlen nach. Von „Memorialen“ und weiteren als Gedenkstätten deklarierten Lügenverbreitungszentralen, von Sonderbriefmarken und speziellen Münzprägungen ist die Rede. Hochdotierte Tatsachenfälscher wie Birthler und Knabe werden nicht aufs politische Altenteil abgeschoben, sondern weiterhin gebraucht. Ihnen versprechen geistige Goebbels-Erben einen Job auf Lebenszeit.

Rund um den 3. Oktober wurde eine neue Kampagne des antikommunistischen Hasses und der DDR-Verteufelung losgetreten. Mit schriller Stimme sang man den Lieblingsschlager der Hexenjäger: die sattsam bekannte „Stasi“-Melodie. Niemand blieb ausgespart. Selbst das populäre NDR-Gesundheitsmagazin „Visite“ übernahm seinen Part. Den Gipfel politischer Verkommenheit aber stellte zweifellos das rührselige Machwerk „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ samt anschließender Diskussion mit der Christiansen-Nachfolgerin Will dar, in der sich Petra Pau einmal mehr durch profunde Dummheit deprofilierte. Zur Blamage der Züchter wurden längst geplatze Enten wie die „DDR-Zwangsadoption“ aus dem Gatter entlassen. Der reißerisch propagierte Streifen rief bei Älteren den „Jud Süß“-Film der Nazis ins Gedächtnis.

Es fragt sich: Was veranlaßt den Gegner, beliebte Mimen wie Ulrich Mühe und Veronika Ferres in derart miesen Rollen zu verheizen? Warum müssen jetzt sogar Schauspieler der ersten Garnitur ins Gefecht, wenn es gegen die DDR geht? Haben andere Geschütze beim antikommunistischen Trommelfeuer ihre Durchschlagskraft bereits verloren? Das deutsche Kapital und seine politischen Sturmspitzen speien Gift und Galle, weil ihre Rechnung nicht aufgegangen ist. Die Medienhetzer sehen sich gezwungen, jetzt sogar Oscar-Preisträger und andere Koryphäen in den Kampf zu werfen.

Warum? Die Antwort ist einfach: Weil sie die DDR nicht totgekriegt haben. 1990 hat Blüm offenbar einen Scheintoten vor Augen gehabt. Denn die DDR lebt. Ihre Botschaft wird von neuen Generationen aufgenommen und weitergetragen werden. Den Schmähern aber schreiben wir die Worte des großen russischen Poeten Michail Lermontow ins Stammbuch: „Sie haben mich gepeinigt, weil ich zu denken wagte. Sie haben mich gesteinigt, weil ich mein Denken sagte. Weil ich es sang in Liedern, voll Sehnsucht und voll Glut. Sie konnten nichts erwidern, daher die ganze Wut!“

Nr. 119, Dezember 2007

Kleines linkes Lehrbuch

Die Monatszeitschrift „RotFuchs“ hat ihren zehnten Jahrgang abgeschlossen. Das Januarheft 2008 bietet wieder viel aus Vergangenheit und Gegenwart.

Die Monatszeitschrift „RotFuchs“ (RF) begann mit dem Januarheft 2008, das die Nummer 120 trägt, ihren 11. Jahrgang. Sie entstand Anfang 1998 als „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“, wie es in ihrem Untertitel noch heute heißt. Geburtshelfer waren die Journalisten Klaus Steiniger, Chefredakteur seit Beginn, Karl-Eduard von Schnitzler und Rainer Rupp, der zu dieser Zeit noch wegen seiner Tätigkeit für die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Haft war. In den vergangenen zehn Jahren entwickelte sich der von Parteien unabhängige RF – gestützt vom eigens gegründeten Förderverein – zu einem Journal mit monatlich 21 000 Lesern. Noch immer ist das Abonnement kostenlos, Redaktion, Druck und Vertrieb werden über Spenden finanziert.

Klaus Steiniger skizziert in der Jubiläumsausgabe, der ein Jahresinhaltsverzeichnis 2007 beiliegt, eingangs als Ziel der Zeitschrift, „dem gegnerischen Angriff die Stirn bieten, Positives aus der DDR bewahren und in die Zukunft weisen“. Seinerzeit wurde der RF bei der DKP-Gruppe Berlin-Nordost angesiedelt. Steiniger: „Er sorgte für einen Wirbel. Mancherorts stieß er auf Widerspruch, andererseits auf positive Resonanz. Wir traten für eine Legierung von ost- und westdeutschen Kampferfahrungen ein, bezeichneten die DDR ungeachtet ihrer Defizite als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, nannten die zur ‚Wende‘ erklärte Konterrevolution beim wahren Namen und setzten uns für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis ein. Die Zeit dafür war reif.“ Das anfangs stärkende Korsett der Parteigruppe sei bald zu eng geworden, so daß beschlossen wurde, unabhängig von Parteien weiterzumachen und einen Förderverein zu gründen: „Er ist heute eine der politischen Bildungszentralen in Deutschland – wohl die einzige marxistische.“ Das politische Spektrum der Leser reiche von „der Sache treugebliebenen Anhängern der Linkspartei“ über Genossen von DKP und KPD bis zu „linken Christen und Sozialdemokraten auf der Linie Oskar Lafontaines“.

Vielfältig ist auch das Angebot des 120. Heftes. Der Historiker Horst Schneider analysiert die keineswegs zufällige Übergabe der Macht durch das deutsche Großkapital an Hitler vor 75 Jahren. Eberhard Wendt kommentiert die merkwürdigen Reaktionen auf den Arbeitskampf der Lokführer bei der Deutschen Bahn. Münchener DKP-Genossen berichten von ihrer ausverkauften Festveranstaltung zur Oktoberrevolution. Aus Montpellier in Frankreich meldet sich Heidi Urbahn de Jauregui zum Thema Verteidigung der Revolution zu Wort und zitiert Peter Hacks, der selbst Autor des RF war: „Sinn der sozialistischen Revolution

ist die Einrichtung der Welt als einer freien, gerechten und friedlichen; jede Anwendung von Gewalt ist für sie zunächst ein Unsinn. Die klassischen Revolutionen, die französische und die russische, sind unblutig verlaufen; das Einbeziehen von Körperverletzung in die Spielregeln blieb in beiden Fällen nachträglich der Konterrevolution vorbehalten.“

Abgedruckt wird ein Beitrag von Hans Heinz Holz aus der Zeitschrift „Theorie & Praxis“, in dem er sich zur Debatte um das Thema „Sozialismus in einem Land“ äußert. Eberhard Fensch legt facettenreich dar, welche Konsequenzen die Haupttriebkraft des Kapitals, die Jagd nach Profit, mit sich bringt: von Waldbränden per Brandstiftung über Suchtstoffe in Tabakwaren und nervende Callcenter bis zu Gammelfleisch, Pestiziden im Obst, Antibiotika bei der Nutztiermast, teuren Pharmaka ohne Wirkstoffen – man geht über Leichen.

Sandra Ludwig setzt sich mit der Programmdebatte in der Partei Die Linke auseinander, weitere Beiträge befassen sich mit Pädagogik, Gesundheitsförderung von Säuglingen und Kleinkindern, mit Geburtenrückgang, Bildungsmisere und Feminismus.

Ein Lehrstück ist Detlef Josephs Rezension des „Anti-Leide“. In dem Buch setzen sich Horst Busse, Hans-Herbert Nehmer und Dieter Skiba mit „Herrn Henry Leides Umwälzung der Geschichte der DDR“ auseinander. Nach Leide handelte es sich nämlich bei der Aburteilung von Naziverbrechern durch die DDR-Justiz, insbesondere im Fall des SS-Mannes Heinz Barth, um „Propagandaveranstaltungen“. Joseph macht deutlich: Der in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorherrschende Standpunkt, das MfS habe die Strafjustiz der DDR gesteuert, wird mit dem „Anti-Leide“ ad absurdum geführt. Berichte über internationale Ereignisse wie den XVII. Parteitag der KP Chinas und zahlreiche Leserbrieferrunden das Heft ab, das wie immer ein kleines linkes Lehrbuch für Geschichte und Gegenwart ist.

Renato Lorenz („junge Welt“, 21. Januar 2008)



Dem Chefredakteur des „RotFuchs“ zum 75.

Lieber Klaus,

der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins gratuliert Dir auf das herzlichste zu Deinem 75. Geburtstag.

Als Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik hast Du deren Werden und Wachsen aktiv mitgestaltet – ob als Staatsanwalt, Bürgermeister, Fernsehkommentator, Außenpolitiker oder Journalist. Ganz gleich, welche Aufgabe Dir übertragen war – stets warst Du mit ganzem Einsatz dabei. Was wir mit vielen anderen besonders schätzen und was manche fürchten, waren und sind Dein kritischer Geist, Deine Unbedingtheit und Angriffslust, vor allem die Courage, in entscheidenden Augenblicken nicht zu schweigen.

Deine besondere Liebe gilt dem geschriebenen Wort, dem Du mit Deiner unverwechselbaren Handschrift einen ebenso unverwechselbaren Stempel aufgedrückt hast. Davon zeugt Dein nahezu 25 Jahre währender Einsatz für das „Neue Deutschland“. Als dessen „Reporter auf vier Kontinenten“ bist Du landesweit bekannt geworden. Unzählige Artikel, Berichte, Reportagen, Kommentare und Glossen stammen aus Deiner Feder. Das Besondere daran: Du hast Dich nie nur als Berichterstatter, als Beobachter von außen, verstanden. Überall dort, wo Dich Dein Weg hinführte, warst Du anderer Freund, Helfer, Berater, ihr Mitkämpfer im Ringen um eine gerechte, bessere Welt. So auch für die Genossen der Kommunistischen Partei der USA. Dir als ND-Sonderkorrespondent, der vom Schauprozeß gegen die afroamerikanische Philosophiedozentin Angela Davis Anfang der 70er Jahre in San Jose berichtet hat, ist es zu verdanken, daß in der DDR eine das ganze Land erfassende Solidaritätsbewegung entstand.

Portugals Nelkenrevolution 1973 gehört zu den Dich am meisten prägenden Ereignissen. In ihre Annalen hast Du Dich für immer mit Deiner solidarischen Hilfe, Deinem Mut, Deiner Verlässlichkeit und leidenschaftlichen Parteinahme eingeschrieben. Auch fast 35 Jahre danach ist unter portugiesischen Kommunisten Dein Name nicht vergessen. Zu Deinem Lebenswerk gehören aber Tausende Artikel und Beiträge – nicht nur für das ND –, mehrere Bücher, eine Schatztruhe, gefüllt mit Bildern von Begegnungen mit Freund und Feind, die inzwischen historischen Wert besitzen.

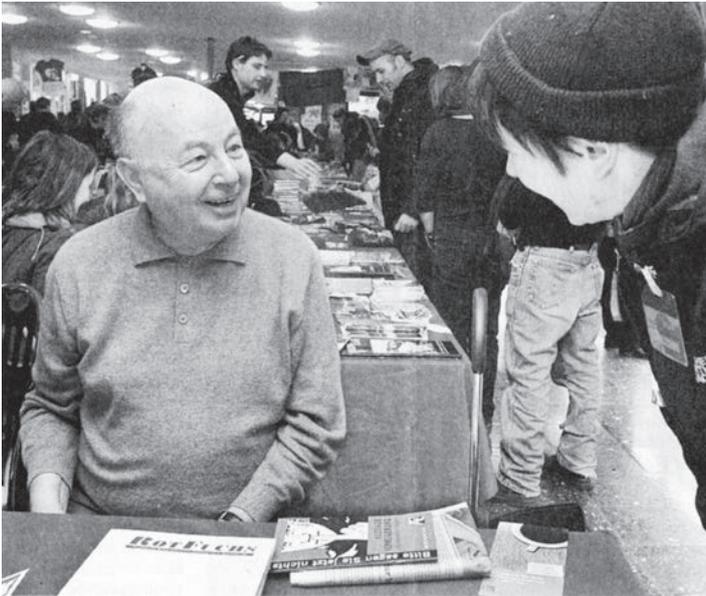
Diese Dinge sind heute – mit der Absicht, sie für alle Zeiten dem Gedächtnis der Gesellschaft zu entreißen –, in

bürgerliche Archivsicherungsverwahrung verbannt worden. Die Sieger auf Zeit haben jetzt die Macht, doch sie besitzen sie nicht über unser Fühlen, Denken und Handeln. Aus unserer Niederlage erwächst Schritt für Schritt neue Kraft. Daran hat der „RotFuchs“ einen maßgeblichen Anteil. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes zur Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland geworden, die das Banner von Marx, Engels und Lenin weitertragen. Immer mehr Menschen, ob mit oder ohne Parteibuch, finden den Weg zu ihr. Jeden Tag wächst deren Zahl. Die nunmehr 10jährige Existenz der Zeitschrift spricht von ihrer Anziehung- und Überzeugungskraft. Der „RotFuchs“ und sein Förderverein haben sich inzwischen zu einer Bildungsinstitution des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt, deren Wirken für den Kampf um unsere Ziele und Ideale unverzichtbar geworden ist.

Ohne Dich, lieber Klaus, gäbe es den „RotFuchs“ nicht. Mit Deinem treffsicheren Urteil, Deinen fundierten Klassikerkenntnissen und Deiner prinzipienfesten Haltung hast Du vielen Menschen nach der Konterrevolution wieder Orientierung und Kraft gegeben. Die von Dir verfaßten Leitartikel, die in diesem Buch dokumentiert sind, haben dabei besonderes Gewicht. In ihnen verschmelzen historisches Wissen mit aktuellem Politikgeschehen, Argumentationsstärke mit bildhafter Sprache, der sichere Blick fürs Wesentliche mit der Fähigkeit zu klassenmäßigem Urteil. Sie sind Spiegel einer zehnjährigen Zeitgeschichte aus marxistischer Sicht, die nicht nur dokumentarischen Wert besitzen. Sie sind vor allem Standortbestimmung, was ihre Anziehung für immer mehr Menschen erklärt. Der „RotFuchs“ zählt zur Krönung Deines Jahrzehnte währenden Kampfes für unsere Sache. Er begleitet alle, die sich mit ihm verbunden fühlen, auf dem Weg in die Zukunft.

Wir werden ihn gemeinsam gehen – das ist unser Gruß und unser Versprechen zu Deinem 75. Geburtstag.

„RotFuchs“-Förderverein
Vorstand
28. Dezember 2007



Gespräch am „RotFuchs“-Stand bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ 2008

Kurzbiographie Dr. Klaus Steiniger

Am 28. Dezember 1932 in Berlin als Sohn des späteren Universitätsprofessors (Völkerrechtlers) Peter Alfons Steiniger geboren. 1952 Abitur, Jurastudium an der Humboldt-Universität, nach dem Staatsexamen Staatsanwalt des Kreises Güstrow, später Bürgermeister, 1963 Rückkehr nach Berlin, als Fernsehjournalist in der außenpolitischen Redaktion der „Aktuellen Kamera“ und als Mitarbeiter der USA-Abteilung des Außenministeriums tätig, 1966 Promotion zum Dr. rer. pol. am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg, seit 1967 außenpolitischer Mitarbeiter des damaligen SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, seit 1968 als Leiter der Sektion Kapitalistische Länder, 1972 Sonderkorrespondent beim Angela-Davis-Prozeß, 1974 bis 1979 Auslandskorrespondent in Portugal. 1998 Gründung des „RotFuchs“.

Selbständige Veröffentlichungen:

- Angela Davis – Heldin des anderen Amerikas (Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1972)
- Nord- und Mittelamerika (Vorwort und Bildanteil, F. A. Brockhaus, Leipzig 1973)
- Portugal – Traum und Tag. Aus der Chronik einer Revolution (F. A. Brockhaus, Leipzig 1982)
- Schauprozeß in San Jose. Aussage eines Zeugen (Neues Leben, Berlin 1983)
- Die Brut des Al Capone. Gangstersyndikate in den USA (Neues Leben, Berlin 1986)
- Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste (Elefanten Press, Berlin 1998)
- Bei Winston und Cunhal. Reporter auf vier Kontinenten (Edition Ost, Berlin 2004)
- „RotFuchs“-Leitartikel 1998 bis 2007 („RotFuchs“-Förderverein, Berlin 2007)
- CIA FBI & Co. Das Kartell der US-Geheimdienste (Das Neue Berlin, Berlin 2008)
- Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte (Neues Leben, Berlin 2010)
- Portugal im April. Chronist der Nelkenrevolution (Wiljo Heinen, Berlin 2010)
- „RotFuchs“-Leitartikel 2008 bis 2012 („RotFuchs“-Förderverein, Berlin 2013)

Herausgeber

RotFuchs-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

2. überarbeitete Ausgabe, Februar 2016

Dieser Sammelband enthält alle Leitartikel Klaus Steinigers aus den ersten zehn „RotFuchs“-Jahren, einen Artikel der „jungen Welt“ zum Erscheinen der Nr. 120 (Januar 2008) und die Gratulation des „RotFuchs“-Fördervereins-Vorstands zum 75. Geburtstag des RF-Gründers und -Chefredakteurs.